

Klaus Hahnzog
Schilys Sicherheitspaket

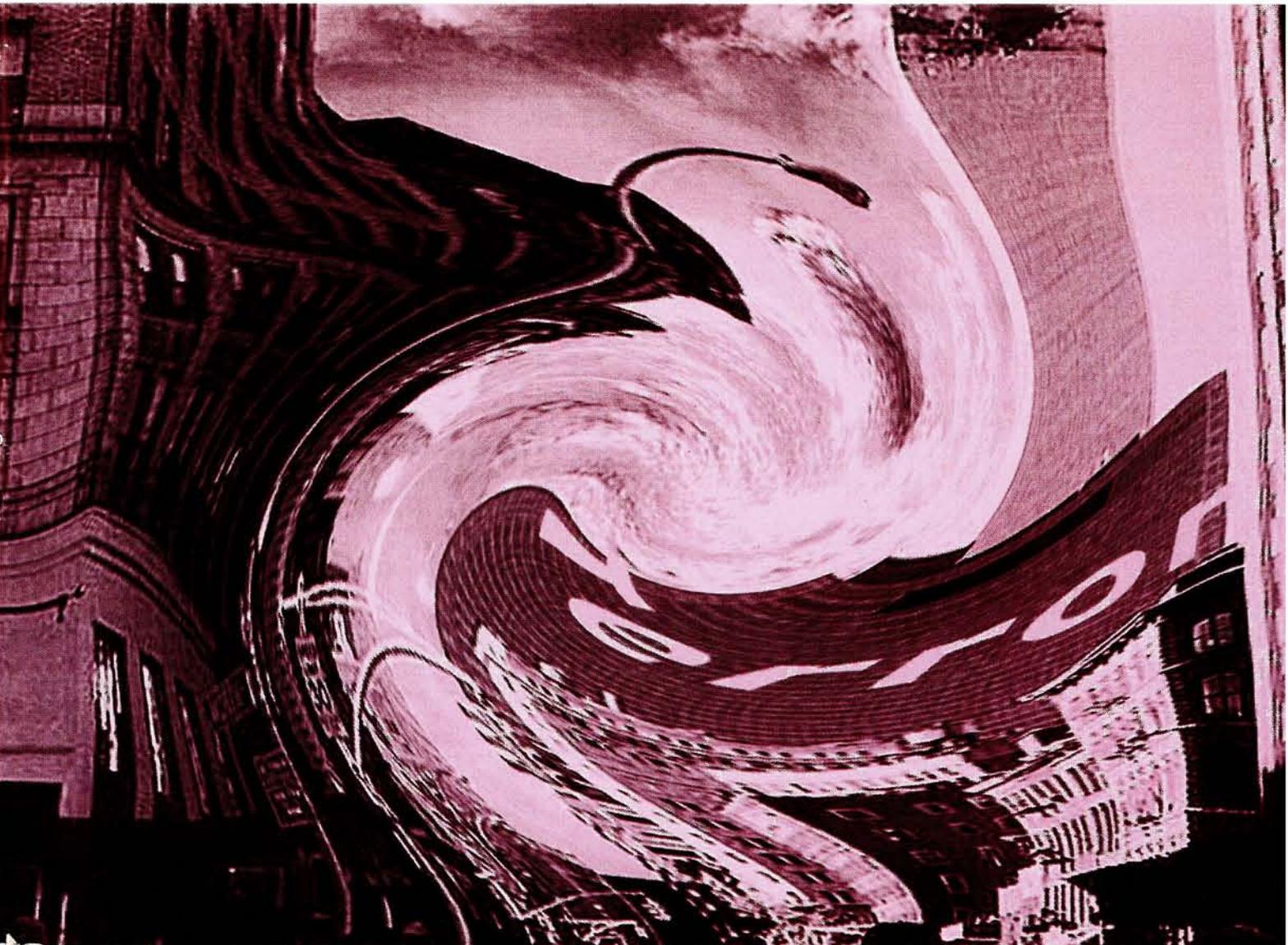
spw-Beilage
FrauenZeiten

Ausgabe 6 | 01
Heft 122
9,50 DM
November |
Dezember 2001

Almut Wieland-Karimi
Frieden für Afghanistan

Im Forum DL21 u.a.:
Die KandidatInnen zum Parteivorstand

TERROR & KRIEG



Von Horst Peter

„Heute liegt die politische Vernunft nicht mehr dort, wo die politische Macht liegt. Es muss ein Zeitstrom von Intelligenz und Intuition aus nicht offiziellen Kreisen stattfinden, wenn Katastrophen verhütet oder gemildert werden sollen.“ Diesen Aufruf richtete Hermann Hesse 1955 anlässlich seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an die Öffentlichkeit.

Wie groß ist die politische Vernunft dort, wo die politische Macht liegt, wenn – um mit einem aktuellen, in der Bedeutung eher taktischen Problem zu beginnen – das Ergebnis der Berliner Wahlen nicht zu der logischen Konsequenz führen soll, dass die Parteien mit der höchsten inhaltlichen Übereinstimmung, mit der sichersten Mehrheit und der größten Zuverlässigkeit zu Lasten eines eher abenteuerlichen (H)ampelbündnisses eine Regierung bilden?

Wie groß ist die politische Vernunft dort, wo die politische Macht liegt, wenn „uneingeschränkte Solidarität mit den USA“ zum Totschlagargument gegen selbstständiges Denken in Koalition und Parlament mutiert, wenn über die Zweckmäßigkeit von Bombardement sowie den Einsatz von Splitterbomben und die Folgen für die Zivilbevölkerung reflektiert werden soll? Wie groß ist die politische Vernunft dort, wo die politische Macht liegt, wenn die innere Sicherheit mit Maßnahmen hergestellt werden soll, die zum Teil geeignet erscheinen, das zu gefährden, was verteidigt werden soll: die freiheitliche demokratische Ordnung unseres Landes?

Oder wie groß ist die politische Vernunft dort, wo die politische Macht liegt, wenn die ökonomische Weltordnung mit der WTO, Weltbank und IWF internationalen Institutionen anvertraut wird, die einer ökonomischen Glaubensrichtung anhängen, die bisher überall, wo sie politisch dominierte, Weltordnung und Ungerechtigkeit angerichtet hat und auf Dauer die ökologischen Überlebensbedingungen gefährdet?

Kurzum: Um mit Hesse zu sprechen: Es muss ein Zustrom von Intelligenz und Intuition aus nicht offiziellen Kreisen stattfinden, um Katastrophen zu verhindern!

*

Seit den späten neunziger Jahren agierten Protestbewegungen immer stärker

transnational, um die Unterwerfung der Staaten des unterentwickelten Teils der Welt unter die Logik des neoliberalen Weltmarktmodells zu kritisieren. In deren Netzwerk bewirkt der Diskurs die Herausbildung der gefragten „Intelligenz und Intuition“ aus nicht offiziellen Kreisen. Wie in der Anti-AKW Bewegung der späten 70er und der Friedensbewegung der frühen 80er Jahre gibt es alternative Experten zum wirtschaftswissenschaftlichen marktradikalen Mainstream und dessen Vertretern in der Politik. Sie entwickeln Konzepte gegen die Verarmung der Völker, gegen die Vergiftung der Bevölkerung durch Pharmakonzerne, gegen die mit dem Instrument des Patentkredits betriebene Enteignung ihrer natürlichen Reichtümer. Jahrelang geschah dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit. In den Medien sind alternative Experten erst gefragt, wenn sich die Verhältnisse krisenhaft zuspitzen – egal ob wir an Tschernobyl, BSE oder Kriegssituationen denken.

Als Ende 1999 in Seattle mehr als 50.000 Menschen überwiegend friedlich gegen eine Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank demonstrierten, um die Beratungen des Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI) zu verhindern, kam es zu einer Wahrnehmungsrevolution der Medienöffentlichkeit gegenüber den Protesten gegen die negativen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses.

Kurzum: Der Zustrom alternativer und phantasievoller Vorschläge zur Lösung von Krisen ist möglich.

*

Aktuell erleben wir eine Auseinandersetzung mit dieser internationalen Bewegung in drei Akten:

1. Akt: Die Akteure des Protests von Seattle werden zur „Anti-Globalisierungsbewegung“ ernannt, als seien es idealistische und unrealistische Spinner, die da gegen einen unabänderlichen, gleichsam naturnotwendigen Prozess demonstrierten. Dabei erheben die meisten Teile der Protestbewegung Forderungen, die durchaus realistisch sind:

Demokratisierung von transnationalen und internationalen Institutionen, internationale Zusammenarbeit von Protestgruppen und Nichtregierungsorganisationen, nachhaltige Entwicklung als Alternative zum neoliberalen Entwicklungsweg. Es geht der Bewegung um Globalisierung von unten!

2. Akt: Die Erfolge von Seattle aktivieren die Mächtigen. Seit Seattle

wurde eine weltweite Kriminalisierung der internationalen Protestbewegung initiiert, die sich auf die Mitwirkung der Medien stützte. Sie erreichte in Genua ihren Höhepunkt, aber zugleich wurde die Existenz der Protestbewegung auch in Europa sichtbar und führte zu wachsender Unterstützung.

3. Akt: Nach dem Terrorattentat auf das World-Trade-Center und das Pentagon wurde zunächst in Frankreich versucht, die weltweite Empörung über das Attentat auch gegen die Gegner der neoliberalen Globalisierung zu wenden. In Le Figaro hieß es, der Kampf französischer Bauern gegen McDonalds unterscheide sich nur graduell von dem Terrorismus Bin Ladens. Aber es zeigte sich schnell, dass diese Strategie fehlschlägt. Die Bewegung hat sich mit ihren Aktionen im Bewusstsein der Bevölkerung als Bewegung verankert, deren Zielsetzungen gegen Armut, Konzernherrschaft und Naturzerstörung durchaus unterstützenswert scheinen. Auch der Kongress von Attac Deutschland in Berlin zeigt die Bewegung als so gefestigt, dass sie nicht mehr durch Diffamierungskampagnen aufgehalten werden kann.

Kurzum: Der Zustrom von Intelligenz aus nicht offiziellen Kreisen muss durchgesetzt werden; er ist in der Regel nicht erwünscht.

*

Das Besondere der gegenwärtigen Protestbewegung ist, gegenüber den vergleichbaren Bewegungen gegen Atomenergie und der Friedensbewegung, die große Bandbreite des internationalen Protestes: Es geht schwerpunktmäßig um die Felder, auf denen die politische Vernunft nicht bei denen liegt, bei denen die politische Macht liegt. Gibt es Alternativen zur Globalisierung der Finanzmärkte und der Durchsetzung des share-holder-value-Prinzips, gibt es Alternativen zur Verbetrieblichung des volkswirtschaftlichen und des Standortwettbewerbs?

Ist die wissenschaftliche Entwicklung mit der Erhaltung der natürlichen und menschlichen Ressourcen vereinbar, gibt es durchsetzungsfähige Wege zu einer gerechten zukunftsfähigen Weltgesellschaft?

Kurzum: Es ist Aufgabe der Linken, Konstellationen für Alternativen der Problemlösung zu definieren und allen die Beteiligung am Diskurs und Lösungsprozess zu ermöglichen. spw

INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin) (†)
Edelgard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
Klaus Dörre (Recklinghausen)
Katrin Fuchs (Vahl)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Michael Krätke (Amsterdam)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Bochum)
Susanne Möbbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Peter von Oertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Rene Rösper (Hagen)
Thomas Sauer (Mölin)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
Thomas Westphal (Dortmund)
Ulrich Zachert (Apenen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Uta Biermann
Björn Böhning
Stefanie Gerszewski
Oliver Kaczmarek
Barbara König
Anja Kruke
Dirk Meyer
Lars Neumann
Svea Reiners
Reinhold Rünker
Frank Schauf
Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär

Reinhold Rünker, Logo-Office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
Telefax 02 31 - 40 24 15
verlag@spw.de, redaktion@spw.de
www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
Alfred Voges

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund

Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr.

Jahresabonnement DM 63,-

(bei Bankeinzug DM 60,-)

ermäßigtes Jahresabonnement

für SchülerInnen, StudentInnen,

Erwerbslose DM 55,-

(bei Bankeinzug DM 52,-)

Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per E-mail oder auf einer

MS-DOS/Windows-formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2001.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Laverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn

1.-2. Tausend, November 2001

| | |
|--|----|
| Kurzum | 2 |
| Björn Wiele | |
| Der Wechsel in Hamburg | 4 |
| Lennart Labarez | |
| Berliner Luft | |
| Zur kulturellen Logik einer Hauptstadtwahl | 6 |
| Andreas Mielck | |
| Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit | 8 |
| Rainer Zimmer-Winkel | |
| Palästina – Welche Zukunft bleibt? | 13 |
| Christoph Bautz | |
| Attac in kriegerischen Zeiten | 16 |
| Ereignisse & Personen | |
| DL21 – KandidatInnen zum Parteivorstand | 18 |

TERROR & KRIEG

Horst Peter, Reinhold Rünker

Einleitung zum Schwerpunkt

Nils Annen

Außenpolitik zwischen Terror und Krieg

Lars Klingbeil

Neues von der „Heimatfront“

Die USA nach dem 11. September

Almut Wieland-Karimi

Afghanistan – Kein Frieden ohne die Mehrheit der Bevölkerung

Wolfgang Weinz

Weltsozialordnung und globale Zivilgesellschaft

Zur Lage internationaler Gerechtigkeitsstandards

Eckart Spoo

Aufklärung und Propaganda in Kriegszeiten

Klaus Hahnzog

Mehr Besonnenheit erforderlich

Balance zwischen Freiheitsrechten und Sicherheit droht zu kippen

Björn Kunter

Neue Bewegung bei den Friedensorganisationen

Gewaltfreie Antworten lassen sich nicht mehr unter den Tisch kehren

Reinhold Rünker

spw-intern

THEORIE & STRATEGIE

Marc Herter

Junior-SGK

Jusos NRW knüpfen kommunalpolitisches Netzwerk

Matthias Micus

Stillstand trotz Reform

Um bei der Jugend anzukommen,

bedarf es einer identitätsstiftenden Programmatik

Reimund Feld

Kein Loblied auf Jospin. Entgegnung auf Horst Heimann

Matthias Brodkorb

Missverständnisse der Kritik

Sozialpolitische Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

vom 22.9.2001 (von Ralf Krämer)

Rezension: Barbara Ehrenreich: Arbeit poor – Unterwegs

in die Dienstleistungsgesellschaft (von Thilo Scholle)

Der Wechsel in Hamburg

Björn Wiele

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg hat für ein sehr widersprüchliches Ergebnis gesorgt. Obwohl die SPD stärkste Partei geblieben ist und sogar noch einige Stimmen hinzugewinnen konnte, ist sie abgewählt worden. Andererseits hatte sie bei der letzten Bürgerschaftswahl 1997 aber auch einen Erdrutschverlust auf die jetzt gehaltenen 36% hinnehmen müssen. Regieren wird in Zukunft mit der CDU einer der beiden Wahlverlierer, dank der Unterstützung des Rechtspopulisten Schill, welcher der große Sieger der Bürgerschaftswahl ist. Aber auch die FDP schaffte nach acht Jahren den Wiedereinzug in die Bürgerschaft. Zu den Verlierern gehört ebenfalls die Grün-Alternative Liste (GAL), die bisher zusammen mit der SPD die Regierung stellte.

Dabei hatte die rot-grüne Koalition durchaus Erfolge aufzuweisen. Mit 8,2 % lag die Arbeitslosigkeit noch im August unter dem Bundesdurchschnitt (9,4 %). Den Strukturwandel – ausgelöst durch das große Werftensterben in den 80er Jahren – hat Hamburg mit der Ansiedlung neuer Betriebe, auch im produzierenden Gewerbe (Lufthansaerwerft, Airbus), relativ gut verkraftet. Die seit 10 Jahren anhaltende Haushaltskonsolidierung hat mit einem ausgeglichenen Betriebshaushalt einen der herrschenden neoliberalen Ideologie entsprechenden ersten „Erfolg“ gezeigt. Dabei hat es nie einen plötzlichen sozialen Kahlschlag geben. Doch die Haushaltskonsolidierung hat scheinbar in alle Lebensbereiche eingegschnitten. Von dieser visionslosen Mängelverwaltung waren letztlich fast alle Bürgerinnen und Bürger betroffen. Dies hat sich bei dieser Bür-

gerschaftswahl ausgewirkt, wie eine genauere Betrachtung der Ergebnisse zeigt.

Von Stimmungen: Innere Sicherheit von Voscherau zu Scholz

Oberflächlich betrachtet hat es bei dieser Wahl nur ein Thema gegeben: Die „Innere Sicherheit“. Dabei sah sich die Rot-Grüne Regierungskoalition ebenso wie bei der 1997er Wahl einer massiven Kampagne der Springerpresse ausgesetzt, die das Thema besetzte und damit die nicht vorhandene Opposition ersetzte. Damit leistete sie die beste Wahlkampfhilfe für den von ihr seit vier Jahren aufgebauten Schill, der nur mit dem Thema „Innere Sicherheit“ seinen paranoiden Wahlkampf bestritt. Trotz aller Beteuerungen, nicht wie 1997 bei dem Thema Kriminalität einzuknicken, schmiss die SPD kurzerhand ihre Wahlkampfstrategie über Bord und ersetzte kurz vor der Wahl den umstrittenen Innensenator Wrocklage durch den Bundestagsabgeordneten und Hamburger SPD-Vorsitzenden Olaf Scholz. Der von Olaf Scholz eingeschlagene Kurs setzte sich anschließend erstaunlicherweise aus einem Aufgeben der Sparpolitik – es wurden hektisch weitere Polizisten eingestellt – und blankem Rechtspopulismus – Brechmittel für vermeintliche Dealer – zusammen. Entgegen der bisherigen Parteibeschlusslage wurde damit die Auffassung vertreten, dass Hamburg mehr Polizisten und rücksichtsloseres Durchgreifen brauche, und damit eingestanden, dass Schill schon immer Recht hatte. Wie so oft honorierten dies die Wähler wieder einmal, indem sie lieber gleich das Original wählten. Damit ist die SPD wieder in die gleiche Falle gelaufen wie 1997 Henning Voscherau, der sich denn auch noch während des Wahlkampfes in den Springer-Medien als im eigenen Lande ungeliebter Prophet gerierte.

Unterstützt wurde die Sicherheitskampagne durch eine Flut an Meinungsumfragen, die sehr früh eine Mehrheit für den „Bürgerblock“ vorhersagten und so die angebliche Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger beim Thema „Innere Sicherheit“ belegten.

Der Wahlkampf der SPD hingegen war eher etwas bieder. Zwar wurde versucht, die Erfolge von Rot-Grün herauszustellen, aber auf eine Polarisierung ist bewusst verzichtet worden, weil die Schill-Partei lange nicht ernst genommen wurde. Nur die Jusos setzten von vornherein mit ihrer

„Schill-out-Kampagne“ einen entsprechenden Akzent. Schließlich wirkte dann der Schwenk der SPD auf die Konfrontation mit Schill sehr belebend für den Wahlkampf. Alte SPD-Wähler-Initiativen wurden wiederbelebt und Künstler und Künstlerinnen warben gegen den Rechtsruck. Die Versuche, Wählerinnen und Wähler auf die verheerenden Privatisierungspläne der CDU z.B. für städtische Wohnungen aufmerksam zu machen, waren zwar auch sehr engagiert, blieben aber in den Medien unbeachtet und waren wohl auch angesichts der zunehmenden Konkurrenz- und Sparorientierung der öffentlichen Unternehmen in den vergangenen Jahren nicht hinreichend glaubwürdig.

Die SPD in der Opposition

Zum ersten mal seit 44 Jahren ist die SPD in Hamburg jetzt in der Opposition. Dabei zeichnet sich jetzt schon ab, dass die SPD, d.h. insbesondere die Masse der Funktionärinnen und Funktionäre, die harte Rechtswende beim Thema „Innere Sicherheit“ beibehalten will. Damit wird sie jedoch nur ihre Oppositionsrolle über mehrere Legislaturperioden hinweg festschreiben. Das Thema „Innere Sicherheit“ wird bereits bei den nächsten Wahlen keine Rolle mehr spielen. Zwei gute Gründe sprechen dafür:

1. Entweder gelingt es Schill das Thema durch entsprechende Symbolpolitik in den Griff zu bekommen, dann ist es als Thema aber weg, oder aber es gelingt ihm nicht, dann ist sein Ausflug in die Politik vorbei, da diese Einthemenpartei keine Ausweichfelder hat, die nicht schon von der CDU oder auch SPD besetzt wären.

2. Die Springerpresse wird den „Bürgerblock“ an der Regierung halten wollen, insofern wird es keine neue Kampagne zur „Inneren Sicherheit“ geben, die sich dann gegen den Bürgerblock richten würde.

Gleichzeit droht der SPD dabei, die wichtigen Konflikte in der Stadt aus den Augen zu verlieren. Die CDU hat ein umfangreiches Privatisierungsprogramm vom städtischen Betrieben angekündigt, das nun umgesetzt werden wird – mit bisher unübersehbaren sozialen Folgen. Des weiteren ist zu befürchten, dass es unter einem Innensenator Schill nicht nur zu einem harten Kurs bei der „Inneren Sicherheit“ kommt, sondern auch zu einem massiven Abbau von demokratischen Bürgerrechten und

Björn Wiele, Diplom-Politologe, lebt und arbeitet in Hamburg, er war von 1995 bis 1997 Mitglied im Juso-Landesvorstand Hamburg und von 1996 bis 1997 Mitglied im SPD-Landesvorstand Hamburg

zu Rechtsbeugung. Hier ist fraglich, ob die SPD angesichts der Aufweichung der eigenen demokratisch-rechtsstaatlichen Positionen zu Polizei und Justiz, noch Angriffsfelder als Opposition sieht.

Hinzu kommen wird ein „roll back“ in der Bildungspolitik, welcher besonders das in Hamburg gut ausgebaute System der Gesamtschulen aber auch sogenannte „Langzeitstudenten“ treffen wird. Auch hier ist die SPD inhaltlich nicht vorbereitet oder auch nur reflexhaft zu Opposition fähig, da schon seit längerem die Gesamtschule nicht mehr offensiv verteidigt wurde und auch in der Hamburger Hochschulpolitik eine zunehmende Eliteorientierung Einzug hielt.

Um sich diesen Auseinandersetzungen zu stellen, müsste die Hamburger SPD sich inhaltlich und damit wohl auch personell erneuern. Leider sind unter der Käseglocke des Sparsachzwanges in den letzten Jahren keine Inhalte mehr in der Partei diskutiert worden, sondern nur noch in den Behörden. Aus dem selben Grunde gibt es auch keinen politischen Nachwuchs in auch nur halbwegs ernst zu nehmenden Positionen, der zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den letzten 10 Jahren sozialdemokratischen Regierens fähig wäre.

Und Stimmen: Die Schill-Wähler und -Wählerinnen

Der große Gewinner der Bürgerschaftswahl heißt Roland Schill mit seiner Partei Rechtsstaatliche Offensive. Sie erreichte aus den Stand über 19 % der Wählerstimmen und eine oberflächliche Betrachtung zeigt mal wieder, dass die Wahlgewinner überall gewinnen. Doch nicht überall hat Schill gleich viel gewonnen. Der Teufel steckt im Detail und es lohnt sich, die Ergebnisse einmal genauer zu betrachten.

Die Schill-Partei war vor allem für ältere männliche Wähler über 59 Jahren attraktiv und hat ihre größten Erfolge in den sozialen Brennpunkten (Wilhelmsburg 34,9 %, Billstedt 27,6 %, Rothenburgsort 25,7 %). Dem gegenüber hatte sie unterdurchschnittliche Erfolge in den „besseren“ Stadtteilen (Eppendorf 9,7 %, Rotherbaum 9,5 %). Gerade in den sozialen Brennpunkten leben aber hauptsächlich sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler, wie zum Beispiel in Hamburg-Harburg, das von einer Wehner- zu einer Schill-Hochburg wurde. Auffallend ist, dass in diesen Stadtteilen bei den beiden

vorherigen Bürgerschaftswahlen die Republikaner und die DVU besonders gute Ergebnisse erzielten und bei dieser Wahl die Schill-Partei hohe Zuwächse aus dem Lager der Nichtwähler und -wählerinnen erhielt. Bei beiden Wählergruppen kann man davon ausgehen, dass es sich hier um ehemalige sozialdemokratische Wähler und Wählerinnen handelt.

Wenn man sich dazu die Wählerwanderung ansieht, wird das Bild endgültig klar: ca. 46.000 Stimmen von den REP und der DVU, ca. 21.000 von den Nichtwählern und

ca. 17.000 von der SPD. Damit kommen ca. 84.000 Stimmen, also etwas über die Hälfte, von ehemaligen sozialdemokratischen Wählern. Dass nur 17.000 Wähler direkt von der SPD kommen und der Rest über den Umweg aus dem Lager der Nichtwähler und der REP/DVU-Wähler, zeigt, dass hier der Entfremdungsprozess zwischen der SPD und einen Teil ihrer klassischen Wählerklientel weit fortgeschritten ist. Die SPD hat es weder in ihrer realen Politik noch auf der Ebene von symbolischer Politik oder im Wahlkampf geschafft, diese Wählerklientel anzusprechen.

Diese Wähler und Wählerinnen werden aber nicht einfach durch das Thema „Innere Sicherheit“ zu erreichen sein. Sie sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, haben unterdurchschnittliche formale Bildungsabschlüsse und arbeiten in den schlechter bezahlten Jobs. Sie sind die Verlierer des Strukturwandels, die Modernisierungsverlierer. Das Thema „Innere Sicherheit“ bietet da nur ein willkommenes Ventil, den eigenen Lebensfrust raus zu lassen. Solange die SPD nicht politische Konzepte zur Verbesserung der Lebenschancen dieser Menschen entwickelt, sondern nur im Rahmen einer „Workfare“-Sozialpolitik auf die Opfer einprügelt, werden diese Wähler und Wählerinnen nicht zurück gewonnen

Wahl Hamburg 2001

| | 2001 | | 1997 | | Veränderung zu 1997 | |
|------------------------|-----------|------|-----------|------|---------------------|--------------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | in %-Punkten |
| Wahlberechtigte | 1 207 495 | 100 | 1 211 312 | | -3 813 | - |
| Wahlbeteiligung | 857 868 | 71,0 | 831 913 | 68,7 | 25 955 | +2,4 |
| SPD | 310 362 | 36,5 | 298 218 | 36,2 | 12 144 | +0,2 |
| CDU | 223 015 | 26,2 | 252 354 | 30,7 | -29 339 | -4,5 |
| Schill | 165 421 | 19,4 | - | - | 165 421 | +19,4 |
| GRÜNE/GAL | 72 771 | 8,6 | 114 776 | 13,9 | -42 005 | -5,4 |
| F.D.P. | 43 214 | 5,1 | 28 664 | 3,5 | 14 550 | +1,6 |
| REGENBOGEN | 14 247 | 1,7 | - | - | 14 247 | +1,7 |
| DVU | 6 043 | 0,7 | 40 957 | 4,9 | -34 914 | -4,3 |
| STATT Partei | 3 506 | 0,4 | 31 401 | 3,8 | -27 895 | -3,4 |
| PDS Hamburg | 3 299 | 0,4 | 5 354 | 0,7 | -2 055 | -0,3 |

werden. Das Hamburger Wahlergebnis zeigt aber deutlich, dass das links liegen lassen dieser Wähler und Wählerinnen der SPD langfristig die Mehrheitsfähigkeit kostete. – Das gilt selbst dann, wenn andere Wählergruppen gehalten werden können.

Hier wäre viel zu investieren. Grundsätzlich hatte man das schon nach der 1997er Wahl begriffen und anschließend das Thema „Quartierspolitik“ hochgehängt. Bei dem ganzen dazu betriebenen Aktionismus kam es zu durchaus sinnvollen Sanierungen von Wohngebieten und der Einsetzung von Quartiersmanagern. Andererseits ließ sich damit der durch die Sparpolitik eng gezogene Rahmen nicht sprengen, so dass gleichzeitig und teilweise in denselben Gebieten, denen man sich stadtentwicklungspolitisch besonders widmete, der öffentlich geförderte Jugendfreizeitbereich chronisch unterfinanziert und personell massiv unterbesetzt war. Parallel dazu liefen dann auch noch die Diskussionen um Schließung und Verteuerung von öffentlichen Bücherhallen und Schwimmbädern ab, so dass ein unbefangener Beobachter kaum sozialen Fortschritt wahrnehmen konnte.

Aber diese Wahrheiten sind ungeliebt, da kein Interesse besteht, sich mit der lieb gewonnenen Lebenslüge der erfolgreich möglichen Sparpolitik auseinanderzusetzen.

Forum DL21

Berliner Luft

Zur kulturellen Logik einer Hauptstadtwahl

Von Lennart Laberenz

Teile der Gesellschaft in der nun elf Jahre junge Bundesrepublik leiden immer noch unter dem Minderwertigkeitskomplex, kein kulturelles und repräsentatives Oberzentrum, keinen Nabel der Globalisation oder wichtige Stätte internationalen Ranges kurz: keine global City zu haben. Herbert Grönemeier stellte unlängst im Tagesspiegel auf die Frage nach dem Weltstädtischen an Berlin richtig fest: „London ist England, (...) Paris ist Frankreich, New York ist Amerika. Die deutsche Weltstadt besteht aus Berlin, München, Hamburg, Köln und Frankfurt.“ Historisch gesehen gab es auch in Deutschland eine Landflucht und Prozesse der Verstädterung, aber die wurde von der Mitte des 19. Jahrhunderts an und erst Recht mit der späten Einigung 1871 aus wirtschaftlichen und geographischen Gründen von verschiedenen Städten aufgenommen und funktionierte niemals so zentralistisch, wie in Großbritannien oder gar Frankreich. Der Umkehrschluss heißt auch immer noch, dass es ziemlich viel Provinz in urbanen Ballungsräumen gibt. Die Provinz versammelt sich nur in höherer Dichte. Berlin, dass so nachhaltig von Nationalsozialismus, Krieg und der deutschen Teilung als Oberzentrum zerstört und kulturell zerrissen wurde, ist Sammelpunkt höchster Dichte der deutschen Provinz. Davon, dass Radiomoderatoren aus Wanne-Eickel, technische Zeichner aus Kaiserslautern oder ganze Heerscharen von Versicherungsvertretern aus dem Schwabenland nach Berlin kommen und in grauen Anzügen in schicken Cafés in Berlin-Mitte herumsitzen, wird die Provinz nicht undeutlicher.

Die beiden mit Abstand wichtigsten politischen Einflussgruppen, so konnte man in der Berliner Zeitung vom 18. Oktober lesen, sind die Kleingärtnervereinigung und die Autofahrer. Der immer etwas schnöselig daherkommende Soziologe Heinz Bude nennt Berlin auch nicht zu Unrecht „die Hauptstadt der Sicherheitsdienste und Putzkolonnen“ – sind dies doch die herausragenden Wachstumssektoren der Stadt. Damit keine Missverständnisse aufkommen, das Schöne an Berlin ist just die Widerborstigkeit des Kleinbürgertums, das Schreiende an der Provinz, das Ungepflegte und Unfreundliche, die Reste an Ziellosigkeit und seine Stagnation auf dem Wege zu unsinnigen Versuchen. Man darf es nur nicht überbewerten.

Diese Zerstörte, Wiederaufgebauete, Getrennte und dann in einer seltsamen Dialektik zwischen Größenwahn, kleingeistiger Stadtplanung, langsam sich auflösenden Kiezstrukturen und new-Economy-Fieber wieder zusammengeführten Stadt hat nun unter den Augen der gewählt Bundesöffentlichkeit gewählt. Die wirtschaftliche, soziale und politische Ausgangssituation hat sich gegenüber der letzten Wahl 1999 (vgl. Laberenz 1999) nur um eine kleine Variation verändert. Der Stadt, die sich beinahe ununterbrochen 20 Jahre lang emblematisch mit Eberhart Diepgen ihre eigene Bedeutungslosigkeit eingestanden hatte (Walter Momper wäre ohne den Zufall der Wiedervereinigung gewiss und auch gerechtfertigt eine politische Randfigur geblieben), war durch die Banken- und Korruptionskrise der CDU eine Fortführung der Zweitklassigkeit durch eine große Koalition verwehrt. Die alten Eliten der Stadt, die sich zumeist aus der konservativen wirtschaftswissenschaftlichen und juristischen Fakultät, oder dem progressiveren Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der Freien Universität rekrutiert hatten, waren in ihrer bipolaren Machtverwaltung gestört. Wohlgemerkt: die Möglichkeit einer alternativen Koalition aus SPD, PDS und den Grünen hatte bei den letzten zwei Abgeordnetenhauswahlen technisch bereits bestanden, allerdings hatte die kulturelle Logik der nichtkonfliktiven Besitzstandswahrung und das Denken aus Zeiten des kalten Krieges in der SPD das verhindert. Unter geflissentlicher Ignorierung der politischen und sozialen Stimmungen im Ostteil

der Stadt hatten gerade die Sozialdemokraten sich dafür entschieden lieber nach altem Muster und unter der Glasglocke weiterzumachen. Entsprechend hat die Berliner SPD auch bei weitem nicht die Ansprüche einer linken Volkspartei, sondern verwaschen neoliberale bis hin zu gewerkschaftskonservativen Politikkonzepten. Generell geht es in Berlin um Klientelpolitik, die sorgsam ausbalanciert werden will. Die Partei ist längst nur noch leere Hülle, von abgefragten Meinungen in Korrespondenz zu einer Rahmengenbung des Verträglichem gefüllt. Eine einflussreiche Linke innerhalb der eigenen Struktur gibt es nicht, die Jusos haben sich zur Nabelschau und schließlich auch aus der eigenständiger Einflussnahme jenseits von Beschlussfassungsakten in die politische Bedeutungslosigkeit verabschiedet.

Der Verlauf

Zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren wurde in Berlin im Verlaufe einer irgendwie nicht unwichtigen Wahl eine der klassischen Großparteien zu historischem Tiefstand verholten. Die Einschränkung der politischen Wichtigkeit der Wahl speist sich schon aus der Kombination eines 78 Milliarden-DM-Haushaltsloch (plus nun noch 9 Milliarden aus dem Bankenskandal) und vor der Folie der vergangenen Jahre, die eine Verankerung struktureller Arbeitslosigkeit durch rigide Besparung der öffentlichen Hand und Privatisierung wichtiger Schlüsselbetriebe aus Strom-, Gas- und Wasserversorgung bedeutet. In der Amtszeit Anette Fugmann-Heesings (SPD), die im Senatspostengerangel nach der Wahl 1999 endete, wurde ein eichelgleicher Sparkurs ausgerufen, der bis heute an der Substanz der Politikfähigkeit der Stadt nagt. An Parteibeschlüsse gegen eine Privatisierung städtischer Wohnungsbau-Gesellschaften, die gerade im Osten der Stadt mit niedrigen Mieten z.T. noch Milieuschutz und so kleine Refugien vor der sich brutal vorwärtswälzende Gentrifikation der Innenstadtbereiche bieten, mag sich in der SPD kaum einer so recht erinnern; die Aussicht auf ein gebührenpflichtiges Studium, eine marktwirtschaftlich kanonisierte Bildung und einen Ausbau der Zugangshürden zu wissenschaftlicher Ausbildung wurde in Berlin immer gerne von führenden Genossen mitvertreten.

Im Angesicht beliebiger und über die Maße harmoniebedürftiger Poli-

tikansätze hätten diejenigen SozialdemokratInnen, die noch auf das Streiten um eigenständige Positionen und der Partei als Ort der Meinungsbildung zählten, die Flinte ins Korn werfen können – es scheint aber derartiger Stimmen nicht mehr viele unter den GesinnInnen (EntscheidungssträgerInnen) zu geben. Die erneute Wahlenttäuschung nach dem Tiefpunkt von 1999 schien vorprogrammiert. Dass es schließlich anders kam, ist dann auch nicht einmal wirklich von der SPD verschuldet. Das kulturell nicht sonderlich differente Stammwählervolk von PDS und CDU hatte sich positioniert, als mit Klaus Wowereit der Übergangsbürgermeister nach dem Bruch der großen Koalition und Kandidat der SPD einen Spagat zwischen grauer Langeweile und schüchtern vorgetragener Homosexualität schaffte. Die NPD mag mit ihren „Normal nicht Schwul“-Plakaten da dem alten Berliner Kleinbürger aus der Seele gesprochen haben, hatte aber so auch schnell den rechten politischen Ausflugsrand der CDU definiert. Die Versuche für den Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus Frank Steffel sich gegenüber Wowereit im folgenden als „Normal“ zu deklarieren versandeten in subtilen Auftritten mit seiner Frau.

Überhaupt sollte die SPD-Fraktion diesem Frank Steffel herzlich danken. Seine bundesweit rezipierten Karambolagen, wie etwa seine Münchenkompetenz, sein Nichtverständnis eigener faschistischer Jugendsprüche und das Verstecken hinter Stoibers breitem Rücken als auf dem Alexanderplatz Eier flogen, haben ihn zur Lachnummer der ganzen Stadt gemacht. Der Wahlkampf geriet zum Happening, eine politische Auseinandersetzung über Auswege aus der Haushaltsverschuldung und der Dauerarbeitslosigkeit bot sowieso keine der Parteien. Und auf dem Feld der politischen Groteske brillieren in Berlin immer auch gerne die Friedrichshainer, diesmal mit der SED (lat. für aber, entstanden per ‚Zwangsvereinigung‘ aus den Kreuzberger Patriotischen Demokraten und den Friedrichshainer Amorphen Zentralisten) mit orwellischen Sprüchen wie „Krieg ist Frieden“ und „Unwissenheit ist Stärke“ oder gar „Opfer müssen verzichten können“.

Nach dem 11. September und der allgemeinen Sicherheitshysterie in Deutschland konnte Frank Steffel schließlich überhaupt keinen politischen Boden mehr gewinnen, der

Wahlkampf stockte zwischen eben jenem Happening und der Bundespolitik, Berlin war, wie so oft, nicht mehr wichtig.

Ergebnisse & Ausblick

„So richtig einig,“ schreibt Stephan Wiehler im Tagesspiegel folgerichtig, „waren sich die Wähler in Ost und West offenbar nur in einem: im verlorenen Vertrauen zur CDU.“ (Wiehler 2001) Die CDU verlor insgesamt 17,1 Prozent gegenüber der Abgeordnetenhauswahl 1999 und fielen mit 23,7 Prozent auf einen Stand, der nur bei der Wahl zur West-Berliner Stadtverordnetenversammlung 1948 noch unterboten wurde. In absoluten Zahlen verlor sie rund 252 300 Stimmen gegenüber 1999.

Ein wichtiger Teil der CDU-Stammwählerschaft zog pikiert ob der Vorstellungen Frank Steffels zur oft rechtslastigen FDP, die so mehr versehentlich aus dem APO-Dasein erlöst und zur Wahlgewinnerin wurde. Infratest dimap verzeichnet eine Wanderungsbewegung von 85 000 WählerInnen, die besonders stark in den „bessergestellten westlichen Wohngebieten ist“ (Wiehler 2001).

In den Wahlkreisen Steglitz-Zehlendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf, dem südlichen Spandau und auch in Reinickendorf konnte die Partei, die mit dem ehemaligen Wirtschaftsminister Günter Rexrodt ‚Wirtschaftskompetenz‘ verkaufen wollte, über 15% der Zweitstimmen – und das bei über 75% Wahlbeteiligung – auf sich vereinigen (Infratest dimap; Landeshauswahlleiterbericht 2001: 119 u. 133) Landesdurchschnittlich wird 68,1% Wahlbeteiligung (+2,6% zu 1999) angegeben.

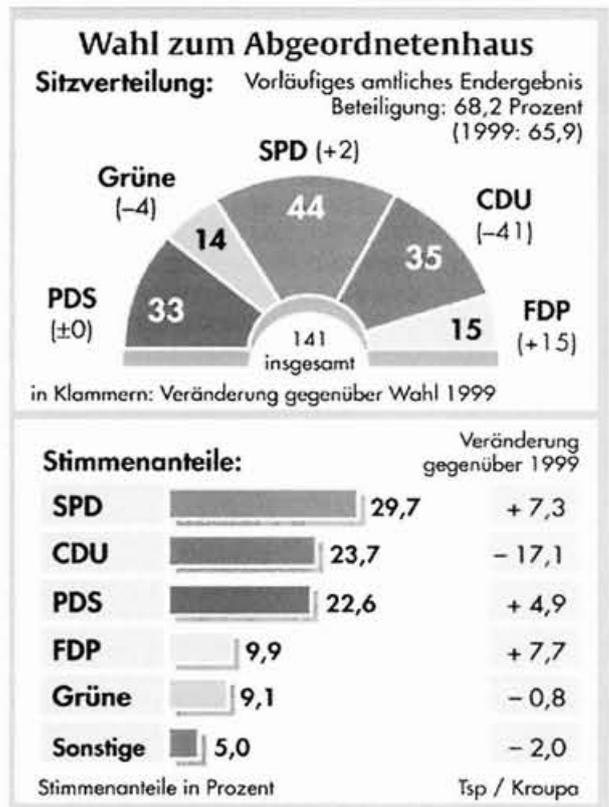
Die SPD profitierte immerhin noch von 60 000 zu ihnen von der CDU gewanderten Zustimmungen (Infratest dimap) und wurde mit einem Zugewinn von etwa 131 400 Stimmen stärkste Partei im Abgeordnetenhaus.

Als einzige Partei, die mit leicht dahergesagten politischen Parolen allerdings eine klare Position jenseits von dumpfem Kriegsgeschrei bezog, hatte sich letztendlich Gregor Gysis PDS profilieren können. Konzeptuell nicht unbedingt differenziert, aber den lange in der DDR gehegten (und damit kulturell verankerten) Anti-Amerikanismus oder auch Globalisierungssängste aufnehmend, kann sich die PDS im Osten einfach positionieren: es fehlt der CDU sowieso, aber auch der SPD schlicht an kulturellem

Verständnis für politische Überzeugungen, Notwendigkeiten und Verhaltensweisen in Beziehung zu ostdeutschen Biographien – oder es wird gegen stimmkräftigeres Potential eingetauscht. Die eigentlich nicht zwingend zusammengehörenden Globalisierungsgegner, politisch aktive Studierende und traditionsstalinistischen Kleinbürger müssen alternativlos PDS wählen. Vielleicht liegt es auch an etwas sehr berlinischem unter den großen Städten: an einer kultureller Kiezverankerung, die von der Sozialdemokratie kaum in Einzelbeispielen erreicht wird.

Bei der Mandatsverteilung schrumpft die neue Abgeordnetenfraktion der CDU um mehr als die Hälfte, die Grünen um 4 Sitze. Die SPD gewinnt 2 hinzu während die PDS gegenüber 1999 bei gleicher Fraktionsstärke bleibt (siehe Grafik).

Man kann getrost davon ausgehen, dass die farbliche Zweiteilung Berlins zwischen CDU und PDS, wie sie bei der Wahl 1999 entstand, entscheidende soziokulturelle Merkmale widerspiegelt. Dagegen ist der neue Anstrich, in dem die SPD auch auf Bezirksebene wieder vertreten und sichtbar ist kaum das Resultat einer politischen Eigenleistung. Die SPD und ihr Spitzenkandidat hat, wie es der Tagesspiegel Wochen vor der Wahl formulierte, gespielt „wie die





Nationalelf, wenn sie in der 80. Minute 1:0 führt: Stürmer rausnehmen und alle Mann in die Verteidigung.“ Die inhaltliche Blässe der SPD schilbert bei vielen jüngeren KandidatInnen gerade im Ostteil der Stadt arg ins politisch Farblose und wird höchstens durch Karriereinteresse gestört. Stilgerecht wurde die Wahlfeier, bei der Anzug und Krawatte Pflicht schien, dann auch bei Daimler-Chryslers' inszeniert – in einem künstlichen Stadtteil beinahe ohne Bewohner.

Ganz generell sprechen Wahlleiter und auswertende Umfrageinstitutionen von einer „Fragmentierung des Parteiensystems“ (Infratest dimap; Wiehler 2001) und einer Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft. Für die SPD ergibt sich allerdings diese Ausdifferenzierung auch im Innern, sie hat keine klaren politischen Aussagen und auch eine nur noch geringe Milieuverhaftung. Nach jahrelanger großer Koalition, der starken Gentrifikationsprozesse der Stadtteile im Zentrum der Stadt (weniger aber in den traditionell gewachsenen Oststadtbezirken oder den wohlhabenderen Vororten im Westen) und dem Abbau von Industriearbeitsplätzen hat die SPD sich

selbst durch den Versuch des bloßen Vertretungsversuchs mittels Spagats zwischen Zehlendorf und Marzahn politisch ausgehöhlt. Dennoch ist sie die Partei, deren Niveauunterschiede zwischen Ost und West am geringsten ausfallen, allerdings hat sie in Ostberlin ein überdurchschnittlich altes Elektorat (Landeswahlleiterbericht 2001: 12 u. 18). Dahingegen profiliert sich die PDS im Westen der Stadt überdurchschnittlich „in den Gegenden, die durch ein einfaches Wohnangebot charakterisiert sind“ und gewinnt im Westen mehr jüngere und auffallend oft weibliche WählerInnen (18f.).

In der Frage der Koalition schließlich ist es eine politische Dummheit eine Ampelkoalition zu versuchen, die PDS sammelte im Ostteil mit 47,6% mehr als alle anderen Abgeordnetenhausparteien zusammen. Vielleicht täte den Grünen eine Regenerationsphase in der Opposition nicht schlecht, allerdings wäre es politisch auf für die Bundesebene wichtig bestimmte grüne Politikansätze und Vertretungsansprüche auf der Landesebene zu schärfen. Damit wären dann allerdings auch etliche FDP-Ideen, so etwa Bildungsthemen und Gewerkschaftsferne wieder mit im Boot.

Die Stadt, hat Octavio Paz einmal geschrieben, ist ein Haufen kaputtter Worte. Ihre Wortführer entdecken in Berlin wenig Raum für Neues, wenig Stabiles und haben sich längst zu den Verwaltern der innerdeutschen Teilungsmechanismen degradiert. Ihre Trennschärfe erhalten diese nicht mehr an bewaffneten Grenzanlagen: sie sind kultureller und wieder ganz sozialer Natur.

Forum DL21

Literatur:

- Alexander, Robin(2001): SPD entscheidet sich später. In: die tageszeitung vom 22. Oktober 2001.
- Gröschner, Anett(1998): Jeder hat sein Stück Berlin gekriegt. Geschichten vom Prenzlauer Berg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.
- Infratest dimap (2001): Berliner Wähler strafen CDU ab. Kurzanalyse erstellt für die deutsche presse agentur. http://www.infratest-dimap.de/wahlen/berlin01/content_b.htm.
- Kursbuch 137 (2000): Berlin. Metropole. Hrsg von Karl Markus Michel/Ingrid Karsunke/Tilman Spengler. Berlin: Rowohlt.
- Landeswahlleiterbericht (2001): Bericht des Landeswahlleiters. Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen am 21. Oktober 2001. Gekürzte Internet-Darstellung unter: <http://www.statistik-berlin.de/wahler/>
- Wiehler, Stephan: Das Wahlereignis teilt die Stadt. In: Der Tagesspiegel vom 23.10.2001

Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit

Plädoyer für eine neue Ausrichtung der Gesundheits- und Sozialpolitik

von Andreas Mielck

In den letzten Jahren ist ein alt bekanntes Problem immer stärker in das öffentliche Bewusstsein gedrungen: Auch in Deutschland gibt es eine weitverbreitete Einkommens-Armut. Deutlich wird diese zunehmende Wahrnehmung z.B. daran, dass die Bundesregierung im April 2001

den ‚ersten Armuts- und Reichtumsbericht‘ vorlegt hat (Bundesministerium 2001; vgl. auch <http://www.bma.de>). In dem Bericht wird auch auf die gesundheitlichen Auswirkungen dieser sozialen Benachteiligung hingewiesen. Der Zusammenhang zwischen der sozialen und der gesundheitlichen Ungleichheit sollte jedoch noch intensiver diskutiert werden; hieraus ergibt sich einer der entscheidenden Ansätze zur Beantwortung der Frage, wo die Schwerpunkte der Gesundheits- und Sozialpolitik liegen sollten.

Im folgenden Beitrag soll aus wissenschaftlicher Sicht kurz dargestellt werden, welche Ergebnisse zum Thema ‚soziale und gesundheitliche Ungleichheit‘ vorliegen. Anschließend wird versucht, einige zentrale gesundheits- und sozialpolitische Ziele abzuleiten. Der Beitrag soll dazu dienen, die Diskussion zwischen der Wissenschaft und den gesundheitspolitischen Akteuren zu fördern. Es ist zweifellos wichtig, diesen gegenseitigen Lernprozess zu fördern. Das übergeordnete Ziel ‚Mehr soziale Gerechtigkeit auch in der Gesundheit‘ lässt sich ohne eine bessere Kooperation zwischen Wissenschaft und gesundheitspolitischen Akteuren kaum erreichen.

Der Begriff ‚soziale Ungleichheit‘

Im Alltagsverständnis werden unter dem Begriff ‚soziale Ungleichheit‘ zumeist Unterschiede nach Bildung, beruflichem Status und Einkommen verstanden. Etwas präziser formuliert

Andreas Mielck, Dr.phil., M.P.H.; GSF – Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen, Neuherberg; der Beitrag geht zurück auf ein Referat des Autors bei Forum DL 21 Schleswig-Holstein am 9. Juni 2001 in Rendsburg

handelt es sich hierbei jedoch um Merkmale der vertikalen sozialen Ungleichheit. Der Zusatz ‚vertikal‘ soll dabei ausdrücken, dass diese Merkmale eine Unterteilung der Bevölkerung in Oben und Unten ermöglichen. Die Bevölkerung lässt sich aber auch mit Hilfe von Merkmalen wie Geschlecht, Nationalität und Familienstand in Gruppen unterteilen, und auch zwischen diesen Gruppen kann soziale Ungleichheit bestehen. Die Grenzen zwischen diesen Gruppen verlaufen sozusagen quer zu den Grenzen der vertikalen sozialen Ungleichheit; in der Soziologie wird daher auch von horizontaler sozialer Ungleichheit gesprochen.

Der Begriff ‚gesundheitliche Ungleichheit‘

Mit dem Begriff ‚gesundheitliche Ungleichheit‘ wird die Tatsache umschrieben, dass sich die soziale Ungleichheit häufig auch im Gesundheitszustand widerspiegelt. Die Trennung zwischen der vertikalen und der horizontalen sozialen Ungleichheit macht es erforderlich, auch eine Trennung zwischen der vertikalen und horizontalen gesundheitlichen Ungleichheit vorzunehmen. Die ‚vertikale gesundheitliche Ungleichheit‘ zeigt sich z.B. durch den Unterschied in der Mortalität (Sterblichkeit) zwischen verschiedenen Einkommensgruppen, und die ‚horizontale gesundheitliche Ungleichheit‘ z.B. durch die Unterschiede in der Mortalität zwischen Männern und Frauen.

Empirische Ergebnisse

Aus Platzgründen kann hier nur die vertikale gesundheitliche Ungleichheit etwas ausführlicher angesprochen werden: Mittlerweile liegen auch aus Deutschland viele empirische Arbeiten vor, aus denen eindeutig hervorgeht, dass die Personen aus den unteren Statusgruppen (niedrige Bildung, niedriger beruflicher Status und/oder niedriges Einkommen) zumeist einen besonders schlechten Gesundheitszustand aufweisen. Allein im letzten Jahr sind hierzu mehrere umfangreiche Bücher publiziert worden (z.B. Mielck 2000, Helmert et al. 2000). Vor kurzem wurde der erste deutschsprachige Sammelband zum Themenspektrum der Sozial-Epidemiologie veröffentlicht, und auch hier steht die gesundheitliche Ungleichheit im

Abbildung 1

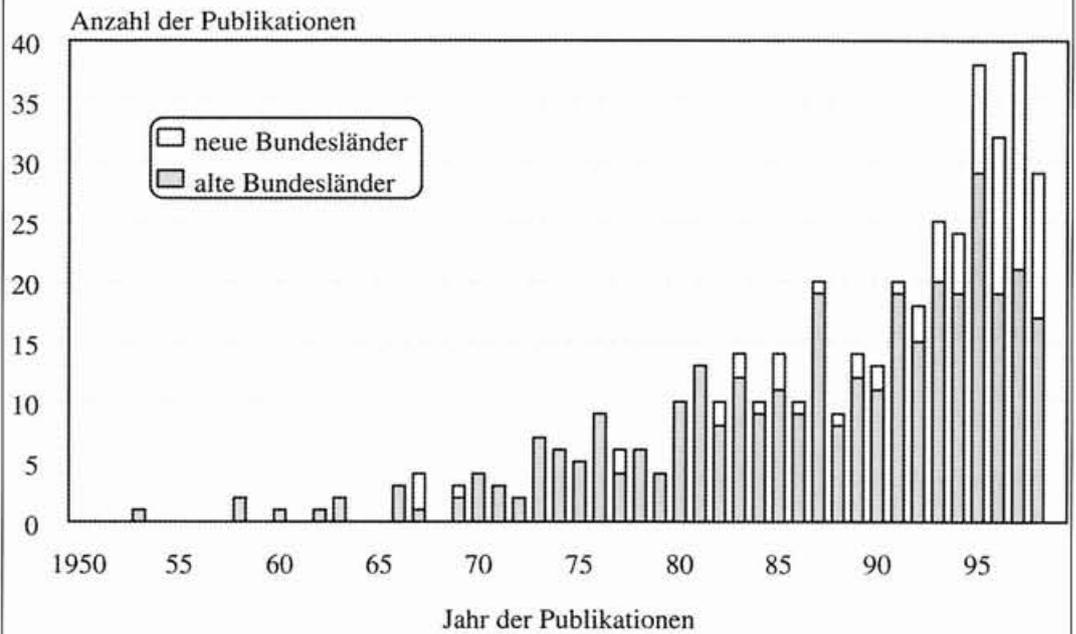


Abbildung 1: Empirische Arbeiten aus den alten und neuen Bundesländern zur vertikalen gesundheitlichen Ungleichheit

Mittelpunkt (Mielck/Bloomfield 2001a). Wenn die aus den alten und neuen Bundesländern vorliegenden empirischen Arbeiten nach dem Erscheinungsjahr sortiert werden, wird deutlich, dass das Interesse der Wissenschaft an den Fragen der gesundheitlichen Ungleichheit deutlich zugenommen hat (vgl. Abbildung 1). Man könnte sagen, das Thema hat Konjunktur.

Die Ergebnisse dieser empirischen Arbeiten können hier aus Platzmangel nur angedeutet werden: Die Ergebnisse zur Mortalität zeigen z.B.,

- dass Erwachsene ohne Abitur eine kürzere Lebenserwartung aufweisen als Erwachsene mit Abitur,
- dass die Sterblichkeit bei Un- und Angelernten höher ist als bei oberen Angestellten,
- dass die Sterblichkeit in der unteren Einkommensgruppe höher ist als in der oberen,
- dass die Überlebenszeit nach einem Erst-Infarkt bei Erwachsenen mit niedrigem beruflichen Status kürzer ist als bei Erwachsenen mit höherem beruflichen Status.

Dabei ist häufig ein ‚Gradient‘ zu beobachten, d.h. eine mit zunehmendem sozio-ökonomischen Status stufenweise geringer werdende Sterblichkeit. Das Ausmaß der Mortalitätsunterschiede ist beträchtlich. Die Unterschiede in der Lebenserwartung (vgl. erstes Beispiel) betragen bei-

spielsweise 3,3 Jahre für Männer und 3,9 Jahre für Frauen.

Zur Morbidität (Krankheitsverteilung) liegen relativ viele empirische Ergebnisse vor, sie zeigen z.B.,

- dass Erwachsene mit Haupt- oder Realschulabschluss häufiger einen Herzinfarkt erleiden als Erwachsene mit Abitur oder Fachhochschulabschluss,
- dass die Prävalenz psychischer Störungen bei Erwachsenen mit niedrigem beruflichen Status größer ist als bei Erwachsenen mit höherem beruflichen Status,
- dass Erwachsene aus der unteren Einkommensgruppe bei der Frage nach dem allgemeinen Gesundheitszustand häufiger mit ‚schlecht‘ antworten als Erwachsene aus der oberen Einkommensgruppe.

Wie schon bei der Mortalität, so zeigt sich auch bei der Morbidität zumeist ein ‚Gradient‘ der gesundheitlichen Ungleichheit, d.h. die Morbidität nimmt mit höher werdendem sozio-ökonomischen Status stufenweise ab. Dabei ist die Morbidität in der unteren Statusgruppe häufig 2-3mal so groß wie in der oberen Statusgruppe.

Die Studien zur gesundheitlichen Ungleichheit beziehen sich sehr oft auf die Altersspanne zwischen 20 und 65 Jahren, d.h. auf das erwerbsfähige Alter. Die wenigen Studien aus Deutschland über jüngere und

In allen Altersgruppen ist der Gesundheitszustand in der unteren Statusgruppe zumeist erheblich schlechter als in der oberen Statusgruppe.



ältere Personengruppen weisen jedoch darauf hin, dass bei Säuglingen, Kindern und Jugendlichen und auch bei alten Menschen sehr ähnliche sozio-ökonomische Unterschiede im Gesundheitszustand vorhanden sind. Mit anderen Worten: In allen Altersgruppen ist der Gesundheitszustand in der unteren Statusgruppe zumeist erheblich schlechter als in der oberen Statusgruppe. Die wichtigsten Ausnahmen von dieser Regel sind Allergien und Hauterkrankungen. Offenbar sind sie in den unteren Statusgruppen besonders selten, die Ursachen dieser ‚umgekehrten‘ gesundheitlichen Ungleichheit liegen jedoch noch weitgehend im Dunkeln.

Erklärungsansätze

Bei der Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit wird zumeist zwischen den beiden folgenden Hypothesen unterschieden:

- Der sozio-ökonomische Status beeinflusst den Gesundheitszustand (plakativ formuliert: ‚Armut macht krank‘)
- Der Gesundheitszustand beeinflusst den sozio-ökonomischen Status (plakativ formuliert: ‚Krankheit macht arm‘)

Die bei uns diskutierten Erklärungsansätze beziehen sich zumeist auf die erste Hypothese. Mit einer Vielzahl von Ansätzen wird versucht, den Einfluss des sozio-ökonomischen Status auf den Gesundheitszustand zu erklären.

Für viele dieser Ansätze wurde bereits wiederholt belegt, dass sie in der Tat einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit leisten können. Demnach sind z.B. die folgenden gesundheitlichen Belastungen in den unteren Statusgruppen besonders groß:

- Arbeitsbedingungen: körperlich schwere Arbeit, Lärm, Eintönigkeit, geringe Möglichkeiten des Mitentscheidens
- Wohnbedingungen: Wohnen an einer verkehrsreichen Straße, Luftverschmutzung im Wohngebiet
- Gesundheitsgefährdendes Verhalten: Rauchen, Übergewicht, Mangel an sportlicher Betätigung
- Vorsorge-Verhalten: seltene Teilnahme an Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen
- Gesundheitliche Versorgung: Unzufriedenheit mit der ambulanten medizinischen Versorgung, kein Ersetzen fehlender Zähne

Interventionen zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit

Auf einer sehr allgemeinen Ebene lassen sich zwei Ansatzpunkte zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit unterscheiden:

- Änderung der Lebensbedingungen
- Änderung des Gesundheitsverhaltens

In den letzten Jahren ist immer wieder betont worden, wie stark der Gesundheitszustand durch das Gesundheitsverhalten beeinflusst wird. Das Gesundheitsverhalten bietet in der Tat auch einen wichtigen Ansatz für die Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit. Eine Verbesserung des Gesundheitsverhaltens in der unteren Statusgruppe würde zu einer erheblichen Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit führen. Das Gesundheitsverhalten lässt sich mit Appellen an die Verantwortung für die eigene Gesundheit jedoch kaum beeinflussen, vor allem dann nicht, wenn Mitglieder der unteren sozialen Statusgruppe durch Mitglieder höherer Statusgruppen quasi ermahnt

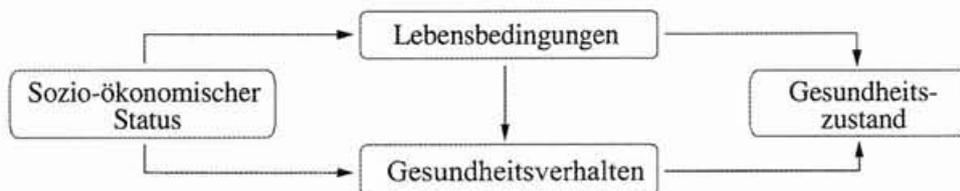
werden. Das Gesundheitsverhalten basiert zudem häufig nicht nur auf freien Entscheidungen, sondern wird maßgeblich geprägt durch die Lebensbedingungen. Ohne Berücksichtigung dieser komplexen Ursachen des Gesundheitsverhaltens besteht somit die Gefahr, dass dem ‚Opfer die Schuld zugeschoben wird‘ (blaming the victim).

Aus den Niederlanden stammt eine Studie, in der m.W. zum ersten Mal versucht wurde, den Einfluss des Gesundheitsverhaltens auf die gesundheitliche Ungleichheit zu bestimmen bei gleichzeitiger Kontrolle von Indikatoren der Lebensbedingungen (Stronks et al. 1996). Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass der Einfluss des Gesundheitsverhaltens zu einem großen Teil auf den Einfluss der Lebensbedingungen zurückgeführt werden kann (vgl. Abbildung 2). Die direkten und indirekten Einflüsse der Lebensbedingungen summieren sich auf 55%, der direkte (d.h. von den Lebensbedingungen unabhängige) Einfluss des Gesundheitsverhaltens beträgt dagegen nur 15%. Die These ‚Verhältnis-Prävention vor Verhaltens-Prävention‘ wird durch die Auswertung also eindrucksvoll unterstützt. Inzwischen liegt auch eine vergleichbare Studie aus Deutschland vor, in der die Ergebnisse aus den Niederlanden klar bestätigt werden (Richter/Mielck 2000).

Unterstützt wird diese Argumentation auch durch die grundlegende Botschaft der Sozial-Epidemiologie: „Der Gesundheitszustand wird entscheidend geprägt durch ‚das Soziale‘, d.h. durch unseren sozio-ökonomischen Status (Bildung, Beruf, Einkommen), unsere Organisation der Erwerbsarbeit, unsere Beteiligung am Erwerbsleben (Arbeitslosigkeit etc.), unsere geschlechtsspezifischen

Das Gesundheitsverhalten lässt sich mit Appellen an die Verantwortung für die eigene Gesundheit kaum beeinflussen, vor allem dann nicht, wenn Mitglieder der unteren sozialen Statusgruppe durch Mitglieder höherer Statusgruppen quasi ermahnt werden.

Abbildung 2: Stellenwert der Lebensbedingungen



Quelle: Mielck 2000

Zusammenhang zwischen Ausbildung, beruflichem Status und Einkommen einerseits und Mortalität, Morbidität, gesundheitsgefährdenden bzw. -fördernden Faktoren andererseits [Quelle: eigene Dokumentation (vgl. Mielck 2000)]

Bevorzugungen und Benachteiligungen, unsere Nationalität und Migration, unsere gegenseitige Unterstützung bei Problemen, und durch die vielen anderen Merkmale, die unser soziales Zusammenleben charakterisieren. Selbstverständlich lassen diese sozialen Bedingungen viel Spielraum für individuelle Entscheidungen über gesundheitsförderliches oder -belastendes Verhalten; aber die sozialen Bedingungen beeinflussen den Gesundheitszustand nicht nur direkt, sondern auch indirekt, indem sie den Rahmen für das individuelle Verhalten prägen. Die Bemühungen um eine Verbesserung der gesundheitlichen Lage sollten daher auch und vor allem an den sozialen Bedingungen ansetzen" (Mielck/Bloomfield 2001b, S. 13).

Die entscheidende Rolle der Lebensbedingungen führt auch dazu, dass die Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention auf jede Zielgruppe zugeschnitten sein müssen. Die Maßnahmen, die sich pauschal an alle Bevölkerungsgruppen richten, werden eher zu einer Vergrößerung als zu einer Verkleinerung der gesundheitlichen Ungleichheiten beitragen, weil mit derartigen Maßnahmen zumeist die oberen Statusgruppen erreicht werden. Je stärker sich eine Maßnahme auf die Mitglieder der unteren Statusgruppe konzentriert, um so eher kann sie zu einer Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit beitragen.

Ausblick

Diese sozial-epidemiologischen Ergebnisse sind auch wichtig für die allgemeine Diskussion über das Ausmaß der tolerierbaren sozialen Ungleichheit. Von der breiten Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Entscheidungsträger wird akzeptiert, dass bei uns große Unterschiede im Einkommen vorhanden sind. Die Akzeptanz wird jedoch auf eine harte Probe gestellt, wenn gezeigt wird, dass diese Einkommens-Unterschiede mit großen Unterschieden in Morbidität und Mortalität verbunden sind. Wir sind zu Recht stolz auf die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV), die auch bei geringem Einkommen eine umfassende gesundheitliche Versorgung garantiert. Der gesellschaftliche Konsens, dass bei gesundheitlichen Problemen die Mehr-Verdienenden den Weniger-Verdienenden helfen sollten, ist bei uns (noch) relativ fest verankert. Wir akzeptieren große Einkommens-Un-

terschiede, aber große Unterschiede im Gesundheitszustand zwischen reicheren und ärmeren Personen akzeptieren wir offenbar nicht. Mit anderen Worten: Durch die gesundheitliche Ungleichheit wird die soziale Ungleichheit als Problem wieder deutlicher erkennbar.

Die gesundheitliche Ungleichheit bildet somit den Fokus eines Problems, das nur durch umfangreiche gesundheits- und sozialpolitische Maßnahmen verringert werden kann. Wichtig wäre zunächst das klare politische Statement: „Die gesundheitliche Ungleichheit in Deutschland soll verringert werden“. Erstaunlicherweise sind derartige Statements bisher kaum zu finden. Die Mitgliedstaaten der europäischen WHO Region, zu denen selbstverständlich auch Deutschland zählt, haben 1984 dem WHO-Programm ‚Gesundheit 2000‘ zugestimmt. Das Programm umfasst 38 Ziele und das erste Ziel lautet ‚Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit‘. Im Jahr 1998 wurde von den Mitgliedstaaten das neue Programm ‚Gesundheit 21‘ verabschiedet, und auch dort wird dieses Ziel explizit genannt. Auf Ebene der WHO hat sich die Bundesregierung also eindeutig geäußert. Sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene fehlt es jedoch an Stellungnahmen von politischen Akteuren, in denen betont wird, dass die gesundheitliche Ungleichheit verringert werden soll.

Es wäre auch wichtig, alle gesundheits- und sozialpolitische Reformvorschläge vor (!) ihrer Umsetzung daraufhin zu überprüfen, ob sie zu einer Verringerung oder zu einer Vergrößerung der gesundheitlichen Ungleichheit beitragen. In der internationalen Diskussion wird hierfür der Begriff ‚health inequalities impact assessment‘ verwendet (die deutsche Übersetzung lautet: Einschätzung des Einflusses auf die gesundheitliche Ungleichheit). In Deutschland ist von einer derartigen Diskussion noch wenig zu sehen.

Die Notwendigkeit eines derartigen ‚health inequalities impact assessments‘ lässt sich am Beispiel der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) veranschaulichen: Das Solidaritätsprinzip der GKV beinhaltet eine Umverteilung von den Gesunden zu den Kranken, von den Alleinstehenden zu den Familien, und von den höheren zu den niedrigeren Einkommensgruppen. Die Versicherten zahlen jedoch nicht nur die Krankenkas-

senbeiträge, sie haben weitere Gesundheitsausgaben (Selbstmedikation, Zuzahlungen etc.). Da diese zusätzlichen Ausgaben relativ hoch sind, führen sie zu einer erheblichen Einschränkung des Solidaritätsprinzips. Etwas pointierter formuliert lautet die Frage demnach, ob die bereits vorhandenen Einschränkungen des Solidaritätsprinzips eine unzureichende gesundheitliche Versorgung der einkommensschwachen Versicherten mit sich bringen, und ob wir eine weitere Einschränkung des Solidaritätsprinzips akzeptieren können. Wenn vorgeschlagen wird, die Selbstmedikation bzw. die Zuzahlungen zu erhöhen, dann sollte vor Umsetzung dieser Vorschläge geprüft werden, welche Auswirkungen sich daraus auf die gesundheitlichen Ungleichheiten ergeben können und ob diese Auswirkungen akzeptabel sind. Bei den Zuzahlungen wird z.B. oft betont, dass ‚soziale Härten‘ durch die Härtefallregelungen vermieden werden. Überprüft wurde diese These bisher jedoch noch nicht. Es lassen sich zumindest die beiden folgenden Fragen unterscheiden: Ist die Anspruchsberechtigung so definiert, dass es durch die Zuzahlungen zu keiner Vergrößerung der gesundheitlichen Ungleichheit kommen kann? Nehmen alle Anspruchsberechtigten die Befreiung auch tatsächlich in Anspruch? Bevor diese Fragen geklärt sind, sollte es keine Erhöhung der Zuzahlungen geben. Noch besser wäre es jedoch, wenn auch die derzeit bestehenden Zuzahlungs-Regelungen in diesem Sinne überprüft und ggfs. korrigiert werden. Das Gleiche gilt auch für die Gesundheitsleistungen, die nicht von der GKV übernommen werden. Bevor weitere Einschränkungen des GKV-Leistungskataloges vorgenommen werden, sollten die Auswirkungen auf die gesundheitliche Ungleichheit untersucht werden.

Die derzeitige Praxis des Solidaritätsprinzips beinhaltet eine bestimmte Grenzziehung zwischen Solidarität und Eigenverantwortung, und die Grenze wird in den nächsten Jahren vermutlich zur Diskussion gestellt werden. Jede Änderung der Grenzziehung kann Auswirkungen auf die gesundheitliche Ungleichheit haben. Wenn z.B. genau das gesundheitsgefährdende Verhalten der Eigenverantwortung überlassen bleibt, was in den unteren Statusgruppen besonders häufig ist, dann ist mit einer Vergrößerung der gesundheitlichen Ungleichheit zu rechnen. Es sollte daher

Die Bemühungen um eine Verbesserung der gesundheitlichen Lage sollten auch und vor allem an den sozialen Bedingungen ansetzen

Jacques Pauwels

Der Mythos vom guten Krieg

Die USA und der 2. Weltkrieg



PapyRossa

ISBN 3-89438-220-1, Broschur, 302 Seiten
DM 32,50/EUR 16,50

Der 2. Weltkrieg als »guter Krieg« der USA, aber auf der »falschen Seite« und gegen den »falschen Feind«

Dietrich Reither/Gerd Wiegel (Hg.)

Die Stolzdeutschen

Von Nordpatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur



PapyRossa

ISBN 3-89438-225-2, Broschur, 198 Seiten
DM 25,40/EUR 13,00

Was das Gerede von Nationalstolz und Leitkultur soll und wen das stolzdeutsche Banner so alles vereint

Werner Biermann/Arno Klünne

Globale Spiele

Das letzte Stadium des Kapitalismus?



PapyRossa

ISBN 3-89438-227-9, Broschur, 240 Seiten
DM 30,90/EUR 15,80

Imperialismus heute – die Globalisierung als jüngstes Stadium des Kapitalismus und dessen Leidtragende

PapyRossa Verlag

Tel.: (0221) 448545 – Fax: (0221) 444305
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

immer wieder darauf hingewiesen werden, dass das Ziel ‚Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit‘ das zentrale Element des Solidaritätsprinzips bildet und nicht gefährdet werden darf.

In den letzten Jahren ist der Wettbewerb innerhalb der GKV durch die weitgehende Einführung der Kassenwahlfreiheit etabliert worden. Es besteht die Gefahr, dass die Gesetzlichen Krankenkassen die ‚schlechten Risiken‘ abwehren bzw. abstoßen und die ‚guten Risiken‘ gewinnen bzw. behalten wollen. Die Angehörigen der unteren Statusgruppe gehören zumeist zu den ‚schlechten Risiken‘, weil ihr Einkommen (und damit auch ihr Krankenkassenbeitrag) relativ niedrig ist, und vor allem, weil sie eine relativ hohe Morbidität aufweisen und damit ‚teuer‘ sind. Die Krankenkassen werden daher darum bemüht sein, möglichst wenige Angehörige der unteren Statusgruppe und möglichst viele Angehörige der oberen Statusgruppe zu versichern. Der Risikostrukturausgleich (RSA) gewährleistet, dass durch einen hohen Anteil von Versicherten mit niedrigen Bruttolöhnen kein Wettbewerbsnachteil entsteht. Von den Einnahmen her betrachtet besteht also kein Grund zur Abwehr von Versicherten mit niedrigem Einkommen. Die mit einer erhöhten Morbidität verbundenen höheren Ausgaben werden im RSA jedoch nicht berücksichtigt.

Etwas präziser formuliert zwingt der derzeitige Wettbewerb die Krankenkassen also dazu, möglichst viele gesunde Personen zu versichern, und dies kann dazu führen, dass die Angehörigen der unteren Statusgruppe zu den ‚unerwünschten Risiken‘ zählen. Dieser ökonomische Druck muss zu keinen praktischen Konsequenzen führen, und durch Kassenwahlfreiheit und Kontrahierungszwang sind den Handlungsmöglichkeiten der Kassen enge Grenzen gesetzt, aber der ökonomische Druck ist nicht zu leugnen. Seit der Gesundheitsreform 2000 verpflichtet der neugefasste § 20 SGB V die Gesetzlichen Krankenkassen zu Präventionsmaßnahmen, die „insbesondere einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen“ leisten. Bei den derzeitigen ökonomischen Rahmenbedingungen ist allerdings kaum damit zu rechnen, dass die GKV diesem Auftrag gerecht wird (Rosenbrock 2000).

Es ist besonders bemerkenswert, dass die Gesundheitsreformen der letzten Jahre vor allem von dem einen Ziel beherrscht wurden, den Beitragsatz zu senken. Andere mögliche Ziele – wie z.B. die Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit – scheinen kaum eine Rolle zu spielen. In den nächsten Jahren wird es vermutlich keine Reform geben, die den Titel ‚Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit‘ trägt, aber dieses Ziel sollte zumindest stärker beachtet werden als bisher.

Die oben genannten Beispiele beziehen sich nur auf die Gesundheitspolitik, aber ähnliche Empfehlungen lassen sich auch für die allgemeinere Sozialpolitik ableiten. Auch wenn weitere wissenschaftliche Analysen zur Beschreibung und Erklärung der gesundheitlichen Ungleichheit dringend erforderlich sind; noch wichtiger sind praktische Maßnahmen zur Verringerung dieser Ungleichheit. Uns steht ein umfangreiches Wissen über die Möglichkeiten der Gesundheitsförderung und Prävention zur Verfügung. Jetzt muss dieses Wissen dafür eingesetzt werden, dass der Gesundheitszustand vor allem in den unteren Statusgruppen verbessert wird.

Forum DL21

Literatur

- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [2001]: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Band 1: (Bericht); Band 2: Daten und Fakten). Eigenverlag, Bonn.
- Helmert U, Bammann K, Voges W, Müller R (Hrsg.) [2000]: Müssen Arme früher sterben? Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland. Juventa Verlag, Weinheim.
- Mielck A [2000]: Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Verlag Hans Huber, Bern.
- Mielck A, Bloomfield K (Hrsg.) [2001a]: Sozial-Epidemiologie. Einführung in die Grundlagen, Ergebnisse und Umsetzungsmöglichkeiten. Juventa Verlag, Weinheim.
- Mielck A, Bloomfield K [2001b]: Einführung. In: Mielck/Bloomfield, a.a.O., S. 9-16.
- Richter M, Mielck A [2000]: Strukturelle und verhaltensbezogene Determinanten gesundheitlicher Ungleichheit. Z. f. Gesundheitswiss. 8: 198-215.
- Rosenbrock R [2000]: Prävention durch Krankenkassen – Der neue § 20 SGB V als Gestaltungsherausforderung für die GKV. Prävention 23: 69-72.
- Stronks K, van de Mheen HD, Looman CWN, Mackenbach JP [1996]: Behavioural and structural factors in the explanation of socio-economic inequalities in health: an empirical analysis. Sociology of Health & Illness 18: 653-674.
- (Weiterführende Literaturhinweise stellt der Verfasser auf Anfrage gern zur Verfügung.)

Palästina – Welche Zukunft bleibt?

Von Rainer Zimmer-Winkel



In den letzten Jahren erschien vielen der Nahostkonflikt, der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern im Prinzip gelöst. Hatten nicht Arafat und Rabin sich die Hand gereicht, gab es nicht Oslo und immer weitere Abkommen? Waren die Verzögerungen bei der Umsetzung der Verträge nicht eher kosmetischer Natur und zum Teil auch den Regierungswechseln in Israel geschuldet? Von den Schmutzkindern waren die Palästinenser zu gehätschelten und mit viel Geld versorgten neuen Akteuren geworden. Wer sich früher nicht mit Palästina sehen lassen wollte, fährt heute nicht aus dem Heiligen Land zurück, ohne mindestens ein Foto mit Yassir Arafat.

Doch spätestens seit Oktober 2000 hat diese Weltsicht einen Sprung bekommen. Warum in aller Welt antworten die Palästinenser auf die doch so „großzügigen“ Angebote des damaligen israelischen Premierministers Ehud Barak (Labour) mit einer neuen Intifada, der sogenannten Jerusalem- oder auch Al-Aqsa-Intifada, einem neuen Aufstand? Nicht erst seit dem 11. September, aber spätestens seit diesem Epochendatum, ist vielen klar, daß der Kern des Nahostkonfliktes noch immer aus der Regelung der ungelösten Palästinafrage besteht. Deutlich ist vielen inzwischen auch geworden, daß es sich bei dieser Frage nicht nur um einen Nationalkonflikt handelt, in dem sich zwei politische Bewegungen um das gleiche Territorium streiten, sondern daß der Konflikt, hier der Einfachheit halber Israel-Palästina-Konflikt genannt, auch ein Konflikt zwischen der Ersten und der sog. Dritten Welt ist. Zwischen

Gaza-Stadt und Tel Aviv liegen gerade einmal 70 km räumlicher Entfernung, aber ein zehnfaches bis zwölffaches an Bruttoinlandsprodukt.

Ein Blick zurück. Seit dem Teilungsbeschluß der Vereinten Nationen vom 29. November 1949 und der damit verbundenen Tatsache, daß nur der Staat Israel als die Verwirklichung des zionistischen Staatsprojektes einer jüdischen nationalen Heimstatt Realität wurde und infolge der damit einhergehenden Vertreibung der indigenen Bevölkerung, stellte sich der Nahostkonflikt als einer der tiefsten und am schwierigsten zu regelnden internationalen Konflikte dar.

Jeder Versuch, den Konflikt einer Regelung näher zu bringen, scheiterte regelmäßig an den Bedingungen des Kalten Krieges. Erst die Konferenz von Madrid, einberufen in der Folge des Golfkrieges II, veränderte den Konflikt in seiner Qualität: Aus einem Existentialkonflikt um Sein oder Nicht-Sein in der Region wurde ein noch immer schwer zu regelnder Territorialkonflikt, ein Kampf um Grenzen, um Ressourcen. Alle am Konflikt beteiligten Parteien erkannten aber, indem sie am Konferenztisch von Madrid teilnahmen, im Prinzip alle anderen Seiten an. Die fehlende formale Anerkennung der Hauptkontrahenten, des Staates Israel und der PLO, als der Vertretung der palästinensischen Nationalbewegung, wurde bis zum September 1993 in Geheimverhandlungen erreicht, die in der Unterzeichnung der Osloer Prinzipienklärung mündete.

Diese Veränderung der Konfliktstruktur hat allerdings nicht automatisch zu einer Verringerung des Gewaltniveaus geführt, sondern wie wir heute erleben, einen immensen Zuwachs an Gewalt und Destruktion hervorgerufen. Die Kernfragen des Konfliktes (Land, Wasser, Identität) treten inzwischen deutlich zu Tage und lassen sich nicht länger durch Prozeßbedingungen verschleiern.

War schon die Konferenz von Madrid 1991 nur durch die massive Intervention der USA zustande gekommen und nicht unwesentlich, ja im Grunde Ausdruck der massiven Dominanz Nordamerikas in der Region, so stellt sich eine ähnliche Frage heute nach politischen Druck von außen, in einem Moment in dem die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten eine neue Koalition geschmiedet haben.

Mit der Tatsache, daß am 11. September 2001 die Vereinigten Staaten in ihrem eigenen Territorium in einer

bislang nicht gekannten Weise zum Opfer geworden sind, stellen sich mit Blick auf den Nahen Osten verschiedene Fragen.

Zum einen wird von israelischer Seite argumentiert, daß jetzt auch der Westen selbst eine Bedrohungssituation erlebe, der man selbst seit Jahren ausgesetzt sei und die nun endgültig jedem deutlich machen müsse, wie entschlossen gegen den Terrorismus, sei er palästinensisch oder arabisch, vorgegangen werden müsse.

Auf der palästinensischen Seite wird argumentiert, daß die noch immer ungelöste Palästina-Frage, dem immer wieder notwendigen Sprengstoff biete, der zur Lunte für die ganz Region werden könnte.

Ist dem Westen wirklich hinreichend klar, wieweit die doppelten Standards, die von dort an den Nahen Osten angelegt werden, zu einer ständigen Quelle von Wut, von Enttäuschung, von Haß geworden sind und weiter werden? Wer soll – nicht nur in der Arabischen Welt – verstehen, daß Israel seit 1948 und in Sonderheit seit 1967 ohne wirkliche Sanktionen immer und immer wieder internationale Resolutionen mißachten darf, während andere Verletzungen des Völkerrechtes unmittelbar und massiv beantwortet werden? Wer soll verstehen, daß Demokratie nur solange ein Wert ist, für den es einzutreten gilt, wenn sie auch zu den richtigen, d.h. erwünschten Ergebnissen führt (Algerien) oder gar ansonsten gar nicht erst versucht werden soll (Saudi Arabien)?

Ohne einer solchen These automatisch und unbedingt zustimmen zu wollen, tragen diese Phänomene

Rainer Zimmer-Winkel lebt in Berlin. Der Artikel verbleibt auf Wunsch des Autors in der alten Rechtschreibung.



in der palästinensischen Gesellschaft und nicht nur in ihr dazu bei, die eigene Gesellschaft in der Auseinandersetzung mit dem Westen als „unterlegen“ wahrzunehmen, sich als Objekt erst kolonialer, dann imperialer, heute amerikanischer Interessen wahrzunehmen und behandelt zu sehen.

Wenn heute über eine Regelung gesprochen wird, bei der als Vision: ‚Zwei Staaten für zwei Völker‘ angestrebt wird, scheint ihre Realisierung in den Augen vieler (wieder einmal) weit entfernt. Wer dennoch an ihr festhält, betont in der Regel, daß nur so den Palästinensern ein Mindestmaß an Gerechtigkeit widerfahren werde, die wiederum eine Grundvoraussetzung für eine friedliche Regelung in der Region sei.

Übersehen wird dabei allzu leicht, wer denn von der Realisation einer solchen Idee am meisten profitieren würde: Zwei Staaten, zwei Völker heißt nämlich im allertiefsten die Anerkennung des jüdischen Siedlungsprojektes in der arabischen Welt, heißt die Anerkennung eines in der Moderne einmaligen Etablierungsprojektes eines ganzen Staates, den es vor gerade einmal hundert Jahren nur in den Träumen oder Phantasien einer kleinen Gruppe gegeben hat.

Israel würde so zum Normalfall eines Staates. Palästina, die Palästinenser allein, diejenigen, die dem neuen Staat weichen mußten, sie allein könnten dieses Siegel der „Normalität“ ausstellen.

Solange aber in weiten Teilen des politischen Establishment wie im öffentlichen Raum Israels die Vorstellung vorherrscht, „Israel für uns und

Palästina für uns und für Euch“, so wie es kürzlich ein Palästinenser in Gaza ausdrückte, solange bleibt der Weg für eine dauerhafte Konfliktregelung versperrt.

Die palästinensische Nationalbewegung hat im 20. Jahrhundert einen langen und schmerzhaften Prozeß durchgemacht. Stand am Anfang des Jahrhunderts noch eine feudale-bürgerliche Notablenschicht, der erst allmählich deutlich wurde, wie sehr das zionistische Projekt in Palästina seine eigene Identität und den eigenen Raum in Frage stellte, erlebte die nächste Generation das fast völlige Scheitern der traditionellen, feudalen und klanmäßig organisierten nationalen Führung in der al-naqba, so der arabische Name für die Katastrophe des Jahres 1948.

Erst eine Generation später gelang es, die von einer agrarisch-dörflichen Struktur durch die Ereignisse des Jahres 1948 über Nacht zu einer städtischen Flüchtlingsgesellschaft geworden war, neu zu formieren und zu organisieren.

In der PLO und ihrem Konzept eines „Bewaffneten Befreiungskampfes“ erstand die Nation neu, konnte sich einigen und einen eigenen Ausdruck finden. Mit der Rückkehr der palästinensischen Frage auf die internationale Bühne, mit Pistole und Olivenzweig, jenen Symbolen mit denen Yassir Arafat 1974 vor den VN erschien, mit Gewalt/Terror und Diplomatie also, begann der schmerzhafteste Weg der Kompromisse, der schließlich 1988 in Algier in der Staatsausrufung Palästinas mündete und der die in gewisser Weise bereits den Verzicht auf 78% des historischen Palästinas bedeutet und einen palästinensischen Staates (nur) noch auf den restlichen 22% des ehemaligen Territorium vorsieht. Der UN-Teilungsbeschuß 1947 hatte übrigens neben einem corpus separatum Jerusalem, noch eine Aufteilung von ca. 44% zu 56% vorgesehen.

So sehr die Prinzipienklärung von Oslo auf der einen Seite die Struktur des Konfliktes verändert hat, so wenig hat diese Übereinkunft selbst die Lage „on the ground“ hin zu mehr Gerechtigkeit oder Ausgleich verbessert. Drei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Hebronmassaker

Als im Frühjahr 1994 bei einem Massaker des jüdischen Siedlers Baruch Goldstein im Abrahamsheiligtum von Hebron/al-Khalil betende Musli-

me ermordet wurden, war die Konsequenz der israelischen Militärverwaltung nicht die Bestrafung der Siedler, sondern die Verhängung einer einmonatigen Ausgangssperre über die Bewohner und Bewohnerinnen von Hebron/al-Khalil. Anstatt das Massaker zum Anlaß zu nehmen, gegen die gut organisierten und bewaffneten Siedler vorzugehen, beschloß die Regierung Rabin die Opfer zu bestrafen, während dem Mörder in Kiryat Arba ein zwischenzeitlich zum Wallfahrtsort avanciertes Grabdenkmal errichtet wurde. In der Konsequenz ging die Besatzung weiter, trotz Prinzipienklärung, trotz Goldstein, die Verhältnisse erreichten eine neue Dimension der Unterdrückung und der Demütigung. Die Tat in der Abrahamsmoschee wurde blutig gerächt durch militante Vertreter der Hamas, was neue Mordkommandos der israelischen Seite gegen führende Aktivisten der Bewegung nach sich zog: Der Kreislauf der Gewalt verschärfte sich.

Siedlungen

Seit dem Ende des Jahres 1994 hat in den Besetzten Gebieten ein bis dahin nicht gekannter Bauboom eingesetzt. Genau in den Gebieten, aus denen sich die israelische Armee im Laufe des Oslo-Prozesses hätte zurück ziehen sollen, wurden mit größter Energie gebaut. Von 1993, als es ca. 115.000 israelische Siedler in Palästina gab und dem Jahr 1999 mit einer Zahl von ca. 180.000, stieg die Zahl im Jahr 2000 auf ca. 200.000. Hinzu kommen der strategische und massive Ausbau eines neuen Straßennetzes, das in der Regel nur die Siedlungen verbindet und das Palästinenser nicht benutzen dürfen. Bemerkenswert ist bei dieser Entwicklung, daß es unter der Regierung von Ehud Barak (Labour) zum massivsten Ausbau der Siedlungen gekommen ist, nicht unter der Regierung Benjamin Netanyahu. Schon die Regierung Rabin hatte systematisch eine Politik des Ausbaus der Siedlungen betrieben, so erweiterte sie beispielsweise im Dezember 1994 die südlich von Bethlehem gelegene Siedlung Efrat. Von besonderer Tragweite war die Entscheidung der Regierung Rabin im Frühjahr 1995, die Siedlung Maale Aduim auszubauen mit der Konsequenz die Westbank in zwei Bereiche zu unterteilen, zwischen denen sich vom Osten Jerusalems

aus bis fast zum Jordangraben eine israelische Stadtsiedlung erstreckt. Ähnliche Ziele der Abtrennung (Ost-)Jerusalems wurden mit dem Ausbau von Givat Zeev im Nordwesten von Jerusalem verfolgt.

Politik der Abriegelung

Seit dem März 1993, also unter der Regierung von Yitzhak Rabin, gilt bis zum heutigen Tag eine Politik der Abriegelung der Besetzten Gebiete von Israel. Dies bedeutet, daß für alle Bewegungen von Palästina nach Israel eine Genehmigung erforderlich ist, die kompliziert zu erlangen, auf die es keinen Anspruch gibt, die also auch nicht planbar ist, und die einmal erreicht auch jederzeit und generell widerrufen werden kann. Im Zeitraum 1993-2000 standen die palästinensischen Gebiete insgesamt ein ganzes Jahr unter vollständiger Abriegelung. Damit werden nicht nur Dörfer und Städte zu großen Gefängnissen, diese Maßnahmen erlauben keine kontinuierliche Entwicklung der Wirtschaft, ganz zu Schweigen von der Tatsache, daß die palästinensischen Tagelöhner so daran gehindert werden, das für ihre Familien so nötige Einkommen zu erreichen. Es gehört zu den großen und frühen Enttäuschungen, die den Oslo-Prozeß begleitet haben, daß diese Politik der Absperrung auch nach Oslo I (1993) nicht aufgehoben, sondern inzwischen zu einem konstitutiven Element der neuen Qualität der israelischen Besatzung ausgebaut worden ist.

Israelische Friedensgruppen wie „Gush Shalom“ oder das „Israeli Committee against House Demolition“ haben in den letzten Jahren immer wieder erklärt, daß Israel nicht auf der einen Seite öffentlich einen Friedensprozeß wollen könne und gleichzeitig die Agenda des Krieges (Landenteignung, Abriss von Häusern, Siedlungsbau, Wasserentzug etc.) fortführen dürfe.

Das strukturelle Machtungleichgewicht zwischen Israel und den Palästinensern, das durch die Prinzipienklärung von Oslo ja nicht aufgehoben wurde, wurde in den darauf folgenden Verträgen erneuert und zum Teil sogar in einer in effizienteren Weise verfestigt. Ein gutes Beispiel dafür ist das System der Zonen A, B und C, verbunden mit der Aufgabe der palästinensischen Sicherheitskräfte für Israels Sicherheit zu sorgen, ohne die eigene Bevölkerung wirksam schützen zu können.

Die konkreten Entscheidungen „on the ground“ stehen in Palästina in eklatantem Widerspruch zu dem immer wieder beschworenen „Geist von Oslo“, der eine kooperative Konfliktregelung erreichen sollte, bei dem die beteiligten Partner von der Fiktion gleicher Berechtigung ausgegangen waren. Der Staat Israel als die ungleich mächtigere Seite ist ohne Zweifel der Versuchung der Macht im Prozeß der Umsetzung von Oslo erlegen.

Im Sommer 2000 begannen vor diesem Hintergrund die Verhandlungen von Camp David II. Entscheidend für die Bewertung dieser Beratungen scheinen zwei Dinge.

Zum einen hat eine israelische Regierung unter Ehud Barak zum ersten Mal die Bereitschaft erkennen lassen, über die Frage Jerusalems zu reden. Der Mythos, den auch die gesellschaftliche und soziale Wirklichkeit der in Wirklichkeit tief gespaltenen Stadt Jerusalem nicht deckt, einer „ewig ungeteilten Hauptstadt Israels“, ist damit zerstört. Die konkreten Angebote, soweit sie bekannt geworden sind, waren allerdings noch in keiner Weise konsensfähig und wurden zudem auch nicht mit der arabischen Welt abgestimmt. Dabei wurde übersehen – oder sollte übersehen werden? – daß in der Frage Jerusalems nicht allein die nationalen Aspirationen der Palästinenser eine Rolle spielen, sondern auch gesamt-arabische und islamische Interessen zu berücksichtigen sind, die nicht Arafat allein entscheiden kann.

Zum anderen wurde – mindestens in der Wahrnehmung der palästinensischen Seite – versucht, von Arafat die Zustimmung zu einer sog. „endgültigen Regelung“ des Konfliktes zu erreichen, obwohl wesentliche Fragen in Camp David II nicht lösungsreif waren: Weder wurde in Camp David erkennbar, wie die Frage der 1948 vertriebenen Palästinenser und Palästinenserinnen in einer für beide Seiten akzeptablen Weise in Angriff genommen werden könnte, noch war eine Regelung für Jerusalem in Sicht, noch war eine Aufgabe zumindestens größter Teile der Siedlungen erkennbar. Nach den Kompromissen, die die palästinensische Nationalbewegung im Laufe der 70er und 80er Jahre gemacht hat, waren in diesen Fragen keine weiteren Zugeständnisse mehr möglich, wenn es sich nicht um Diktatfrieden handeln soll-

te, den keine palästinensischen Führung vor ihrer Nation hätte rechtfertigen können.

Was ist heute zu tun?

Europa und besonders die deutsche Außenpolitik muß fortfahren, ihre Nahostpolitik zu intensivieren. Aber es kann nicht nur um eine Weiterentwicklung der GASP oder um andere Instrumente europäischer Politik gehen (vergleiche z.B. die Mittelmeerprogramm der EU).

Nur ein Engagement, das Würde und Freiheit der Palästinenser untrennbar mit den Sicherheitsinteressen Israels denkt, hat eine zukunftsweisende Perspektive. Das Recht des einen kann und darf nicht länger auf Kosten des anderen verwirklicht werden. Hier muß auch die Bundesrepublik Deutschland mehr politische Verantwortung dafür übernehmen, daß eine solche Konfliktsituation zwischen den beiden Nationalbewegungen entstanden ist. Allein finanzielle Unterstützung, so wichtig sie ist, reicht dazu nicht aus.

Ohne internationale Hilfe und ohne internationale Intervention scheint eine Regelung, na nicht einmal mehr eine Verringerung der Zahl der Toten und Verletzten, des israelisch-palästinensische Konfliktes nicht mehr möglich. Wer wird dazu die Kraft aufbringen? **Forum DL21**

Aktuelle Literaturhinweise:

Israel, die Palästinenser und wir, Marxistische Blätter Special, Juli-August 2001
 Fritz Edlinger (Hg), Befreiungskampf in Palästina. Von der Madrid-Konferenz zur Al-Aqsa-Intifada, Wien 2001 (3-85371-178-2)
 Gernot Rotter/Schirin Fathi, Nahostlexikon. Der israelisch-palästinensische Konflikt von A-Z, Mit einem Vorwort von Abdallah Frangi, Heidelberg 2001 (3-930378-28-0)
 Dietmar Herz/Julia Steets Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte, Politik, Kultur, München 2001 (3-406-47559-0)
 Petra Weyland, Geschichte einer Katastrophe. Die palästinensischen Flüchtlinge seit 1948, Trier 2000 (3-932528-58-1)

Weiterführende Hinweise:
 Muriel Asseburg Palästina auf dem Weg zum Staat., Determinanten, Entwicklungen, Szenarien, Ebenhausen 1999
 Helga Baumgarten: Palästina. Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt/Main 1991 (3-518-11616-9)
 Phillippe Lemarchand/Lamia Radi, Israel und Palästina morgen. Ein geographischer Atlas, Braunschweig 1997 (3-07-509274-6)
 Palästina Journal – Majallat Falastin, Vierteljahresschrift der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, Karl Marx-Straße 150 12 043 Berlin-Neukölln, <http://www.dpg-netz.de> – info@dpg-netz.de

Attac in kriegerischen Zeiten

Von Christoph Bautz

Die entsetzlichen Terroranschläge in den USA haben der durch die Proteste in Genua angestoßenen Diskussion über soziale und ökologische Gerechtigkeit im Globalisierungsprozess zusätzliche Brisanz verliehen. Statt mit massiven Bombardements weiter an der Spirale der Gewalt zu drehen, müssen die politischen und sozioökonomischen Ursachen des Terrorismus bekämpft werden. Gerade diese Zusammenhänge wird Attac vermehrt in die zunehmend kritischer werdende öffentliche Diskussion einbringen.

Für Attac stellt sich nach den Terrorakten und den amerikanischen Militärschlägen die Frage nach der weiteren strategischen Schwerpunktsetzung. Die von Attac angestoßene Diskussion über die Einführung der Tobin-Steuer auf europäischer Ebene und über die zunehmend neoliberal geprägten Positionen der Grünen wurde jäh unterbrochen. Gleichzeitig gewannen andere Diskussionsstränge zu Attac-Themen – etwa über die Schließung von Steueroasen und die Entschuldung der Entwicklungsländer – an öffentlicher Aufmerksamkeit. Mit einem Brückenschlag zur wiedererstarkenden Friedensbewegung positioniert sich Attac kritisch zu der militärischen Antwort auf die Terroranschläge.

Die sozioökonomischen Ursachen von Terrorismus bekämpfen

Attac sieht in der zunehmenden sozio-ökonomischen Ungleichheit in der Welt, die durch die derzeitige Ausgestaltung des Globalisierungsprozesses weiter verstärkt wird, einen entscheidenden Nährboden für Gewalt. Der Anschlag bietet einen Vorgeschmack auf die Konflikte des 21. Jahrhunderts. Die Illusion, die Metropolen könnten sich von den Proble-

men des Rests der Welt abschotten und sich hinter einen sicheren Limes zurückziehen, hat sich spätestens in den Rauchschwaden von New York und Washington aufgelöst. Noch so ausgeklügelte Abhörpraktiken der Geheimdienste, demokratische Grundrechte unterhöhrende Anti-Terror-Pakete und die hochfliegenden Pläne für ein Hunderte Milliarden teures (und praktisch wohl gar nicht zu realisierendes) Raketenschutzschild können letztlich keine Sicherheit bieten. Die Verwundbarkeit der westlichen Nationen durch Terrorakte fundamentalistischer Fanatiker in apokalyptischem Ausmaß liegt auf der Hand.

Diesen Gefahren mit Reaktionsmustern und Denkstrukturen aus den Zeiten des Kalten Krieges begegnen zu wollen offenbart, wie unflexibel die amerikanische Administration in einer rein militärischen Logik verharrt. Eine Gewaltspirale droht mit den derzeitigen Militärschlägen ausgelöst zu werden, die einen Flächenbrand unvorstellbaren Ausmaßes nach sich ziehen kann. Durch diese Eskalation der Gewalt kann erst eine massenhafte Solidarisierung mit den Zielen der Terroristen und eine vermehrte Hinwendung zum Fundamentalismus erfolgen, wie sie sich besonders in Pakistan, aber auch in anderen Teilen der islamischen Welt schon abzeichnet.

Die Versäumnisse und Fehlentwicklungen im Zuge der neoliberalen Globalisierung und die zunehmende Unterordnung der Politik unter das Diktat der Märkte haben die Bedingungen geschaffen, die zum Nährboden für Terrorismus werden. Je mehr regionale Produktionszyklen und Märkte durch das Primat der internationalen Konkurrenz zerstört werden, um so mehr gehen auch soziale Bezüge und traditionelle Verbundenheiten verloren. Die Folgen sind für viele Menschen – vor allem in den Entwicklungsländern, aber auch zunehmend in den Industrieländern – Perspektivlosigkeit, regionale Entwurzelung und Individualisierung. Der einzelne ist durch die Demontage von sozialen Netzen zunehmend auf sich selbst zurückgeworfen. Viele Menschen werden mit den Heilsversprechen der

schönen neuen Welt von Hollywood, Bollywood und Co. überschüttet, die für sie doch unerreichbar bleiben. Die Flucht in die Jenseitsgewandtheit des Fundamentalismus wird hier häufig zum letzten Ausweg.

Krisen bergen jedoch immer auch den Schlüssel auf Veränderung in sich. Mehr Gerechtigkeit, mehr Teilen, mehr Fairness sind nötig, um einer Kultur des Friedens näher zu kommen. Eine Politik, die eine Austrocknung des Nährbodens von Terrorismus zum Ziel hat, muss eine neue Weltwirtschafts- und -Sozialordnung entwickeln. Gerade der Brückenschlag zwischen Friedens- und globalisierungskritischer Bewegung der letzten Wochen lässt auf eine Erweiterung der Agenda der „klassischen“ Friedensbewegung und eine neuen Dynamik der Gesamtbewegung hoffen. Mit der von Attac und dem Netzwerk Friedenskooperative angestoßenen Kampagne „Gewaltspirale durchbrechen!“ hat Attac die Basis für eine langfristige Zusammenarbeit gelegt. 25.000 Menschen und Organisationen haben den gemeinsamen Aufruf mittlerweile unterzeichnet (www.gewaltspirale-durchbrechen.de).

Steueroasen austrocknen

Besonders die Problematik von Steueroasen steht im Kontext der Finanzierung des Terrorismus im Rampenlicht des öffentlichen Interesses. Eine gute Möglichkeit, um Attac-Forderungen nach der Schließung von Steueroasen, einer Lockerung des Bankgeheimnisses gegenüber den aufsichtsrechtlichen Behörden und einer verstärkten Transparenz der internationalen Finanztransaktionen öffentlich zu machen. Der Entwurf des vierten Finanzmarktförderungsgesetzes sieht eine zentrale Stelle zur Bekämpfung von Geldwäsche beim Bundesfinanzministerium vor. Herr Schily hat sich hier leider gegenüber Herrn Eichel durchgesetzt, obwohl aus aufsichtsrechtlicher Seite eine Einrichtung unter der Regide des Bundesfinanzministeriums als wesentlich sinnvoller erscheint. Durch eine Prüfung von Verdachtsanzeigen der Banken und eine Intensivierung der internationalen Kontakte sollen Geldwäscheaktivitäten aufspindig gemacht werden. Außerdem sollen alle Banken sämtliche Konten und Depots ihrer Kunden an das Bundesamt für Kreditwesen melden, das eigenständig in Sachen Geldwäsche recherchiert. Es ist zu bezweifeln, dass diese Maßnahmen den einschneidenden Erfolg erbringen werden.

Wichtig erscheint insbesondere, Einblick in das undurchsichtige Clearing-System zu erhalten. Hierbei handelt es sich um das Archiv der weltweit getätigten Finanztransaktionen von 2.500 Banken, das von dem luxemburgischen Unternehmen Clear-Stream und dem englischen Pendant Euro-Clear verwaltet wird. Nach Angaben des ehemaligen Mitarbeiters von Clear-Stream Ernst Backes existieren nur die Hälfte der bei Clear-Stream geführten Konten offiziell. Obwohl eigentlich nur für Banken geschaffen, haben die meisten großen Unternehmen und viele Privatpersonen inoffizielle Konten bei Clear-Stream eröffnet. Hierüber werden umfangreiche Geldwäscheaktivitäten abgewickelt. Über die detaillierte Archivierung des Clearing-Systems auf Mikrofish müssten viele kriminelle Finanztransaktionen aufdeckbar sein. In Deutschland ist das Clearing-System kaum öffentlich bekannt, während es in Frankreich – mit angestoßen durch Attac – breit diskutiert wird. Sinnvoll erscheint hier eine öffentlich rechtliche Kontrolle über das Clearing-System und die Einrichtung einer internationalen Datenbank für Wirtschaftskriminalität.

Die Problematik von Steueroasen darf aber nicht auf das Geldwäschethema verengt werden. Gerade die Rolle von Steueroasen als Anlaufpunkt für die Steuerflucht von Großkonzernen und vermögenden Privatpersonen und als Ort für ansonsten untersagte spekulative Geschäfte muss stärker herausgestellt werden. In diesem Kontext müssen auch die Steuerdumpingmaßnahmen vieler europäischen Nationalstaaten an den Pranger gestellt werden. Eine zumindest europaweite Harmonisierung der Besteuerung von Kapital auf hohem Niveau, wie derzeit im Falle einer einheitlichen Besteuerung von Zinsen diskutiert, ist mittelfristig die richtige Antwort auf den anhaltenden Steuerwettbewerb nach unten. Gleichzeitig muss auch das mit dem Deckmantel des Datenschutzes streng gehütete Bankgeheimnis zur Disposition stehen, um Steuerhinterziehung und Geldwäsche auf die Spur zu kommen.

Im Schatten der Anschläge – die Diskussion um die Tobin-Steuer

Auch wenn selbst Jospin und Schröder in den letzten Wochen rhetorisch die Nähe zur globalisierungskritischen Bewegung gesucht haben, so ist doch eine starke Diskrepanz zwischen Taten

und Worten zu konstatieren. Im Schatten der Aufregung um die Terrorakte waren beispielsweise die Ergebnisse des Rats der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister vom 21. bis 23. September in Lüttich in Punkto Einführung der Tobin-Steuer mehr als dürrtig. Die Befürworter der Tobin Steuer finden sich inzwischen bis in die Bundesregierung. So tritt Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul für die Steuer ein. Doch das Bundesfinanzministerium erwies sich immer noch als Bremser und setzt anscheinend darauf, dass mit der in Lüttich beschlossenen Machbarkeitsstudie der EU dem Druck aus der Öffentlichkeit der Wind aus den Segeln genommen wird. Die Einführung der Tobin-Steuer droht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben zu werden. Attac wird den öffentlichen Druck auf die politischen Verantwortlichen erhöhen, den hehren Worten auch Taten folgen zu lassen – etwa durch die Übergabe von 15.000 Unterschriften an den Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Koch-Weser Anfang November.

Eine andere Welt ist möglich

Wichtiger Höhepunkt für Attac in diesem Jahr war der erste Kongress der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland vom 19. bis 21. Oktober in Berlin unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“. Fast 4.000 Menschen beteiligten sich an einer Debatte über die Folgen neoliberaler Globalisierung und Alternativen zu ihr. Auf Podien versammelte sich mit Susan George, Wolf Dieter Narr, Oskar Lafontaine, Jean Ziegler, Christa Wichterich und Bernhard Cassen die globalisierungskritische Prominenz. Der Attac-Kongress hat eindrucksvoll bestätigt, dass sich auch in Deutschland eine neue soziale Bewegung formiert. Die Terroranschläge und der Krieg haben die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung nicht gebremst. Die Präsenz dieser Themen in vielen Plenarbeiträgen und Workshops und die Verknüpfung mit globalisierungskritischen Themen hat sogar zu Synergieeffekten zwischen Friedens- und Globalisierungsthematik geführt. Das politische Profil von Attac spiegelt das Spektrum der TeilnehmerInnen wider. Es reichte von linksliberalen Positionen und den linken Strömungen von SPD, Grünen, Rot-Grün-Enttäuschten und gewerkschaftsnahen Kreisen bis hin zu den Kräften der außerparlamentarischen

Linken (BUKO, Frauenbewegung, Friedensbewegung und antikapitalistische Gruppen). Nach den großen Erfolgen von Genua war der Attac-Kongress ein wichtiges Forum, neue Ideen und Kampagnen zu entwickeln und aktiv zu werden.

Attac wird sich als Teil der globalisierungskritischen Bewegung in den nächsten Monaten einzelne Themen aus der komplexen Globalisierungsproblematik herausgreifen und hier auf politische Veränderung drängen. Wir werden den begonnenen Brückenschlag zur Friedensbewegung intensivieren und uns aus einer globalisierungskritischen Perspektive in die Bewegung einbringen. Besonders im Zuge der Diskussion um Geldwäsche, Steueroasen und Bankgeheimnis werden wir uns in die aktuelle Diskussion einbringen. Gleichzeitig wird Attac an den Kampagnenthemen zur Einführung der Tobin-Steuer, der Verhinderung einer neuen Welthandelsrunde im Rahmen der WTO und zu sozialen Sicherungssystemen festhalten und diese in den Kontext der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung stellen. Attac wird die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung nutzen, um Druck für grundlegende politische Veränderungen zu entfalten – eine andere Welt möglich zu machen.

Forum DL21



**lesen
und lesen
lassen**

**Zwischen Informationsflut
und Infotainment:**
 Knappe Infos –
 kritische Analysen –
 best-practice-Beispiele.

Egal, ob Sie ein Mandat haben, in der Verwaltung beschäftigt sind oder einen Verband vertreten: Auch in der Kommunalpolitik ist bestmögliche Information unabdingbar für erfolgreiches Arbeiten. Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen.

Beides vereinen wir in unserer Zeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“, die in jedem Heft mit einem Schwerpunktthema aktuelle Berichte und nützliche Tips enthält.

Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:

► www.akp-redaktion.de

AKP Alternative Kommunalpolitik
 Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
 Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
 e-mail: akp@akp-redaktion.de
 internet: www.akp-redaktion.de

Folgende Mitglieder von DL21 kand

Detlev Albers, geb. 1943 Landesvorsitzender der SPD Bremen, seit 1990 Mitglied der Grundwertekommission



Edelgard Bulmahn, geb. 1951, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung, Mitglied im SPD-Parteivorstand seit 1993.



Karin Junker geb. 1940, MdB, Mitglied des Parteivorstandes und seit 1999 des Präsidiums :

„Meine Schwerpunkte: Gleichstellungs-, Entwicklungs- und Medienpolitik. Warum es mir geht: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichstellung in der Privatwirtschaft, politischer und kultureller Dialog, Stärkung der Zivilgesellschaft, global governance im Sinn von good governance, „Standortsicherung“ öffentlich-rechtlicher Mediensysteme in einem Umfeld zunehmender Kommerzialisierung.“

Ursula Engelen-Kefer, geb. 1943, stellv. DGB-Vorsitzende, Mitglied des SPD-Parteivorstandes:

„Ich erwarte, dass die SPD die Herausforderung annimmt, den globalen Wandel sozial und ökologisch zu gestalten. Chancengleichheit und Solidarität in der Welt sind nur möglich, wenn die handelnde Politik die Regeln der Märkte bestimmt und nicht umgekehrt.“



Mechtild Rothe, geb. 1947, MdB, seit 1997 Mitglied des Parteivorstandes:

„Der Bundesparteitag muss insbesondere im Lichte der jüngsten Ereignisse für eine gestärkte Rolle Europas beim Aufbau einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und einem nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen neue Akzente setzen, um dem Ziel einer internationalen Friedensordnung näher zu kommen.“

Heidemarie Wieczorek-Zeul, stellvertretende SPD-Parteivorsitzende:

„Der Parteitag muss deutlich machen, dass wir die Globalisierung sozial, ökologisch und menschlich gestalten wollen. Dabei spielt die Entwicklungspolitik im Kampf gegen Armut, Klimawandel und Aids und für den Aufbau einer gerechten internationalen Finanzarchitektur eine entscheidende Rolle.“



Benjamin Mikfeld, geb. 1972, Sozialwissenschaftler, Mitglied im Parteivorstand seit 1995:

„Der „flexible Kapitalismus“ erfordert nicht weniger politische Gestaltung, sondern mehr. Die SPD braucht eine Gestaltungsperspektive, die über die Zwänge des alltäglichen Regierungshandelns hinausweist. Meine Aufgabe sehe ich u.a. darin, den sich vollziehenden Generationenwechsel in der SPD entlang der Themen Neue Wirtschaft, Arbeit, Lebensführung, Sozialstaat der Zukunft mit programmatischer Substanz zu verbinden.“

Kandidieren für den SPD-Parteivorstand:

Andrea Nahles, geb. 1970, MdB, seit 1997 Mitglied des Parteivorstandes:
„Ich erwarte, dass in Nürnberg eine Debatte über eine neue effektive, friedenssichernde und -schaffende internationale Sicherheitsarchitektur angestoßen wird.
Zweitens hoffe ich, dass der Parteitag Otto Schily deutlich aufzeigt, dass die SPD nicht bereit ist, Grundprinzipien und Grundrechte unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates auf dem Altar der Terrorismusbekämpfung und Inneren Sicherheit zu opfern.“



Ulrich Maurer, MdL, geb. 1948, seit 1991 Mitglied des Parteivorstandes und seit 2000 des Präsidiums:
„Gegen die Privatisierung der Welt. – Für die Rückkehr der Werte in die Politik.“



Jutta Haug MdEP geb. 1951, Mitglied des Parteivorstandes:
„Unsere Zukunftschancen liegen in einer fortschreitenden Integration Europas – einem demokratischen und sozialen Europa mit einer lebendigen und offenen Gesellschaft.
Seit langem ist es meine feste Überzeugung, dass die Gleichstellung von Frau und Mann auch in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik umgesetzt und gelebt werden muss.“

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, geb. 1945, MdB, seit 1991 Mitglied des Parteivorstandes:
„Der Parteitag muß ein Signal setzen, dass das Wort von Willy Brandt "Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts" auch heute für Sozialdemokraten wichtig ist. Die gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands muß einhergehen mit mehr Verantwortung für die soziale und ökologische Gestaltung der globalisierten Weltwirtschaft und einer aktiven Politik für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen – weltweit, aber auch bei uns in Deutschland.“



Hermann Scheer, geb. 1944, MdB, seit 1993 Mitglied des Parteivorstandes:
„Dass man endlich wieder eine unverstellte Zukunftsdebatte führen kann“



Wolfgang Thierse, geb. 1943, MdB, stellv. SPD-Vorsitzender seit 1990
„Weil uns die globalen Realitäten mit bestürzender Dringlichkeit neue Antworten auf die Grundfragen gemeinsamer Sicherheit in der Welt, einer gerechten Wirtschaftsordnung und der Koexistenz der Kulturen abfordern, brauchen wir eine umfassende Diskussion über sozialdemokratische Alternativen für die Probleme des 21. Jahrhunderts. Es muss sie geben – jenseits der konventionellen Instrumente der militärischen Abschreckung, der ökonomischen Globalisierung und der Solidarität nach Innen!“



Terror & Krieg

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Horst Peter und Reinhold Rünker

Es ist seit dem 11. September wirklich alles anders geworden? Diese Frage ist nur zu beantworten, wenn wir die verschiedenen Problembereiche entmischen, um sie kritisch zu analysieren und dann neu zusammensetzen.

Im Gegensatz zu früheren Formen politischer Gewalt, die sich zumeist gegen ausgewählte Repräsentanten des zu bekämpfenden Systems richtete, hat sich im letzten Jahrzehnt verstärkt eine Strategie entwickelt, bei der es um eine möglichst große Zahl von Opfern unter geplanter Inkaufnahme des eigenen Todes geht. Im Mittelpunkt steht nicht der Anschlag, mit dem eine politische Forderung (welcher Natur auch immer) durchgesetzt werden soll, sondern der Akt der Opferung selbst wird zum Fokus des Attentats. Politische Gewalt wird zu Terrorismus, wo die Zerstörung von möglichst vielen Menschenleben die eigentliche Botschaft wird. Wohnte ersterem eine wenn auch verquere und menschenverachtende vorgebliche Rationalität inne, so dominiert in zweitem die Irrationalität einer religiösen Mystifizierung. Die Selbst- und Massentötung wird als heilsbringender Opfergang der Attentäter zelebriert und wirbt so um Anerkennung ihrer Zielgruppen.

Dieser Terrorismus rekrutiert seine Anhänger aus der Erfahrung des Elends der Flüchtlingslager, gekoppelt mit dem Gefühl der Demütigung durch die Weltmächte – ohne dass ihre Akteure (wie bei den mutmaßlich Beteiligten am World-Trade-Center Attentat) selbst aus elenden Verhältnissen

kommen müssen. Stattdessen scheint es sich nicht selten um studierte und finanziell gutgestellte Personen zu handeln. Denn dieser Terrorismus ist keine spezifische Folge der Armut der Völker im Zeichen der Globalisierung, sondern nutzt Armut und Verzweiflung als Katalysator für religiös oder auch machtpolitisch begründete Ziele.

Der aktuelle Kampf bin Ladens richtet sich denn auch weniger gegen die ökonomische Ausbeutung, für die der kapitalistische Westen Verantwortung trägt, sondern gegen die islamische Welt, die die Präsenz des Westens auf ihrem Hoheitsgebiet zulässt. Es ist also weniger ein Kampf gegen die Knute der Unterdrückung, sondern darum, wer diese Knute führt.

Insofern ist die Einbindung islamischer Staaten wie Pakistan oder sogar auch Iran in eine globale „Anti-Terror-Strategie“ unerlässlich, jedoch mit der bislang von den

USA verfolgten „Schurkenstaaten-Strategie“ nicht vereinbar. Und das nun geschmiedete Bündnis ist im höchsten Maße widersprüchlich, stützt es doch einerseits moralisch höchst zweifelhafte Systeme, während andererseits nicht ausgeschlossen ist, dass damit genau das herauf beschworen wird, was verhindert werden soll, nämlich eine weitere Destabilisierung der Regionen, etwa durch die Machtübernahme radikaler Islamisten in Pakistan oder die Ausweitung der Grenzkonflikte zwischen Pakistan und Indien.

Zwei Kriege in drei Jahren

Die Bundesrepublik steht jetzt also vor ihrer zweiten aktiven Kriegsbeteiligung binnen dreier Jahre. Die „uneingeschränkte Solidarität“, die Bundeskanzler Schröder nach den Terroranschlägen auf das World-Trade Center dem US-Präsidenten Georg W. Bush zugesagt hatte, die Beschlussfassung über den Bündnisfall, der Beginn der Bombardements Afghanistans am 07. Oktober mündete zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe in die Pressekonferenz des Bundeskanzlers, mit der er die Bereitstellung von knapp 4000 deutschen Soldaten für den Einsatz im Krieg gegen Afghanistan ankündigte, um den Bündnisverpflichtungen der USA nach zu kommen.

Die Gründe gegen die Bereitstellung deutscher Soldaten sind gewichtig. Felix Welti formuliert in einer eMail-Aktion an sozialdemokratische Abgeordnete am 07.11.2001 drei Aspekte:

„1. Durch die Weite des von der Regierung verlangten Mandats werden die Entscheidungsrechte des Bundestags für diese Wahlperiode ausgehebelt. Rücksichtnahme auf kritische Stimmen aus SPD und Grünen ist nach diesem Beschluss nicht mehr zu erwarten.

2. Die Wirksamkeit des Krieges in Afghanistan als Verteidigung oder Prävention gegen Terrorismus ist nicht erkennbar. Vielmehr ist zu befürchten, dass das Kalkül der Urheber der Anschläge aufgegangen ist, USA und NATO zum Krieg zu provozieren, Fronten aufzubauen und die eigene Basis in den islamischen Ländern zu stärken. Es ist zu befürchten, dass der islamistische Terrorismus gestärkt aus diesem Krieg hervorgeht.

3. Die innerhalb von SPD und Grünen diskutierte Strategie einer Eindämmung des Krieges durch Beteiligung und Mitentscheidung wirkt zur Zeit nicht erfolgreich. Was Gerhard Schröder vorgetragen hat, lässt nicht erkennen, dass eine räumliche oder zeitliche Begrenzung der Militäreinsätze in Sicht ist.“

Gegen die Beteiligung deutscher Soldaten am Krieg in Afghanistan zu sein bedeutet nicht, sich dem St.-Florians-Prinzip hin zu geben, sondern verknüpft sich mit grundsätzlichen Überlegungen, deren wesentlichste aus der Frage geboren ist, ob sich die Logik des Terrors durch die des Krieges brechen lässt. In allen Beiträgen, die wir in diesem Schwerpunkt versammelt haben, ist die Antwort eindeutig „Nein“. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, bedarf es nicht einmal einer pazifistischen Grundhaltung, es genügt eine nüchterne Betrachtung der „Gefechtslage“.

Trotz wochenlanger Bombardierung Afghanistans unter Inkaufnahme des Todes von bald Tausend Zivilisten ist völlig unklar, welche Schäden den Taliban und den Kämpfern bin Ladens wirklich zugefügt wurden. Die Geländegewinne der Nord-Allianz waren bislang marginal, und was würde passieren, wären sie erfolgreicher? Bis heute hat der Krieg gegen Afghanistan mehr dazu beigetragen, dass sich weitere Tausend islamische Kämpfer den Taliban anschließen. Wollten NATO und USA Afghanistan wirklich erobern, müssten sie sich auf einen jahrelangen Kampf wie in Viet-

Es ist eher die Zeit für eine Waffenpause als für die Bereitstellung weiterer Soldaten und Kriegsmaterialien, seien sie aus Deutschland, England oder sonst wo her.

Horst Peter, Mitherausgeber der spw und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, lebt in Kassel
Reinhold Rünker, Organisationsberater, Mitglied der spw-Redaktion, lebt in Leichlingen

nam gefasst machen. Der Terroranschlag hätte dann ein allseits angenommenes Ziel erreicht, nämlich die Westmächte in einen langen, zermürbenden Krieg mit unzähligen Toten auf allen Seiten zu ziehen.

Es ist deshalb eher die Zeit für eine Waffenpause als für die Bereitstellung weiterer Soldaten und Kriegsmaterialien, seien sie aus Deutschland, England oder sonst wo her.

Bedürfnis nach Sicherheit

Krieg und Terror führen zu erheblichen Verunsicherungen auch in den Ländern, die nicht unmittelbar an den militärischen Aktionen beteiligt sind. Hinzu kommt, dass der Terrorismus nicht mit Händen greifbar, aber trotzdem allgegenwärtig zu sein scheint. Die Aufregungen um tatsächliche und vermeintliche Milzbrandanschläge zeugen davon.

Die reale Angst der Menschen verlangt Sicherheit nach innen und außen. Aber wie ist innere Sicherheit mit einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung vereinbar zu halten? Die Wege, die sowohl in den USA als auch aktuell in Deutschland beschritten werden, scheinen uns eher das Pendel hin zum Abbau von Freiheitsrechten ausschlagen zu lassen, ohne dass dadurch jedoch wirklich Sicherheit erhöht würde.

Ein Grundproblem liegt unseres Erachtens darin, dass Politik zu stark auf fehlerempfindliche Großstrukturen orientiert, seien es technikstarrende Verteidigungssysteme beim Militär, Polizei oder Geheimdienste, sei es aber auch die der sozioökonomischen Landschaft. Wir müssten uns mehr um die Verwandlung unwirtschaftlicher Strukturen der großen Städten in Sozialräume bemühen, in denen z.B. die personale Präsenz von Polizei Sicherheit signalisiert. Überschaubare Strukturen, bekannte Gesichter schaffen mehr Sicherheit als Großflächigkeit und Anonymität technischer Kontrollsysteme.

Konsequenzen aus der Solidarität

Nach den Anschlägen hat es gute Gründe gegeben, den USA Solidarität auszusprechen. Dies erforderten allein schon Respekt und Mitgefühl, die in erster Linie aber den Opfern und ihren Angehörigen zu entbieten sind. Die Qualität einer Zivilisation bemisst sich schließlich auch darin, wie sie in der Lage ist, kollektive Trauer für individuelles Leid auszudrücken. Davon zu trennen ist jedoch die Abgabe von Versprechen etwas zu leisten, von dem niemand weiß, welche Konsequenzen dies haben wird.

Strategisch mochte es außenpolitisch für den Bundeskanzler Sinn gemacht haben, den USA die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands zuzusagen und damit die Bündnisverpflichtungen vorab zu antizipieren gemäß dem Motto, nur wer mit im Boot sitzt, kann auch über den Kurs mitbestimmen. Tatsächlich waren die Sorgen groß, dass die außenpolitisch noch nicht sehr erfahrene Bush-Administration zu hektischen Gegenschlägen und zum nach innen gerichteten Unilateralismus neigen könnte. Das öffentliche Signal, das von der Bundesregierung ausging, war aber verwirrend. Sollte damit bereits der Bündnisfall angenommen werden? Versuchte die Bundesregierung – an den europäischen Partnern vorbei – sich bei der US-Regierung „Lieb-Kind“ zu machen? War es also nicht eher vorseilender Gehorsam als das Streben nach deutscher Großmannssucht, die Schröder zu seiner Zusage trieb? Die immer währende sozialdemokratische Angst, treulose, anti-amerikanische Gesellen zu sein?

Aus einer devoten Haltung heraus kann natürlich auch kein freundschaftlicher Druck ausgeübt werden, und erst Recht dann nicht, wann man die europäischen Partner vor

den Kopf stößt, in dem nur mit ausgewählten Regierungschefs die enge Abstimmung gesucht wird. All dies zeigt auch, dass die Europäische Union von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik weiter entfernt denn je ist. So verwundert es letztlich nicht, wenn die US-Regierung die Strategie eines „konsultierenden Unilateralismus“ anwendet und die Stimmen in den USA selber zunehmen, die darauf setzen, den Krieg mit eigenen Bodentruppen selbst in die Hand zu nehmen.

Dazu passen auch die Irritationen darüber, dass Schröder am 06.11. verkündet, die USA habe konkrete Bedarfsanforderungen an das deutsche Militär gestellt, während sich gleichzeitig US-Verteidigungsminister Rumsfeld am 07.11. darüber sehr überrascht zeigt, man habe lediglich über dieses und jenes gesprochen, aber auf keinen Fall konkrete Bedarfsanforderungen gestellt. Heribert Prantel verglich das Vorgehen des Kanzlers mit dem Bismarcks 1870, als er eine Depesche bewusst dramatisiert an die Zeitungen gab, um eine kriegsgünstige Stimmung zu erzeugen.

Diese „Irritation“ zwischen der US-Administration und der Bundesregierung lüftete aber auch ein wenig den Schleier von der medialen Inszenierung, die dieser Krieg mit sich bringt. Überhaupt sind es diese unerwarteten Widersprüche und Kommunikationsbrüche, die eine kritische Öffentlichkeit in die Lage versetzt, Fragen zu formulieren, und Gegen-Aufklärung im besten Sinne zu organisieren. Nur wenn sich Risse in der Mauer der „Sprachregelungen“ zeigen, können Zweifel an der „Unabwendbarkeit von Entscheidungen“ artikuliert werden. spw

Literatur:

- Ernst-Otto Czempel, Die Globalisierung schlägt zurück (Langfassung), FR vom 05.11.2001 (www.frankfurter-rundschau.de)
- Kritische Interventionen 6 – Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft, Hannover 2001-11-07
- Heribert Prantel, Der Ernstfall, SZ vom 08.11.2001, (www.sueddeutsche.de/deutschland/politik/29459/index.php)
- spw-Schwerpunkt „Gewalt und Zivilisation“, spw Heft 97 (5/97)
- spw-Schwerpunkt „Schöne Neue Weltordnung“, spw Heft 107 (3/99)
- spw-Schwerpunkt „Verpasste Chancen“, spw Heft 116 (6/00)



Außenpolitik zwischen Terror und Krieg

Von Nils Annen

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 stellen einen verbrecherischen Angriff nicht nur auf die betroffenen Menschen in New York und Washington, D.C. dar. Die zu „bemannten Bomben“ umfunktionierten Flugzeuge, die mit vielen Menschen an Bord auf das World Trade Center gelenkt wurden, haben in der Tat sinnbildlich auch sämtliche Staaten der Erde getroffen: Der 11. September 2001 war der internationale Tag des Friedens, ausgerufen von den Vereinten Nationen. Die UN wollte an diesem Tag ihre 56. Generalversammlung in New York beginnen, einige Tage später sollte der Weltkindergipfel stattfinden. Die in ihrem Umfang und Auswirkungen beispiellosen Attentate richteten sich gegen die auf Solidarität, Menschenrechten, Demokratie, Freiheit und gegenseitigem Respekt beruhende Weltordnung, wie sie von den Vereinten Nationen repräsentiert wird. Es ist die Stunde der Vereinten Nationen im wahrsten Sinne des Wortes.

Seit dem zweiten Weltkrieg sind wohl noch nie so viele Menschen durch einen einzigen Akt der Gewalt ermordet worden.

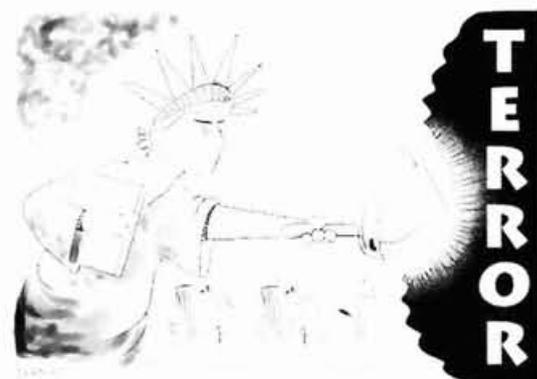
Auch die Grundregel selbst jeden Krieges, nach der die Helfer und Rettungskräfte nicht angegriffen werden dürfen, wurde missachtet. Knapp 20 Minuten nach der Kollision des ersten Flugzeuges mit einem Turm des World Trade Center waren Feuerwehrlaute, Ärztinnen und Ärzte, Polizistinnen und Polizisten und zufällig anwesende Menschen dabei, den Opfern zu helfen. In diesem Augenblick wurde die zweite Boing in den anderen Turm gelenkt. Hunderte von Toten allein bei den Rettungskräften waren die Folge. Sie hatten keine Chance.

Angriff auf die Vereinten Nationen

Die Attentäter und ihre Unterstützer haben zynisch unzählige Menschenleben als Statisten für einen Angriff gegen die Symbole des ihnen verhassten Amerikas missbraucht. Sie wollten damit vor allem ein Zeichen setzen gegen einen Staat, der ihnen als die Verkörperung des Bösen gilt.

Und im Zusammenhang mit der erwähnten Vollversammlung der Vereinten Nationen gilt die Aussage des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, dass die Anschläge „an attack on humanity as a whole“, also einen Angriff auf die ganze Menschheit, darstellen.

Mit Georg W. Bush ist in der US-Administration ein Streit über die weitere außenpolitische Orientierung der USA entbrannt.



Die Illusion des absoluten Schutzes

Und noch etwas ist deutlich geworden. Gegen solche Angriffe kann sich kein Staat der Welt durch noch so viel Militär verteidigen. Dies ist auch eine neue Erfahrung in einer Welt, in der wir an immer neue technische Möglichkeiten gewöhnt sind und uns der Eindruck vermittelt wird, alle Dinge seien beherrsch- und kontrollierbar.

Gegen derartige heimtückische Attacken durch Terroristen gibt es keinen absoluten und wirksamen Schutz. Es helfen weder die vielen Milliarden Dollar, die die Vereinigten Staaten von Amerika und die anderen westlichen Länder jedes Jahr für ihre militärischen Abwehrmaßnahmen ausgeben. Es werden aber auch die vielen 100 Milliarden Dollar nichts nützen, die von der US-Regierung unter George W. Bush für die Entwicklung eines nationalen oder globalen Raketenabwehrschirmes ausgegeben werden sollen. Das Projekt National-Missile-Defence (NMD) geht von einer Bedrohung durch konventionelle oder Nuklearraketen aus. Die Anschläge von New York und Washington haben jedoch gezeigt, dass die Gefahren von viel banaleren und doch viel gefährlicheren „Waffen“ ausgehen. Gegen entführte und in selbstmörderischer Absicht gelenkte Flugzeuge oder mit Sprengstoff oder Chemikalien beladene Schiffe und Fahrzeuge nützt ein solcher Abwehrschirm nichts.

Terrorismus gemeinsam international bekämpfen

Nötig ist vielmehr eine gemeinsame und wirkungsvolle Bekämpfung des Terrorismus und seiner Ursachen. Alle Staaten der Welt müssen dabei gemeinsam und unabhängig von den jeweiligen Interessen vorgehen. Sobald ein Staat Terrorismus als strategisches Mittel der Politik einsetzt, muss die Staatengemeinschaft zusammenstehen und sich einig sein in dessen Verurteilung. Taktische oder zeitweise Unterstützung terroristischer Gruppen durch einzelne Staaten dürfen nicht hingenommen werden.

Dabei ist klar, dass dem Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln beizukommen ist. Neben polizeilichen Maßnahmen ist vielmehr eine nachhaltige Strategie nötig, die auch dessen Ursachen angeht: Armut, Unterentwicklung und Perspektivlosigkeit. Es ist ein Interessenausgleich nötig, der nicht auf einseitige Interessendurchsetzung abzielt. So platt es klingen mag: Entwicklungspolitik ist auch immer Präventionspolitik. Die Bundesregierung ist aufgefordert, diese Prinzipien innerhalb der sog. „Allianz gegen den Terror“ zur Richtschnur ihrer Politik zu machen.

Aber wir müssen auch bedenken, dass es nicht zuletzt schwerreiche Einzelpersonen und wohlhabende Staaten in der Arabischen Welt sind, die einige der radikal-islamischen Terrorgruppen finanzieren und unterhal-

Nils Annen, Juso-Bundesvorsitzender, lebt in Hamburg

ten. Es ist keine reine Armutsbewegung oder der Aufstand der Armen, der sich durch diesen Terror Gehör verschaffen will.

Nicht vergessen sollte man aber auch, dass viele Staaten des Westens Terroristen zumindest indirekt immer wieder unterstützt haben. Aktuelles Beispiel ist die UCK im Kosovo. Aus der Vergangenheit sei an die Unterstützung der Taliban in Afghanistan im Bürgerkrieg gegen die frühere Regierung oder Saddam Hussein im Irak gegen den Iran erinnert. Und selbst der nunmehrige Staatsfeind Nummer eins, Osama Bin-Laden wurde als nützlicher Idiot im Kampf gegen die unerwünschte Regierung in Kabul durch westliche Geheimdienste ausgebildet und unterstützt. Es gilt der alte Spruch von den Geistern, die man rief und dann nicht wieder loswird.

Vormarsch der Unilateralisten

Spätestens mit der Amtsübernahme durch Georg W. Bush ist in der US-Administration ein Streit über die weitere außenpolitische Orientierung der USA entbrannt. Dabei stehen sich vereinfacht gesprochen zwei unterschiedliche Lager gegenüber: die Isolationisten/Unilateralisten und die Multilateralisten. Während letztere der – auch von uns nicht immer mit Zustimmung bedachten – Meinung sind, die USA müssten sich international stärker im Rahmen multilateraler Aktionen gemeinsam mit anderen Staaten bzw. gemeinsam mit Europa engagieren und Verantwortung in dieser Welt übernehmen, setzten die Isolationisten auf eine unilaterale Durchsetzung amerikanischer Interessen ohne Rücksicht auf ihre Bündnispartner. Eine darüber hinausreichende Verantwortlichkeit für den Lauf der Welt insgesamt wird abgelehnt. So hat die bedrohliche Lage im Nahen Osten auch etwas damit zu tun, dass die bisherige Ordnungsmacht der Region, die USA, sich still und leise von der Bühne verabschiedet hat. Und schon im Wahlkampf haben bedeutende Teile der Republikaner ihre isolationistischen Positionen offensiv vertreten. Diese, meist aus der Ecke der „Christian Coalition“ stammenden Kräfte sehen nun die Chance gekommen, unter dem Motto „bring the boys back home“ ihre Politik durchzusetzen und massive militärische Vergeltung zu üben.

Vereinte Nationen

Die Jusos haben sich immer als Anhänger einer an den Stichworten Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung, Schaffung globaler Gerechtigkeit und fairer Lösung von Regionalkonflikten orientierten Politik verstanden. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Vereinten Nationen. Auch in der jetzigen Situation kommt der UNO eine wichtige Bedeutung zu. Der UN-Sicherheitsrates hat in diesen Angriffen eine Bedrohung des Weltfriedens gesehen und zum gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen. Und auch in dem Vorgehen der USA und der NATO lassen sich immerhin Tendenzen erkennen, die UNO zu beteiligen. Schließlich ergibt sich aus Art. 5 des Nordatlantik-Vertrages die Verpflichtung, die UNO über alle Maßnahmen zu informieren. Der Entscheidung des Nobel-Komitees, Kofi Annan mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen, kommt insofern eine besondere Bedeutung zu.

Das Völkerrecht

Auch wenn die Linke mit gutem Grund militärischen Handlungen ablehnend gegenüberstehen und eine polizeiliche Aufarbeitung der mörderischen Anschläge wünschen, so darf man die Besonderheiten der jetzigen Situation nicht

unberücksichtigt lassen. Diese Situation ist in ihren Auswirkungen sicher ohne Beispiel. Gegenüber dem völkerrechtswidrigen Angriff der USA und anderer auf den Irak Anfang der 90er Jahre und dem völkerrechtswidrigen Einsatz im Kosovo ergibt sich ein wichtiger Unterschied: Wenn man in Übereinstimmung mit der herrschenden Völkerrechtslehre die terroristischen Angriffe auf die USA als militärischen Angriff im Sinne der Charta der Vereinten Nationen begreift, so ergibt sich aus dieser Charta das Recht der USA zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung. Daher ergibt sich hier für die USA eine völkerrechtliche Basis für eine Selbstverteidigungsmaßnahme nach Artikel 51 der UN-Charta. Und auch die Vereinten Nationen haben ja durch einstimmigen Beschluss des Sicherheitsrates eine Gefährdung des Weltfriedens durch die Terrorangriffe festgestellt. Völkerrechtswidrig wird eine Maßnahme der USA jedoch dann, wenn sie nicht mehr im Rahmen der Verhältnismäßigkeit erfolgt.

Krieg gegen Afghanistan

Was wir nun aber seit vier Wochen erleben, ist eine klammheimliche Uminterpretation der Ziele der Anti-Terror-Koalition. Statt gezielter Verfolgung des Terrorismus wird der Sturz einer Regierung zum Ziel, mit den schon aus dem Kosovo-Krieg bekannten Folgen wie dem Einsatz von Streubomben. Die Bundesregierung muss sich die Frage nach der Legitimität der Kriegesziele und der Verhältnismäßigkeit der Mittel stellen lassen.

Der ursprüngliche Eindruck, nach dem sich in den USA die „realistische Fraktion“ durchgesetzt habe, muss nach Beurteilung der aktuellen Lage revidiert werden. Zu Recht wird von einem „konsultativen Unilateralismus“ gesprochen. Dennoch: Gerade die Linke ist aufgefordert auch die Chancen der Entwicklung nach dem 11. September zu realisieren. Gerade jetzt, aufgrund einer völlig veränderten strategischen Sicherheits einschätzung, muss die Frage der „gerechten weltweiten Ordnung“ (Bundespräsident Rau) öffentlich gestellt werden und die Stärkung des internationalen Rechts, mit all seinen Konsequenzen, zur Leitlinie sozialdemokratischer Aussenpolitik gemacht werden.

spw

Wenn man die terroristischen Angriffe im Sinne der Charta der Vereinten Nationen begreift, so ergibt sich daraus das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung.



Neues von der „Heimatfront“

Die USA nach dem 11. September

Von Lars Klingbeil

Der 11. September hat zweifelsohne die Welt verändert. Auch wenn noch nicht klar ist, welche Dimension diese Veränderungen haben werden, kann man einige bedeutende Tendenzen ausmachen: Unter anderem ein massiver Ausbau staatlicher Überwachung und eine Aufwertung der militärischen Instrumente. Wie eine Langzeitstrategie gegen den Terrorismus aussehen wird und wer sie gestaltet, ist hingegen noch unklar.

United we stand

Betrachtet man den Verlauf der innenpolitischen Debatte in den USA scheint es, als ob man sich in der Regierung an die Schublade mit der Aufschrift „Gesetze, die wir niemals durchsetzen können“ herantraute. Jede innenpolitische Maßnahme die getroffen wurde, wird als Mittel gegen den Terrorismus dargestellt – vom einer massiven Ausweitung der Sicherheitsapparates bis hin zur Forderung, dem Präsidenten fast-track-Befugnisse in Handelsfragen zu geben, um mit dem Instrument des Freihandels den Terrorismus bekämpfen zu können.

Die Bush-Administration hat als Reaktion auf die Attentate des 11. September umgehend das „Office of Homeland Security“ eingerichtet. Geführt wird die Behörde von ehemaligen republikanischen Gouverneur und langjährigen Freund Bushs, Tomas J. Ridge aus Pennsylvania. Der Sicherheitsrat für die USA wird als das inländische Pendant

Jede innenpolitische Maßnahme die getroffen wurde, wird als Mittel gegen den Terrorismus dargestellt.

zum Nationalen Sicherheitsrat unter der Leitung von Condolezza Rice gesehen, der die Regierung in außenpolitischen Fragen berät. Konzeptionell soll er Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung koordinieren und so eine Wiederholung

der Ereignisse des 11. September verhindern. Ridge, dem ca. 100 Stabsmitarbeiter unterstellt sind, wird dabei die Arbeit von ca. 50 inländischen Behörden koordinieren.

Weitere Mitglieder des Rates unter der Leitung von Ridge, dessen Posten Kabinettsrang hat, sind Vertreter aus den Ministerien der Verteidigung, des Handel und der Gesundheit. Zudem gehören der Direktor der Bundeskriminalpolizei FBI und der Direktor der Federal Emergency Management Agency dem Gremium an. Bisher ist noch unklar, welche Kompetenzen Ridge beim Zugang zu Geheiminformationen bekommt und wie viel Budget er zur Verfügung haben wird. Bezahlt wird die neue Behörde aus Mitteln des Weißen Hauses und es Bedarf daher keiner Koordi-

nierung mit dem Kongress. Im amerikanischen Kongress gab es zwar Zustimmung zu der Einrichtung des „Office of Homeland Security“, jedoch wurde bezweifelt, ob es ernsthaft gelingen könne, knapp 50 Behörden zu koordinieren, um effektiv den Terrorismus zu bekämpfen.

Justizminister Ashcroft legte drei Wochen nach den Attentaten ein umfassendes Anti-Terror-Paket mit dem Titel „Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act 2001“ (kurz: „USA PATRIOT ACT 2001“) vor. Kernforderungen Ashcrofts waren die Ausweitung der Überwachungsmöglichkeiten von Personen die mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden, die Möglichkeit, Verdächtige unbegrenzt in Gewahrsam zu nehmen und eine verstärkte Zusammenarbeit bzw. Informationsaustausch zwischen den Geheimdiensten und staatlichen Behörden. Zu allen Punkten gab es eine intensive Diskussion zwischen der Regierung und dem Kongress.

Im Bereich der Kommunikationsüberwachung wird es durch das neue Gesetz möglich, subjektbezogen abzuhören. Musste bisher für jede einzelne Telefonleitung eine Befugnis beantragt werden, wird nun die Genehmigung ausgehändigt, sämtliche Kommunikationswege eines Verdächtigen zu kontrollieren. Das bisherige Gesetz stammt aus dem Jahre 1968 und technische Neuerungen wie Mobiltelefone und Internet bzw. Emails sind noch nicht inbegriffen. Diese Kommunikationsmöglichkeiten werden ebenfalls in das subjektbezogene Verfahren integriert.

Die Forderung Ashcrofts, Ausländer für einen undefinierten Zeitraum in Gewahrsam nehmen zu können, wenn lediglich der Verdachtsmoment besteht, sie könnten terroristische Aktionen planen, wurde von Bürgerrechtlern und Mitgliedern beider Parteien scharf kritisiert. Die zuständigen Mitglieder des Kongresses setzten sich mit der Forderung durch, Verdächtige höchstens sieben Tage in Gewahrsam zu nehmen, bevor Beweise für ihre Schuld erbracht werden müssen. Zudem kann der Verdächtige eine Überprüfung des Verfahrens vor dem Bundesgericht in Washington beantragen.

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete die Frage, wie der Informationsaustausch zwischen staatlichen Behörden, dem FBI und dem Auslandsgeheimdienst CIA geregelt sein soll. War es dem CIA bisher untersagt, im Inland zu agieren, können zukünftig geheime Unterlagen bzw. Informationen aus den Gerichtsverfahren weitergeleitet werden.

Ein wichtiger Kritikpunkt an dem mittlerweile beschlossenen Gesetz der Regierung ist die breitgefaste Definition des Begriffes „Terrorismus“. Dort heißt es, Terrorismus „calculated to influence or affect the conduct of government by intimidation or coercion“. Diese Definition ist so weit gefasst, dass zukünftig beispielweise alle Vorfälle des Computer-Hacken oder der einfache Steinwurf eines Demonstranten gegen eine Behörde als terroristischer Akt bestraft werden können.

Im Gegensatz zu den Plänen Ashcrofts, der die Neuregelung dauerhaft durchsetzen wollte, ist das Gesetz durch den Kongress für nur vier Jahren festgelegt worden und wird dann evaluiert, um gegebenenfalls seine Verlängerung zu beschließen.

Das Repräsentantenhaus hat das „USA Patriot Act 2001“ Ende Oktober mit 357 zu 66 Stimmen verabschiedet. Der Senat hatte einen Tag zuvor mit 98 zu 1 zugestimmt. Die einzige Gegenstimme kam von demokratischen Senator Russell Feingold (Wisconsin), der in der neuen Gesetzgebung einen ungerechtfertigten Eingriff auf die

Lars Klingbeil ist Leiter der Bundeskommission Internationales des Juso-Bundesverbandes, z.Zt. der Anschläge des 11. Septembers hat er bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in New York gearbeitet

Freiheitsrechte der amerikanischen Bürger sieht. Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Gesetz zwar nicht soviel Macht an Justizminister Ashcroft geben wird, wie es der Entwurf forderte, es aber zu einer massiven Stärkung der Regierung und somit zur Schwächung der parlamentarischen Kontrolle kommt. Die Freiheitsrechte, die mit dem Gesetz abgebaut werden sind erheblich und der Staat kann zukünftig an vielen Stellen – beispielsweise durch die schwammige Terrorismus-Definition – auch gegen politische Gegner willkürlich handeln. Positiv an dem Gesetz ist lediglich die stärkere Kontrolle des Bankwesens um gegen Geldwäsche und Korruption vorzugehen.

Weitere innenpolitische Maßnahmen die diskutiert werden, sind die Verstaatlichung der Sicherheitssektors an Flughäfen (das Repräsentantenhaus lehnt den Beschluss des Senats bisher ab) und die stärkere Restriktion bei der Vergabe von Studenten-Visa. Bush hat den Kongress zudem aufgefordert bestehende Barrieren zum Waffenexport in die Staaten aufzuheben, die sich der Allianz gegen den Terrorismus anschließen. Nur so könne man der Bedrohung des Internationales Friedens entgegenzutreten.

It's coming Home – Militär im Inland

Das Pentagon hat Anfang Oktober den Brigadegeneral Thomas E. White zum „Homeland“-Sicherheitskoordinator benannt. Er wird die Zusammenarbeit zwischen dem Verteidigungsministerium und dem neu geschaffenen „Homeland“-Sicherheitsrat unter Leitung von Tom Ridge koordinieren. In einem jüngst veröffentlichten Dokument hat das Pentagon festgelegt, dass die inländische Verteidigung einer ihrer vier Schwerpunkte sein wird. „Since the earliest days of our nation, the Army, both active and reserve, has engaged in homeland security. The army brings enormous experience, talent and capabilities to the effort,“ so White. Anfang Oktober legte Verteidigungsminister Rumsfeld den periodischen Vierjahresbericht über die amerikanische Verteidigungspolitik vor. Angedeutet wird in dem Bericht der anstehende Umbau der Verteidigungsstrukturen, um den Gefahren des Terrorismus gerecht zu werden. Laut Angaben des Verteidigungsministeriums war der Bericht schon vor dem 11. September „substantially completed“ und wurde nur an einigen Stellen nachgebessert.

Die Administration wird einen erheblichen Anstieg der Verteidigungsausgaben vornehmen und auch in den folgenden Jahren einen erhöhten Verteidigungshaushalt aufrechterhalten, um für den Kampf gegen den Terrorismus zu rüsten. Im Jahr zuvor lag der Verteidigungshaushalt bei 310 Milliarden. Mittlerweile hat der Kongress in einem Gesetz den zukünftigen Haushalt mit einer Höhe von 345 Milliarden einstimmig festgelegt. Insgesamt steigt der Etat um 11% und es handelt sich um eine der höchsten Steigerungen seit Mitte der 80er Jahre. Hinzu kommen Anteile des 40 Milliarden „Notpaketes“, das der Kongress unmittelbar nach den Attentaten für die freie Verfügung des Präsidenten bewilligt hat. Teilbeträge hiervon werden sicher in den Verteidigungshaushalt einfließen.

Das Gesetz enthält zudem die Forderung nach einer substantiellen Erhöhung für die Forschung, Entwicklung und Evaluation der Raketenabwehr. Der Senat hat einen Betrag von \$8.3 Milliarden hierfür vorgeschlagen, wobei es dem Präsidenten offen steht, \$1.3 Milliarden stattdessen in Antiterrorismusmaßnahmen zu investieren. Zur Zukunft von NMD gibt es verschiedene Einschätzungen. Einerseits wird kritisiert, dass sich die USA zu lange auf Fragen der Raketenabwehr und auch schon auf einen „Weltraum-

krieg“ vorbereiten haben, während auf der anderen Seite jedoch Kontrollen an Flughäfen große Mängel aufzeigen. Man solle daher Abstand von NMD nehmen und sich auf andere Punkte konzentrieren. Die andere Seite fordert gerade jetzt NMD zu forcieren, da die Gefahr eines Raketenangriffs ernsthaft einkalkuliert werden müsse. Klar scheint, dass die USA sich in der jetzigen Lage nicht erlauben können, Unmut bei den Verbündeten zu provozieren. Sämtliche Aktionen, die eine Verletzung des ABM-Vertrages von 1972 bedeuten, sind auf Eis gelegt. NMD wird verschiedentlich sogar als Verhandlungsmasse gesehen, die neu-gewonnenen sicherheitspolitischen Beziehungen, beispielsweise mit Russland zu festigen. Geplante Tests zu NMD wurden von der amerikanischen Regierung zunächst verschoben.

Senator Josef Biden (Demokratische Partei), der vor wenigen Monaten, nach den Änderungen der Mehrheitsverhältnisse im Senat, Jesse Helms als Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen abgelöst, sprach sich für eine starke internationale Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus aus und zog hieraus das Fazit, dass die USA im Bereich Raketenabwehr nichts überstürzten und keine Alleingänge unternehmen dürften. „Our leadership role in the battle against terrorism is today, but will it maintained in this conflict only by convincing others of both our wisdom and our care to take their concerns into account. That is why precipitate actions to deploy a missile defense, such as our unilateral withdrawal from the ABM Treaty, could undermine our vital war efforts.“

Parallel zu den Veränderungen, die in nächster Zeit in der militärischen Planung stattfinden werden, stehen in den USA umfassende Wechsel in der Strategie und Struktur des Auslandsgeheimdienstes an. Vorgeworfen wird der Central Intelligence Agency (CIA) unter anderem, sie habe zu lange Zeit falsche Prioritäten gesetzt und den menschlichen Faktor in der Anti-Terrorismuskonzeption vernachlässigt. Ebenso habe man zu lange an die absolute Wirksamkeit moderner Technik geglaubt. Gefordert wird ein offensiverer Spionagedienst. Als eine der ersten Maßnahmen

Insgesamt steigt der Verteidigungsetat um 11% – es handelt sich um eine der höchsten Steigerungen seit Mitte der 80er Jahre.



Foto: Christian Kiel (Berlin) US-Botschaft

soll die Produktion der Global Hawk, einem unbemannten Spionageflugzeug und Nachfolgemodell des Predator beschleunigt werden. Das Pentagon hat hierfür schon eine erhebliche Mittelerhöhung angekündigt. Der zuständige Ausschuss des Repräsentantenhauses hat aufgerufen, eine „Kulturrevolution“ in den Behörden des FBI und des CIA in Gang zu bringen und die nationalen Sicherheitsstrukturen umzubauen. Zugleich wird es eine bisher nicht festgelegte, jedoch erhebliche Aufstockung des Budgets der Geheimdienste geben. Rechtliche Beschränkungen des CIA, die im Jahre 1995 beschlossen wurden, werden nun aufgehoben, da sie einen „negativen Einfluss“ auf die Fahndung nach Terroristen haben. Auch der „politische Mord“, der dem CIA in den letzten Jahren untersagt war, ist ab sofort wieder erlaubt.

America strikes back

In einem Schnellverfahren verabschiedete der Kongress am Tag nach den Attentaten ein Gesetz, das man als „Blanko-Scheck“ für den amerikanischen Präsidenten bewerten kann. Bush hat mit dem Gesetz die Befugnis bekommen „to use all necessary and appropriate force against those nations, organizations, or persons he determines planned, authorized, committed, or aided the terrorist attacks that occurred on September 11, 2001, or harboured such organizations or persons, in order to prevent any future acts of international terrorism against the United States by such nations, organizations, or persons.“ Der Senat hat diesem Gesetz mit 98:0, der Kongress mit 420:1 zugestimmt. Lediglich die Demokratin Barbara Lee (Kalifornien) votierte gegen das Gesetz, da ihr die Befugnisse des Präsidenten zu hoch und die Einbindung des Parlaments zu gering erschienen.

Innerhalb der amerikanischen Regierung gab es verschiedene Einschätzungen über Ziele und Strategien der amerikanischen Vorgehensweise nach den Attentaten. Der Verzicht auf eine Militäroperation war dabei nie in der Diskussion. Streitpunkte waren die Einbindung anderer Staaten als auch die Frage, welche Staaten man angreifen sollte. Die beiden Pole innerhalb der Regierung bildeten sich durch den moderaten US-Außenminister Colin Powell und den stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, der als Anhänger eines aggressiven Kurses auftritt. Weitere „Falken“ im Kabinett sind Vize-Präsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.

Befürchtete man anfangs die US-Regierung würde mit einer übereilten Militäration zur sofortigen Eskalation der Situation beitragen, gestaltete sich ihr Handeln anfangs „besonnen“. Es ist vor allem auf das Wirken des Außenministers Colin Powell und sein Umfeld zurückzuführen, dass die USA umgehende Konsultationen mit anderen Staaten aufnahmen und versuchten, eine „breite Koalition gegen

den Terrorismus“ zu bilden. Powell war sich bewusst das ein unkoordiniertes Vorgehen und die Nichtrücksichtnahme auf muslimische bzw. islamische Staaten wie Pakistan verheerende Folgen für die Stabilität der Region haben könnten. Neben der Frage, wie die USA in Afghanistan vorgehen, spielte sich ein Streit zwischen dem Außenministerium und dem Verteidigungsministerium ab was die Zusammenarbeit mit der Nordallianz anbelangt. Während Powell die Nordallianz als Bündnispartner ablehnt, heiligt für Rumsfeld eben doch der Zweck die Mittel.

Hiermit zusammenhängend wurde ein vehementer Streit, stellenweise sogar öffentlich ausgetragen, nämlich die Frage des Umgangs mit dem Regime der Taliban. Wurde von der Nationalen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice anfangs behauptet, Ziel der amerikanischen Operationen in Afghanistan sei es, die Taliban zu stürzen, dementierte das amerikanische Außenministerium umgehend. Auch das Weiße Haus erklärte einen Tag danach, die USA werden keinen Versuch unternehmen die Taliban zu stürzen. Man wolle lediglich die Regierung in Kabul für die Unterstützung der Taliban bestrafen. Die momentane Kriegsführung zeigt, dass sich die Sicherheitsberaterin Rice mit ihrer Forderung letztendlich doch durchgesetzt hat. Teile der Bush-Administration haben angedeutet, dass sie auch Aktionen gegen den Irak, gegen die im Libanon sitzende Hisbollah und radikale palästinensische Gruppen in die Strategie einbeziehen wollen. Durchgesetzt hat sich zumindest hier zunächst der Standpunkt des Außenministers Colin Powell, der sich für gezielte militärische Schläge nur gegen die Taliban ausgesprochen hatte.

Multilateralismus à la Carte

Von Mitarbeitern der amerikanischen Regierung heißt es, dass „almost every aspect of U.S. foreign policy is being seen in a new light.“ Eine Frage ist dabei die des multilateralen Agierens der USA. Durch die vielen Konsultationen der USA mit ihren Verbündeten, mit Staaten wie Russland und China und sogar „Schurkenstaaten“, wie dem Iran, scheinen die Amerikaner zu verdeutlichen, dass sie eine breite Front gegen die terroristischen Aktivitäten aufbauen wollen. Im Hintergrund muss hierbei jedoch die Frage stehen, wie die USA diese Koalition begreifen: Handelt es sich um eine Allianz in der einzig die USA das Sagen haben (praktisch eine Internationalisierung amerikanischer Politik) und nur höchst bedingt Kompromisse eingehen, solange sie ihrem „nationalen Interesse“ nicht wesentlich entgegenstehen oder sind die USA bereit, ihre außenpolitischen Konzeptionen zu überdenken und zu einem neuen Handeln überzugehen, bei dem sie – auch als Fazit aus den Hintergründe der Anschläge – auf eine verstärkte globale Kooperation setzen. Viele Staaten haben den USA Unterstützung zugesagt, beharren jedoch auf ein koordiniertes Vorgehen und eben nicht auf eine US-geführte Koalition. Punkte wie das Agieren in und das Stärken von internationalen Rechtsstrukturen setzen an dieser Stelle an.

Hier macht sich die nächste wichtige Frage fest, die an die neue US-Außenpolitik zu stellen ist: Welche Rolle wird die UNO in den künftigen außenpolitischen Planungen spielen? Die Antwort darauf fällt bisher zwiespältig aus. Einerseits haben die USA zwei Tage nach den Anschlägen ihren neuen UN-Botschafter John Negroponte (er war von 1981-85 amerikanischer Botschafter in Honduras unterstützte die Contras in ihrem Kampf gegen die Sadinista) benannt und umgehend ein Gesetz verabschiedet durch das \$582 Millionen an die UN transferiert werden, um einen Teil ihrer Schulden bei der UNO abzugleichen. Auf der anderen Seite wurde der UN-Sicherheitsrat nur rudimentär in die Planungen der Gegenschläge der USA eingebunden. Durch Artikel 51 der UN Charta sehen die Vereinigten Staaten sich in dem Recht, sich selbst zu verteidigen. Mit den beiden verabschiedeten Resolutionen 1368 und 1373 hat der Sicherheitsrat den USA das Recht zur Selbstverteidigung zugesprochen.

Der Versuch der USA eine internationale Koalition gegen den Terrorismus aufzubauen, passierte in einer Zeit in der Washington entschlossen unilaterale Politik praktizier-

„Almost every aspect of U.S. foreign policy is being seen in a new light.“

te. „How can the U.S. expect cooperation on international terrorism when it does not cooperate with other issues such as climate change, small arms, biological weapons, landmines and the creation of an international criminal court“, so der Militäerexperte Michael Khatana. Und weiter: „If the U.S. wants to root out terrorism, it has to cooperate globally with other nations on other global political issues.“

Ende September hat sich die amerikanische Regierung für die Annahme des „American Servicemember Protection Act“ ausgesprochen. Das Gesetz verbietet dem Internationalen Strafgerichtshof in den USA Ermittlungen durchzuführen. Zudem dürfen sich US-Bürger nicht an UN-Friedensmission beteiligen, wenn nicht sichergestellt ist das sie

vor Strafverfolgung verschont bleiben. Entgegen anderer positiv zu bewertender Anzeichen deutet dies auf einen weiterhin unilateralen Kurs der USA hin. Multilaterales Handeln darf nicht selektiv sein und muss die Bereitschaft zur wirklichen Kooperation verdeutlichen. Um Terrorismus einzudämmen bedarf es einer Stärkung der Internationalen Gemeinschaft und vor allem der Vereinten Nationen. Der Aufbau globaler Rechtsstrukturen ist unumgänglich. Es bleibt zu hoffen, dass die USA dies begreifen. Die nächsten Monate werden es zeigen.

spw

Um Terrorismus einzudämmen bedarf es einer Stärkung der Internationalen Gemeinschaft und vor allem der Vereinten Nationen.

Kein Frieden ohne die Mehrheit der Bevölkerung

Von Almut Wieland-Karimi

In der momentanen politischen Diskussion über Afghanistan wird ein zentraler Aspekt sträflich vernachlässigt: Wie stellt sich die Mehrheit der etwa 20 Millionen Afghaninnen und Afghanen ihre politische Zukunft vor? Sie sind weder Anhänger der Taliban noch der Nordallianz. Ihr Leben wird vielmehr von lokalen und regionalen traditionellen Organisationseinheiten bestimmt, die ihre Legitimität über lokale Ratsversammlungen (shuras oder jirgas) beziehen. In diesen Räten sind religiöse, ethnische bzw. Stammes-, Dorf- oder Talführer vertreten, die zwar einerseits von den übergeordneten politischen und militärischen Rahmenbedingungen abhängig sind, sich aber dennoch ein großes Stück Autonomie und Unabhängigkeit bewahren. Auf lokaler Ebene haben sich einfache Formen einer funktionierenden Verwaltung herausgebildet. Die Zugehörigkeit zu Kriegerfraktionen oder auch alternativen politischen Gruppierungen erfolgt zumeist über diese Räte, die – um es in unsere Sprache zu übersetzen – als Wahlmänner oder Multiplikatoren fungieren. Afghanistan ist also längst nicht so desorganisiert, wie es von außen scheint.

Der Großteil der Bevölkerung ist in erster Linie kriegsmüde und vertraut nur wenig auf die militärisch-politischen Kräfte, die sich in den letzten 20 Jahren disqualifiziert haben – angefangen vom kommunistischen DVPA-Regime, über die rivalisierenden Mudjahedin und der aus ihnen hervorgegangenen Nordallianz bis zu den Taliban. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich nach über zwanzig Jahren Krieg nichts sehnlicher als Frieden, vor allem weil die humanitäre Not noch nie so

fürchterliche Ausmaße gehabt hat wie jetzt: Bis zu sieben Millionen Menschen, also etwa ein Drittel der Bevölkerung, befindet sich auf der Flucht und der Winter ist bereits in den Höhenlagen eingebrochen. Auslöser für diese Katastrophe sind der Bürgerkrieg und die Unfähigkeit der Kriegerfraktionen, die Bevölkerung zu versorgen. Hinzu kommen eine über Jahre andauernde Dürre und seit kurzem die Angst der in den Städten lebenden Bevölkerung vor den aktuellen Militäraktionen.

Für eine mittelfristige Perspektive ist es wichtig, dass die humanitäre Hilfe nicht indirekt eine der Bürgerkriegsfraktionen unterstützt. Die traditionellen zivilen Kräfte und deren Führer können durch materielle Hilfen (Nahrungsmittel, Wiederaufbauhilfe) und politische Einbeziehung in einen Konsultationsmechanismus gestärkt werden. Denn: Eine dauerhafte politische Lösung – und somit mittelfristi-

ge Verbesserung der Lebensbedingungen – wird es nur geben können, wenn die Mehrheit der Afghanen diese mitträgt.

Die demokratische Bewegung – ein zartes Pflänzchen, das es zu pflegen gilt

Neben den traditionellen politischen Strukturen gibt es eine weitere Kraft, die einen politischen Lösungsprozess stärken könnte: die demokratische Opposition. Ihre Vertreter kann man identifizieren, ansprechen und befragen. Sie sind keineswegs so anonym, dass man sie nicht – oder noch nicht – am politischen Prozess beteiligen könnte. Das wird aber bisher nicht oder kaum versucht. Kaum ein westlicher Politiker hat bislang Kontakt mit der demokratischen Opposition in Afghanistan selbst aufgenommen. Das muss aber umgehend erfolgen.

Die Geschichte der demokratischen Bewegung geht zurück auf den Anfang des letzten Jahrhunderts. Zeitgleich zur jungtürkischen Bewegung mit Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) an der Spitze, entwickelte sich in Afghanistan eine sogenannte jungafghanische oder Konstitutionalismus-Bewegung (mashrutiiyat). Sie verzeichnete ihren ersten Erfolg mit der Einsetzung einer modernen Verfassung im Jahr 1923. Einer von den Vordenkern war Mahmud Tar-

Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich nach über zwanzig Jahren Krieg nichts sehnlicher als Frieden.

Almut Wieland-Karimi ist Referentin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

zi, der gemeinsam mit König Amanullah aktiv war. Im Gegensatz zur Türkei jedoch stießen die Errungenschaften auf starken konservativen Widerstand, so dass die Demokraten nach 1929 zunächst in den Untergrund verdrängt wurden. Viele gut ausgebildete und intellektuelle Kreise, ein Großteil der Meinungsmacher, jedoch engagierten sich über die Jahrzehnte für demokratische Werte. Je nach politischer Situation wurden Führer der national-demokratischen Bewegung von Seiten des Staates verfolgt, oder aber, sie erhielten wie Mitte der 60er Jahre neuen Auftrieb und kandidierten bei den Wahlen. Ein Teil der Erfolgsgeschichte: Mit der Verfassung von 1964 wurden die afghanischen Frauen gleichberechtigt. In dieser Zeit entstanden einzelne demokratische Parteien, die sich vor allem um Persönlichkeiten und Zeitschriften bildeten.

Nach dem Putsch 1973, insbesondere aber 1979 nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und dem Beginn der Widerstandsbewegung sind die demokratisch orientierten Gruppierungen zu großen Teilen zwischen die Fronten geraten: Zusammenschlüsse verschiedener Gruppen wie die NEFA (Nationale Einheitsfront Afghanistans)

Zu den Fehlern zählt, dass der Westen in den 80er Jahren ausschließlich religiös motivierte, aber nicht demokratisch orientierte Widerstandsgruppen unterstützt hat.

organisierten ihren eigenen Widerstand, in der sich linke und gemäßigte demokratische Kräfte trafen. Diese wurden aber aufgrund ihrer politischen Motivation von den islamisch oder islamistisch geprägten Mudjahedin an den Rand gedrängt. Dem demokratischen Widerstand fehlte vor allem die

Unterstützung aus dem Westen: Geld, Logistik und Waffen, die die anderen Parteien erhielten. Besonders dem pakistanischen Geheimdienst waren sie ein Dorn im Auge und bekannte Anführer, wie Qayyum Rahbar, Massim Ludin und Sayyid Majrouh und viele andere wurden ermordet, wodurch die Bewegung stark geschwächt wurde.

Dennoch existieren ihre Zellen in Afghanistan und im Exil weiter. Die folgenden Gruppierungen bzw. Parteien sollen exemplarisch vorgestellt werden: In der Afghan Melat („afghanische Nation“), die sich als sozialdemokratisch bezeichnet, sind verschiedene Flügel in einem liberal-intellektuellen bis paschtunisch-chauvinistischen Spektrum aktiv. Von dieser hat sich die Wulusi Mellat („volksnational“) abgespalten. Nennenswerte Gruppierungen sind weiterhin die Setam-e Melli, eine Abspaltung von der ehemaligen

kommunistischen Partei DVPA, die Shulah-ye Jawid („Ewige Flamme“), eine von städtischen Intellektuellen dominierte Gruppierung, und die Paschtunische Sozialdemokratische Partei. Nach jahrelangen Bemühungen in einem politischen Prozess haben diese Gruppen es geschafft, sich in einem Dachverband zusammenzuschließen: Die „Allianz für Demokratie“ wurde im Juni 2001 in Aachen gegründet und ihr gehören – bis jetzt – acht Gruppierungen an. Diese haben den überwiegenden Teil ihrer Anhänger in Afghanistan. Ihre Organisationszentralen befinden sich jedoch aufgrund der politisch gefährlichen Lage und mangelnden Sicherheit für die Aktivisten im westlichen Exil. Aus nahe liegenden Gründen liegen keine empirisch gesicherten Zahlen zu ihrer quantitativen Stärke vor, jedoch ist von jeweils mehreren tausend aktiven Mitgliedern auszugehen.

Vielversprechend könnte in der aktuellen Situation sein, dass sich die demokratischen Kräfte mit der oben beschriebenen politisch ungebundenen Bevölkerungsmehrheit zu einer zivilen Opposition, also zu einer weiteren Kraft in Afghanistan, zusammenschließen. Die demokratischen Gruppen verfügen über viele Vorteile: Sie haben sich – im Gegensatz zu den anderen afghanischen Akteuren – in den Augen der Bevölkerung nicht disqualifiziert. Bei ihnen sind Frauen aktiv. Sie verfügen über ein für afghanische Verhältnisse außerordentliches Potenzial an Fachkräften (Ärzte, Ingenieure, Lehrer etc.) und haben eine Brücke ins Ausland gebaut. Weiterhin spielen ethnische und religiöse Identitäten nur eine untergeordnete Rolle. Es gibt bereits erste Beispiele aus südlichen und südwestlichen Provinzen, in der sich Ratsversammlungen konstituieren, in denen zum einen die traditionellen Führer vertreten sind, zum anderen aber demokratische Vertreter und Intellektuelle mit einbezogen sind. Die größte Schwierigkeit, vor der diese oppositionellen Initiativen stehen, sind der drohende Winter und der Mangel an Versorgung, aber auch die fehlende internationale Unterstützung, welche die Kriegsparteien und die Königsanhänger dagegen erhalten.

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen!

Welche realistischen Ansätze kann es für eine politische Lösung des Konfliktes geben? Es besteht Konsens darüber, dass nur eine solche eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans und der angrenzenden Region erreichen kann. Deutlich geworden ist in den letzten Wochen, dass die USA als Anführer der Anti-Terror-Allianz zwar eine dezidierte militärische, jedoch keine ausreichend eindeutige politische Strategie für Afghanistan verfolgen. Umso wichtiger ist, dass in der derzeitigen Diskussions-, Konsultations- und Verhandlungsphase die unterschiedlichen Interessen der afghanischen Bevölkerung, der afghanischen politischen und militärischen Akteure, der Anrainerstaaten und internationalen Spieler einbezogen werden, damit diese sich aufeinander zu bewegen können. Bereits jetzt steht fest: Für die Chancen auf einen wirklichen Frieden wird es entscheidend sein, ob Afghanistan wieder einmal nur kurzfristig im Rampenlicht steht oder aber mittel- und langfristige Strategien greifen, die nachhaltig von einer nationalen wie internationalen Pro-Frieden-Allianz verfolgt werden.

Zu den Fehlern zählt, dass der Westen in den 80er Jahren ausschließlich religiös motivierte, aber nicht demokratisch orientierte Widerstandsgruppen unterstützt hat. Nach 1992, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und Zusammenbruch des pro-sowjetischen Statthalterregimes, war Afghanistan sich selbst bzw. den bewaffneten Gruppen überlassen worden. Die ehemaligen Mudjahedin-Gruppierungen, von ihren jeweiligen Unterstützern stark



Kabul 1994

Foto: Andreas Ryf (www.vivipic.com)

bewaffnet, verwickelten sich in einen blutigen regionalisierten Bürgerkrieg, der zehntausende Menschen das Leben kostete und die Stadt Kabul in Schutt und Asche legte. Dieser Krieg um die Macht in Kabul, verbunden mit von der Bevölkerung nicht vergessenen schweren Menschenrechtsverletzungen, bildete die Voraussetzung für den Erfolg der radikal islamistischen Taliban. Zunächst konnten die Truppen um Mullah Omar ab 1995 nach rasanten Geländegewinnen eine gewisse Sicherheit und Stabilität herstellen – jedoch sehr bald stellte sich heraus, dass die als Militärkraft angetretenen Taliban über keinerlei politische Ambitionen bzw. know-how verfügten: Fehlende Infrastruktur- und Wiederaufbaumaßnahmen im Bündel mit massiven Menschenrechtsverletzungen haben die Taliban zu einem Schreckensregime werden lassen. Usama Bin Ladin und seine Anhänger genießen Gastrecht, und Afghanistan, ohne über funktionierende Institutionen eines Staates zu verfügen, geriet auf die Liste der „Schurkenstaaten“.

Die einzigen Instrumente, welche die Staatengemeinschaft wählte, um diesem Pulverfass zu begegnen, waren die Isolation der Taliban verbunden mit UN-Sanktionen. Bereits die mutwillige Zerstörung der Buddha-Statuen im zentralafghanischen Bamiyan im Frühjahr 2001 hat deutlich gezeigt, dass der international eingeschlagene Weg in eine Sackgasse führen musste, da weder die UN noch islamische Staaten auf die Taliban-Führung Einfluss zu nehmen vermochten. Letztendlich macht die Analyse der politischen Entwicklung Afghanistans in der letzten Dekade sehr deutlich, dass nur ein mittel- und langfristiges Engagement der Staatengemeinschaft zu einer Befriedung der Region und Eingrenzung international bedrohlicher Potentiale führen können. Zu diesen zählen nicht nur das zur Zeit besonders präzente terroristische Netzwerk Al-Qaida, sondern auch die atomare Bewaffnung Indiens und Pakistans, Drogenproduktion, Waffenhandel, die geringe sozioökonomische Entwicklung und Migrationströme.

Was kann die internationale Gemeinschaft tun?

Zunächst einmal können es nur massive international koordinierte humanitäre Not- und Soforthilfemaßnahmen schaffen, der notleidenden und zu einem großen Teil auf der Flucht befindlichen Bevölkerung zum Überleben zu verhelfen. Diese Anstrengungen laufen bereits auf Hochtouren. Wichtig ist, dass parallel zu den humanitären und den militärischen Aktionen bereits die politischen Lösungsansätze eruiert und umfassende Wiederaufbaumaßnahmen eingeleitet werden.

Obwohl eigentlich ein Konsens darüber besteht, dass grundsätzlich den Afghanen keine Lösung von außen aufoktroiert werden sollte, da eine solche kaum dauerhaft Bestand haben könnte, ist ein eindeutiger Widerspruch zur Realpolitik festzustellen: Die Bürgerkriegsfraktionen und der König, die als Interessensvertretungen für eine politische Lösung diskutiert werden, erhalten massive Förderung aus dem Ausland. Eine politische Konfliktlösung wird aber nur dann von Erfolg gekrönt sein können, wenn alle afghanischen Interessen – auch die zivile Opposition und die demokratische Bewegung – gleichberechtigt, das heißt ohne Bevorzugung beteiligt sind.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird festlegen, mit welchem Mandat eine UN-Mission für Afghanistan ausgestattet sein wird. Dass es ein solches geben wird, steht zurzeit außer Zweifel. Aufgrund der divergierenden nationalen und regionalen Interessen und der fast kompletten Zerstörung der ohnehin nur rudimentären Infrastruktur, kann nur ein umfassendes und mittel- bis langfris-

tiges Mandat die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Erfolg schaffen.

Zunächst einmal werden die UN vor der Schwierigkeit der Entwaffnung der Bürgerkriegsfraktionen und der Ausfüllung des militärischen Machtvakuum stehen, das nur kurzfristig von der Anti-Terror-Allianz ausgefüllt werden kann. In diesem Zusammenhang könnte die Organisation der Islamischen Staaten (insbesondere mit muslimischen Soldaten unter einem UN-Mandat) eine wichtige Rolle spielen, da die amerikanische und britische Militärpräsenz sowohl bei den Kriegsfraktionen als auch bei der Bevölkerung auf religiös und politisch motivierte Ablehnung stoßen wird. Eine andere Option wäre, die einfachen Kämpfer der Bürgerkriegsfraktionen – nicht ihre militärischen Anführer – als Soldaten in eine neu aufzubauende zentrale militärische Kraft einzugliedern, sie auszubilden und für eine Übergangszeit unter ein UN-Kommando zu stellen. Problematisch ist die Entwaffnung vor allem vor dem Hintergrund, dass Waffen im ganzen Land und in der Region weit verbreitet, Kommandanten grundsätzlich käuflich sind und eine ganze Generation außer dem Umgang mit Waffen nichts gelernt hat.

Bei der beabsichtigten Beseitigung des Taliban-Regimes lässt sich diese Käuflichkeit zwar zunächst positiv anwenden – im zweiten Schritt wird sich aber die Frage stellen, wie die warlords der beiden Bürgerkriegsfraktionen in die Gesellschaft eingegliedert werden können. Erst nach einer eindeutigen Beendigung der militärischen Phase und einer Willenserklärung der internationalen Gemeinschaft, sich in Afghanistan für die Konsolidierung des Friedens einsetzen zu wollen, ist denkbar, dass ein Rehabilitationsprogramm für die ehemaligen Kämpfer umgesetzt werden kann. Moderaten Kräften auf Seiten der Nordallianz und der Taliban sollte zudem zugestanden werden, eine Rolle in einer neuen Regierung zu übernehmen, denn nur dies wird garantieren können, dass sie sich als Mitwirkende an einem Friedensprozess fühlen können. Zu prüfen wird auch sein, ob führende warlords beider Seiten wegen ihrer Verbrechen und/oder Menschenrechtsverletzungen vor ein internationales Gericht gestellt werden sollen.

Ein zentraler weiterer Faktor für eine erfolgreiche politische Lösung werden die Anrainerstaaten sein: Anknüpfend an die von der United Nations' Special Mission for Afghanistan (UNSMA) geführten „6 + 2 Verhandlungen“ (Afghanistans Anrainer plus USA und Russland) sollten sie in einen umfassenden Konsultationsprozess einbezogen werden, in dem zum einen Interessen verhandelt und Druck ausgeübt, aber auch Anreize für die Zustimmung zu Kompromisslösungen gegeben werden können.

Ferner sollten die UN vorübergehend die Verwaltung und die Funktionen der Regierung – ähnlich wie in Ost-Timor – übernehmen, wobei bestehende administrative Strukturen zu fördern sind. Erst wenn minimale staatliche Strukturen funktionieren und parallel dazu in einem politischen Prozess mit breiter afghanischer Beteiligung grundlegende Vereinbarungen für einen zukünftigen Staat getroffen werden, kann eine loya jirga einen Konsens über die zukünftige Ausrichtung dieses Staates feierlich bestätigen und damit verbindlich machen. Dem Ex-König Zahir Schah wird bei diesem Prozess die Rolle zufallen, die loya jirga einzuberufen und ihr Schirmherr zu sein. Mit Hilfe der UN-Verwaltung sollte eine Verfassung für Afghanistan ausgearbeitet werden,

Deutschland genießt in Afghanistan ein hohes Ansehen und Vertrauen bei allen Bevölkerungsteilen.

wobei die demokratisch ausgerichtete Konstitution von 1964 eine wichtige Grundlage bilden könnte, und Wahlen vorbereitet werden. Der Verwaltung wird des weiteren gemeinsam mit den afghanischen politischen Akteuren die Aufgabe zufallen, einen Wiederaufbauplan zu erstellen oder in Auftrag zu geben und diesen in einem weiteren Schritt international zu koordinieren. Ferner sind – um nur die wichtigsten Aufgaben auf dem Weg zu nennen – Rahmenbedingungen für die Wiederbelebung der Volkswirtschaft und Beendigung der Kriegswirtschaft zu schaffen.

Wie könnte ein spezifisch deutscher Beitrag aussehen?

Deutschland genießt in Afghanistan ein hohes Ansehen und Vertrauen bei allen Bevölkerungsteilen. Es hat keine negativ belastende koloniale Vergangenheit in der Region. Im Gegenteil: Es gab bis 1979 eine sehr freundschaftliche und als gleichberechtigt empfundene deutsch-afghanische Partnerschaft, die sich in einem starken entwicklungspolitischen Engagement von deutscher Seite in den 60er und 70er Jahren manifestierte. Mit Paktia im Süden Kabuls wurde anhand eines Masterplans eine ganze Provinz umfassend entwickelt – ein Vorzeigeprojekt für deutsches know-how und die deutsch-afghanische Zusammenarbeit. Universitätspartnerschaften förderten einen regen wissenschaftlichen

Austausch. Bis heute unterstützen deutsche Nichtregierungsorganisationen kleine Entwicklungsprojekte in Afghanistan. Vor diesem Hintergrund könnte Deutschland im Rahmen seiner internationalen Einbindung eine prominente Rolle als Vermittler zwischen den rivalisierenden Interessen übernehmen.

Mit der Zielsetzung, in die Konfliktlösung demokratische Werte verstärkt einzubringen und die Basis der afghanischen Interessen zu verbreitern, sollten die demokratischen Gruppierungen besondere Unterstützung erhalten. Ein spezifisch deutscher Beitrag sollte sein, die demokratische Bewegung in Afghanistan und im Exil im internationalen Diskussions- und Konsultationsprozess zu fördern. Dazu gehört ihre Einbeziehung in internationale Verhandlungen, die auf afghanischer Seite bis jetzt vom König und der Nordallianz – infolge internationaler Förderung – dominiert werden. Wichtig ist auch, der afghanischen Bevölkerung die Botschaft zu vermitteln, dass bei einer politischen Lösung nicht nur auf den König und die Bürgerkriegsfraktionen gesetzt wird, sondern dass auch sie die Möglichkeit hat, sich an der politischen Konfliktbewältigung aktiv zu beteiligen. Eine gezielte Unterstützung der lokalen und regionalen politisch-administrativen Strukturen bzw. ziviler Kräfte in Form der shuras und ein community building-Programm wären hierfür wichtige Ansatzpunkte, die im Rahmen der bewährten deutschen Institutionen und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden können.

Vorstellbar ist weiterhin, ein Rückkehrprogramm für die über 80000 in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen anzubieten. Unter ihnen befinden sich überdurchschnittlich viele gut ausgebildete Kräfte, die in Afghanistan eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau – gemeinsam mit den deutschen Institutionen – leisten könnten. In diesem Bereich kann zum einen auf die Erfahrungen mit dem Programm für Bosnier, aber auch das Fachkräftepro-

gramm Afghanistan, das die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit Anfang der 90er Jahre anbot und letztendlich an der Fortsetzung des Krieges nach 1992 scheiterte, zurückgegriffen werden. Entscheidend für den Erfolg eines solchen Programms wird sein, ob permanenten oder zeitweiligen Rückkehrern eine Garantie gegeben werden kann, dass die Umsetzung der Friedenslösung nachhaltig international unterstützt wird.

Nationalgefühl – Basis für die Konfliktlösung

Trotz des über 20-jährigen Krieges in Afghanistan, der schmerzhaften Verluste und Erfahrungen und der Zersplitterung der Gesellschaft, gibt es – im Gegensatz zu anderen Ländern in Bürgerkriegssituationen – eine gemeinsame Basis für eine Konfliktlösung: ein übergreifendes afghanisches Nationalgefühl. Die Zugehörigkeit zur afghanischen Nation verbindet ethnische Gruppen, Stämme sowie religiöse Gemeinschaften und politische Gruppierungen. Die Anrainer hingegen versuchen diese Loyalitäten für ihre jeweiligen eigenen Interessen in Afghanistan zu nutzen – in Afghanistan selbst gibt es keine Autonomiebestrebungen entlang ethnischer oder religiöser Linien. Die immer wieder geäußerte zentrale Forderung, dass die Afghanen sich untereinander einigen müssen, hat vor dieser Perspektive – mindestens grundsätzlich – Aussicht auf Erfolg. Allerdings bedarf dies internationaler Unterstützung, da bis jetzt ständig regionale und internationale Akteure in den Konflikt eingegriffen haben.

Die Basis für den zentralen afghanischen Konfliktlösungsbeitrag ist zunächst ein innerafghanischer Grundkonsens darüber, dass eine politische Lösung angestrebt wird. Die Bemühungen um eine nationale Versöhnung und einen politischen Weg können nur in einem Prozess Erfolg haben: Mit der Organisation kleiner shuras und jirgas innerhalb und außerhalb Afghanistans von der lokalen Einheit bis zu einer regionalen Ebene können Delegierte bestimmt werden, die als Vertreter von allen Bevölkerungsteilen akzeptiert werden. Am Ende dieser ersten Phase könnte die Abhaltung einer loya jirga, an der diese so gewählten Vertreter teilnehmen, die erreichten Vereinbarungen öffentlich machen und damit unterstreichen. Wichtig ist, auf diesem Weg alle Bevölkerungsteile, vor allem aber auch die afghanischen Frauen, zu beteiligen. Auch in frühere beratende große Ratsversammlungen wurden Afghaninnen – wenn auch nicht in adäquater prozentualer Beteiligung – einbezogen.

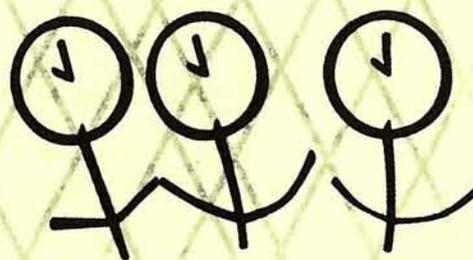
In den lokalen und regionalen Ratsversammlungen ist auch die Zusammenarbeit mit den UN zu thematisieren, denn nur mit der konstruktiven Unterstützung der Bevölkerung für deren Konfliktvermittlung und Wiederaufbauprogramme können positive Ergebnisse erzielt werden. Das Selbstverständnis der politischen Kräfte bedingt jedoch, dass die militärischen Gruppen, also die Nordallianz und die Taliban, bereit sein müssen, für eine politische Lösung ihre Waffen niederzulegen. Insbesondere die Angehörigen der Bildungsschicht, die Fachkräfte im Land und im Exil sollten sich aktiv in den Wiederaufbau einbringen können, wobei zurückkehrende Afghanen auch Brücken zwischen Gesellschaften bauen können, die für die internationale Zusammenarbeit ein wichtiges Element darstellen.

Bekanntes Interesse auf dem Weg zu einer Lösung

Zunächst einmal sind die bereits oben angesprochenen Anrainerstaaten zu nennen, die mit unterschiedlicher Intensität ihre Interessen in Afghanistan durchzusetzen versuchen. Allein die Motive gleichen sich: Niemand der Anrainer will eine ihm feindlich gesinnte Regierung in Afgha-

Im Gegensatz zu anderen Ländern in Bürgerkriegssituationen gibt es eine gemeinsame Basis für eine Konfliktlösung: ein übergreifendes afghanisches Nationalgefühl.

Netzwerk FrauenZeiten



Eine gerechte Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld – das ist das Ziel des 1998 gegründeten Netzwerk FrauenZeiten. Wir wollen eine „Doppelte Umverteilung“: von oben nach unten und von Männern zu Frauen! Im 21. Jahrhundert werden das herkömmliche „Normalarbeitsverhältnis“ und die alte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht mehr das Arbeitsmodell der künftigen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft sein. Können die Verhältnisse im Sinne der gewachsenen Lebensansprüche von Frauen und Männern umgestaltet werden?

1. Arbeit neu aufteilen – Arbeitszeit verkürzen!

Um eine Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Erwerbsarbeitsmarkt möglich zu machen, ist ein radikale Veränderung der bestehenden (Arbeits-)zeitarangements auf allen Ebenen, von der Tages- und Wochen- bis hin zur Lebensplanung notwendig. Wir alle wissen, dass die Ausgrenzung von Frauen aus der (gut) bezahlten Arbeit keinesfalls auf fehlende oder unzureichende Qualifikation, Eignung oder Motivation zurückzuführen ist. Wesentlicher Grund sind zumeist die zeitlichen Belastungen und Diskontinuitäten im Lebensalltag von Frauen, die einer den Männern vergleichbaren (zeitlichen) Allroundverfügbarkeit im Wege stehen und Frauen dadurch von großen Teilen des Erwerbsarbeitsmarktes faktisch ausschließt. Die Verfügbarkeit von „Zeit“ spielt bei der Frage der Geschlechtergerechtigkeit eine zentrale Rolle: einerseits ist eine Folge der traditionellen Zuständigkeiten der Frauen für den (nicht bezahlten) Reproduktionsbereich, dass ihr Zeitbudget zwischen vielen Ansprüchen – Beziehung, Familie, Pflege, Beruf – aufgeteilt werden muss, andererseits zementiert genau die mangelnde Zeit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und entlässt Frauen nicht aus den Abhängigkeiten genau dieser Arbeitsteilung.

Wer gleiche Zugänge für Frauen und Männer auf dem Erwerbsarbeitsmarkt schaffen will, muss Arbeit auch zeitlich neu organisieren.

Nicht zuletzt das drängende gesellschaftspolitische Problem der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit ist uns Motivation, die Diskussion um Arbeitsmarktpolitik neu aufzunehmen.

2. Warum die Arbeitszeitverkürzungsinitiativen der letzten Jahre stecken geblieben sind

In vielen Bereichen ist es im Gefolge der 35-Stunden-Woche nicht zu Neueinstellungen gekommen. Statt dessen hat die mitvereinbarte Flexibilitätsklausel häufig zu einer Anpassung der Arbeitszeiten an die Auftragslage („atmende Fabrik“) und damit zu einer Flexibilisierung im Arbeitgeberinteresse und zu einer Verdichtung der Arbeit geführt. Gleichzeitig kam es zu einem Anwachsen von Über-

Plädoyer für ein neues Arbeitszeitmanagement

stunden bzw. Plusstunden auf Arbeitszeitkonten, die nicht selten einfach unabgegolten verfallen. Parallel dazu kommt es immer öfter zu einer unkontrollierten Ausdehnung der Arbeitszeit („Arbeiten ohne Ende“) in Bereichen v. a. hoch qualifizierter Angestelltentätigkeiten, in denen sog. Vertrauensarbeitszeit (Abschaffung der Stechuhr) eingeführt worden ist. (...)

Ein anderer wesentlicher Grund sind die erfahrenen Reallohnverluste der letzten Jahre. V. a. Beschäftigte der unteren und mittleren Einkommensgruppen können sich weitere Einkommenseinbußen nicht leisten und befürchten aber genau dies im Falle von Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich.

Realistisch attraktiver gemacht werden kann die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung nur im Rahmen eines Konzepts, das Neueinstellungen sichert, durch flankierende Personalbemessungs- und Leistungsvereinbarungen Überstunden und Arbeitsverdichtung eindämmt und einen sozial gestaffelten Lohnausgleich vorsieht.

Unseres Erachtens muss die eingefahrene Debatte um Arbeitszeitverkürzung neu angeschoben und erweitert werden. Dabei geht es um mehr als um eine rein gewerkschaftliche Neuorientierung. Es geht um Gerechtigkeit zwischen Arbeitsplatzinhaberinnen und Arbeitslosen. Es geht um Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen und um die Frage der Zeitsouveränität: Wer verfügt über meine Arbeits- und damit auch Lebenszeit? Um die Ökonomisierung aller Lebensbereiche zurückzudrängen und Zeitsouveränität für jeder/n Einzelne/n herzustellen, bedarf es einer kreativen ZEITPOLITIK, die auf verschiedenen Ebenen ansetzt. Mögliche Anknüpfungspunkte sind der gesetzliche, tarifpolitische, der kommunale, der betriebliche und der familiäre Bereich.

3. Warum wir eine radikale Neuordnung der Arbeitszeit brauchen

(1) Umverteilung von Arbeit/ Bekämpfung von Arbeitslosigkeit

Das Netzwerk Frauenzeiten schließt sich pessimistischen Prognosen vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ nicht an,

sondern sieht für die Politik Gestaltungsoptionen, die genutzt werden können und müssen, um zukünftig für eine sozialstaatlich verfasste Gesellschaft mit Vollbeschäftigung wieder die Rahmenbedingungen zu liefern. Dabei ist die Neuordnung der Arbeitszeit von herausragender Bedeutung. Das Arbeitsvolumen (die Zahl der in der Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden) ist in den alten Bundesländern in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Aber trotz des rückläufigen Arbeitsvolumens ist die Zahl der Erwerbstätigen nicht gesunken, sondern gestiegen. Dies ist möglich geworden, weil durch Arbeitszeitverkürzung und Ausbreitung von Teilzeitarbeit eine permanente Umverteilung stattgefunden hat. Dass die Zahl der Arbeitslosen trotz der Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen heute viel höher ist, als vor 30 Jahren, liegt daran, dass gleichzeitig die Zahl der Personen, die sich an Erwerbsarbeit beteiligen wollen, stark gestiegen ist. So ist der Anstieg der Erwerbsquote von Frauen (Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an den Frauen im erwerbsfähigen Alter) eines der auffälligsten Kennzeichen in der Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahrzehnte.

Neben diesem Trend müssen die langfristigen Auswirkungen des demographischen Wandels in unserer Gesellschaft betrachtet werden, um Maßnahmen abzuleiten, die von der Politik eingefordert werden müssen. Aufgrund des demographischen Wandels wird in 15 bis 20 Jahren das Angebot an Arbeitsplätzen in manchen Sektoren, insbesondere dem Dienstleistungssektor, größer sein als das zur Verfügung stehende Erwerbspersonenpotential. Schon heute kann dies in einigen Branchen festgestellt werden.

Neben der Revitalisierung der Zuwanderungspolitik ist die entschlossene Erhöhung der Frauenerwerbsquote die wichtigste Forderung, um dem drohenden Mangel an Arbeitskräften entgegenzuwirken. Damit darf aber aus vielen Gründen nicht erst dann begonnen werden, wenn der Arbeitskräftemangel schon eingetreten ist, sondern es muß jetzt schon zu einer verstärkten Entwicklung in diese Richtung kommen. Doch diese erwünschte Erhöhung der Frauenbeschäftigungsquote und auch die unbedingt notwendige Zuwanderung würde sich vorübergehend belastend auf den Arbeitsmarkt auswirken. Eine parallel dazu eingeleitete radikale Arbeitszeitverkürzung ist die Schlussfolgerung, um diese kurzfristigen negativen Auswirkungen abzufangen und die erwünschte Erhöhung der Frauenerwerbsquote und der Frauenerwerbsbeteiligungsquote (s.o.) zu erreichen.

(2) Geschlechtergerechtigkeit/ Vereinbarkeit von Beruf und Privatbereich

Ein wesentlicher Grund, warum die Arbeitszeitverkürzung auf dem erreichten Niveau stagniert, liegt u.E. in dem herrschenden und stillschweigend von vielen akzeptierten Zeitarrangement zwischen den Geschlechtern. Bei keinem der Arbeitszeitverkürzungsmodelle und -schritte der letzten Jahre ist ernsthaft und radikal damit gebrochen worden. Nach wie vor sitzt in den Köpfen vieler Menschen das Bild fest, dass die zeitliche Hauptbeschäftigung des (vollerwerbstätigen) Mannes das Verdienen des Geldes und damit die Sicherung eines Einkommens ist. Dagegen stellt sich die Situation der Frauen nach wie vor anders dar. Zwar ist in den letzten Jahren die Erwerbsorientierung gerade unter jungen Frauen immens gewachsen und haben Frauen in der Frage der beruflichen Bildungsqualifikation stellenweise ihre männlichen Alterskollegen überholt, doch auf dem Arbeitsmarkt zeigen

diese Veränderungen kaum oder nur sehr langsam Früchte. Denn Frauen aller Generationen kämpfen mit der gleichen Doppel- oder Dreifachbelastung. Während bei Männern der Großteil des Zeitbudgets in ihr berufliches Leben fließt, müssen Frauen den Spagat zwischen Ansprüchen im Berufsalltag und dem privaten und familiären Leben bewältigen. Diese Zeit- und Arbeitsaufteilung hat in der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitmodelle trotz wachsender Unzufriedenheit von Frauen und einem eklatanten Missverhältnis zwischen beruflicher Qualifikation und tatsächlicher Position vieler Frauen im Erwerbsleben in der Vergangenheit nicht wirklich zur Disposition gestanden.

Damit konnte eine wesentliche Dynamik der Arbeitszeitverkürzung nicht genutzt werden: Kürzere Arbeitszeiten für alle als Schlüssel für einen gleichberechtigten Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt und als zentraler Hebel zu einer Neuaufteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Nichterwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen.

4. Das neue Teilzeit- und Elternzeitgesetz als erste Schritte in die richtige Richtung

Qualifizierte Teilzeit als Alternative

Die einschneidendste Veränderung der bisherigen Rechtslage besteht in der Einführung eines Anspruchs auf Reduzierung der Arbeitszeit, den grundsätzlich jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer unter bestimmten Voraussetzungen hat.

Diese Voraussetzungen sind: die ArbeitnehmerInnen müssen mindestens 6 Monate beschäftigt sein, das Unternehmen muss mindestens 15 Beschäftigte haben und der Anspruch muss drei Monate vor dem Beginn der Verringerung geltend gemacht werden. Der Arbeitgeber ist nur dann berechtigt, diesen Anspruch abzulehnen, wenn betriebliche Gründe entgegenstehen.

Entgegen vielfältigen Forderungen wurde kein Anspruch auf eine Rückkehr zu einer wieder verlängerten Arbeitszeit festgelegt, wenn es von dem/r Arbeitnehmer/ in gewünscht wird. Statt dessen wird der Arbeitgeber lediglich verpflichtet, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dies angezeigt haben, bei der Besetzung eines entsprechenden frei werdenden Arbeitsplatzes zu berücksichtigen.

Damit wird in diesem Gesetz die Möglichkeit verschenkt, eine Teilzeitbeschäftigung als gleichwertige Alternative zu einer Vollbeschäftigung je nach Anspruch und Lebensphase der Beschäftigten zu etablieren. Dennoch erhöht der gesetzliche Anspruch auf Teilzeit die Möglichkeiten, entsprechende Arbeitsplätze auch in qualifizierten Positionen zu finden. Zudem werden die Unternehmen in die Pflicht genommen, Teilzeitstellen in die Struktur der Arbeitsabläufe aufzunehmen und entsprechende Stellenprofile zu konzipieren. Dies begrüßen wir als wichtigen Schritt und hoffen, dass mit der Inanspruchnahme dieser Regelung eine neue Dynamik für kürzere Arbeitszeiten angestoßen wird.

Vom "Mutterschaftsurlaub" zur "Elternzeit"

Mit dem Jahr 2001 tritt auch die dritte und wesentlichste Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes in Kraft. Grundlegende Änderungen betreffen die zeitliche Lage der Elternzeit und die Stellung des nichtehelichen Vaters, sowie die Einkommensgrenze für den Bezug von Erziehungsgeld. (..)

Da die Elternzeit im Gesetz über das Erziehungsgeld enthalten ist, das keine Arbeitnehmereigenschaft voraussetzt, fällt der Kündigungsschutz dementsprechend schwach aus. Trotzdem ist dennoch festzustellen, dass das neue Elternzeitgesetz vom 1. Januar 2001 im Sinne einer gerechteren Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit genau wie das neue Gesetz zur Teilzeit ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Das Netzwerk Frauenzeiten hält es für dringend erforderlich, dass gesetzliche Regelungen dieser Art ausgeweitet und damit Beschäftigten verlässliche Regelungen zu einer flexibleren Gestaltung ihres Arbeitszeitmanagements angeboten werden.

Deregulierung als Alternative? Eine Einschätzung der Diskussion um die Vertrauensarbeitszeit

Wer mit seinem Arbeitgeber Vertrauensarbeitszeit vereinbart, arbeitet wann er/sie will. Eine Zeiterfassung gibt es nicht. Einzige Vorgabe des Arbeitgebers: das Ziel der Arbeit muss erreicht werden. Die Einhaltung der tariflich/vertraglich vereinbarten Arbeitszeit wird zwar unterstellt, die Verantwortung dafür allerdings den Beschäftigten übertragen. Faktisch führt das Konzept zu einer Aufzeichnung oder gar Aufhebung der tariflich und gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeit, auch wenn es im Kern nicht unbedingt so vorgesehen sein muss.

Die von den Beschäftigten gewünschte Zeitsouveränität kann allerdings in der betrieblichen Praxis häufig noch weniger realisiert werden als bei Arbeitszeitmodellen mit Zeiterfassung. Per Zielvereinbarungen wird dem/der Arbeitnehmer/in das zu erzielende Ergebnis vorgegeben.

Die betriebliche Erfahrung zeigt, dass die Arbeitszeiten nach Einführung von Vertrauensarbeitszeit gestiegen sind. Vertrauensarbeitszeit ist als Bestandteil einer neuen Managementstrategie zu sehen: Führen nicht mehr durch Kontrolle der Anwesenheitszeit, sondern durch Zielvorgaben.

Den Mitarbeiter/innen wird diese Führungsstrategie nicht mehr bewußt. Jeder ist selbst dafür verantwortlich, den Kunden zu bedienen, die Umsatzziele zu erreichen, das Ergebnis zu erbringen. Selbstausbeutung, was lange häufig bei Freiberuflern und Selbstständigen vorkam, wird hier zum Problem aller Beschäftigten Vertrauensarbeitszeit könnte unter bestimmten Voraussetzungen zwar die Grundlage für mehr Souveränität bieten, doch sie wird für die Interessen des Arbeitgebers funktionalisiert.

Daher halten wir die Vertrauensarbeitszeiten in ihrer jetzigen hauptsächlich an Arbeitgeberinteressen ausgerichteten Form für häufig kontraproduktiv und ungeeignet, den Anteil von Frauen in lukrativen Berufen zu erhöhen.

5. Unsere Zeit ist unser Leben – Leitlinien für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik

Um die Menschen neu gewinnen zu können brauchen wir Utopien – Leitbilder, die beschreiben können, unter welchen Bedingungen wir im 21. Jahrhundert leben und arbeiten wollen. In dem amerikanischen Begriff der Work-Life-Balance, des je individuell zu bestimmenden lebhaften Gleichgewichtes von Arbeit und Leben, scheint ein wenig von dieser Utopie auf. Speziell aus der Sicht von Frauen entwickelt sich die Vorstellung einer dynamischen Balance zwischen Arbeit und Leben schnell zu einer attraktiven Perspektive. Die Suche nach arbeitszeitpolitischen Kriterien und Modellen auf dem Weg zu einem Leben, das

Raum und Zeit für alle Bereiche offen hält, trifft hier die vitalsten Interessen.

Flexibilität in festen Rhythmen und Höchstarbeitszeitgrenzen für alle

Flexible Arbeitszeiten sind unter den gegebenen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland (Öffnungszeiten von Einrichtungen für Kinderbetreuung, Halbtagschulen, etc.) für jene Erwerbstätige, die die komplexen Anforderungen des Alltags mit der eigenen Erwerbstätigkeit zu synchronisieren haben, eine notwendige Voraussetzung. Auf den ersten Blick scheint es, als könnten flexible Arbeitszeiten den Spagat zwischen Erwerbsarbeit und Familie erleichtern.

Dabei allerdings sollte nicht übersehen werden, dass die im letzten Jahrzehnt weit fortgeschrittene Flexibilisierung der Arbeitszeiten in den meisten Fällen nicht die erhoffte Zeitsouveränität für die Beschäftigten gebracht hat. Einer repräsentativen Befragung aus dem Jahr 1999 zufolge erleben sich lediglich 17% aller abhängig Beschäftigten als arbeitszeitsouverän. Dass sich darüber hinaus Beschäftigte, die in flexiblen Arbeitszeitformen tätig sind, stärker unter Druck gesetzt und belastet fühlen als jene, die unter den Bedingungen des Normalarbeitszeitstandards arbeiten, ist ein Ergebnis derselben Studie, das auch deshalb nachdenklich stimmen sollte, weil gerade Frauen besonders oft und extrem flexibel arbeiten (müssen).

Um die positiven Aspekte flexibler Arbeitszeiten im Sinne von Zeitsouveränität nutzen zu können, ist es geradezu unabdingbar, diese in Rhythmen einzubinden. So hat sich beispielsweise herausgestellt, dass flexible erwerbsarbeitsfreie Zeiträume erst dann zu einem realen Zeitgewinn für die Beschäftigten werden, wenn sie als feste Bestandteile im Wochenrhythmus zu einer plan- und berechenbaren Größe geworden sind. Die verlässliche Stabilität von Arbeitszeiten, die eine rhythmische Abfolge von Erwerbsarbeit und erwerbsarbeitsfreien Zeiten am Tag, in der Woche und im Jahr impliziert, ist demnach eine nicht minder wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Koordination von Arbeitszeit und privatem Leben wie auf der anderen Seite die mögliche Flexibilität.

Der Forderung sowohl nach Stabilität als auch nach selbstverantwortlicher Flexibilität gerecht zu werden, ist eine komplexe arbeitszeitpolitische Aufgabe. Ein erster Schritt sollte sein, jene traditionellen Zeitrhythmen wieder ernst zu nehmen, die ökonomischen Kalkülen zum Opfer zu fallen drohen, wenngleich sie für die Erwerbstätigen einen hohen Stellenwert haben. An herausragender Stelle steht hier der Wochenrhythmus mit einem möglichst regelmäßigen erwerbsarbeitsfreien Wochenende. Darüber hinaus gehört zu einer verlässlichen Stabilität der Arbeitszeiten eine allgemeinverbindliche Festsetzung von (möglichst niedrigen) täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeitgrenzen. Denn hier liegt der eigentliche Schlüssel zu einer geschlechtergerechten Verteilung von Arbeit.

6. Unsere Perspektive – MitstreiterInnen gewinnen und neue Netze knüpfen

Wir sind uns darüber im klaren, dass es einer enormen Kraftanstrengung bedarf, die Hegemonie in der Frage einer für alle gerechten (Arbeits-)gesellschaft zurückzugewinnen! Dennoch sehen wir verschiedene Ansatzpunkte, an denen wir anknüpfen und ein Netz positiver Impulse

für eine Neubestimmung der Erwerbsarbeitszeitmodelle entwickeln können.

Zeiten der Stadt

Zeiten der Stadt ist ein zeitpolitischer Ansatz auf kommunaler Ebene. Er besteht darin, Maßnahmen zu initiieren, die eine menschenfreundlichere Organisation und Abstimmung der Zeiten von Ämtern, Geschäften, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, des öffentlichen Personennahverkehrs etc. ermöglichen.

Obwohl „Zeiten der Stadt“ nicht mit dem erklärten Ziel einer gerechteren Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern angetreten ist, so geht es doch de facto auch um die geschlechtergerechtere Verteilung von kommunalen Ressourcen. Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen hat faktisch zur Entstehung des Ansatzes „Zeiten der Stadt“ beigetragen. Viele Zeitinstitutionen in (West-)Deutschland (die Halbtagskindergärten und -schulen, die vormittägliche Postzustellung, die Ämteröffnungszeiten etc.) setzen eine nichtberufstätige Hausfrau voraus bzw. kollidieren mit einer Erwerbstätigkeit von Frauen. Da erwerbstätige Frauen i. d. R. die beiden Bereiche der Erwerbs- und der Familienarbeit zu vereinbaren suchen (während Männer dies immer noch nur in geringem Maße tun), sind sie es, in denen die verschiedenen Zeitlogiken von Arbeitswelt und Lebenswelt aufeinander prallen. In sofern sind sie objektiv Vorkämpferinnen für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeitszeit und Lebenszeiten. In dem Maße, wie es „Zeiten der Stadt“ gelingt, hierzu beizutragen, könnte eine Hineinnahme von lebensweltlichen Aufgaben in ihr Identitätskonzept aber auch für Männer machbarer und attraktiver erscheinen.

Jobrotation

Positiver Ansatzpunkt ist für uns ebenfalls die Idee der Jobrotation, die zur Zeit von verschiedenen Bundesländern in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern durchgeführt wird. Ursprünglich aus Dänemark stammt das Modell, bei dem durch Weiterbildungsmaßnahmen der Beschäftigten Übergangsweise freie Stellen durch Arbeitslose besetzt werden. In Dänemark hat sich dieses Modell als höchst erfolgreich herausgestellt, in dem erstens das Qualifikationsniveau der Beschäftigten stetig ansteigt und zweitens für Arbeitslose der wichtige Kontakt zur Arbeitswelt, der in vielen Fällen zur Einstellung und Eingliederung der Betroffenen führt, mit geringem finanziellen Aufwand wieder hergestellt wird.

Familien – und Pflgeteilzeit

Neben der Jobrotation halten wir ein Gesetz zur Familien- und Pflgeteilzeit für eine spannende Initiative, um die Brücke zwischen Vollerwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit oder Arbeit in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu schlagen. Dabei schlagen wir eine Finanzierung in Anlehnung an die Altersteilzeit vor, d. h. ein Ausgleich zum vol-

len Verdienst wird aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit oder aus Mitteln der Pflegeversicherung, also nach dem gesellschaftlichen Umlagefinanzierungsprinzip gezahlt. Durch ein solches Gesetz würde eine erhebliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Frauen und Männer und ein wichtiger Schritt in Richtung einer generellen Arbeitszeitverkürzung und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen möglich.

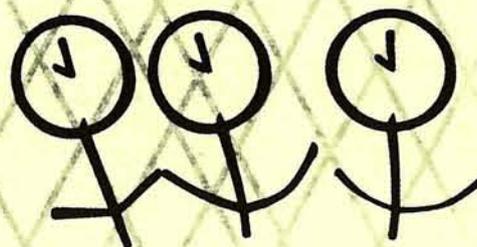
Das Netzwerk FrauenZeiten schlägt folgende Eckpunkte für eine neue arbeitsmarktpolitische Initiative vor:

Es bedarf neuer (Arbeits-)zeitmodelle, sowohl für einzelne Lebensphasen mit unterschiedlichen Zeitbudgets als auch für die gesamte Dauer eines Erwerbslebens. Frauen wie Männer müssen die Möglichkeit haben, ihr Leben mit oder ohne Familie mit Erwerbstätigkeit sowie mit Bildung und Weiterbildung synchronisieren zu können. Um das oben skizzierte Ziel einer (geschlechter-)gerechten Zeitverteilung zu erreichen, sind unterschiedliche Strategien zu entwickeln.

- Die Regelarbeitszeit für eine existenzsichernde Beschäftigung muss verkürzt werden!
- Als „Rechengröße“ halten wir eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 30 Stunden für ein richtiges Ziel.
- Die verbleibende Arbeitszeit muss einer klaren Rhythmik folgen bzw. über längere Fristen im voraus planbar sein.
- Eine an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientierte flexible Gestaltungsmöglichkeit der Arbeitszeit muss gewährleistet sein, neue Modelle für Zeitsouveränität auch bei der Wochenarbeitszeit sind einzuführen.
- Es muss ein sozial gestaffelter Lohnausgleich erfolgen.
- Arbeitszeitkonten mit verschiedenen Modulen wie Bildung und Weiterbildung oder wechselnde private Lebensphasen müssen konzipiert und in kontinuierliche Erwerbsabläufe integriert werden.
- Die Arbeitszeitverkürzung muss von staatlicher Seite flankiert werden, inklusive einer Reduzierung der nach Arbeitszeitgesetz zulässigen Höchstarbeitszeiten. So muss gewährleistet werden, dass es wirklich zu Neueinstellungen anstelle einer ständigen Leistungsverdichtung kommt.
- Die Initiative auf dem Arbeitsmarkt muss von einer Reform des Kinderbetreuungssystems (vor allem für Kinder unter drei und über sechs Jahren) und einer Umstellung auf Ganztagschule begleitet sein. Es darf auf dem Arbeitsmarkt nicht länger ein Nachteil sein, Kinder zu haben.
- Die im Steuer- und Versicherungssystem gegebenen Anreize für die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit zwischen den Ehepartnern bis hin zur Nichterwerbstätigkeit der Frauen (Ehegattensplitting, Subventionierung der geringfügigen Beschäftigung, kostenfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung, Hinterbliebenenrente) müssen beseitigt werden.

ViSdP: Dr. Uta Biermann (UM.Biermann@t-online.de), Schützenstr. 141, 12165 Berlin; Weitere Infos unter www.FrauenZeiten.de; www.spw.de

Netzwerk FrauenZeiten



nistan haben – eine Fortsetzung der kriegerischen Auseinandersetzung ziehen sie dieser Option vor. Die Anrainer haben ihre Klientel in Afghanistan aufgrund ethnischer oder religiöser Verbindungen: Für Pakistan spielen die Paschtunen, die Mehrheitsethnie in Afghanistan und der Grenzregion zwischen beiden Ländern, eine wichtige Rolle, die durch die von der britischen Kolonialmacht gezogene Durand-Linie auf zwei Staaten verteilt wurden. Der pakistanische Geheimdienst und Teile des pakistanischen Militärs werden von den Paschtunen dominiert. Die Iraner haben insbesondere Verbindungen zur schiitisch dominierten hizb-e wahdat, einem Mitglied der Nordallianz. Turkmenistan, Tadjikistan und Uzbekistan verbinden ethnische Gemeinsamkeiten vor allem mit Nordafghanistan, welche wiederum die Interessen Russlands mitbestimmen, das sich vor allem vor den islamistischen Kräften fürchtet. Indien unterstützt aufgrund seiner Erzfeindschaft mit Pakistan vor allem die nicht-paschtunischen und nicht-islamistischen Kräfte. Nur wenn die hier skizzierten Interessen ansatzweise bei der Bildung einer zukünftigen Regierung in Afghanistan berücksichtigt und ausbalanciert werden können, gibt es eine Chance, dass die jeweilige Klientel nicht mehr finanziell und mit Waffen unterstützt wird.

Die Herrschaft der Taliban verliert eindeutig an Stabilität, da sich bereits einige der militärischen, traditionellen und religiösen Führer für unabhängig erklärt haben oder aber zu der Nordallianz übergelaufen sind. Auch bei den Taliban handelt es sich um eine – von der paschtunischen Mehrheit dominierte – Allianz und nur deren Kern wird von den „Religionstudenten“ (taliban) gebildet, die in Religionsschulen eine militärische Grundausbildung erhielten. Bei der überwiegenden Mehrheit der Menschen haben die Taliban den Rückhalt verloren, weil die Bevölkerung in den letzten Jahren besonders unter der Rigidität und Kompromisslosigkeit der Taliban-Führung gelitten hat. Das Ausmaß der humanitären Katastrophe und die Drangsalierung hat auch in streng traditionellen Stammesgebieten Widerstand hervorgerufen, obwohl in ländlichen Gegenden die Kontrolle durch die Taliban ohnehin stets begrenzt gewesen ist. Allerdings ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, dass es bei zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung infolge der ausländischen Militäraktionen zu einem Solidarisierungseffekt in der afghanischen Bevölkerung gegen die USA und mit den Taliban kommen könnte. Dies wird entscheidend auch davon abhängen, ob die Botschaft, dass die Angriffe sich gegen die Taliban und al-Qaida, aber nicht gegen die Bevölkerung richten, vermittelt werden kann. Dazu muss man sich vor Augen führen, dass es in Afghanistan – abgesehen von einzelnen Radiogeräten, mit denen die internationalen Sender Voice of America, BBC und Deutsche Welle empfangen werden können, sowie unter der Hand kursierenden oppositionellen Zeitschriften – nur wenig Zugang zu Medien gibt.

Die Nordallianz ist ein heterogenes militärisches Zweckbündnis, dessen Zusammenhalt durch den gemeinsamen Feind in Gestalt der Taliban gewährleistet wird. Nach dem Mord an Ahmad Schah Massud ist das Bündnis stark geschwächt und die Rivalitäten untereinander haben sich in der Hoffnung auf eine prominente Rolle wieder verstärkt. Dem formell noch amtierenden Präsidenten Rabbani wird bereits die Position von Kommandanten wie General Dostum, Muhammad Fahim und Ismail Khan streitig gemacht. Der Kern der Nordallianz wird von islamistischen warlords gebildet, die nach 1992 ihre politische Chance und in der Folge alle Sympathien bei der Bevölkerung verspielt haben. Sie wiederum als einen potenziellen Garantiegeber für eine



Befriedung des Landes zu handeln, kann nur auf kurzfristige militärische Ziele zurückzuführen sein. Man darf das Gedächtnis der Afghanen nicht unterschätzen. In den vergangenen Wochen ist ein vorsichtiger Wandel der amerikanischen Politik festzustellen, die sich von der einseitigen Unterstützung der Nordallianz wegentwickelt und ihr auch nicht die in Aussicht gestellte finanzielle und logistische Unterstützung zukommen lässt.

Die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere die US-Regierung trauen dem 1973 gestürzten, jetzt 87-jährigen und im römischen Exil lebenden Ex-König eine tragende Rolle zu. Drei verschiedene, stark vom Exil beeinflusste „Prozesse“ (Rom, Frankfurt, Zypern), an denen vorwiegend ehemalige, exilafghanische Bürokraten und Monarchisten beteiligt sind, sehen in der Vorbereitung und Einberufung einer großen Ratsversammlung (loya jirga) durch den König ein zentrales Lösungsinstrument. Die loya jirga hat in der afghanischen Geschichte durchaus positive Ergebnisse zu verzeichnen gehabt, jedoch kann diese nur erfolgreich sein, wenn sie am Ende eines Verhandlungsprozesses steht, an dem alle Entscheidungsträger des Landes beteiligt sind. Genau an dieser Stelle zeichnet sich jedoch ein Defizit ab, da zum einen die Königsfamilie selbst, aber auch die drei „Prozesse“ oder Initiativen untereinander stark zerstritten sind. Zum anderen verlässt sich der König auf seine Berater, die ihm aber nicht alle wichtigen politischen Bewegungen und Gruppierungen zuführen, sondern nur Afghanen, die als Einzelpersonen zu ihm kommen. Ferner könnte sich eine zu intensive US-Unterstützung für den König letztendlich negativ auswirken, da sie die Forderung nach einer von den Afghanen selbst getragenen Lösung untergräbt. Ohne dass ein politischer Prozess vorangegangen wäre, in dem sich Meinungsführer und breit gestreute afghanische Interessen herausgebildet hätten, wird bereits eine Liste eines 120-Personen starken „Nationalen Rates“ erstellt.

Die Nordallianz ist ein heterogenes militärisches Zweckbündnis, dessen Zusammenhalt durch den gemeinsamen Feind in Gestalt der Taliban gewährleistet wird.

Szenarien in Folge der US-amerikanischen Militärpräsenz

Die zu erwartende sich verstetigende militärische US-Präsenz in Zentralasien, die nicht nur auf Usama Bin Ladin und die Taliban, sondern auch auf die Erdöl- und Erdgasressourcen in der Region sowie die aufsteigenden global play-

ers China und Indien reagiert, wird die geopolitische Balance in Süd- und Zentralasien verändern. Für Pakistan könnte dies positive Auswirkungen haben. Seine Beteiligung an der Anti-Terror-Allianz könnte die Stärkung Musharraf's und die Marginalisierung islamistischer Kräfte bedeuten. Ferner könnten ein Schuldenerlass und die Verbesserung der Beziehungen zu Indien über eine Lösung des Kashmir-Konflikts das Land vor dem drohenden Zusammenbruch retten. Auf der anderen Seite ist nicht auszuschließen, dass infolge einer breiten Ablehnung der amerikanischen Präsenz die Islamisten die Überhand gewinnen, das Militär sich spaltet und dass das Ausscheren aus dem internationalen Bündnis einen ökonomischen Kollaps nach sich zöge. Da Pakistan eine Atommacht ist, könnte das unabsehbare Folgen haben.

In den zentralasiatischen Republiken könnten die instabilen Regierungen einerseits von der militärischen US-Präsenz profitieren, weil die islamistische Opposition mit ihren vorwiegend auf afghanischem Territorium befindlichen Zentralen stark geschwächt werden könnte. Dieses würde die Chancen für die Umsetzung ökonomischer und demokratischer Reformen deutlich erhöhen. Auf der anderen Seite könnte ein Scheitern der Reformbemühungen das Gegenteil erreichen, nämlich Autokratie und Repression dieser Regierungen noch massiver auszuprägen. Irans zag-

hafte Annäherung an die westlichen Mächte könnte infolge der als imperialistisch empfundenen Militärpräsenz bald zu Ende sein. Die Konservativen würden gestärkt und reformerischen Kräfte um Chatami geschwächt. Eine gleichberechtigte Einbeziehung Irans in eine politische Lösung für Afghanistan könnte jedoch auch, wenn die schiitischen Bevölkerungsgruppen in Afghanistan, die Iran nahe stehen, entsprechend berücksichtigt werden, eine Stärkung der Reformen und darüber hinaus eine Annäherung an die USA über den Umweg Afghanistan bedeuten.

Für Afghanistan lassen sich zunächst folgende mögliche militärische Szenarien entwickeln: Die Nordallianz schafft es, im Verbund mit den internationalen Militäraktionen Kabul und weitere Städte einzunehmen. Oder: Die Taliban beweisen Standhaftigkeit, einen stärker als allgemein erwarteten Zusammenhalt und können in Kabul überwintern. Drittens ist denkbar, dass britische und amerikanische Truppen es schaffen, die Städte zu besetzen, das Hinterland aber im Einflussbereich der Taliban bleibt. Dieses riefte die negativen Erfahrungen der Sowjetunion in Afghanistan in Erinnerung,

die diese in einer vergleichbaren Situation eindeutig scheiterten ließ. Als letztes Szenario wäre denkbar, dass internationale Truppen die militärische Übermacht in Afghanistan gewinnen, während parallel zu den Militäraktionen eine Implosion des Taliban-Regimes stattfände.

Je nach militärischer Variante werden die Ausgangsbedingungen für eine politische Lösung für Afghanistan besser oder aber schlechter: Das Erstarken der Nordallianz bzw. der Verbleib der Taliban vergrößern die Gefahr eines warlordism in Afghanistan, wie er sich mit unterschiedlichen Gesichtern und ohne politische Perspektive in der letzten Dekade festgesetzt hat. Aus den Reihen der Taliban und der Nordallianz könnte sich eine mit Unterstützung von weiteren ausländischen islamistischen Söldnern gebildete neue warlord-Fraktion entwickeln – dies wäre das worst case Szenarium. Die Ausweitung der humanitären Katastrophe und des Flüchtlingselends sowie die Verstärkung international bedrohlicher Terrorzentralen wären die Folge. Das positive Szenario für Afghanistan hingegen könnte sein, dass die internationale militärische Präsenz und ein international koordiniertes Engagement dazu führen, dass sich nach der Eindämmung der Kriegerfraktionen eine neue Regierung, eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen, ein Prozess des nation-building und des Wiederaufbaus einstellen könnten. In Anbetracht der geostrategischen Bedeutung der Region kann eigentlich nur dieses zuletzt entworfene Szenarium im Interesse der internationalen Gemeinschaft sein – gefragt ist also ein langfristiges Engagement.

Es gibt eine Chance!

Für die komplexen Fragen und Herausforderungen auf dem politischen Lösungsweg kann es keine Patentlösungen geben. Dennoch können die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der afghanischen Vergangenheit und aus internationalen Konfliktvermittlungsiniciativen in anderen

Weltregionen konstruktive Hilfestellungen in diesem Prozess leisten, die es systematisch zu nutzen gilt. Fest steht bereits jetzt, dass die Chance für eine politische Lösung des über 20-jährigen Afghanistan-Konflikts noch nie so groß war: Aus der eigenen Betroffenheit durch die Terrorattentate des 11.09.2001 resultiert eine nie da gewesene Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der einzigen verbliebenen Weltmacht USA. Der mögliche Erfolg – eine stabile Friedensordnung – hängt, dies soll nochmals unterstrichen werden, von der Beteiligung aller wichtigen Gruppierungen in Afghanistan – also auch der demokratischen Gruppen im Lande – und von einem langfristigen internationalen Engagement in Afghanistan ab.

spw

Fest steht bereits jetzt, dass die Chance für eine politische Lösung des über 20-jährigen Afghanistan-Konflikts noch nie so groß war.



Mit der Diskussion um die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) initiierten Verhandlungen über ein Multilaterales Investitionsabkommen (MAI) im Frühjahr 1998 und spätestens nach dem WTO-Debakel in Seattle Ende 1999 hat die oftmals gespenstisch anmutende Globalisierungsdebatte eine neue Qualität erhalten. Bis dahin hatten neoliberal orientierte Regierungen verschiedener Provenienz im Verbund mit internationalen Finanz- und Handelsorganisationen und Unternehmerverbänden so getan, als verlief die Globalisierung wie ein Naturereignis – unwiderruflich, unbeeinflussbar und vollständig entkoppelt von Staat, Gesellschaft und Gewerkschaften.

Ein wichtiger Wendepunkt lag darin, dass die in faktischer Geheimhaltung durchgeführte Beratung zum MAI, das dem Schutz privater Großinvestoren dienen sollte, öffentlich und das Ausmaß der Zumutungen transparent gemacht wurde. Schließlich verkündete der französische Premierminister im Oktober 1998, dass er für ein internationales Investitionsabkommen die OECD für denkbar ungeeignet halte, vielmehr seien die WTO und die ILO der richtige Platz. Andere Regierungen folgten dieser Auffassung – der Rest ist Episode.

Das Scheitern des dritten Ministerkonferenz der WTO – der Millenniums-Runde – in Seattle war eine logische Folge dieser Entwicklung. Erstens, weil die Vorschläge, die als Reaktion auf die Gewerkschaftsforderungen nach klaren Formulierungen der Arbeitnehmerrechte unterbreitet wurden, ungenügend waren. Sie entsprachen in keiner Weise dem dringenden Erfordernis, wirksame Verfahren und Einrichtungen zu schaffen, um die weltweite Einhaltung der grundlegenden Übereinkommen der ILO sicherzustellen. Zweitens haben die Ereignisse von Seattle wirksam dazu beigetragen, dass die WTO zumindest kurzfristig wieder in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion rückte – wo sie eigentlich auch hingehört. Denn die Globalisierung ist ein politisch bewusster und gewollter Prozess und somit beeinflussbar.

Haupthindernis bei der Beeinflussung des Prozesses sind Regierungen, die sich hinter dem angeblich Unvermeidlichen verschanzen, um so ihre Passivität zu legitimieren, oder die anonyme Märkte und Mächte für ihre unsoziale Politik verantwortlich machen. Damit verbunden ist die Undurchschaubarkeit und mangelnde demokratische Kontrolle von Einrichtungen wie dem IMF, der Weltbank und der WTO.

Global sind allein die sozialen Folgen der Globalisierung

Der Begriff Globalisierung ist entzaubert und eine realistische und differenzierte Sicht der Dinge gewinnt die Oberhand.

Der Auffassung des Wirtschaftswissenschaftlers Jeffrey Sachs, der die heutige Zeit mit dem Ende des 19. Jahrhunderts vergleicht, als der Mangel an verbindlichem internationalem Recht schließlich den Kollaps des globalen Marktes bewirkte, ist zuzustimmen. Die Durchsetzung und Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen, also auch sozialer Mindeststandards, gehört zum Kern einer dauerhaften und zukunftsfähigen globalen Ordnungspolitik.

Was den Welthandel betrifft, so gibt es die globale Wirtschaftsintegration im Grunde nur innerhalb der gegenwärtig 30 OECD-Staaten. Zwischen diesen marktwirtschaftlich verfassten Industrieländern wird mehr als die Hälfte des Welthandels und der größere Teil des intra-industriellen Handels abgewickelt. Von hier kommen 85 vH

Weltsozialordnung und globale Zivilgesellschaft

Zur Lage internationaler Gerechtigkeitsstandards

Wolfgang Weinz

der Investitionen, und innerhalb des OECD-Raums werden fast 90 vH aller Direktinvestitionen getätigt. Hier werden auch großenteils die Milliardenbeträge der Finanzspekulationen umgewälzt. Bei vier Zehnteln des Welthandels geht es um rein konzerninterne Transaktionen.

Lassen wir einmal die technischen Möglichkeiten der dritten industriellen Revolution, der sogenannten Informationsrevolution, beiseite, so sind wir nicht so sehr mit dem globalen Dorf als vielmehr mit der Tatsache konfrontiert, dass zum einen die Einkommensunterschiede innerhalb der OECD-Länder selbst enorm steigen – ohne dass diese Staaten befriedigende sozialpolitische Antworten auf diese Entwicklung fänden –, während zugleich der Rest der Welt, also vier Fünftel der Menschheit, von der ökonomischen Entwicklung fast völlig ausgeschlossen bleibt.

Die globalen Konfliktlinien verlaufen nicht so sehr zwischen Weltwirtschaft und Nationalstaat, sondern zwischen ökonomisch mächtigen und ökonomisch ohnmächtigen Staaten und Regionen. Es ist ein Missverständnis zu glauben, dass „global“ alle Länder und Menschen meint; „global“ bedeutet gegenwärtig vielmehr: alle potentiellen Marktteilnehmer.

Die im Rahmen der Vereinten Nationen immer wieder vorgebrachten Forderung der Entwicklungsländer nach einem Ende ihrer Ausgrenzung und nach gleichen Rechten am Verhandlungstisch ist daher berechtigt. Gleichzeitig aber müssen auch die Positionen ihrer Regierungen in Frage gestellt werden, hinter deren Widerstand gegen Sozialklauseln sich ihr spezifischer „komparativer Vorteil“ verbirgt, der sich oft auf Unterdrückung, Schuldnechtschaft und Kinderarbeit stützt. OECD, IMF, ILO und Weltbank sind sich darin einig, dass es ein Irrtum wäre, davon auszugehen, dass niedrige Sozialstandards und wirtschaftlicher Erfolg in einem positivem Zusammenhang stünden. Es geht nicht um einen Konflikt zwischen „Nord“ und „Süd“. Vielmehr geht es darum, wie die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer auf beiden Seiten der Entwicklungskluft gegen einen Globalisierungsprozess geschützt werden können, der diese Rechte beeinträchtigt und die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die öffentlichen Dienstleistungen und die Umwelt auf der ganzen Erde gefährdet.

Die soziale Dimension einer globalisierten Wirtschaft

Das zentrale Problem bisheriger Politikansätze ist deutlich: die mangelnde Verbindlichkeit der nicht-ökonomischen Beschlüsse. Entscheidend ist, wie die internationale Ökonomie

Dr. Wolfgang Weinz arbeitet als Projektkoordinator der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genußmittelarbeitergewerkschaften (IUL) und lebt in der Nähe von Genf. Eine längere Fassung dieses Artikels ist erschienen in Vereinte Nationen 3/2000.

Foto: Patrick Ansorg (www.vivipic.com)



die nicht-wirtschaftlichen Prinzipien in ihr Handeln einbeziehen kann, ohne dass es sich dabei um Völkerrecht zweiter Klasse handelt.

Viel wichtiger als die Untersuchung der Ursachen für das Scheitern von Seattle ist die Feststellung, dass danach die globalen unteilbaren Arbeits- und Sozialstandards in ihrer Eigenschaft als elementare Menschenrechte erst recht Bestandteil der internationalen Debatte geworden sind. Wer ernsthaft über Aufbau, Entwicklung und Reform von Welthandels-, Weltwettbewerb- und Weltwährungsordnungen sprechen will, kommt an substantiellen Vorschlägen zu einer Weltsozialordnung als einem integrierenden Bestandteil dieses Ordnungsgeflechts nicht vorbei.

Im Spannungsverhältnis zwischen Transformation – also der zunehmenden Demokratisierung in allen Teilen der Welt – und Globalisierung – also einem der demokratischen Kontrolle entzogenen Prozess – wird die Forderung nach universellen Gerechtigkeitsstandards zwangsläufig auf den Plan gerufen. Konturen einer globalen Zivilgesellschaft zeichnen sich da ab, wo substantielle Demokratisierungsschritte nur in der Verbindung von ökonomischer Entwicklung und auf dem Fundament sozialer Mindeststandards denkbar und realisierbar sind. Kurzum: Ein Staat, der Menschenrechte nicht akzeptiert, bezahlt dies mit gesamtwirtschaftlichen Effizienzverlusten.

Wie man es auch drehen und wenden mag, die Multifunktionalität globaler Demokratisierungsprozesse und der Marktwirtschaft erfordert – allein schon mangels Alternative – eine aktive, gestaltende Rolle des Staates und ruft nach Rahmenbedingungen für den Welthandel, also institutionalisierten Regelungen zur Erlangung makroökonomischer Stabilität. Somit – und erst recht nach Seattle – muss auch Abschied vom sogenannten Washingtoner Konsens der

Bretton-Woods-Institutionen von 1989 genommen werden, der die Rolle des privaten Kapitals bei der Entwicklung unterstrich, die Notwendigkeit neoliberaler Deregulierung hervorhob und sie zu fördern versprach.

Die aktuelle Diskussion zu Rolle und Reform von Weltbank und IMF legt ein beredtes Zeugnis davon ab. Notwendig ist ein auf Regeln beruhender Handel, nicht aber das heutige Regelwerk der WTO, deren ganzes Gebäude sich letztlich darauf stützt, dass weltweit tätige Großunternehmen vor einer wirksamen Regulierung geschützt werden. Die entscheidenden Grundsätze und Regeln einer auf die menschlichen Bedürfnisse ausgerichteten globalen Wirtschaft müssen letzten Endes nicht nur die grundlegenden Übereinkommen der ILO sondern auch die anderen internationalen Abkommen verankern, die den Auftritt der globalen Zivilgesellschaft nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts markiert haben. Spätestens hier kommt die Gewerkschaftsbewegung ins Spiel, deren grundlegende Aufgabe es immer war, durch Organisation und Kollektivverhandlungen die Produktionsprozesse und –verfahren zu beeinflus-

sen. Die gesamte Struktur der demokratischen Zivilgesellschaft beruht auf dieser Grundlage.

Damit sind die Ebenen der Aktivitäten und Akteure benannt. Zum einen die nationalstaatliche und internationale Ebene, für die seit 1919 die in Normen gefassten sozialen Mindeststandards und ratifizierten Übereinkommen der ILO gelten. Die Adressaten internationaler Gewerkschaften sind ihre nationalen Mitgliederverbände, die in ihrer Arbeit gegenüber Unternehmen und Regierungen motiviert, qualifiziert und unterstützt werden müssen. Zum zweiten geht es um die Sicherung fundamentaler Sozialstandards durch direkte Abkommen mit Unternehmen. Der Adressat hierbei sind vornehmlich die transnationalen Konzerne (TNK), welche als Vorreiter weltweit die ökonomische und soziale Dynamik in erheblichem Maße beeinflussen.

Sozialstandards als bloße Absichtserklärungen

Es scheint, dass ähnlich wie 1919 mit der Gründung der ILO zum Ausgang der ersten großen Expansionswelle nun zum Ende des 20. Jahrhunderts auf dem Scheitelpunkt einer weiteren Expansionswelle im internationalen Handel – genannt Globalisierung – ein neues Kapitel der Internationalisierung von Arbeitsnormen aufgeschlagen werden kann. Da stellt sich die Frage nach dem Vorhandenen und den Defiziten, nach dem Bedarf an Reform und Neuentwicklung. Schon in der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche der Einpflanzung von Sozialstandards in die sich internationalisierende Ökonomie. Das gilt für den ersten Verhaltenskodex der Internationalen Handelskammer (ICC) von 1937, für die Aktivitäten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, die Bemühungen der OECD von 1976, der ILO von 1977, des Zentrums der Vereinten Nationen für transnationalen Konzerne (CTC) von 1978 ebenso wie für die Leitsätze und Empfehlungen der OECD und ILO für TUN in den achtziger Jahren und die auch durch Umwelt- und Konsumenteninteressen beeinflussten Initiativen des letzten Jahrzehnts. Dies macht deutlich, wie sich die staatszentrierten Regulierungsversuche graduell von den rein staatlichen und multilateralen Maßnahmen immer mehr gelöst und sich hin zu unternehmensbezogenen Verhaltenskodizes und Vereinbarungen entwickelt haben.

Der Grund für diese Entwicklung liegt in der Hauptsache darin, dass viele der genannten Ansätze unter den immer gleichen Schwächen litten: mangelnde Klarheit, fehlende unabhängige Überprüfung, das Prinzip der Freiwilligkeit, das Fehlen von Sanktionsmöglichkeiten und damit die Gefahr der Unverbindlichkeit. Dabei ist all das, was diese Kodizes intendieren, im Grunde längst Bestandteil internationaler Verpflichtungen, nämlich der ILO-Übereinkommen, die seit 1919 von drei Beteiligten – Staaten, Arbeitnehmern und Arbeitgebern – verhandelt, beschlossen und von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

So hat die erste Ministerkonferenz der WTO 1996 in Singapur die internationalen sozialen Mindeststandards anerkannt und zu einer Zusammenarbeit zwischen WTO und ILO aufgerufen. Auch der Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen bezieht sich auf die sozialen Menschenrechte als Grundlage einer internationalen Sozialordnung. Mit der „Erklärung der ILO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ von 1998 wurden die Kernübereinkommen dieser einzigen dreigliedrig gefassten Sonderorganisation der Vereinten Nationen nochmals bekräftigt. Die Deklaration betont, dass alle ILO-Mitgliedstaaten zur Achtung dieser Grundsätze verpflichtet sind, ganz gleich, ob sie die einschlägigen ILO-Übereinkommen ratifiziert haben oder nicht.

Die Globalisierung ist ein politisch bewusster und gewollter Prozess und somit beeinflussbar

Dabei handelt es sich um Basisnormen, nicht um luxuriöse Höchststandards. Es geht um elementare Menschenrechte wie die Vereinigungsfreiheit, die Anerkennung kollektiver Tarifverhandlungen, das Verbot der Kinder-, Zwangs- und Pflichtarbeit und die Abschaffung der Diskriminierung in Ausbildung und Beruf. Die ILO-Verträge sind von jenen 174 Ländern der ILO beschlossen worden, die gleichzeitig und in ihrer Mehrzahl auch WTO-Mitglieder(137) sind. Nur mangelt es der ILO im Gegensatz zur WTO an Durchsetzungsmechanismen.

Der Auftrag der WTO nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen, beruht demgegenüber auf der vom GATT übernommenen grundlegenden Forderung, die Produktionsprozesse und –verfahren – also die Sozial- und Umweltverhältnisse, unter denen Güter erzeugt und Dienstleistungen erbracht werden und in den internationalen Handel gelangen – nicht in eine Regulierung einzubeziehen.

Für die WTO ist eine Banane, sobald sie die Landesgrenzen überquert, eine Banane wie jede andere. Sie kann nicht anders behandelt werden als andere Bananen, auch wenn die Landarbeiter, die sie gepflückt haben, erleben mussten, wie ihre Gewerkschaft von Todesschwadronen zerschlagen wurde, oder sie ständig lebensgefährlichen Pestiziden ausgesetzt waren, die im Herstellungsland verboten sind. Ein Kinderspielzeug ist ein Kinderspielzeug, und kein Land darf seine Einfuhr erschweren, weil es von Frauen hergestellt wurde, die sich regelmäßigen Schwangerschaftstests unterziehen und in feuergefährdeten, hermetisch abgeriegelten und von Privatarmeen überwachten Gebäuden arbeiten müssen.

Wenn Ecuador mit Hilfe einer Entscheidung des WTO-Schiedsgerichts die Möglichkeit zu Handelssanktionen gegenüber der Europäischen Union (EU) auf Grund von deren WTO-widrigen Bananenmarktordnung gegeben wird, dann ist zu fragen, warum die Nichteinhaltung von ratifizierten sozialen Mindeststandards nicht zu gleichen Konsequenzen führt.

In diesem Kontext erhob sich schon lange vor Seattle die Forderung nach der Integration einer Sozialklausel, also der Basisübereinkommen der ILO, in internationale Handelsabkommen der WTO. Damit erst könnte es gelingen, eine Verbindung zwischen der weiteren Liberalisierung des Welthandels und der gleichzeitigen Sicherung von Sozialstandards zu schaffen. Auf der nationalen und zwischenstaatlichen Ebene geht es in der weitestgehenden Forderung um die Verankerung einer multinationalen Schiedsgerichtsentscheidungen, so dass Staaten Importbeschränkungen gegenüber Ländern ergreifen dürfen, in denen bestimmte Sozial- und Arbeitsstandards nicht eingehalten werden.

Das Herz des HOMO DAVOSIENSIS

Die neunziger Jahre erlebten eine regelrechte Flut an firmenbezogenen Verhaltenskodizes, die sich vor allem auf die Produktionsstätten der Unternehmen im Süden bezogen, wohin die TNK (Transnationalen Konzerne) infolge der Verbraucherkampagnen im Norden ausgewichen waren. Verursacht wurde das Aufkommen der Kodizes durch den Unwillen oder das Unvermögen der Regierungen und multilateralen Einrichtungen, dem ungezügelten und ungeheuer mächtigen transnationalen Kapitalismus entsprechende Maßnahmen entgegenzusetzen. Aus Kostengründen betreiben die TNK schon seit langem die Vergabe von Produktionen nach außen (offshore), also an Orten außerhalb ihres Sitzstaates. Mit der Fixierung auf den Freihandel, wie sie von Weltbank, IMF, WTO, OECD und verschiedenen Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration vertreten wird, wurden alle

Staaten der Welt, und damit auch die Entwicklungsländer, in die Deregulierung gezwungen, um dem ausländischen Kapital den Zugang zu den lokalen Märkten und Industriezweigen zu ermöglichen. Die TNK haben durch die Ausbeutung der Billiglohnkräfte in den Exportverarbeitungszone in Asien oder den Freihandelszonen in Mittelamerika beträchtliche Gewinne erwirtschaftet – oft dort, wo repressive Regierungen jeden Widerstand und jeden Versuch einer gewerkschaftlichen Organisation im Keim ersticken, um für ausländische Investoren attraktiv zu bleiben.

Auf das humane Gesicht der Globalisierung angesprochen, antwortet der Präsident des Weltwirtschaftsforums: Vergessen Sie aber nicht das unternehmerische Dilemma zwischen Verantwortung und Wettbewerbsdruck. Viele unserer Mitglieder leiden darunter, dass sie nicht so sozial handeln können, wie sie wollen. Der Homo Davosiensis hat sehr wohl ein Herz (aus: Die Zeit v. 27.1.2000).

Diesem Dilemma kann mit der Umsetzung und Einhaltung schon bestehender und künftiger Abkommen zwischen Internationalen Berufssekretariaten und TNK abgeholfen werden. Das würde bedeuten: fairer Wettbewerb, internationaler Imagegewinn und Planungssicherheit für die Unternehmen – durch Internationalisierung bindender Sozialstandards und eine unabhängig erstellte Sozialbilanz als Bestandteil der Geschäftsberichte.

Um es im Duktus Davoser Symposien auszudrücken: Gewerkschaften und Arbeitnehmer sind auf globaler Ebene als strategische Geschäftspartner zu erkennen und entsprechend zu behandeln.

Im Spannungsverhältnis zwischen Transformation und Globalisierung wird die Forderung nach universellen Gerechtigkeitsstandards zwangsläufig auf den Plan gerufen.

Globale Rechte in globalen Unternehmen

Das gewerkschaftliche Interesse konzentrierte sich in den neunziger Jahren besonders auf die Einflussnahme gegenüber den TNK. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und ihre Berufssekretariate haben Versuche unternommen, mit Hilfe von Verhaltenskodizes Schutzrechte für Arbeitnehmer, vielfach kombiniert mit ökologischen Bestimmungen, durchzusetzen.

Zu nennen sind im Bereich der Zertifizierung etwa das „Öko-Label-Abkommen von IFBWW und Weltnaturschutzfonds (WWF) zugunsten einer nachhaltigen Holz- und Forstwirtschaft, die Kampagne von ITF und Greenpeace zum Schifftransport gefährlicher Güter oder Verhaltenskodizes zur Kinderarbeit besonders in der Textil- und Spielwarenindustrie. Die ITGLWF, welche gerade im durch Strukturkrisen geschwächten Textilsektor eine Fülle solcher Aktivitäten unternommen hat, weiß allerdings davon zu berichten, dass derartige Kodizes nicht notwendigerweise Gewerkschaftsrechte garantieren. Sie können in bestimmten Fällen sogar den Arbeitnehmerinteressen schaden, denn selbst seriöse Verhaltensrichtlinien bieten keinen Ersatz für die Anwendung und Durchset-



zung internationaler Arbeitsnormen, für gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen.

Die Zweischnidigkeit derartiger Vereinbarungen besteht darin, dass mit ihrer Existenz sich auch nationale Regierungen und das Management aus der Verantwortung verabschieden und jede gewerkschaftliche Aktivität bekämpfen können. Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo Gewerkschaften vor Ort stark sind, solche Abkommen wirken; wo Gewerkschaften schwach sind, wird die betriebliche Organisationskraft kaum zur Realisierung und Kontrolle solcher Kodizes ausreichen.

Gleichwohl muss jede Vereinbarung für sich bewertet werden. Die Politik der TNK führt in deren Umfeld verstärkt zur Scheinselbstständigkeit und zur Zunahme des informellen Sektors. Die Arbeitnehmer in diesen Bereichen fallen vollständig aus staatlichen Regelwerken und Arbeitsbeziehungen heraus. Hier kann sich – mangels Alternative – ein neuer Ansatz zur Standardsetzung sozialer Mindest- und Verhaltensnormen als Element der Förderung internationaler Arbeitsstandards herausbilden.

Ein zentraler Versuch, soziale Mindeststandards zu sichern, besteht in Abkommen zwischen den Internationalen Berufssekretariaten und den TNK über die globale Anerkennung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten in globalen Unternehmen. Die IUF hat in diesem Bereich 1995 ein Abkommen mit der Hotelgruppe Accor (zu ihr gehören unter anderem die Ketten Sofitel, Novotel und Ibis) geschlossen, das die weltweite Anerkennung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte im Unternehmen bei der Lösung lokaler Probleme festschreibt. Dieses Abkommen war bisher schon nützlich in Australien, Indonesien, Kanada und den Vereinigten Staaten. 1994 hat die IUF ein Abkommen über die Ausübung des Gewerkschaftsrechtes und anschließend weitere Rahmenvereinbarungen, wie zum Beispiel zur beruflichen Gleichstellung von Männern und Frauen, mit dem französischen Lebensmittelkonzern Danone abgeschlossen. Ähnliche Abkommen gibt es zwischen der ICEM und der norwegischen Ölgesellschaft Statoil sowie zwischen dem IFBWW und dem schwedischen Möbelhändler IKEA, dem deutschen Schreibgeräte-Hersteller Faber-Castell und dem deutschen Bauunternehmen

Hochtief. Schließlich sei noch die die Vereinbarung zu sozialen Mindeststandards zwischen der UNI und der international agierenden spanischen Telefónica erwähnt.

Unbestreitbar bleibt, dass solche Abkommen nur mit entsprechenden Druckpotential, also gewerkschaftlicher Organisationskraft, erzielt werden können. Unstreitig ist auch, dass dies ein permanenter Prozess ist, der entscheidend von der gewerkschaftlichen Stärke vor Ort und vom globalen Engagement der Gewerkschaften abhängt.

Die in Seattle ermöglichte Zusammenarbeit zwischen der internationalen Gewerkschaftsbewegung und einer Vielzahl von NGOs – auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms zur Eindämmung der Macht der Konzerne – hat aufgezeigt, welche globalen Koalitionen die Gewerkschaften brauchen, um ihrer Vision der Weltwirtschaft Geltung zu verschaffen. Die Gewerkschaftsbewegung war nie für Freihandel als Mittel zum Zweck, sondern immer für einen Handel, der zur Erhöhung des Lebensstandards beiträgt und einer nachhaltigen Entwicklung sowie der Verwirklichung demokratischer Rechte für alle dient.

Jetzt kommt es darauf an, sich über den bloßen Protest hinaus der weit schwierigeren Aufgabe zu widmen, neue internationale Rahmenbedingungen zu schaffen – dafür, dass die Bedürfnisse der Menschen als wichtiger gelten als die Begehrlichkeit der Konzerne. Die sozialen Menschenrechte müssen nicht nur auf dem Papier der Verträge und Vereinbarungen anerkannt, sondern auch durchgesetzt werden. Es braucht keine Utopie zu bleiben, dass globale Solidarität Vorrang vor globaler Ausbeutung hat. spw

Literatur:

- Wolfgang Benedek, Die neue Welthandelsorganisation (WTO) und ihre internationale Stellung, Vereinte Nationen 1/1995 S. 13ff
 Thalif Deen, Globalisierung 2000 (II): Dritte Welt auf dem Rückzug. Die neue Machtverteilung in den Vereinten Nationen, Vereinte Nationen 1/2000 S. ff
 Günter Joetze, Globalisierung 2000(I): Abschied von der einen Welt. Die neue Machtverteilung auf dem vernetzten Erdball, Vereinte Nationen 1/2000 S. 1ff.,
 Robert Klyoh (ed.), Mastering the Challenge of Globalisation, Genf (ILO) 1998
 Werner Sengenberger/Duncan Campbell (eds.), International labour standards and economic interdependence, Genf (ILO) 1994

Aufklärung und Propaganda in Kriegszeiten

Von Eckart Spoo

In der Propaganda, der wir öfter ausgesetzt sind, als wir ahnen, nämlich fast immer, allemal in Kriegszeiten, sind Aufklärung und Propaganda ein Begriffspaar – ähnlich wie Freiheitskämpfer und Terroristen oder warnen und drohen. Die Guten, nämlich die Unseren, warnen; die Bösen, das heißt die Feinde, drohen. Je nach dem, ob einer nach Darstellung der von uns konsumierten Medien warnt oder droht, wissen wir, was wir von ihm zu halten haben: Entweder er ist gut, oder er ist böse. Denn warnen, das wissen wir, ist ein freundliches, drohen ein feindliches Verhalten. So inszeniert die Propaganda das Welttheater und macht uns zu vermeintlich Wissenden, ohne dass wir dieser In-

dienstnahme unserer Köpfe bewusst werden – denn die beiden Wörter warnen und drohen sind so unscheinbar, dass sie uns beim Lesen oder Hören gewöhnlich gar nicht auffallen. Sie wirken unterschwellig.

Das Gute und das Böse

Freiheitskämpfer sind gut, Terroristen böse. Wenn sie auf unserer Seite kämpfen, sind sie Freiheitskämpfer. Im Kampf gegen das Böse sind ihnen, weil sie die unsrigen sind, alle Mittel erlaubt, denn jedes Mittel, mit dem man gegen das Böse kämpft, ist ein gutes Mittel, während die Mittel der Bösen nur böse Mittel sein können. Weil die albanisch-islamisch-separatistischen UCK-Kämpfer im Kosovo gegen die Serben kämpften – also gegen Deutschlands Feinde schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg – und weil sie Jugoslawien zerschlagen wollten, das nach den in Deutschland vor-

herrschenden Interessen und Meinungen ein unerwünschtes Überbleibsel des von Deutschland verlorenen Zweiten Weltkriegs war, mussten sie uns als Freiheitskämpfer erscheinen. Ihre Überfälle, Brandstiftungen, Morde dienten der guten Sache, während alles, was die jugoslawischen Sicherheitskräfte dagegen unternahmen, aus deutscher Sicht nur Terror sein konnte. Die Propagandasprache richtet sich eben nach den jeweiligen Interessen und Machtverhältnissen. Danach sortiert und ordnet und klärt sie, was gut und was böse ist. Gut ist die bestehende Herrschaft, der die Propaganda (als Mittel der Bestandssicherung) dient.

Propaganda ist ursprünglich ein kirchlicher Begriff. Gemeint war die Verbreitung des christlichen Glaubens. Nichtgläubige sollten zu Gläubigen gemacht werden. Unter Aufklärung, einem Wort mit mancherlei Bedeutungen, verstehen wir vor allem eine geistige Bewegung, die sich gegen das Gottesgnadentum des Absolutismus richtete, die Menschenrechte einforderte, darunter das Recht der freien Meinungsäußerung, Freiheit von Zensur. Aufklärung in diesem Sinne war und ist herrschaftskritisch.

In der heutigen Propagandasprache ist Propaganda ein böses Mittel der anderen, der Bösen. Die Propaganda, die man selber betreibt, nennt man Aufklärung, Information, Kommunikation. Hauptleistung der Propaganda ist die Verteufelung der anderen Seite, gegen die dann, wenn sie als ganz und gar böse gefürchtet wird, jedes Mittel recht erscheint.

Kriegspropaganda verdunkelt. Der Feind soll uns nicht erkennen, nicht treffen können. Wir sollen, um kriegsbereit zu werden und zu bleiben, das Gesicht des Feindes nicht erkennen; denn sobald man ihm ins Gesicht sieht, seine Stimme hört, wächst die Hemmung, ihn zu töten. Tarnung und Täuschung gehören zur Kriegspropaganda. Daraus kann sich ein Problem für die Befehlshaber ergeben – wenn sie ihrer eigenen Propaganda verfallen.

Geheimdienste und staatlicher Terror

Hier setzt in Krisen- und Kriegszeiten die Aufgabe der Geheimdienste an: Sie sollen über den Gegner (seine Stärke, seine Motive, seine Absichten etc.) aufklären. „Hauptverwaltung Aufklärung“ nannte sich z.B. der Auslandsgeheimdienst der DDR. Er brachte brillante Aufklärer hervor, so den langjährigen Spion im NATO-Hauptquartier „Topas“, Rainer Rupp, der jetzt in der jungen Welt die informativsten Konflikt-Analysen liefert. Fatal kann es werden, wenn sich in einem Geheimdienst alle erdenklichen Aufgaben vermengen wie Aufklärung, Desinformation und sogenannte Spezialaufträge, sprich Terror.

Der große amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA war z.B. verantwortlich für den Tonking-Zwischenfall: Er erfand einen Angriff nordvietnamesischer Schiffe in der Bucht von Tonking. Die politische und militärische Führung der USA brauchten diesen Anlass für die geplante Bombardierung der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi und der Hafenstadt Haiphong. Jahre später wurde im US-Kongress zugegeben, dass die Nachricht eine Lüge gewesen war. Das Geständnis wurde zu den Akten genommen. Mit Aufklärung hatte diese Geheimdienstaktion nichts gemein, im Gegenteil. Es gibt viele andere Beispiele für schmutzige, blutige, ja massenmörderische CIA-Operationen. Zugleich ist die Geschichte der CIA auch eine Geschichte von Selbsttäuschungen, nicht nur in Vietnam, auch in Iran, Somalia und anderswo.

Ausgerechnet die USA und gar ein Gebäude wie das Pentagon, also das US-Kriegsministerium, zum Hort von

Zivilisiertheit zu erklären, setzte eine große Verdrängungsleistung voraus. Denn zu einem solchen Bild der Führungsmacht der Freien Welt passte es z.B. nicht, dass 1973, ebenfalls an einem 11. September, nach einem in Washington ausgeklügelten Plan das chilenische Militär putschte und den Präsidentenpalast in

Santiago de Chile zerbombte; dass die US-Luftwaffe angeblich zur Vergeltung für einen Anschlag auf eine Diskothek in Berlin die libyschen Städte Tripolis und Benghazi angriff und dabei u.a. eine Nichte des Präsidenten Ghaddafi tötete; dass sie angeblich zur Vergeltung für Anschläge auf US-Botschaften in Kenia und Tansania eine pharmazeutische Fabrik im Sudan zertrümmerte, wodurch vermutlich Tausende Menschen (darunter Kranke, die notwendige Medikamente nicht mehr erhielten) ihr Leben verloren; dass die CIA, wie sie später vor einem Untersuchungsausschuss des US-Kongresses zugab, mehrmals Mordanschläge auf den Cubanischen Präsidenten Castro verübte, die aber sämtlich fehlschlügen; dass CIA-Chef William Casey 1985 in Beirut einen mit Sprengstoff vollgestopften Wagen vor dem Haus des Hisbollah-Politikers Scheich Fadlallah explodieren ließ (80 Tote, 200 Verletzte), obwohl Präsident Gerald Ford 1976 nach Aufdeckung der Anschläge gegen Castro weitere geheimdienstliche Mordaktionen untersagt hatte; dass die USA in Panama

den ihr genehmen Politiker Noriega als Präsidenten etablierten und ihn dann, als er sich nicht mehr gefügig zeigte, kidnappte (diese Militäraktion forderte 2000 Tote); dass sie von Honduras aus Todesschwadronen gegen eine ihnen nicht genehme Regierung in Nicaragua finanzierten, ausbildeten und ausrüsteten (der damalige US-Botschafter in Honduras, John Negroponte, Hauptverantwortlicher für den Massenmord der „Contras“, ist jetzt Botschafter ausgerechnet bei den UN); dass sie, um eine relativ aufgeklärte, relativ fortschrittliche afghanische Regierung zu beseitigen, mit viel Geld und Waffen islamistische Fanatiker mobilisierten, die Kabul in Schutt und Asche legten; oder dass sie seit zehn Jahren einen mit Lügenpropaganda begonnen Krieg gegen den einst von ihnen gegen Persien aufgerüsteten Irak führen, wo die Zahl der Todesopfer von Bomben, Minen oder Hunger inzwischen weit über eine Million hinausgeht.

George W. Bush repräsentiert geradezu idealtypisch die schmutzig-imperialistische Linie der US-Politik. Sein Vater war als CIA-Chef und US-Präsident an solchen Scheußlichkeiten maßgeblich beteiligt. Die Familie Bush hat seit Jahrzehnten mit dem Öl-Business (zeitweilig in Partnerschaft mit dem Bruder Osama bin Ladens) weit mehr zu tun als mit Demokratie und Menschenrechten. George W. Bushs Bekanntheitsgrad im Präsidentschaftswahlkampf basierte auf Hunderten von Todesurteilen, die er als Gouverneur in Texas vollstrecken ließ. Seine Wahl zum Präsidenten mit



Die Guten, nämlich die Unseren, waren; die Bösen, das heißt die Feinde, drohen.

weniger Stimmen, als sein Gegenkandidat erhielt, hinterließ viele Zweifel, vor allem wegen der Stimmenauszählung in Florida, wo sein Bruder Gouverneur ist. Dass sich ein solcher Politiker als Repräsentant des Guten in der Welt aufspielt und alle, die seine Politik nicht unterstützen, als Unterstützer des Bösen verleumdet, ist eine groteske Zumutung an Vernunft und Moral, entspricht aber dem Grundmuster aller Kriegspropaganda. Schlimm und gefährlich für die ganze Weltpolitik wird es, wenn die stärkste europäische Macht sich dieser Hybris durch „uneingeschränkte Solidarität“ kritiklos unterwirft und andere, schwächere Staaten auf das gleiche Verhalten ein schwört.

Geistige Uniformität

Nie wäre lebendige Demokratie mit intensivem Austausch von Informationen und Argumenten so notwendig wie in Zeiten großer Kriegsgefahr. Doch gerade in solchen Zeiten verstärkt sich der Druck zum Konformismus, zur Uniformierung des Denkens. Dieser Druck wirkt so regelmäßig wie zuverlässig, wenn einem Volk eingeredet wird, es sei Opfer eines von außen kommenden Überraschungsangriffs von noch nie dagewesener Brutalität. Damit ein Volk zum Angriffskrieg bereit wird, muss es glauben gemacht werden, es

müsse sich verteidigen. Jeder Angriffskrieg wird daher als Verteidigungskrieg getarnt. Ein Beispiel, den angeblichen Tonking-Zwischenfall, habe ich schon genannt. Aber auch das Nazi-Regime hätte den Zweiten Weltkrieg nicht ohne solche Lügen beginnen können. Die deutschen Zeitungen waren damals voll von scheußlichen polnischen Verbrechen an Deutschen, und am 1. September 1939 verkündete Hitler vor dem Reichstag: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen.“ (Nicht einmal die Uhrzeit stimmte; der angebliche polnische Überfall auf den Sender Gleiwitz war vorge täuscht. Geradezu erleichtert titelte der Berliner Kurier aus dem Bertelsmann-Konzern nach dem Beginn der Bombardements gegen Afghanistan in fettesten Buchstaben: „Amerika schlägt zurück“ – als hätte ausgerechnet Afghanistan, eins der ärmsten Länder der Welt, die USA angegriffen.

Im Grunde weiß jeder, dass die Menschen eines Volkes nicht besser sind als die Menschen anderer Völker und dass kein Staat einen anderen angreifen darf. Durch die Mär, angegriffen worden zu sein, ändert sich diese Einstellung.

Die angeblichen Angreifer sind die Bösen, die wir brauchen, damit wir selber die Guten und zum Töten berechtigt sind. Je größer das den Unsrigen, also uns angetane Leid, desto härter dürfen wir zuschlagen. Und desto weniger gibt es über unsere Reaktion noch zu diskutieren.

Die Bilder der hohen Türme, die in sich zusammensinken, die Bilder der verzweifelten in den Tod springenden Menschen, diese immer wiederholten Bilder, das Entsetzen darüber – und

dann gleich damit konfrontiert die Bilder jubelnder Palästinenser. Das waren zwei Welten: Trauer und Häme. Zivilisiert und barbarisch. Gut und böse. Das ARD-Magazin Panorama deckte später auf, was es mit den vor Freude tanzenden Palästinensern auf sich hatte: Die Kinder und die dicke Frau hatten sich nicht über das grausige Geschehen in New York gefreut. Ihnen waren Süßigkeiten und Kuchen für fröhliches Treiben vor der Kamera versprochen worden. Dazu Clara Thümmler in Ossietzky 20/01: „Eine zweite Kamera hatte den Vorgang aus anderem Blickwinkel festgehalten. Da wurde dann die Inszenierung der Show ganz deutlich: Unbeteiligte Zuschauer, ein Einschreier, mehrmalige Wiederholungen, schließlich das lapidare Ende der Veranstaltung, und die dicke Frau geht gelassen davon. Von einer Entschuldigung der Sender, gerichtet am besten an das gesamte palästinensische Volk sowie an die irreführte Weltöffentlichkeit, war bisher nichts zu hören. Auch nicht von einer Anzeige wegen Volksverhetzung.“

Mit großem Aufwand wurde weltweit Trauer inszeniert und streng überwacht. Ein deutscher Unternehmer entließ augenblicklich einen ausländischen Beschäftigten, der sich an einem von ihm angeordneten Traueritual nicht beteiligen wollte. Ähnlich erging es dem Siegener Gesamtschullehrer Bernhard Nolz, Bundessprecher der „PädagogInnen für den Frieden“ und Geschäftsführer des Siegener „Zentrums für Friedenskultur“. In Abstimmung mit seiner Schulleitung hatte er auf einer Kundgebung von 3000 Siegener Schülern „Gegen Terror, Gewalt und Krieg“ eine Rede gehalten, worauf die Bild-Zeitung mit der Überschrift reagierte: „Skandal bei Friedens-Demo: Lehrer greift Amerikaner an“. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU im Bundestag, Paul Breuer, warf Nolz vor, „dass er eine klammheimliche Freude über das in New York Geschehene empfindet. Dieser Mann muss aus dem Staatsdienst entfernt werden.“ Im Fernsehen wusste es Breuer noch genauer: Nolz sei ein „Rad am Wagen des internationalen Terrorismus“. Und die Siegener CDU sprach in der Westfälischen Rundschau von einem „Netzwerk von Gesinnungstätern“ und einer „unheimlichen Allianz mit den Terroristen“. Nolz, gegen den prompt disziplinarrechtliche Ermittlungen eingeleitet wurden, hatte in seiner Rede zur friedlichen Konfliktlösung gemahnt, die Einschaltung der UNO gefordert und in diesem Zusammenhang den Satz gesagt, den Bild für anti-amerikanisch erklärte: „Seit vielen Jahren beeinträchtigen die USA die Arbeit der Vereinten Nationen, das reichste Land der Welt kommt seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nach und bezahlt seine Beiträge nicht; derselbe Staat stellt jetzt 40 Milliarden Dollar bereit, um aufzurüsten und andere Länder mit Krieg zu überziehen.“ Auch drei Lehrerinnen in Sachsen, die sich nicht auf die übliche primitive Weise an dem verordneten Proamerikanismus im Sinne kritikloser Zustimmung zur US-amerikanischen Regierungspolitik beteiligten, wurden disziplinarrechtlich belangt, zwei von ihnen an andere Schulen versetzt (s. Horst Bethge: „Geistige Uniformierung“ in Ossietzky 20/2001). So wurde schnell klargestellt: Wer nicht für den US-amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ ist, der ist für den Terror und muss damit rechnen, als Feind bekämpft zu werden. So wird ein Totalkonsens erzwungen, der jede Diskussion zu ersticken trachtet.

Hasstiraden entluden sich gegen Ulrich Wickert, der in der Zeitschrift Max festgestellt hatte, Bushs und bin Ladens Denkstrukturen seien „die gleichen“. Politiker forderten, Wickert müsse als Moderator der ARD-„Tagesthemen“ abgelöst werden. Zumindest müsse er sich entschuldigen – was er auch brav tat.

Ausgerechnet die USA und gar ein Gebäude wie das Pentagon zum Hort von Zivilisiertheit zu erklären, setzt eine große Verdrängungsleistung voraus.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk verbot eine Diskussion im Offenen Kanal Offenbach am 8. Oktober, „da wir wegen der zeitlichen Nähe zu den Luftangriffen auf Afghanistan das Thema Krieg für zu emotional hielten“. Moderator Saeed Habibzadeh hatte in einer früheren Sendung vor der Gefahr gewarnt, dass die gesamte militärische Macht in der Hand eines Menschen liege, nämlich des US-amerikanischen Präsidenten.

Die Informationen aus den USA über die Anschläge in New York und Washington blieben äußerst dürftig und widersprüchlich. Um so mehr stramme Gläubigkeit wurde und wird uns abverlangt. Dass bin Laden der Schuldige an den Anschlägen ist, stand für die Medienöffentlichkeit vom ersten Tage an ebenso fest wie die Zielrichtung von Vergeltungs- bzw. Anti-Terror-Aktionen: Afghanistan, weil dieses Land bin Laden beherberge. Zweifel daran waren unzulässig – in den USA wie in Deutschland. Wenig beachtet wurde die Erinnerung daran, dass nach dem Anschlag auf ein Regierungsgebäude in Oklahoma City 1995, wo auch schon Hunderte Menschen zu Tode gekommen waren, ebenfalls zunächst radikale Mohammedaner als Täter zu gelten hatten, bis sich herausstellte, dass ein nazinaher Veteran der US-Armee, Timothy McVeigh, das Gebäude in die Luft gesprengt hatte. Während die Zahl der vermuteten Toten in den Trümmern des Welthandelszentrums in knappen Meldungen immer weiter reduziert wurde und während auch nur beiläufig Erwähnung fand, dass zwar die Goldvorräte aus dem Unterbau geborgen seien, die Bergung der Leichen dagegen noch Monate dauern könne, tauchten gelegentlich Hinweise auf Merkwürdigkeiten im Zusammenhang mit den Anschlägen auf; aber offenbar wollte oder durfte kein Reporter aus den großen Medienunternehmen ihnen nachgehen. Warum denn auch, wenn doch bin Laden längst als Schuldiger feststand und die angeblichen Tausführenden (die angeblichen Flugzeugentführer hatten ihre militärische Pilotenausbildung in den USA erhalten, die stammten nicht aus Afghanistan) durch die Anschläge angeblich sich selber gerichtet hatten.

Dass bin Laden die Verantwortung bestritt, interessierte nicht weiter, denn da er ja nun der Teufel in Person ist, glauben wir ihm kein Wort, das uns nicht in den Kram passt. Ähnlich ungehört blieb das geistliche Oberhaupt der in Afghanistan regierenden Taliban-Bewegung, Omar. Auf das Verlangen nach Auslieferung bin Ladens antwortete er mit der Bitte um Beweise für dessen Schuld, worauf sich die USA nicht einließen. Die Labour-Regierung in London veröffentlichte ein Papier mit angeblichen Indizien für bin Ladens Schuld, räumte darin aber selber ein, dass es für eine Anklage bei Gericht nicht ausreiche. Doch was nicht ausreicht, bin Laden einen ordentlichen Prozess zu machen, wurde in Washington, London und Berlin für ausreichend erachtet, gegen ein großes Land und ein sehr armes, durch frühere militärische Interventionen und von außen angeheizten Bürgerkrieg extrem geschwächtes Volk den Bombenkrieg zu beginnen.

Washington erreichte, dass der UN-Sicherheitsrat den USA das Recht auf Selbstverteidigung zusprach und dass die NATO den Bündnisfall beschloss – beides unter dem Vorbehalt, dass Beweise für die Beteiligung eines anderen Staates an den Anschlägen vorgelegt würden, was bisher nicht geschah. Der Verdacht liegt nahe, dass, wenn die USA etwas vorlegen würden, daraus auf eine Verstrickung der US-Regierung zu schließen wäre. Wenn aber keine Beweise vorgelegt werden und wenn wir darauf verzichten, wäre das ein Blankoscheck für jedwede Militäraktion.

Die ARD-Tagesthemen ersetzen die Beweise durch plumpe Manipulation: Von bin Ladens Satz, die USA seien nicht sicher, solange Irak und Palästina nicht sicher seien, ließ Moderatorin Anne Will die Hälfte weg, so dass nur etwas übrig blieb, das so klang, als hätte bin Laden den Krieg erklärt. Diese Manipulation wurde gleich zweimal wiederholt. Anrufer, die sich bei der Redaktion beschweren wollten, wurden in einem Callcenter abgewimmelt.

Notwendige Fragen

Viele Fragen bleiben offen. Fast alle wichtigen Fragen sind in den meisten Medien tabuisiert. Aber wenn es um Krieg geht, um einen, wie die USA ankündigen, jahrelangen Krieg, an dem sich die ganze Welt beteiligen soll, also um den Dritten Weltkrieg, kann nicht genug gefragt und nachgefragt und können die Fragen nicht skeptisch, nicht misstrauisch, nicht argwöhnisch genug formuliert werden:

Was sind die Kriegsgründe? Der Vergeltungswunsch einer gekränkten Supermacht? Aber dann müsste eben erst einmal geklärt sein, wer die Anschläge verübt hat, ob wirklich ein anderer Staat daran mitgewirkt hat und ob nicht, wie Boris Kargalitzky zu bedenken gab, logistisch nur die USA selber dazu imstande waren. Treffen Hinweise zu, dass Planungen für eine militärische Intervention der USA lange vor dem 11. September begonnen hatten? Ist in diesem Zusammenhang vielleicht Rudolf Scharpings Hinweis hilfreich, in den angrenzenden Ländern lagerten 70 Prozent der Öl- und 40 Prozent der Gasvorräte der Welt?

Wer ist der Kriegsgegner? Der Milliardär bin Laden, der ohne dubiose Geschäfte mit den USA nie geworden wäre, was er ist (aber auch darüber, was er ist, wissen wir bis heute wenig, weil die Direktive, ihn nicht zu Wort kommen zu lassen, weitgehend befolgt wird)? Oder eine Organisation namens Al Quaeda, über die wir noch weniger erfahren? Oder die in Afghanistan regierende Taliban-Bewegung? (Über sie wissen wir, dass sie Frauen zwingt, sich zu verschleiern, was uns unsympathisch, aber nach der Charta der Menschenrechte nicht verboten ist; wir wissen auch, dass sie Buddha-Figuren gesprengt hat, was ich, ohne Buddhist zu sein, abscheulich finde, aber nicht anders bewerte als das Abfackeln vieler mittelalterlicher serbisch-orthodoxer Kirchen und Klöster im inzwischen größtenteils ethnisch gesäuberten NATO-Protektorat Kosovo durch die islamischen Albaner. Was wir über die Taliban Schlimmes wissen, geht jedenfalls nicht über das hinaus, was über Kräfte der oppositionellen Nord-Allianz in Afghanistan bekannt ist, die nun von den USA als Bodentruppen gegen sie eingesetzt werden, um sie zu vernichten.) Oder der Staat Afghanistan? Und welche weiteren Staaten – denn der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz bekundete die Absicht, Staaten auszuschalten („ending states“)? Oder der Terror im allgemeinen? Dann müsste sich der Krieg auch und gerade gegen die US-amerikanische Politik, gegen ihren Geheimdienst und ihr Militär selber richten.

Was sind die Kriegsziele? Dass es das einzige Ziel wäre, bin Laden zu ergreifen (wozu? Um ihn auf Dauer mundtot zu machen?) glaubt wohl niemand mehr. Ist der Krieg, wie Bush sagte, ein „Kreuzzug“? Ist also ein Ziel, in heute islamischem Gebiet das Kreuz aufzurichten? Gehört dazu wie bei den mittelalterlichen Kreuzzügen auch die Aneignung von Schätzen, die man in diesem Gebiet vorfindet? Wie

Nie ist lebendige Demokratie mit intensivem Austausch von Informationen und Argumenten so notwendig wie in Zeiten großer Kriegsgefahr.

verträgt sich die anti-islamistische Propaganda mit der Tatsache, dass die USA selber den Islamismus, speziell in Afghanistan, gepöppelt und bewaffnet haben? Klarheit über Kriegsgegner und Kriegsziele wäre die Voraussetzung für jede Entscheidung über Alternativen zum Krieg – aber diese Entscheidung haben die USA und die mit ihnen verbündeten Regierungen, namentlich die in Berlin, sofort durch die ständig wiederholte Beteuerung vorwegzunehmen versucht, es gebe „keine Alternative“ zum Krieg.

Mit wem verbündet man sich zu diesem Krieg – abgesehen von der sogenannten Nord-Allianz? Wie wirkt es sich auf das NATO-Bündnis aus, wenn die US-Regierung die anderen Mitgliedsstaaten selektiv informiert und einbezieht? Welche Rolle erhält das türkische Militärregime, dessen Umgang mit Minderheiten ein Schulbeispiel für innerstaatlichen Terrorismus ist? Welche Rolle erhält das pakistanische Militärregime – nach innen, aber auch z.B. im Ver-

Jede Nachricht kann erlogen sein – vor allem wenn sich die Medien ausschließlich auf Angaben einer Seite verlassen.

hältnis zu Indien? Welche Rolle bleibt den Vereinten Nationen? Was wird aus dem Völkerrecht? Und aus den Plänen für einen Internationalen Strafgerichtshof, den die USA offenkundig nicht wün-

schzen, weil sie befürchten, selber dort angeklagt werden zu können? Und aus den Plänen für eine weltweite Konvention gegen Terrorismus, über die man sich ebenfalls bisher nicht mit den USA verständigen konnte?

Wie verläuft der Krieg? Was wir darüber erfahren, stammt im wesentlichen aus den Angaben der US-Regierung in Washington sowie aus dem Hotel Marriott in Islamabad, wo viele Journalisten aus aller Welt einquartiert sind, die außer gezielten Gerüchten wenig weiterzugeben haben. Recherche findet kaum statt, aber alle Journalisten tun so, als wüssten sie Bescheid. Jede Nachricht kann erlogen sein – vor allem wenn sich die Medien ausschließlich auf Angaben einer Seite verlassen. Auch mit Bildern kann man lügen, wie wir aus früheren Kriegen wissen, sogar besonders wirkungsvoll, vor allem wenn sie suggestiv wiederholt werden wie die Bilder der jubelnden Palästinenser. Zwar werden noch gelegentlich – trotz erklärten Unwillens der US-Regierung – Aufnahmen eines anscheinend nicht US-hörigen arabischen Senders übernommen, und wir erhalten auch kurze Statements des Taliban-Botschafters in Pakistan, aber wir können uns nicht mehr aus Taliban-Sendern informieren (falls deren Sendungen in hiesigen Medien überhaupt ausgewertet würden), nachdem diese Sender zerstört worden sind. Die Zerstörung von Sendern ist eine Hauptmethode heutiger Kriegführung. Man macht dadurch die Gegenseite mundtot; zugleich richtet man eigene Propagandasender ins Kriegsgebiet, um die Bevölkerung zu verwirren (nach eigener Darstellung: um sie aufzuklären). Diese Kriegführung aus dem Äther mit Hetz- und Lügenpropaganda hat einst den Krieg um Nicaragua entschieden (s. Wilhelm Kempf: „Medienkrieg oder Der Fall Nicaragua“, Berlin/Hamburg 1990), und hatte wesentlichen Einfluss auf den Krieg um Jugoslawien (s. Eckart Spoo in „Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien“, hg. von W. Richter/E. Schmähling/E. Spoo, Schkeuditz 2000).

Mit welchen Methoden führen die USA den Krieg? Bush kündigte wenige Tage nach dem 11.9. an, es werde „dramatische Militärschläge geben, die man im Fernsehen sehen wird, und verdeckte Aktionen, die selbst im Erfolgsfall geheim bleiben werden“. Dass das Pentagon nach aus-

drücklicher eigener Ankündigung im Krieg lügt, wie es schon in früheren Kriegen gelogen hat, verwundert kaum noch, aber welche Ungeheuerlichkeiten verbergen sich hinter Bushs Entscheidung für Aktionen, die auch im nachhinein, auch im Erfolgsfall geheim bleiben sollen? Dass völkerrechtlich geächtete Waffen eingesetzt werden, ist bereits bekannt. Streubomben ebenso wie Flächenbombardements sind übrigens mit dem Propagandabild eines „chirurgisch sauberen Krieges“ mit „gezielten Luftschlägen“ unvereinbar.

Welche Schäden werden in diesem Krieg angerichtet? Welche Opfer fordert er (bzw. fordern die USA und die anderen angreifenden Staaten) vom afghanischen Volk? Bei dem US-amerikanischen Fernsehsender CNN, von dem ein Großteil des bei uns gezeigten Bildmaterials stammt, erteilte Walter Isaacson, der Chef, den Redaktionen die Order, Opfer dürften nicht in den Mittelpunkt der Berichterstattung gestellt werden. Bilder der Verwüstung in afghanischen Ortschaften müssten stets mit dem Hinweis verknüpft werden, die Taliban hätten Terroristen Unterschlupf gewährt. Mit dem Wort „Kollateralschäden“, mit dem die NATO-Propaganda im Krieg gegen Jugoslawien die Weltöffentlichkeit irreführte, verschont man uns jetzt. Punktgenau hatten dort die NATO-Bomber Chemie-Anlagen, Lebensmittel-Fabriken, Kraftwerke und viele andere zivile Einrichtungen, allein 600 000 industrielle Arbeitsplätze, zerstört und das Land um Jahrzehnte zurückentwickelt. Ebenso punktgenau wurde jetzt in Kabul u.a. das Zentrallager des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz durch mehrere Bomben getroffen. Das extensive Programm der Welthungerhilfe in Afghanistan ist weitgehend unterbunden; Millionen Menschen sind vom Hunger bedroht; aber uns werden Bilder von – in geringer Zahl abgeworfenen – US-Lebensmittelpäckchen gezeigt, als wäre der Krieg eine humanitäre Maßnahme.

Wie hoch sind die Kriegskosten? Wie viel will allein die Bundesrepublik Deutschland dafür aufwenden? Welche anderen Aufgaben will die Bundesregierung dafür vernachlässigen?

Das Fundament der Zivilgesellschaft wird untergraben

In Deutschland werden die USA oft als Musterland einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft dargestellt. Eine offene Gesellschaft, aufgeklärt, zivilisiert. In diesem Sinne interpretierte Bundeskanzler Gerhard Schröder die Anschläge auf das Welthandelszentrum in New York und das Pentagon in Washington sogleich als Kriegserklärung gegen die zivilisierte Welt, und ähnlich wie Schröder „uneingeschränkte Solidarität“ beteuerte, bekannnten sich nicht wenige Deutsche spontan als Amerikaner, indem sie beispielsweise US-Flaggen aus den Fenstern hängten.

Der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Norman Birnbaum hat (in den Blättern für deutsche und internationale Politik 11/2001) einige jetzt hervorgetretene Mängel der US-amerikanischen Demokratie deutlich benannt: unkritische Medien, Zensur auf Veranlassung des Weissen Hauses, Kriegstreiberei vieler Kolumnisten in den tonangebenden Zeitungen der großen Medienkonzerne, keinerlei Fragen nach den Absichten des Präsidenten, keinerlei Diskussion über Alternativen, Diffamierung der Friedensbewegung, Hetze gegen jede Kritik am Präsidenten, als wäre sie subversiv oder gar landesverräterisch. Birnbaum spricht, selber noch ein wenig hochnäsiger, von einem „schwindelerregenden Abstieg auf das Niveau einer jener ‚gelenkten Demokratien‘ der Dritten Welt“.

Und von solcher Meinungs- und Willensbildung, von solcher Information, von solchen Medien hängt unsere eigene Meinungs- und Willensbildung ab.

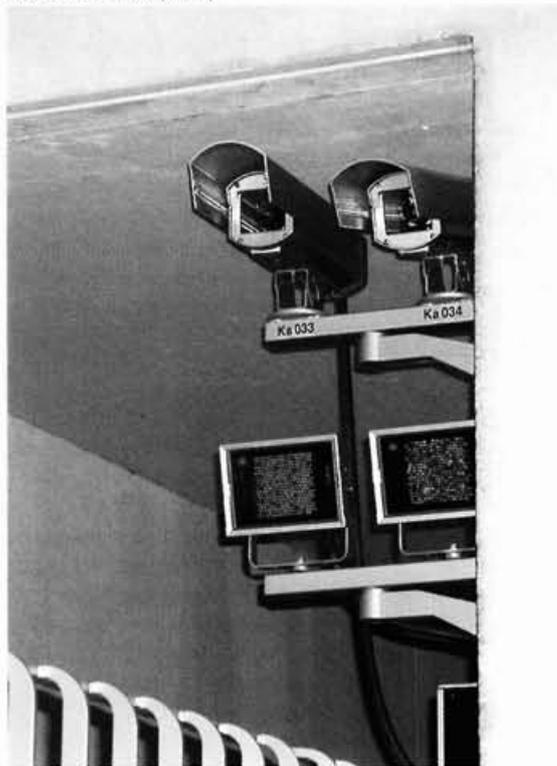
Öffentlichkeit und Demokratie und damit wesentliche Bürgerfreiheiten werden nun zu Kriegsgeschehnissen im eigenen Land derer, die sich am Krieg beteiligen. Aufklärung ist nicht von Behörden zu erwarten, sie muss von unten her geleistet werden. Aufklärung beginnt allemal damit, Fragen zu stellen, Widersprüche zu benennen, sich für die andere Seite zu interessieren, sich nicht einschüchtern zu lassen, sich nicht hysterisieren zu lassen. Die Hysterisierung ist längst im Gange, wie sich in den Diskussionen um die deutschen Anti-Terror-Gesetze zeigt, mit denen – obwohl Kanzler Schröder am 11. 10. versichert hatte: „Der Standard der inneren Sicherheit in Deutschland genügt höchsten internationalen Ansprüchen“ – hauptsächlich die Kompetenzen der Geheimdienste erweitert werden sollen, deren Wirksamkeit gegen Terrorismus mehr als fragwürdig

ist; jede zusätzliche Ermächtigung für sie beschädigt jedenfalls das Öffentlichkeitsprinzip der Demokratie.

Hochgefährlich für jeden Anspruch auf Demokratie sind Pläne, das Parlament an der Entscheidung über den Krieg nicht mehr zu beteiligen oder die getroffene Entscheidung (wegen „Gefahr im Verzuge“ oder aus ähnlichen jederzeit verwendbaren Gründen) nur nachträglich abnicken zu lassen. Wie versucht wird, Stimmen gegen den Krieg abzuwürgen, bekam sogar die IG Metall zu spüren. „Davon habt Ihr keine Ahnung!“ empörte sich der Kanzler, und SPD-Generalsekretär Franz Müntefering erläuterte, es gebe „gewisse Regeln“, nach denen sich so was verbiete.

Die „Enttabuisierung des Militärischen“, auf die Schröder stolz ist, führt zur Tabuisierung des Zivilen. Je tiefer sich die Bundesrepublik Deutschland in den Krieg hineinstürzt, desto mehr trägt sie dazu bei, dass die zivilgesellschaftliche Substanz, die doch die „Überlegenheit“ der „westlichen Welt“ ausmachen soll, von innen heraus zerstört wird. spw

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Der folgende Text wurde für eine Pressekonferenz zum zweiten Sicherheitspaket des Bundesinnenministeriums zur Terrorismusbekämpfung am 18. Oktober 2001 erstellt.

Inzwischen wurden viele der Forderungen in wesentlichen Bereichen im großen und ganzen aufgenommen und umgesetzt. Dennoch müssen wir den weiteren Prozess der Gesetzgebung und der damit verbundenen Diskussion mit wachem Auge verfolgen, da ansonsten die mühsam errungene Balance wieder kippen kann.

I.

Die Terroranschläge vom 11. September zielten nicht allein auf die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auf die Zivilisation überhaupt. Angegriffen wurden die Freiheit

Mehr Besonnenheit erforderlich

Balance zwischen Freiheitsrechten und Sicherheit droht zu kippen.

von Klaus Hahnzog

und die Werte einer offenen Gesellschaft insgesamt. Entschiedene Reaktionen gegen den Terrorismus und entschlossener Schutz vor weiteren Anschlägen sind auch in unserem Land erforderlich. Der Schutz der inneren Sicherheit wird aber nur tragfähig und erfolgreich sein, wenn er mit Besonnenheit vorgenommen wird. Diesen zentralen Gesichtspunkt hat auch Gerhard Schröder zu Recht in seiner Regierungserklärung vom 19. September herausgestellt:

„Wir werden Qualität und Effizienz in der Bekämpfung des Terrorismus verbessern. Aber wir werden unter keinen Umständen den Rechtsstaat einschränken oder gar abschaffen, um den Terror zu bekämpfen. Unser Kampf gegen den Terrorismus ist eine Verteidigung unserer offenen Gesellschaft, unserer Liberalität, unserer Art zu leben. Der Terrorismus wird es nicht so weit bringen, dass wir die Werte, die wir gegen den Terrorismus verteidigen, selbst in Frage stellen.“

II.

Die „Verteidigung unserer offenen Gesellschaft, unserer Liberalität, unserer Art zu leben“ erfordert bei allen Maßnahmen

Klaus Hahnzog, MdL, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer JuristInnen

men gegen den Terrorismus die Balance zwischen Freiheitsrechten und Sicherheit. Ausgangspunkt muss dabei die grundlegende Aussage des Bundesverfassungsgerichts in der sogenannten Lüth-Entscheidung von 1958 sein: „Die Grundrechte sind in erster Linie Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat“. Das entspricht der Wertordnung des Grundgesetzes, das ganz bewusst die Grundrechte an die Spitze unserer Verfassung gesetzt hat. Diese unseren

Maßnahmen, die zunächst auf subjektive Ängste reagieren, führen oft zu noch größerer Enttäuschung, wenn Wirkungen tatsächlich ausbleiben.

Rechtsstaat prägende Auffassung hat sich in Krisenzeiten bewährt und muss dies auch in Zukunft tun. Sie stand auch im Mittelpunkt des großen Festaktes „50 Jahre Bundesverfassungsgericht“ in Anwesenheit von Bundespräsident, Bundes-

kanzler, Bundesjustizministerin, Bundesinnenminister, Fraktionsvorsitzenden des Bundestags und vielen anderen am 28. September in Karlsruhe.

Konkret ist deshalb bei allen neuen Maßnahmen zu fragen:

- sind sie geeignet, um dem Terrorismus entgegenzutreten
- werden sie dem Gesamtgefüge unserer Grundrechte einschließlich deren Gemeinschaftsbezogenheit gerecht
- ist ausreichend Schutz vor Missbrauch – auch von privater Seite – gegeben?

Unter diesen Gesichtspunkten werden im Folgenden Beispiele dafür angeführt, welche im Sicherheitspaket enthaltenen Maßnahmen

- sinnvoll erscheinen; entsprechende Gesetze sollen dabei in der Regel befristet und von Anfang an mit einer ergebnisoffenen Wirksamkeitskontrolle begleitet werden.
- abzulehnen sind
- einer weitergehenden intensiven Überprüfung bedürfen.

Im Rahmen einer Pressekonferenz kann dies allerdings nicht flächendeckend, sondern nur punktuell geschehen.

III.

- Sinnvolle Maßnahmen beispielhaft:
- Speicherung im Ausländerzentralregister von Angaben über die Vorlage ge- und verfälschter Dokumente im Visaverfahren
- Speicherung in der Ausländerzentralregister-Visadatei

nicht nur von Visaanträgen, sondern auch der Visaentscheidungen

- Originäre Ermittlungskompetenzen des Bundeskriminalamtes im Bereich der Hochtechnologie-Kriminalität
- Aufgabenerweiterung des Bundesamtes für Verfassungsschutz hinsichtlich der Beobachtung von Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Abzulehnende Maßnahmen beispielhaft:

A. Aufnahme von Fingerabdrücken in deutsche Pässe
Gegen die Aufnahme von Fingerabdrücken als zusätzliches Identifizierungsmerkmal neben den bereits enthaltenen wie Bild, Angaben über Größe und Augenfarbe, Unterschrift ist eigentlich nichts zu sagen. Darum geht es aber nur vordergründig. Um diese zusätzliche Identifizierung zu praktizieren, wird es zu neuen Datensammlungen mit einmaliger Reichweite kommen. Dies belegen auch Aussagen von SPD-Innenpolitikern wie: „Eine anzulegende Datenbank mit den Fingerabdrücken aller Ausweisinhaber wäre ein hilfreiches und erfolgversprechendes Mittel der Verbrechensbekämpfung“. Hier erfordert der Grundrechtsschutz effektive Schutzmaßnahmen gegen den Missbrauch von jeglich denkbarer – auch nichtstaatlicher – Seite. Solche Konzepte sind bisher nicht entwickelt und auch kaum vorstellbar. Auch weitere Folgewirkungen sind zu bedenken. Dies wird Auswirkungen haben auf den „genetischen Fingerabdruck“ nach DNA-Analyse. Ist dann dort noch eine Beschränkung auf schwere Straftaten und Richtervorbehalt haltbar; sollte nicht gleich bei jedem Neugeborenen eine solche Analyse stattfinden? Der „Gläserne Mensch“ ist dann wirklich da.

Welch wuchernde Eigendynamik solche Dateien erhalten, zeigt etwa das Beispiel des bayerischen Kriminalaktennachweis (KAN). Dort wurden Personen gespeichert, bei denen ein Verdacht auf Straffälligkeit besteht oder auch nach Einstellung eines Verfahrens weiterbesteht. Von „Freunden“ der um eine Kandidatur bemühten Sozialministerin Stamm wurde an die Presse lanciert, sie sei wegen Rechtsbeugung im KAN vermerkt. Das stimmte, das Verfahren war aber längst als völlig unbegründet eingestellt, die Löschung aber vergessen worden. Andere zum Teil in anderen Dateien gespeicherte Personen haben etwa wegen Namensverwechslungen oft lange Zeit schwere Schäden (z.B. bei der Arbeitsplatzsuche) hinnehmen müssen.

Einschränkungen des Abschiebeschutzes für Personen, die terroristischer Aktivitäten verdächtig sind (Genfer Flüchtlingskonvention)

Das Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter besteht bisher nach § 51 Abs. 3 Ausländergesetz nicht, „wenn der Ausländer aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden ist.“

Schon gegen diese Fassung hatte die SPD 1996 im Bundestag gemeinsam mit dem UNHCR schwere Bedenken erhoben. Nunmehr soll der Abschiebeschutz sogar bei einem bloßen „Verdacht“ entfallen. Das verstößt gegen grundsätzliche Rechtsstaatsprinzipien. Im übrigen wird es kaum zu Abschiebungen führen, da auf jeden Fall keine Abschiebungen in Heimatländer erfolgen dürfen, in denen dem politischen Flüchtling Folter oder Todesstrafe drohen.



Bundeskanzleramt Foto: Christian Kiel (Berlin)

B. Ermittlungsbefugnis des Bundeskriminalamts ohne strafprozessualen Anfangsverdacht

Mit der Schaffung einer solchen „Initiativermittlungskompetenz“ würde sich das Bundeskriminalamt vom ehernen Grundsatz der Strafverfolgung lösen, dass für Ermittlungen ein Anfangsverdacht erforderlich ist. Das würde das Bundeskriminalamt in die Nähe von Nachrichtendiensten rücken und das rechtsstaatlich erforderliche Trennungsgebot zwischen Polizei und solchen Diensten unterlaufen.

Ausweitung der Befugnisse für die Informationsübermittlung zwischen Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz (Aufbau von Informationsboards).

Auch hier ist ein schwerer Einbruch in das Trennungsgebot von Polizei und Diensten zu befürchten. Ein Informationsaustausch ist in konkreten Fallgruppen zur jeweiligen Aufgabenerfüllung jetzt in den Gesetzen schon vorgesehen. Angestrebt wird nunmehr aber ein „systematischer“ Austausch der jeweils vorliegenden personenbezogenen Informationen.

C. Einführung von Mindestspeicherungsfristen für Verbindungs- und Nutzungsdaten

Bisher gab es für die Speicherung Vorschriften für Telekommunikationsbetreiber und Teledienste die Höchstfrist von 6 Monaten und als Anlass die Betriebszwecke dieser Betreiber und Dienste. Nun soll ein ganz anderer Zweck nämlich Strafverfolgung und eine Mindestfrist von 6 Monaten eingeführt werden. Damit würde eine vorsorgliche Speicherung geschaffen, die von den Datenschutzbeauftragten stets abgelehnt wurde. Sie weisen zu Recht auf Parallelen hin, wie wenn die Post eigene Dateien für alle Sendungen mit Absender, Adressat und Zeitpunkt einrichten würde.

D. Einführung einer neuen, umfassenderen Kronzeugenregelung

Zwar soll in wichtigen Punkten versucht werden, die 1999 ausgelaufene Kronzeugenregelung zu verbessern (etwa keine Gewährung völliger Straffreiheit). Gerade im Terrorismusbereich bestehen aber erhebliche Zweifel, ob es dort überhaupt zu Anwendungsfällen kommen wird. Auf jeden Fall überwiegen jedoch die grundsätzlichen Bedenken, die fast durchgängig auch von Justizpraktikern – von Staatsanwälten, Strafrichtern und Rechtsanwälten – erhoben werden: Im rechtsstaatlich so sensiblen Bereich des Strafverfahrens kann der an sich erstrebenswerte Zweck möglichst umfassender Verbrechensaufklärung niemals die Verwendung unredlicher Mittel rechtfertigen. Zudem setzt sich derjenige, der die Aussage des seinerseits hochgradig Deliktsverstrickten gegen seine Komplizen um den Preis eines Strafnachlasses einkaufen will, der Gefahr von eklatanten Fehlurteilen aus.

Maßnahmen, die einer intensiven Überprüfung bedürfen, beispielhaft:

Es gibt eine ganze Reihe weiterer Eingriffsbefugnisse, Datenerfassungen und Datenverknüpfungen, insbesondere im Ausländerbereich. Hier sind intensive Überprüfungen auch durch die Datenschutzbeauftragten und die Ausländerbeauftragten auf Grund deren besonderer Erfahrungen und Kenntnisse erforderlich.

Ein Schwerpunkt muss dabei sein, dass viele der Vorgänge, bei denen Datenaustausch stattfindet, angesichts der internationalen Dimension des Terrorismus auch zu Gerichten, Behörden und Diensten anderer Staaten führen. Hier gibt es einen großen Bedarf an Schutzmaßnahmen.

Als Beispiel seien die Daten und Niederschriften von Flüchtlingen genannt, die sich in ihrer Heimat oft völlig gewaltfrei politisch betätigen und deshalb verfolgt wurden. Hier gab es schon in der Vergangenheit Verfolgung und Gefahren für Verwandte, Freunde und Gleichgesinnte in der Heimat; so etwa bei Kurdinnen und Kurden bei Informationen von deutschen an türkische Stellen.

Ein weiterer Grundsatz der notwendigen Überprüfungen muss sein, dass Datenschutz nicht als „Täterschutz“ diskriminiert wird. Datenschutz ist vielmehr „Grundrechtsschutz“. Dieses vom Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil von 1983 herausgearbeitete Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ ergibt sich aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit der durch Art. 1 Abs. 1 GG geforderten Achtung und Schutz der Menschenwürde. Dieser Schutz betrifft zum einen die Privatsphäre jedes Einzelnen. Zum anderen liegt dieser Schutz auch im Interesse unseres demokratischen Gemeinwohls, weil derjenige, der immer damit rechnen muss, es würden Daten über ihn gesammelt und verwertet, nicht unbefangene frei aus eigener Selbstbestimmung plant und entscheidet. Dies hat das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil sehr plastisch formuliert: „Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs- und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.“

Wie schnell sich schwerste Eingriffsbefugnisse verselbstständigen, zeigen etwa die Telefonüberwachungen nach der Strafprozessordnung. Solche Maßnahmen greifen häufig auch in die Grundrechte völlig Unverdächtigter ein (pro überwachtem Anschluss werden im Schnitt etwa 100 Personen erfasst). Schon 1993 forderte der SPD-Bundestag in seinem umfassenden Beschluss zur Kriminalpolitik eine wesentliche Einschränkung dieser Maßnahmen: Sie hatten sich im Laufe der Jahre von wenigen Hundert bis 1993 auf rund 3.000 erhöht. Sie stiegen dann aber auch später kontinuierlich rasant an: 1995 auf 4.674, 1997 auf 7.776, 1999 schließlich auf 12.651.

Gerade weil nach dem 11. September wichtiger denn je ist, wäre es auch völlig kontraproduktiv, das Streben in die gemeinschaftliche Gesellschaft hineinzuwachsen, auf dem wichtigen Gebiet der Teilhabe ohne Not einzuschränken. Im übrigen sind Einschränkungen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung nur im „überwiegenden Allgemeininteresse“ zulässig. Ein bloß allgemeiner Bezug auf Sicherheit reicht dazu nicht aus, sondern muss konkret dargetan werden.

Fazit:

Das Sicherheitspaket des Bundesinnenministeriums ist stark verbesserungsbedürftig. Mehr Besonnenheit ist erforderlich. Es sollte nichts übers Knie gebrochen werden. Maßnahmen, die zunächst auf subjektive Ängste reagieren, führen oft zu noch größerer Enttäuschung, wenn Wirkungen tatsächlich ausbleiben. Es muss neben jeder Bewertung im Einzelnen auch die Summierung solcher Vorhaben im Auge behalten werden. Nicht umsonst gibt es die immergültige Weisheit „Liberty dies by inches.“

spw

Ein Grundsatz der notwendigen Überprüfungen muss sein, dass Datenschutz nicht als „Täterschutz“ diskriminiert wird.

Neue Bewegung bei den Friedensorganisationen

Gewaltfreie Antworten lassen sich nicht mehr unter den Tisch kehren

Von Björn Kunter

In Zeiten des Krieges rücken die Gesellschaften zusammen. Autoritäre und hierarchische Strukturen werden verstärkt und Abweichler sanktioniert. Diese in der Konfliktforschung bekannte These bewahrheitet sich leider auch in der aktuellen Krise. Lehrer werden wegen kritischer Äußerungen suspendiert. Die Forderung nach einer humanitären Feuerpause löst wahre Hexenjagden aus. Das Ausscheren aus der nationalen Kriegsfront kostet die PDS ihre „Regierungsfähigkeit“ im Land Berlin. Ein kluges Wort und schon ist man anti-amerikanisch.

In dieser Zeit ist auch die Friedensbewegung kleiner geworden. Ohne die Unterstützung der in den Krieg verwickelten Parteien und der schweigenden Gewerkschaften fallen auch die Massendemonstrationen deutlich kleiner aus, als noch während des Golfkriegs. Zudem fehlt es angesichts der neuen Unsicherheitslage diesmal, im Unterschied zum Kosovo-Krieg, nicht nur den Militärs,

sondern auch der Friedensbewegung an schlüssigen Konzepten. Dennoch, die Friedensbewegung hat sich im zweiten rot-grünen Krieg wieder gefangen.

Der NATO-Angriff auf Jugoslawien hatte die Friedensorganisationen noch vollkommen unvorbereitet getroffen.

Sie ist aktionsfähiger, sie handelt koordinierter. Sie ist stärker geworden und auch pazifistischer.

Der NATO-Angriff auf Jugoslawien hatte die Friedensorganisationen noch vollkommen unvorbereitet getroffen. In den 90er Jahren hatte man sich neben einiger halbherziger Auseinandersetzungen mit den neuen Krisenreaktionskräften und der zunehmenden Militarisierung der deutschen Außenpolitik vor allem dem Aufbau der alternativen zivilen Konfliktlösungsmechanismen und Strukturen gewidmet. Gerade im Balkan boten sich eine Menge Möglichkeiten konstruktiver Friedensarbeit. Die Vernetzung der verschiedenen ex-jugoslawischen Friedensgruppen durch eMail und Internet, das von mehreren europäischen Friedensorganisationen getragene Balkan Peace Team, Freiwillige in Flüchtlingslagern bewiesen die schnelle Handlungsfähigkeit ziviler Organisationen, während die offizielle EU-Außenpolitik noch „herumeierte“. In Konfliktprävention und -nachsorge entstanden neue Ansätze, die neue Qualifikationen erforderten. Durch die Ausbildung von Friedensfacharbeitern gelang es Ende der neunziger Jahre erstmals zivile Konfliktbearbeitung auch als staatliche Aufgabe zu etablieren. Das Modellprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen wurde nach der Bundestagswahl vom Bund übernommen.

Friedensbildungswerke und TrainerInnen konzentrierten sich vor allem auf den innergesellschaftlichen Umgang mit Konflikten. Streitschlichtung an Schulen, Mediation und Zivilcourage training breiteten sich innerhalb weniger Jahren bundesweit aus und die alternativen gewaltfreien Konzepte zur

inneren Sicherheit wurden teilweise konsensfähig und flossen in die Einrichtung tausender kriminalpräventiver Räte. Die kritische Kooperation mit staatlichen Strukturen bot bereits unter der konservativen Regierung, insbesondere aber in den rot-grünen Ländern eine günstige Gelegenheit, die eigenen Ideen in die Gesellschaft zu tragen.

In gewissen Grenzen galt dies sogar für die organisatorisch immer perfektionierteren antimilitaristischen Kampagnen der Friedensbewegung. Die Kritik einzelner Waffengattungen und Rüstungsprojekte wie Minen oder der Jäger 90 schienen besser geeignet, den Wahnsinn des Militärischen in die Öffentlichkeit zu tragen, als die radikale Ablehnung des Militärs, die die Friedensbewegung noch Anfang der neunziger Jahre wie in der Kampagne „BRD ohne Armee“ geprägt hatte.

Kosovo – Das Ende der Eintracht

Der erste rot-grüne Krieg zeigte schlagartig die Grenzen der kritischen Kooperation. Obwohl zu jedem Zeitpunkt vor und während des Bombardements Alternativen der Friedensbewegung vorlagen, gelang es nicht, diese zu kommunizieren, geschweige denn eine reale Gegenmacht zu entwickeln. Die Friedensbewegung steckte dabei gleich vor mehreren Problemen.

Zum einen war zwar das Einknicken von Rot-Grün angesichts außenpolitischer Zwänge absehbar gewesen. Doch die Friedensbewegung hatte es versäumt, sich vorher klar und deutlich von ihren ehemaligen Protagonisten zu distanzieren. Politiker wie Joschka Fischer, insbesondere aber auch Angelika Beer genossen noch das volle Vertrauen der Öffentlichkeit und wurden tendenziell noch als VertreterInnen der Friedensbewegung betrachtet. Allein deren „Bekehrung“ war so für viele schon Grund genug, keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Krieges zuzulassen.

Zweitens hatten Friedensbewegung, Medien und selbst die meisten Parlamentarier den Wunsch nach gleichberechtigter außenpolitischer Teilhabe und „Kriegslust“ der eigenen Regierung vollkommen unterschätzt und sich nicht vorbereitet. In der Überraschung der ersten Tage hatten insbesondere die Medien darin versagt, neben geschäftige Kriegsberichterstattung auch Kritik und Analyse zu setzen. Kritiker des Krieges wurden allenfalls belächelt, meistens kamen sie gar nicht vor.

Drittens wurden selbst die dreistesten Lügen Scharpings nicht nur gesendet, sondern oft auch geglaubt, weil die Bevölkerung, nachdem sie angesichts der Vergleiche von Auschwitz zur Entscheidung für (oder gegen) den Krieg gezwungen war, keine Argumente zur Meinungsbildung, sondern vor allem zur Absicherung der getroffenen Entscheidung brauchte.

Viertens war das Kriegsgeschehen zu keinem Punkt wirklich angsterzeugend. Die Mobilisierung basierte somit allein auf der moralischen Verneinung des Tötens, der rechtlichen und internationalen Folgen der Schwächung juristischer Standards und übergeordneter Organisationen wie UN und OSZE und der realen Einschätzung der Situation in Jugoslawien mit der damit verbundenen Vermittlung alternativer Konzepte der Konfliktbearbeitung. Die große emotionale Betroffenheit über eigene Angst wie sie während der Atomnachrüstung und des Golfkriegs allgegenwärtig war und unter anderem Massen an SchülerInnen auf die Straße gebracht hatten, fiel diesmal weg.

Fünftens war die Friedensbewegung allein gar nicht mehr organisationsfähig. Die letzte Massendemonstration des Netzwerkes Friedenskooperative lag Jahre zurück und hatte sich zudem gegen die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl ge-

Björn Kunter, geb. 1970, ist Vorstandsmitglied des Bundes für Soziale Verteidigung, BSV, Ringstr. 9a, 32427 Minden, eMail soziale_verteidigung@t-online.de, und lebt in Hamm

richtet. Manche alten Organisationsstrukturen waren unbrauchbar geworden, weil grüne Parteibüros auf einmal keine Basis mehr darstellten, sondern besetzt werden sollten. Grüne PazifistInnen standen vor allem in der Auseinandersetzung mit der eigenen Partei. Die Gewerkschaften schwiegen. Die Friedensorganisationen ihrerseits hatten in den vergangenen Jahren mehr Energie in die Kontaktarbeit zu den Regierenden gesteckt, als in die eigene Vernetzung. So kam es, dass alle sich vernetzen und gemeinsam arbeiten wollten, insgesamt jedoch kaum koordiniert wurde.

Vor dem 11. September

Insgesamt war der Kosovo-Krieg ein heilsamer Schock für die Friedensorganisationen, die nun wieder gefordert waren, eine Bewegung zu werden. Die Organisationen mit ihren bundesweit 50-100 hauptamtlichen FriedensaktivistInnen waren gefragt, nicht mehr nur ihre eigenen Vereinsziele und Projekte im Blick zu haben, sondern eine Wiedergeburt der Friedensbewegungen aus den Organisationen heraus zu organisieren. Angesichts der genannten Ausgangsbedingungen ist klar, dass die Zeit bis zum 11. September 2001 hierfür nicht reichen konnte. Dennoch waren bereits vor dem 11. September deutliche Veränderungen erkennbar.

An allen Ecken und Enden entwickeln sich Ideen, um die Friedensbewegung wieder miteinander zu vernetzen und überhaupt als solche erkennbar zu machen. Internetseiten werden verbessert und neue Informationsportale geplant, eMail-Listen entstehen, die die Akteure unterschiedlichster Organisationen und interessierte Einzelne miteinander verbinden. Verzeichnisse und Landkarten der Friedensbewegung etc. sollen entstehen.

Die Militärkritik rückt wieder stärker in den Vordergrund. Unter dem Titel „der nächste NATO-Krieg kommt bestimmt“ werden eine Reihe von Gesprächen organisiert, die helfen die verschiedenen Friedens-Milieus einander wieder näher zu bringen.

Die Rolle der Grünen PazifistInnen klärt sich in großem Maße, wie dies vorher bereits bei der SPD geschehen war. Die PazifistInnen verlassen entweder die Partei, oder sie entscheiden sich für die Weiterarbeit als Minderheit in einer nicht mehr mehrheitlich pazifistischen Partei. Der Umgang mit Rot-Grün und den Grünen ist entmystifiziert. Es gibt eine Reihe von Kooperationen beim Aufbau ziviler Strukturen, aber keine weitergehenden Erwartungen an eine anti-militaristische Politik.

Es kommt zu einer Rückbesinnung auf das eigene Pazifismusverständnis. Auch weiterhin gibt es dabei unterschiedliche Positionen, doch die Auswertung des Kosovo-Krieges stärkt sowohl das Vertrauen in die Überlegenheit gewaltfreier Interventionen gegenüber militärischer Gewalt, als auch das Bewusstsein als PazifistIn auch gegen den Strom kämpfen zu müssen.

Eine Reihe von Initiativen bearbeitet das systematische Demokratiever sagen der Politik. Die Friedensinitiative Nottuln sammelt bundesweit Unterschriften für einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Desinformationspolitik der Regierung gegenüber der Öffentlichkeit und den eigenen Parlamentariern. Modelle ziviler Friedensräte zur Kontrolle der Regierung werden diskutiert. Im Rahmen der Abstimmung über den NATO-Einsatz in Mazedonien gelingt es die parlamentarische Diskussion zwar nicht im Bundestag, aber immerhin in der Öffentlichkeit zu führen. In der Bundestagsdebatte erhalten die Gegner des Bundeswehreininsatzes kein Rederecht von ihren Fraktionen, einzige Ausnahme bildet die PDS, die sich auch als Fraktion gegen den Einsatz ausspricht. Zahlreiche Briefe unterstützen die aufrechten Abgeordneten

und verteidigen die parlamentarische Demokratie gegen die Schelte des Bundeskanzlers.

Nach dem 11. September

Nach dem 11. September ist für die Friedensbewegung daher erst einmal alles beim alten geblieben. Es gibt eine ganze Reihe von Ungerechtigkeiten und Problemen in der Welt. Betroffenheit und Trauer bestimmen auch unsere Gefühle angesichts der neuen Dimensionen des Terrors und der bis in unsere Wohnzimmer und Herzen reichenden Nähe der Opfer. Dennoch reagiert die Friedensbewegung schnell und angemessen. Die Mailinglisten laufen heiß mit Aufrufen zu Trauer und Besonnenheit. Zwei Tage nach dem Anschlag verschickt das Netzwerk Friedenskooperative den gemeinsamen Aufruf der Friedensbewegung: „Gewaltspirale durchbrechen“, unter dem über Zeitungsanzeigen und Internet schnell Zehntausende Unterschriften gesammelt werden. Drei Tage nach dem Anschlag lädt der Friedensratschlag zu einer ersten Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 22. September ein, auf der unter anderem die Großdemonstrationen für den 13. Oktober vereinbart werden.

Hinzu kommen zahlreiche dezentrale Aktionen, Mahnwachen, SchülerInnenemos. Lokale Friedensgruppen und Netzwerke werden wieder aktiv oder entstehen neu. Wenngleich der organisatorische Auftakt der Friedensbewegung diesmal also schnell und reibungslos gelungen ist, so steht sie doch vor mindestens drei ungelösten Fragen: Erstens braucht es angesichts des in Kriegszeiten regelmäßig auftretenden Versagens der parlamentarischen Kontrolle neue Mechanismen oder eine wirkungsvolle Immunisierung der bestehenden Kontrolle durch Parlament und Medien. Zweitens muss sie in der aktuellen Krise zumindest mittelfristig handlungsfähig werden, also eine Gegenmacht entwickeln, die ihr in der Gesellschaft und auch gegen den Willen der Entscheidungsträger wieder Gehör verschafft und ermöglicht, Forderungen wie nach einem Waffenstillstand nicht nur zu stellen, sondern auch durchzusetzen. Drittens muss die Friedensbewegung angesichts der neuen Bedrohungssituation alternative Konzepte entwickeln und ansatzweise erproben. Der Verweis auf die Wirkungslosigkeit und Kontraproduktivität der militärischen Antworten reicht alleine nicht aus.

Hinzu kommen zahlreiche dezentrale Aktionen, Mahnwachen, SchülerInnenemos. Lokale Friedensgruppen und Netzwerke werden wieder aktiv oder entstehen neu.

Wenngleich der organisatorische Auftakt der Friedensbewegung diesmal also schnell und reibungslos gelungen ist, so steht sie doch vor mindestens drei ungelösten Fragen: Erstens braucht es angesichts des in Kriegszeiten regelmäßig auftretenden Versagens der parlamentarischen Kontrolle neue Mechanismen oder eine wirkungsvolle Immunisierung der bestehenden Kontrolle durch Parlament und Medien. Zweitens muss sie in der aktuellen Krise zumindest mittelfristig handlungsfähig werden, also eine Gegenmacht entwickeln, die ihr in der Gesellschaft und auch gegen den Willen der Entscheidungsträger wieder Gehör verschafft und ermöglicht, Forderungen wie nach einem Waffenstillstand nicht nur zu stellen, sondern auch durchzusetzen. Drittens muss die Friedensbewegung angesichts der neuen Bedrohungssituation alternative Konzepte entwickeln und ansatzweise erproben. Der Verweis auf die Wirkungslosigkeit und Kontraproduktivität der militärischen Antworten reicht alleine nicht aus.

Demokratiever sagen

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass das politische System im Zweifelsfall nicht friedensfähig ist. Parlament und Regierung haben sich in den entscheidenden Fragen stets für die militärische Lösung ausgesprochen. Der Vorstoß des Innenministers, Kriegsentscheidungen auch ohne Befragung des Parlaments zu treffen, würde daher die faktische Machtlosigkeit der Abgeordneten nur deutlicher machen. Auch die auf Rot-Grün gesetzten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Tatsächlich ist auch unter Rot-Grün die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr konsequent ausgebaut worden. Die Außenpolitik ist militärischer geworden, während der Aufbau ziviler Elemente internationaler Konfliktbearbeitung nur mehr Alibi-funktionen für sich beanspruchen kann.

In der parlamentarischen Debatte um den Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr zeigte sich, dass Pazifisten das Parlament vor seiner eigenen Entmachtung schützen können und müssen. Durch die Eigeninitiative eines SPD-Parlamentariers gelang es, an der Fraktionsspitze vorbei, eine Gruppe von

**TERROR
IS OUR
COMMON
ENEMY**



„Abweichlern“ zu bilden, die ihre Argumente zwar nicht in der Bundestagsdebatte, aber immerhin gegenüber den Medien darstellen und eine Alternative anzeigen konnten. Die Friedensbewegung ist auch weiterhin gefragt, Lobbyarbeit zu betreiben, kritische Parlamentarier zu unterstützen und Freiräume für Gewissensentscheidungen zu schaffen. Ob es jedoch gelingen kann, das Parlament gegen Kriegseuphorie, Rüstungslobby und Fraktionszwang zu immunisieren, bleibt fraglich. Daher macht es Sinn, Parlament und Regierung zivile Institutionen wie den geforderten Internationalen Gerichtshof oder zivile Friedensräte entgegen bzw. zur Seite zu stellen. Zur Zeit existieren mehrere Konzepte ziviler Friedensräte, um, teils als Gegengewicht zum UN-Sicherheitsrat, teils als wissenschaftliches Gremium mit Rederecht, teils als eigenständige Behörde zur Prävention und Einhegung internationaler Konflikte, eine verpflichtende Prüfung ziviler Alternativen gegenüber militärischen Schnellschüssen zu erreichen.

Gegenmacht

Die Friedensbewegung ist trotz des anfangs beschriebenen Effekts der innergesellschaftlichen Polarisierung während des Krieges durchaus in keiner schlechten Situation, um mittelfristig mehrheitsfähig zu werden. Während Noam Chomsky darauf verweist, dass 1967 niemand die Entstehung der Bewegung gegen den Vietnamkrieg erahnen konnte, so ist die Friedensbewegung heute schon deutlich weiter.

Militärische Konzepte der Konfliktlösung hatten schon vor dem Krieg an Vertrauen eingebüßt. Die Propagandalüge präziser Schläge wird heute in Medien und Öffentlichkeit ebenso wenig geglaubt, wie die Vorstellung, mit ein paar Bomben und befreundeten Rebellen (UCK oder Nordallianz) einen einfachen Sieg erreichen zu können.

Die Bindungskraft der Rot-Grünen Regierung hat deutlich nachgelassen. Nach der Atombewegung hat auch die Friedensbewegung einen Emanzipierungsprozess durchlaufen. Auch bei den Gewerkschaften gibt es deutliche Zeichen, dass sie sich nicht zum Gehilfen ungerechtfertigter Regierungspolitik machen wollen, auch dann nicht wenn sie den regierenden Parteien nahe stehen.

Nicht zuletzt kann die Friedensbewegung auf eine Reihe von lebendigen Erfahrungen zurückgreifen. Zum einen wird es aufgrund der Erfahrungen aus dem gewaltfreien Engagement im Balkan deutlich leichter fallen, in der neuen Konflikt-

region mit konstruktiven Projekten tätig zu werden. Zum anderen ist die Entwicklung gewaltfreier außerparlamentarischer Aktionsformen nach den achtziger Jahren nicht stehen geblieben. Die Organisation großer Massenaktionen Zivilen Ungehorsams wie die X-tausendmal-

quer Blockaden des Castorzuges, oder gezielte Kampagnen zur Skandalisierung von Streubomben, Minen und anderen Massenvernichtungswaffen ist so gesehen nur eine Frage der Zeit.

Unklar ist dagegen, ob es den Friedensorganisationen wieder gelingen wird, eine Bewegung zu werden, die auch neue und vor allem junge Menschen ansprechen und aktivieren kann. Der relativ geringe „Angstfaktor“ und der gesellschaftliche Trend der sogenannten Individualisierung scheinen die Ansprache zu erschweren. Vor uns haben jedoch schon die Anti-Globalisierungs- und Anti-Atombewegung eine Brücke zwischen den Protestgenerationen geschlagen. Das Fehlen des emotionalen Angst-hypes gibt der Friedensbewegung zudem die Chance, junge Menschen langsam in die

Bewegung zu integrieren und an den Erfahrungen des gewaltfreien Kampfes teilhaben zu lassen, bevor sie im blinden Aktivismus frustrieren.

Gewaltfreie Alternativen der Terrorismusbekämpfung*

Ein Problem bei der Frage der Strategie der Terrorismusbekämpfung ist, dass eine Strategie eine saubere Konfliktanalyse voraussetzt. Mit dieser Analyse tun sich aber alle schwer, es kann ja noch nicht einmal als bewiesen angesehen werden, dass Bin Laden wirklich der verantwortliche Drahtzieher ist. Und selbst falls Bin Laden der Verantwortliche ist, bleibt man doch in Bezug auf seine Ziele und Strategie auf Spekulation angewiesen, wenngleich einiges für die Annahme spricht, dass es ihm darum gehe, einen Krieg der islamischen Welt mit dem Westen anzuzetteln. (Ein Ziel, das zu erreichen er auf dem besten Wege wäre...) Offensichtlich ist hingegen, dass die andere ursprüngliche Konfliktpartei, die USA, sofort den Konflikt auf weitere Parteien ausgeweitet hat – zum einen mit dem Schmieden der „Allianz gegen den Terror“, zum anderen mit dem Angriff auf Afghanistan, einem Staat, dem vorgeworfen wird, die Terroristen zu beherbergen, aber nicht, selbst direkt für die Angriffe verantwortlich zu sein. Letztere Ausweitung hat auch zu weiteren Spekulationen Anlass gegeben: Ist eines der Kriegsziele der USA, den Weg für eine Ölpipeline von Zentralasien durch Afghanistan frei zu machen? Ist das zentrale Problem ein internationales terroristisches Netz, das sich über organisierte Kriminalität und Antisemitismus zusammengefunden hat? Sind religiöser Fanatismus oder kranke Psychen todessüchtiger junger Männer die Kernursache? Oder sind die Anschläge des 11. September als Gegenschlag von den Kräften zu sehen, die die USA sich selbst schufen? Schon aus diesen Andeutungen wird deutlich, dass weder Konfliktpartei noch Konfliktthemen eindeutig sind. Wie sollen da dann Positionen und Interessen identifiziert, trennende und gemeinsame Faktoren benannt und letztlich vernünftige Wege der Konfliktbearbeitung gefunden werden?

Ein weiteres Problem ist, dass Terrorismus als Strategie wohl immer dann gewählt wird, wenn eine Gruppe (oder im Extremfall ein Einzelner) keinen Rückhalt in der allgemeinen Bevölkerung hat, oder wenn die militärisch-polizeilichen Gegenmaßnahmen so rigide sind, dass offener Protest nicht möglich scheint. Aus beiden Situationen folgt, dass die Gewaltbereiten im Geheimen arbeiten müssen, und, da sie Grund haben, Strafverfolgung oder Ermordung zu fürchten, nur schwer zugänglich für Vermittlungsmissionen und andere zivile Ansätze der Konfliktbearbeitung sind.

Die Friedensbewegung befindet sich daher in einer Suchbewegung nach neuen Konzepten. Es gibt unserer Meinung nach keine „gewaltfreie Alternative“ der Terrorismus-Bekämpfung in der Art, wie Soziale Verteidigung eine Alternative zu militärischer Verteidigung in einem herkömmlichen internationalen Krieg sein mag oder Methoden der gewaltfreien Intervention militärische Interventionen ersetzen könnten. (Beides sind natürlich auch zunächst Behauptungen von pazifistisch/gewaltfreier Seite, aber die Konzepte sind zumindest verfügbar.) Wir möchten uns stattdessen Uri Avnery anschließen, der schon unmittelbar nach dem 11. September kommentiert hat, dass der einzige Weg der Terrorismus-Bekämpfung sei, die Ursachen zu beseitigen, die Terrorismus hervorbringen.

Wenngleich ein schlüssiges Gesamtkonzept noch nicht vorliegt, so gibt es doch eine Reihe struktureller und auch kurzfristiger Ansätze. Eine Reihe von Vorschlägen kreist um die Einrichtung starker dritter Parteien wie dem Internationalen Strafgerichtshof, einer Globalen Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission oder des Einsatzes prominenter Vermittler (Nelson Mandela, Jimmy Carter etc.) Weitere Vorschläge ver-

Die Propagandalüge präziser Schläge wird heute ebenso wenig geglaubt, wie die Vorstellung, mit befreundeten Rebellen einen einfachen Sieg erreichen zu können.

suchen über Bin Laden näher stehende Personen und Länder (gemäßigte Taliban, Nachbarstaaten Afghanistans, Arabische Liga ...) einen ersten Dialog zu ermöglichen. Diese Vermittlungsbemühungen müssten zugleich durch westliche Zugeständnisse, bzw. klar erkennbare Anstrengungen zur Lösung der Probleme in Palästina/Israel, im Irak sowie in Zentralasien begleitet und unterstützt werden. Weitere Ansätze und erste Projekte bauen auf die einheimischen Friedenskräfte wie afghanische Frauen- und Menschenrechtsorganisationen.

Entscheidend ist, dass eine Lösung der zugrundeliegenden Konflikte und der heute mit der Globalisierung bzw. traditionell mit dem unregulierten Kapitalismus verbundenen Ungerechtigkeiten angestrebt wird. Maßnahmen zum konkreten Schutz vor Terrorismus sollten dieses Ziel zumindest

nicht gefährden. Die Einhaltung polizeilicher und juristischer Standards ist daher unumgänglich, wenn die Demokratie wirklich verteidigt werden soll. Dies gilt nicht nur in der Abwehr überzogener Sicherheitspakete, sondern wie die Erfahrung mit den (ehemaligen) amerikanischen Verbündeten Irak, Taliban und Nordallianz zeigt gerade auch auf internationaler Ebene. Der Weg zum Frieden führt auch heute nur über friedliche Mittel.

spw

* Der letzte Abschnitt stützt sich zu großen Teilen wortgenau auf ein Diskussionspapier von Christine Schweitzer vom Bund für Soziale Verteidigung

Literatur

Pruitt, Dean G. & Rubin, Jeffrey Z. 1986: Social conflict: Escalation stalemate and resolution, New York Random House.

Wie in den letzten Ausgaben mehrfach angekündigt, wird spw 2002 die Preise erhöhen: Das neue Preisschema sieht so aus:

Neues Preisschema ab 01.01.2002

| bisher | Neu in € | Neu in DM |
|-------------------------------|-----------|--------------|
| • Einzelheft 9,50 DM | 5,50 € | ca. 10,75 DM |
| • Rechnung normal 63,00 DM | 34 € | ca. 66,50 DM |
| • Rechnung ermäß. 60,00 DM | Fällt weg | |
| • Lastschrift 55,00 DM | 32 € | ca. 62,60 DM |
| • Lastschrift ermäß. 52,00 DM | Fällt weg | |
| • Ausland 66,00 DM | 37 € | ca. 72,30 DM |

- Alle Ermäßigungen entfallen, weil sie einerseits einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich bringen, andererseits aber wiederum auch nicht so attraktiv waren, dass sie tatsächlich einen Anreiz geboten hätten, spw aufgrund der Vergünstigung zu abonnieren.
- Mit der relativ hohen Preisanhebung bei den Lastschriftzahlungen reagieren wir darauf, dass uns in der Vergangenheit immer häufiger Ausfallgebühren in Rechnung gestellt wurden.
- Auslands-Abopreise steigen deutlich, weil wir für jedes Auslands-Abo 12 DM (ca. 6 €) höhere Porto-Kosten als für normale Abos haben. Wir geben diese Mehrkosten auch mit der vorgeschlagenen Erhöhung nur zur Hälfte an unsere LeserInnen weiter.

*

Mit der ersten Ausgabe 2002 werden wir unser Layout modifizieren. Die Schriftgröße wird verändert und leicht vergrößert, gleichzeitig werden wir die Artikel im Heft durchgängig dreispaltig setzen. Geringe – aber hoffentlich effektvolle – Veränderungen wollen wir an der Titelseite vornehmen.

*

Mit der Ausweitung der Rubrik „Theorie & Strategie“ wollen wir erreichen, dass unsere LeserInnen und Leser künftig noch stärker vom Diskurs-Charakter der spw profitieren – als Zeitschrift, die den Diskurs der SPD-Linken mit der sozialkritischen Wissenschaft sowie der neuen und alten sozialen Bewegungen entwickelt und dokumentiert, über Parteigrenzen hinweg.

*

Hier wollen wir erneut aufmerksam machen auf Diskussions- und Informationsportale im Internet:

- Eine große Auswahl von Artikel der linken, radikalreformistischen Publizistik findet sich auf www.linksnet.de.
- Über Diskussionen der Linken aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS informiert die Plattform www.crossoverprojekt.de.



- Neuigkeiten über das Forum DL21 können auf der Seite www.forum-dl21.de gefunden werden. Ein Newsletter informiert hier über die jeweiligen Aktualisierungen.

*

Aber auch die schönste Internet-Plattform kann nicht das persönliche Gespräch ersetzen. Deshalb hat spw auch in diesem Jahr alle LeserInnen und Interessierte zur Jahrestagung am 03. November 2001 nach Dortmund eingeladen. Wie im vergangenen Jahr fanden mehr als 70 Personen den Weg in die nordrhein-westfälische Auslandsgesellschaft nach Dortmund.

Die spw-Herausgeber Klaus Dörre und Michael Krätke referierten einleitend zu zwei wesentlichen Aspekten des „neuen Kapitalismus“. Klaus Dörre stellt Veränderungen in der Betriebsweise kapitalistischer Produktion am Beispiel v. a. der Automobilindustrie dar, während Michael Krätke die Bedeutung der Fondsökonomie für die globalisierten Finanzbeziehungen herausarbeitete. Beide Beiträge werden demnächst an anderer Stelle veröffentlicht.

In den Arbeitsgruppen wurde mit Patrick Doufour (Dortmund-project) und Eberhard Weber (DGB) über die Renaissance regionaler Wirtschaftslenkung (AG1), mit den WissenschaftsjournalistInnen Ulrike Baureithel und Joachim Hecker über Technologien des 21. Jahrhunderts (AG2) sowie mit Stefan Meretz (Ökonux) und Felix Welti über Fragen der Veränderung des Eigentums diskutiert (AG3).

Die Dokumentation der Tagung erfolgt im Schwerpunkt der nächsten Ausgabe.

*

Über die Schwerpunkt-Planung 2002 entscheidet die spw-Arbeitsausschuss-Sitzung am 09.12.2001.

Wir freuen uns über Zuschriften, v. a. wenn sie sich mit Fragen der linken Theorie- und Strategiebildung beschäftigen. Aufsätze und Rezensionen richtet bitte an redaktion@spw.de.

Wir setzen unsere in Heft 120 begonnene Debatte um den Generationsaufbau in der SPD mit Beiträgen von Marc Herter zur kommunalpolitischen Verjüngung in NRW sowie einem Beitrag von Matthias Micus vom Politikwissenschaftlichen Seminar der Universität Göttingen fort. Weitere Beiträge folgen.
spw-Redaktion

Junior-SGK

Jusos NRW knüpfen
kommunalpolitisches Netzwerk

Von Marc Herter

In NRW hat sich im Sommer ein Netzwerk junger KommunalpolitikerInnen und Kommunalpolitiker gegründet. Das gemeinsame Projekt von Jusos, SGK und SPD nennt sich junior sgk und zählt inzwischen knapp 500 NetzwerkerInnen. Über 120 von ihnen haben auf der Auftaktveranstaltung in Gelsenkirchen mitdiskutiert. Das Manifest „Kommunalpolitik der nächsten Generation“ wird momentan diskutiert und weiterentwickelt.

Kommunalpolitik der nächsten Generation – Wer, wenn nicht wir?

In der SPD bahnt sich langsam aber sicher ein Generationenumbruch an. Die starke Generation der so genannten „Enkel Willy Brandts“, deren politische Biografie in den frühen 70ern begann, erreicht noch in diesem Jahrzehnt das Rentenalter. Der Generation der „68er“ haben wir einiges an sozialen und demokratischen Errungenschaften zu verdanken. Nicht zuletzt hat sie die Gleichberechtigung der Frauen voran gebracht und zu einer Überwindung überkommenen konservativen Denkens in der Republik beigetragen. Die politischen und gesellschaftlichen Impulse von 1968 sind jedoch bereits seit den 80ern weitestgehend erschöpft. Nach ihrem Marsch in die Institutionen haben die „Enkel“ den Zugang Jüngerer in politische Verantwortung lange blockiert. Auch die kommunalen Vertretungen sind vor allem auf Seiten der SPD in den vergangenen Jahren zunehmend älter geworden.

Wir, die etwa 20-35jährigen werden es wieder leichter haben, politische Verantwortung übernehmen zu können. Viele von uns arbeiten in unterschiedlichen politischen Funktionen und Mandaten bei den Jusos und in der SPD. Zunehmend verkehrt sich die Lage sogar ins Gegenteil: Beklagt wird ein eklatanter Mangel an (kommunal-)politischem Nachwuchs. Dies gilt insbesondere für junge Frauen.

Die SPD hat die Kommunalwahl 1999 in vielen Städten und Gemeinden des Landes verloren; teils in dramatischer Weise. Der Kern der Problems besteht darin, dass noch immer keine Strategie zu erkennen ist, wie die auseinander driftende Teile der Gesellschaft wieder für eine fortschrittliche Politik zu mobilisieren sind. Die Herausforderung eines neuen gesellschaftlichen Integrationsprojektes der demokratischen Linken stellt sich angesichts einer politisch weniger gebundenen jungen Generation für uns erst recht. Die begonnen Überlegungen einer Erneuerung der SPD-Kommunalpolitik schaffen das richtige Umfeld für dem Einstieg von jungen KommunalpolitikerInnen in die kommunalpolitische Arbeit. Sie bieten jedoch auch selbst das Potenzial für Wandel und Erneuerung: mit ihnen ziehen neue Lebenswirklichkeiten und Arbeitsbiographien, neue Ideen und Methoden, neue Kompetenzen und Kreativität in die sozialdemokratische Kommunalpolitik ein. Eine neue Generation bietet so auch die Chance mit ihrem Beitrag zur Erneuerung der SPD-Kommunalpolitik diesen Prozess zu beschleunigen und zu verstetigen.

Wir wollen das Recht auf Zukunftschancen verwirklichen

Sozialdemokratische Kommunalpolitik muss der neuen Zeit ein soziales Gesicht geben. Dies wird nur möglich sein, wenn es uns gelingt „Modernität“ und „Gerechtigkeit“ zusammenzudenken. Wir wollen so auch die politische Gestaltbarkeit der Zukunft nachweisen. Die sozialen Interessen breitester Schichten zu vertreten und ihre Zukunftschancen zu verbessern, ist daher das Gebot der Stunde. Wir müssen aber auch diejenigen für uns gewinnen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen und können. Freiheit und Individualität sind nur in einer gerechten Gesellschaft möglich. Es geht nicht um die Verhinderung von Innovation, Eigeninitiative und Selbstorganisation, sondern – im Gegenteil – darum, diese Potenziale durch eine emanzipatorische Politik erst vollständig zur Entfaltung zu bringen. Sozialdemokratische Politik der Zukunft heißt: möglichst viele Chancen zu schaffen, um allen Menschen selbstbestimmte Lebensentwürfe zu ermöglichen. Wir wollen, dass sozialdemokratische Politik mit dem Begriff „Zukunftschancen“ in Verbindung gebracht wird und sie so einbetten in eine

neue sinnstiftende Philosophie fortschrittlicher Politik. Das Projekt der Zukunft wird sich um die Frage drehen müssen, wie Demokratie, Lebensqualität und sozial Integration sich in unter veränderten Rahmenbedingungen durchsetzen lassen.

Den Zwiespalt zwischen Anforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und dem Anspruch, ein schönes Leben zu führen, macht jede/r mit sich selber aus. Der Konflikt geht nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch jeden von uns. Wir erreichen eine neue Stufe der Individualisierung, die jeden zum „Manager seiner eigenen Biographie“ macht. Die wenigsten sind aber in der Lage, dies individuell zu meistern. Eine Sozial- und Bildungspolitik der Zukunft muss stärker diese Lebenslagen berücksichtigen, Chancengleichheit realisieren und eine reale Beschäftigungsperspektive der/des Einzelnen sicherstellen. Unser Leitbild ist die selbstbestimmte Flexibilität. Erforderlich ist ein fortschrittliches Sozialstaatsverständnis, das sich davon löst, in erster Linie monetäre Transferleistungen im Risikofall zu erbringen. Eine fortschrittliche Bildungspolitik muss Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit als Kernziele sicherstellen. Eine fortschrittliche Arbeitsmarktpolitik muss den präventiven Charakter stärken und wesentliches Element einer zukünftigen Regulation der Arbeitsgesellschaft sein. Eine fortschrittliche Integrationspolitik muss Zukunftschancen vor allem durch ein breit angelegtes Integrationskonzept ermöglichen.

Wir wollen gemeinsam an einer zeitgemäßen Erneuerung der Sozialdemokratie an der Kommunalpolitischen Basis arbeiten, die die Bedürfnisse und das Lebensgefühl unserer Generation aufgreift. Wir betonen die Chancen der neuen Zeit. Aber wir wissen auch, dass die Entfaltung dieser Chancen Regeln und Sicherheiten erfordert.

Spielraum für die kommunale Politik

In der Kommune treffen die unterschiedlichsten Entwicklungen aufeinander. Sie wird damit in Zeiten des Wandels oftmals zum Ort der Gegensätze. Strukturwandel und soziale Konflikte finden hier konkret statt und auch wenn viele politische Entscheidungen in Düsseldorf, Berlin oder Brüssel getro-

Das Projekt der Zukunft dreht sich um die Frage, wie Demokratie, Lebensqualität und sozial Integration sich durchsetzen lassen.

fen werden – in der Kommune finden sie ihre konkreten Auswirkungen. Umso wichtiger ist, dass in den Kommunen selbst ein Gestaltungsanspruch und die reale Möglichkeit zu gestalten vorhanden ist. Eine aktive Stadtentwicklung wird so zur Unterstützung von Entwicklungen, wo dies möglich ist, zur Abfederung und zum Korrektiv, wo dies notwendig und geboten ist.

Wir mischen uns politisch ein, um zu gestalten. Spielraum für kommunale Politik muss geboten werden, soweit die Verfassung dies vorsieht. Er muss erkämpft werden, wo die Bedürfnisse der Bürgerschaft dies erfordern. Dabei scheuen wir weder den Konflikt mit dem politischen Gegner, was die Verteilung der knappen kommunalen Finanzen angeht, noch den mit anderen Ebenen, wenn es um die Festigung und Erweiterung des kommunalen Finanzspielraums geht.

Wir streben mit unserer Initiative auch ein Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung an. Mehr als anderswo besteht hier die Möglichkeit neue offenere Beteiligungsformen anzuwenden. Jenseits einer platten Formaldebatte über Wahlrechtsänderungen geht es uns jedoch darum, die Alltagsdemokratie und den direkten Einfluss der Bürgerschaft auf die Stadtentwicklung zu stärken.

Wir wollen die kommunale SPD zur Beteiligungspartei weiterentwickeln

Da wir anders arbeiten, leben und kommunizieren werden als Generationen vor uns, löst sich die Basis für bisherige Formen von Parteiarbeit auf. Unsere Generation begreift Parteien immer weniger als Ort der sozialen Heimat und als Selbstzweck. Sie verlangt flexible und erfolgversprechende Möglichkeiten der Beteiligung. Wir wollen die oft behäbige Binnenkultur des Parteienlebens überwinden und streben als junge Generation in der SPD den engen Austausch mit anderen Jüngeren in den Gewerkschaften, den Verbänden, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur an. Die SPD muss sich weiterentwickeln zur Beteiligungspartei. Die wachsende Bedeutung der Medien erfordert die zweifellose Fähigkeit zur Inszenierung von Politik. Aber sie braucht einen „Unterbau“ der Beteiligung des Engagements der Mitglieder in ihren Lebensbereichen. Und sie braucht klare Wert- und Zukunftsvorstellungen. Wenn wir neue Formen der Beteiligung wollen, müssen wir auch die Möglichkeiten der demokratischen Willensbildung stärken. Das immer noch domi-

nierende Territorialprinzip muss zugunsten neuer Strukturen zurückgebaut werden. Dies erfordert die Aufwertung zielgruppenorientierter, fachlicher und projektförmiger Strukturen mit entsprechenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten. Der Umgang mit dem Internet ist für uns bereits Teil des Alltags. Gerade deswegen wissen wir: es ermöglicht neue Formen der Kommunikation, aber es ist nicht Problemlöser für alles. Mit dem Aufbau von Netzwerken wollen wir dieser Entwicklung Rechnung tragen.

junior sgk – Netzwerk für junge Kommunalpolitik

Wir stellen uns den Herausforderung, unseren Beitrag zur Erneuerung sozialdemokratischer Kommunalpolitik zu leisten. Es geht dabei nicht um den allgegenwärtigen Fetisch der Jugendlichkeit, aber wir wissen, dass nicht zuletzt die Einbeziehung jugendlicher Lebenswirklichkeiten und Erwerbsbiographien ein wichtiger Schritt hin zu einer Erneuerung sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist.

Auch wir Jüngeren in der SPD sind uns nicht immer einig. Produktiven Streit sehen wir als Chance und Bereicherung. Wir sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Politische Verantwortung heißt für uns aber auch, für Ideen zu stehen und nicht nur für Posten. Den Rahmen für eine Verständigung darüber an den konkreten Fragen der Kommunalpolitik bauen wir mit dem Netzwerk ‚junior sgk‘ auf. Wo immer dies möglich ist, werden wir gemeinsame Strategien verfolgen. Wir wollen den offenen Diskurs. Aber im „Kampf um die Köpfe“ scheuen wir uns nicht, politische Gegner zu benennen. Wir bekämpfen alle Spielarten des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus und werden alles in unserer Kraft stehende unternehmen, um Jugendliche und junge Erwachsene nicht in den braunen Sog geraten zu lassen. Aber wir stellen uns auch gegen den von angeblichen Liberalen gepredigten „Anarchismus für Reiche“. Wer die Ideologie des ungezügelterten Marktes und der soziale Ungleichheit predigt, verachtet die Interessen der meisten Menschen und gefährdet die Grundlagen der Demokratie. Politischer Fortschritt erfordert Streit und Widerspruch. Es ist daher nicht nur unsere Aufgabe, sondern unsere Pflicht Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu formulieren und auf Reformbedarfe hinzuweisen. Wer den bloßen Pragmatismus zum Programm erklärt, kann mit Mitte Zwanzig schon steinalt sein. spw

www.sozialismus.de

Sozialismus

2001



Redaktion Sozialismus: Stoppt den Krieg! Arno Klönne: Die »wehrhafte Demokratie« und die »Enttabuisierung des Militärischen«; Joachim Bischoff: Terror, Krieg und kapitalistische Ökonomie; Peter Lock: Ökonomien des Krieges; Dieter Prokop: Highwaybau in Richtung Öl

Hasko Hüning: Wahlen in Berlin; Dierk Hirschel: Das Ende der SPD-Regentschaft in Hamburg; Winfried Wessollock: Atomausstieg – Rot-Grün verspielte den Primat der Politik; Kai Burmeister: EU-Liberalisierung im Öffentlichen Personennahverkehr

Supplement: Jenseits von Modernisierung und Utopie – Zur Zukunfts- und Programmdebatte in den Gewerkschaften

Joachim Bischoff/Christoph Lieber: Eine neue Ideologietheorie?

Informationstechnologien als Triebkräfte der weltweiten Integration? Interview mit Sid Shniad (Canada); Dag Seierstad: Parlamentswahlen in Norwegen; Asbjørn Wahl: Breites Bündnis für den Wohlfahrtsstaat;

Norman Paech/Gerhard Stuby: Stichwort Völkerrecht; Marion Fisch: »Bread and roses« (Filmkritik)

**Abo: DM 120,- (erm. DM 85,-)
Probeheft: Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de**

Stillstand trotz Reform

Um bei der Jugend anzukommen bedarf es einer identitätsstiftenden Programmatik.

Von Matthias Micus

Nun sorgt sich die SPD also wieder einmal um die Jugend. So verschiedenartig die allerorten beklagten Probleme – von der Vergreisung der Partei über den Mitgliederschwund bis hin zu Kommunikationsdefiziten und der Abkapselung der Aktiven von der gesellschaftlichen Wirklichkeit – scheinen mögen, besitzen sie doch alle einen gemeinsamen Nenner: der Sozialdemokratie fehlt der Nachwuchs.

Die ewig schwierige Geschichte mit der SPD-Jugend

Die Geschichte der Beschäftigung des politischen Armes der Arbeiterbewegung mit der Jugend ist lang, sie reicht zurück bis in die Zeit des Sozialistengesetzes. Ebenso lang ist die Geschichte von Distanz und Nähe, Abgrenzung und Annäherung, Ausschluss und Entgegenkommen. Es war in der Vergangenheit regelmäßig dasselbe. Einerseits stellte die Jugend einen integralen Bestandteil des sozialdemokratischen Selbstverständnisses dar. Allein schon biologisch gehörte jener das, was diese – den großen Kladderadatsch vor Augen, die marxistische Geschichtsteleologie im Hinterkopf – politisch wie kulturell repräsentieren wollte: die Zukunft. Die Parole des Wandervogels, „Mit uns zieht die neue Zeit“, hätte bis in die jüngere Vergangenheit auch auf den Fahnen der Demonstrationen am 1. Mai geschrieben stehen können. Zudem verlangte der selbstgestellte erzieherische Anspruch der SPD, versinnbildlicht sowohl in dem Diktum des einflussreichen linkssozialistischen Theoretikers Max Adler vom „neuen Menschen“ als auch in den umfassen-

den Bildungsanstrengungen und -angeboten, eine Gewinnung schon der Heranwachsenden. Andererseits stieß sich die Partei mit ihren aus den Frühzeiten von Bedrohung, Verfolgung und Illegalität übernommenen, in diesen überlebenswichtigen und seitdem sakrosankten Tugenden wie Disziplin, Pflichtbewusstsein und Respekt regelmäßig an dem ideologisch-dogmatischen und oppositionell-autoritätskritischen Benehmen ihrer Adoleszenten.

So war es schon um 1890 – das Sozialistengesetz war gerade ausgefallen – bei der sogenannten „Opposition der Jungen“. Obwohl die Frondeure eine zahlenmäßig nur kleine Gruppe darstellten, nahmen Bebel, Liebknecht und Co. sie immerhin so ernst, dass sie Massenversammlungen zur Diskussion mit den „Jungen“ einberiefen, eine innerparteiliche Debatte über „Kritik und Disziplin“ initiierten und zwei Parteitage mit der Auseinandersetzung befassten. Als sich freilich herausstellte, dass sich der Konflikt durch solche Mittel nicht so einfach auflösen ließ, zeigte die Partei ihr zweites Gesicht. Bebels Kritik an der Opposition wurde zunehmend ungehaltener, der aus dem Londoner Exil heraus die Parteiläufe aufmerksam verfolgende, sich regelmäßig einmischende und ob seiner Scharfzüngigkeit bekannte Friedrich Engels titulierte sie wahlweise als „Literatenbande“, „Feiglinge“ oder „Lumpen“ und der Erfurter Parteitag von 1891 schloss führende Vertreter schließlich aus der Partei aus. (Vgl. dazu: Müller 1975; auch: Carsten, Francis L. Berlin 1991, S.124ff).

Obwohl die Ausgangslage unterschiedlicher kaum hätte sein können, gestaltete sich das Verhältnis der Partei zur Jugend in der Weimarer Republik prinzipiell ähnlich, jedenfalls ebenso ambivalent. Die staatstragenden Sozialdemokraten der Zwischenkriegszeit übten auf die junge Generation nur wenig Anziehungskraft aus. Die Unter-30-Jährigen waren in der SPD deutlich unterdurchschnittlich vertreten, sie präferierten auf der Linken eher USPD und KPD, Schlagworte wie „Verkalkung“ machten bereits die Runde. Für Unruhe sorgte beim Parteiestablishment aber auch die vorhandene Parteijugend. Mochte sie an sich noch so heterogen und in verschiedenste Kreise und Zirkel gespalten sein, wurde sie doch geeint durch die Kritik an der ihrer Meinung nach zu wenig kämpferischen wie zu zaghaften, zu kompromissbereiten

und visionslosen Politik der Entscheidungsträger. Eifersüchtig nach der jugendlicheren Konkurrenz am rechten und linken Rand des politischen Spektrums schiehend, bereitete der eigene Nachwuchs den Parteioberen gleichzeitig so wenig Vergnügen, dass man Anfang der 30er Jahre den Verband der „Jungsozialisten“ auflöste, die SAJ an die Kette legte und einen Teil der Parteijugend in Richtung des SJV, der Jugendorganisation der neu gegründeten SAP, ziehen ließ. (vgl. Walter 1986, Bremer, 1978)

Und noch ein Zeitenwechsel und wieder dasselbe Bild. Die mit der Chiffre „1968“ bezeichneten Veränderungen in Habitus, Mentalität und Partizipationsbereitschaft versuchte die SPD politisch nachzuvollziehen, um so die durch dieselbe Jahreszahl symbolisierten geburtenstarken Jahrgänge für sich zu gewinnen. Die drei Worte Willy Brandts, „mehr Demokratie wagen“, sind der zum Schlagwort geronnene Ausdruck dieses Bemühens. Die Anbiederung hatte durchaus Erfolg: Der sozialdemokratische Wahlsieg von 1972 wurde überproportional von Jungwählern getragen. Die Sozialdemokraten wurden allerdings bald der Geister, die sie riefen, nicht mehr Herr. In den 70er Jahren bewegten sich Jusos und Parteiführung kontinuierlich auseinander. Und während jene den von ihrer Mutterpartei regierten Staat als reformunfähiges Herrschaftsinstrument des Kapitals charakterisierten, begegnete diese der eigenen Parteijugend mit wachsender Verständnislosigkeit – und schließlich mit Disziplinarmaßnahmen, wie die Trennung vom SHB 1971 und der Rausschmiss Benneters 1977 dokumentieren.

„Jugend“ ist mehr als eine biologische Kategorie

Die heutige Situation hat damit auf den ersten Blick nichts gemein. Die Sozialdemokraten plagen sich nicht mit einer aufsässigen Jugend herum. Stattdessen leiden sie unter Nachwuchsmangel, gehen ihnen nach und nach die Jungmitglieder und Jungwähler aus. Welcher Erkenntnisgewinn also sollte für die Partei aus den historischen Beispielen gezogen werden können?

So anders geartet die aktuellen Probleme nun allerdings auch sein mögen, so transportiert der geschichtliche Rückblick in bezug auf die gegenwärtige „Jugendfrage“ doch eine entscheidende Botschaft für die SPD: Jugend ist offenkundig

Die Partei stieß sich regelmäßig an dem ideologisch-dogmatischen und oppositionell-autoritätskritischen Benehmen ihrer Adoleszenten.

nicht nur eine biologische Kategorie, ihre Angehörigen unterscheiden sich nicht nur durch das Lebensalter von anderen Sozialgruppen. Diese Schlussfolgerung, so banal sie klingt, bedarf insofern der Vertiefung, als im politisch-journalistischen Sprachgebrauch allzu oft eine Verengung auf eben jene Dimension stattfindet. Von diesem Defizit zeugt auch das Konzept des Bundesgeschäftsführers und Diplomsoziologen, Matthias Machnig, zur Netzwerkpartei. Als jugendlich erscheint hier – gewollt oder ungewollt – jeder, der im Jungsozialisten-Alter, also mindestens 16 und maximal 35 Jahre alt ist. Soziologisch korrekter und der Realität angemessener ist die Jugendphase vielmehr als ein „psychosoziales Moratorium“ zu begreifen. Bereits losgelöst vom mütterlichen Herd, befreit von elterlicher Bevormundung, genießen sie größere Freiheiten als Kinder, sind von zu Hause ausgezogen, leben in eigenen Wohnungen, planen ihren Tagesablauf eigenverantwortlich, ohne schon den Pressionen der Erwachsenenwelt unterworfen zu sein, sich auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen, familiäre Pflichten schultern und Kinder großziehen zu müssen (vgl. dazu Hurrelmann 1995, S.38-46).

Daher zeichnet sich Jugend politisch oftmals durch „hohe Wertansprüche und die Abwertung von Sachzwängen“ (Meulemann, Heiner/Birkelbach, Klaus: 2001, S.34) aus, durch apodiktische Prinzipienfestigkeit, überbordenden Utopismus und messianischen Machbarkeitsglauben. In der Geschichte der Sozialdemokratie äußerte sich das dann in der kategorischen Ablehnung jeder parlamentarischen, reformerisch-praktischen Tätigkeit (Opposition der Jungen); in der Forderung nach rücksichtsloser Oppositionspolitik, nach Klassenkampf und proletarischer Diktatur oder gleich der Hinwendung zu radikaleren Alternativen (Weimarer Jungsozialisten); in dem Glauben an die Möglichkeit, die Massen im bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaat für die Revolution gewinnen zu können (68er Generation).

Machnigs Reformentwurf indes ignoriert diese Tatsache. Aufgrund des skizzierten definitorischen Defizits wird er jedoch die sozialdemokratischen Probleme mit der Jugend nicht ausräumen können, steht eine Lösung der Jugendfrage durch die anvisierte Organisationsreform nicht zu erwarten. Mit den dort entwickelten Maßnahmen, mit – von der Warte der

Parteispitze durchaus verständlichen – Rufen nach Effizienzsteigerung, Professionalisierung und Medienkompetenz, mit Öffnung allein jedenfalls lässt sich die Jugend nicht an den Parteikarren binden (vgl. Machnig 2000). Stattdessen bedürfte die Sozialdemokratie vielmehr einer Reorientierung auf unverwechselbare politisch-programmatische Konturen. Es fehlt der gegenwärtigen SPD das, was man eine identitätsstiftende Botschaft nennen könnte. Es fehlt eine Verständigung darüber, was in der modernen Gesellschaft das spezifisch sozialdemokratische ist bzw. sein kann. Darauf hat noch jüngst auch die 13. Shell-Jugendstudie hingewiesen, wenn sie als einen entscheidenden Grund jugendlicher „Ablehnung von politischen Parteien“ ausmachte, „dass sie (die Parteien, Anm.) nicht mehr unterscheidbar sind“ und „die Politik von Sachzwängen bestimmt wird“ (Shell Jugendstudie, Opladen 2000). Zumal Jugendliche orientieren sich eben nicht einfach an der „Plausibilität von Konzepten und den Ergebnissen politischen Handelns“, achten nicht bloß auf „die Frage der Handlungsfähigkeit, der Fähigkeit gemeinsam erkannte Probleme auch zu lösen“ (Machnig 2000, S.654 u. S. 660.). Zumindest nicht diejenigen, für die ein politisches Engagement überhaupt in Frage kommt und die insofern von den Parteien zur Mitarbeit gewonnen werden können. Diese wünschen nach wie vor programmatische Klarheit und politische Grundwerte, die sich erkennbar in den alltäglichen Stellungnahmen, Positionspapieren und Entscheidungen widerspiegeln müssen.

Motivierende Programmatik und glaubwürdiges Personalangebot

Mehr noch: Einiges deutet darauf hin, dass gerade und insbesondere die heutige Jugend für politisches Engagement einer motivierenden Programmatik bedarf. Allseits wird festgestellt, die Jugendlichen klagten gegenwärtig über konkrete Probleme, beispielsweise die Sorge um die Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz; die Erfahrung des „Alles-besetzt“ wäre ihnen so wenig fremd wie das Bewusstsein einer durch Staatsverschuldung und Kollaps der Sozialversicherungssysteme bedrohten Wohlfahrt; oder, anders gewendet, die Zeit der „Höher-weiter-besser-mehr-Lehrerstellen“-Wohlstandsgesellschaft (so Gaschke 1999, S. 1022.) sei vorbei, die Konjunktur von theoretischen

Weltverbesserungsentwürfen und der Beschäftigung mit fernen Problemen (wie damals Vietnam) proportional dazu abgeflaut. Für die Parteien bedeutet diese Entwicklung, dass auf der oberflächlichen Ebene der Zustimmung zu bestimmten Sachentscheidungen allein die mit zahlreichen eigenen Problemen beschäftigten Jugendlichen nicht zu einer Mitarbeit bewegt werden können. Entscheidend ist vielmehr eine in tieferen Bewusstseinschichten gründende emotionale Bindung an die jeweilige Partei, die nur durch sinnstiftende politische Inhalte erfolgen kann. Nur dann werden Jugendliche heute bereit sein, sich parteipolitisch zu engagieren und Teile ihrer ach so kostbaren Zeit in die Politik zu investieren.

Darüber hinaus hat die Sozialdemokratie neben dem zu verschwommen und abstrakt bleibenden Wertfundament ihrer praktischen Politik außerdem auch ein personelles Problem bei der Ansprache Jugendlicher. Eine glaubwürdige Programmatik muss sich nicht zuletzt widerspiegeln in den politischen Führungsfiguren. Die verkündete Botschaft darf aus dem Mund des Parteiführers nicht hohl klingen, ihm muss zugetraut werden, von dem Gesagten auch selbst überzeugt zu sein und im Notfall dafür einzustehen. Gelingt das, dann dürften sich auch positive Rückkoppelungseffekte im Hinblick auf die Popularität, auf die Ausstrahlung und das Charisma der Führungsperson einstellen. Dies jedenfalls lehrt das Beispiel Willy Brandts. Seine zwischenzeitlich unwiderstehlich wirkende Anziehungskraft entfaltete Brandt erst, als er sich von seinen schwammigen, alle Bevölkerungsgruppen gleichsam bedienenden, dadurch aber zwangsläufig widersprüchlichen und phrasenhaften Reden verabschiedet und mit der Ent-

Es fehlt der gegenwärtigen SPD das, was man eine identitätsstiftende Botschaft nennen könnte.



spannungspolitik seine authentische Mission gefunden hatte. Dieses Anliegen klang aus seinem Mund ehrlich. Man glaubte es ihm, dem Hitlergegner und Emigranten im Dienste für eine menschlichere Welt, ernsthaft eine Annäherung zwischen Ost und West sowie die Schaffung einer europäischen Friedensordnung anzustreben. Das Resultat war eindeutig: „Sechzig Prozent der drei erstmals wählenden Jahrgänge“, so Gregor Schöllgen über die 72er-Wahl, „stimm(t)en für die SPD, und das heißt: für Willy Brandt.“ (Schöllgen 2001, S.184). Brandt war zu Zeiten der ost- und deutschlandpolitischen Verhandlungen auf dem Höhepunkt seiner Popularität, umjubelt und verehrt auf Parteitagungen wie auch in großen Teilen der Öffentlichkeit. Das Dilemma gegenwärtig ist, dass nicht ersichtlich wird, welche politischen Inhalte Schröder jenseits des raffinierten Polit-Managements verkörpern, welche Visionen er glaubwürdig verkünden könnte.

Das Personalproblem gilt erst recht für die innerparteilichen Nachwuchskohorten, für die Jusos genauso wie für die unter Labeln wie „Youngsters“ oder „Netzwerk Berlin“ firmierende Gruppe junger sozialdemokratischer Parlamentarier. Ja, man kann sagen, dass es sich in diesen Gruppen in sogar drängenderer Weise stellt, da sie alleine auf Grund ihrer Altersstruktur die zentralen und originären Ansprechpartner und Lobbyisten der Jugendlichen sind oder sein sollten.

Aktuelle Schwächen der SPD-Jugend

Die Jusos sind heute eine ziemlich langweilige Truppe, aufgrund ihrer geringen und weiter abnehmenden Größe zudem ohne innerparteiliche Hausmacht, von den Entscheidungsträgern in der SPD belächelt und nicht weiter ernst genommen. Für die 70er und 80er Jahre werden dogmatische und abgehobene Theorie Debatten, antagonistische Fraktionierungen und ein sektiererisches Gehabe für den Schrumpfungsprozess der sozialdemokratischen Jugendorganisation verantwortlich gemacht, da sie mit den ganz anders gearteten Erfahrungen, Interessen und Ansprüchen junger Leute kollidiert seien, wodurch potentielle Neumitglieder abgeschreckt worden wären (vgl. Lösche/Walter 1992, S. 279). Aktuell allerdings verhindert das genaue Gegenteil nun einen

Ausbruch aus der mittlerweile chronischen Mitglieder-Baisse. Organisatorische, strategische, politische oder intellektuelle Anstöße jedenfalls gehen von den Jusos nicht mehr aus, konzeptionelle Entwürfe sind weit und breit nicht zu sehen. Die internen Flügel sind mittlerweile zu Patronageinstrumenten mutiert, die allenfalls noch bei der Wahl eines neuen Vorsitzenden in Erscheinung treten.

In Analogie dazu klaffen auch bei den jungen SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Egentliches Ziel dieser Gruppe, die sich unter dem Dach des „Netzwerk Berlin“ versammelt und sich mit der „Berliner Republik“ auch ein publizistisches Sprachrohr geschaffen hat, war und ist es, die in der Partei dominierenden „68er“ abzulösen. Dieses Ziel kann in der Jugend auf einige positive Resonanz hoffen. Etliche Werte der Rebellen wider den Talaren-Muff stoßen bei ihren Kindern auf wenig Gegenliebe. Die typisch jugendliche Absetzbewegung von den elterlichen Vorstellungen, die Identitätsbildung durch Abgrenzung richtet sich nun auch gegen die einst Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegten. Erstmals seit den 1960er Jahren gewinnen ab „der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (...) die traditionellen Werte der Höflichkeit, der Arbeitsethik und der Sparsamkeit rasch wieder an Bedeutung“ (Noelle-Neumann, Elisabeth/ Petersen, Thomas 2001, S.19). Anstelle von Zukunftsangst und ökologischen Endzeitvisionen dominieren heute Optimismus und Technikbegeisterung das Bild, die Bedeutung des Themas Umwelt hat rapide abgenommen. Während schließlich die „68er“ Kommunen gründeten und die traditionelle Kleinfamilie als Hort reaktionärer Unterdrückung bekämpften, legen gegenwärtig bei „Trauungen die Brautpaare plötzlich viel Wert auf klassische Zeremonien“. Dieses Potential lassen die jungen SPD-Abgeordneten indes links liegen – und verbauen sich damit selbst Chancen bei der Jugend. Entgegen ihren ursprünglichen Intentionen ist von einer wie auch immer gearteten Kampfansage an die Enkelgeneration nichts zu spüren. Das neu gegründete „Netzwerk 2010“ legt davon beredt Zeugnis. Von Parteipräsidium und –vorstand initiiert und allein schon deshalb als Instrument in der Auseinandersetzung mit

der Parteispitze unbrauchbar, finden sich unter den Erstunterzeichnern von Hans-Peter Bartels über Hubertus Heil bis zu Andrea Nahles zahlreiche Vertreter der jungen Polit-Garde. Und wenn es einmal im gut geölten Berliner Regierungsbetrieb zu Unmutsbekundungen aus den Reihen der SPD-Fraktion kommt, wie in der ersten Abstimmung zu Mazedonien, dann sucht man Jungparlamentarier unter den Abweichlern vergebens. Der Wunsch, schiedlich und friedlich im Windschatten der Enkel Karriere zu machen scheint Vorrang vor der – postulierten – Absicht zu haben, diese abzulösen.

Unter diesen Umständen konnte man von einer konsequenten Ablehnung der Machnig'schen Pläne zur Netzwerkpartei nicht ernsthaft ausgehen. Dennoch verwundern einige der Illusionen, die sich im Zusammenhang damit offenkundig auch von klugen Akteuren gemacht werden (z. B. Nahles/Mikfeld 2001). So wird weder die Hoffnung auf eine Renaissance politischer Ideen in einer am Modell der Kirchheimerschen „Catch-all-party“ orientierten Parteiorganisation erfüllt werden können. Noch – und wichtiger – ist die Ambition, „die Möglichkeiten der demokratischen Willensbildung (zu) stärken“ (ebd. S.55), mit dem Ruf nach „professionelle(r), klar strukturierte(r) Medienkommunikation“ (Machnig 2000, S.658) vereinbar. Kontroverse Diskussionen und abweichende Voten stören das geschlossene Erscheinungsbild, auf das „Medienarbeit als aktive Inszenierung“ (ebd., S.658) angewiesen ist. Wenn es für die Richtung, die die Netzwerkpartei fortsetzen wird, noch eines Beleges bedurfte, so lieferte ihn Franz Müntefering mit der Androhung innerparteilicher Konsequenzen für die Abweichler der Bundestagsabstimmung zum NATO-Einsatz in Mazedonien.

Zielgruppenkonflikte?

Nun könnte man allerdings auch argumentieren, dass der Partei ein Kurs, der dezidiert auf die Ansprache jugendlicher Mitglieder und Wähler abzielt, eine konzertierte Aktion zur Sympathiegewinnung bei jungen Gesellschaftsmitgliedern, unter Berücksichtigung der tendenziellen Vernachlässigung anderer Alters- und Wählergruppen, die eine solche Schwerpunktsetzung zwangsläufig impliziert, strategisch – zumindest gegenwärtig und kurzfristig – gar nicht zu empfehlen ist. Denn erstens ist infol-

Eine glaubwürdige Programmatik muss sich nicht zuletzt widerspiegeln in den politischen Führungsfiguren.

ge unserer demographischen Entwicklung der Anteil Jugendlicher kontinuierlich rückläufig. Im Hinblick auf Wahlsiege wäre demgemäß eine Konzentration auf ältere Jahrgänge wichtiger. Zweitens ist nicht erst seit den letzten paar Jahren, sondern in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik die Wahlbeteiligung Jugendlicher unterdurchschnittlich, lag sie auch zwischen den 50er und 80er Jahren „konstant um mindestens sechs Prozent unter der allgemeinen Wahlbeteiligung, bei Landtagswahlen sogar bis zu fünfzehn Prozent darunter“ (Michal 1988, S.61). Und drittens lässt sich der Trend konstatieren, dass die grundsätzliche politische Beteiligungsbereitschaft Jugendlicher rückläufig ist. Partizipationsmöglichkeiten wie beispielsweise die Teilnahme an einer Demonstration, „die persönlich anspruchslos sind und sich mit einem Minimum an Aufwand und Zeit erledigen lassen“, werden häufig genutzt. Die kontinuierlichere und anstrengendere Mitarbeit in politischen Parteien – wie übrigens auch in den vermeintlich so geschätzten und durch offenere Beteiligungsformen gekennzeichneten Bürgerinitiativen, in Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen – übersteigt dagegen zumeist das gewünschte Engagement (Wiesendahl 2001, S.16).

Doch selbst gesetzt dem hier skizzierten Fall: Auch das, davon bin ich überzeugt, würde an der Notwendigkeit einer deutlicheren und nachvollziehbaren Wertebasierung sozialdemokratischer Politik nichts ändern. Ein wesentliches Problem der SPD bei Wahlen besteht schon jetzt in ihrer unzureichenden Kampagne- und Mobilisierungsfähigkeit. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, dass ein wesentlicher Grund dieser Schwäche in der Orientierungslosigkeit der Parteimitglieder zu suchen ist. Unsicher, was an der Politik der Schröder-SPD noch sozialdemokratisch ist, ihrer Grundgewissheiten beraubt, des Sendungsbewusstseins verlustig gegangen, fehlt ihnen zunehmend der Antrieb, die Wochenenden für die Verteilung von Parteiprospekten zu opfern und die Motivation, die Regierungspolitik, von der sie selbst nicht überzeugt sind, gegen die Kritik unzufriedener Bürger zu verteidigen. Mit dem Idealismus und der Reformgläubigkeit wurde die Grundlage für ehrenamtliches Engagement und selbstlosen Einsatz unterhöhlt. Wenn aber schon die Ak-

tivist:innen verunsichert darüber sind, was das Besondere an ihrer Partei ist, weshalb diese und keine andere gewählt werden sollte – wie sollen dann erst die einfachen Wähler, und die Wechselwähler zumal, zum Gang an die Wahlurne mobilisiert und zur „richtigen“ Stimmabgabe bewegt werden. Kurzum: Auch zur Verbesserung der Kampagne- und Mobilisierungsfähigkeit ist eine Rückbesinnung auf politische Inhalte vonnöten.

Eine Vernachlässigung der Jugend freilich wäre der SPD ohnehin nicht zu empfehlen. Auf lange Sicht würde das ihr Ende bedeuten. Oder, um die Glotzche Metapher des schwerfälligen Tankers zu bemühen, es käme einer Verweigerung von Reparaturarbeiten am Schiff gleich. Auf absehbare Zeit würde der Parteikahn dann, vom Salzwasser zerfressen, verrostet und durchlöchert, untergehen. Ohne die permanente Rekrutierung von zumindest Teilen der nachwachsenden Generationen verlöre die SPD den Anschluss an die sich ständig wandelnden sozialen Einstellungen, Orientierungen und Bedürfnisse und folgerichtig ihre Legitimationsgrundlage und Existenzberechtigung. Das haben die Parteimanager auch unzweifelhaft seit langem erkannt, wie die diversen Anläufe zu Organisationsreformen und jetzt eben auch das Machnigsche Netzwerkkonzept belegen. Eine bessere und erfolgreichere Erfüllung ihrer Rekrutierungsfunktion setzt allerdings – und das sollte hier deutlich geworden sein – ein sicheres Wertefundament, eine identitätsstiftende Programmatik und handlungsleitende Kernbotschaften voraus. Sozialdemokraten müssten in Zukunft wieder das Sprachrohr für das weit verbreitete Bedürfnis nach Sicherheit in den Zeiten rapiden ökonomischen Wandels werden, die Artikulationsplattform für die Milderung der negativen Folgewirkungen der nachindustriellen Gesellschaft. Sie müssten als Entschleuniger im Prozess beschleunigter gesellschaftlicher Veränderung fungieren und auch den dauerhaft aus dem Arbeitsprozess wegrationalisierten Mitgliedern des „neuen Unten“ als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Die treffende Semantik für die auf sie zukommenden Aufgaben haben die Sozialdemokraten mit der Formel „Sicherheit im Wandel“ dabei bereits entwickelt.

Die Anstrengung wird sich für die SPD lohnen. Nicht zuletzt, da ihre

Chancen in der Jugend nach dem dramatischen Bedeutungsverlust der Grünen bei Jungwählern so gut wie seit 20 Jahren nicht mehr sind (vgl. dazu: Köcher 1998). Die Anstrengung wird sich lohnen, obwohl eine zahlenmäßig stärkere Jugend in Zukunft wieder selbstbewusster auftreten und eigene Forderungen wieder nachdrücklicher artikulieren dürfte; sie lohnt sich selbst dann noch, wenn die jungen Sozialdemokraten zukünftig wieder – den dargestellten geschichtlichen Beispielen ähnelnd – ein Unruheherd sein, das innerparteiliche Konfliktpotential erhöhen und das Parteiestablishment vor einige Probleme stellen sollten. spw

Literatur

- Bremer, Jörg: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP): Untergrund und Exil 1933-1945, Frankfurt a.M. 1978
- Carsten, Francis L.: August Bebel und die Organisation der Massen, Berlin 1991
- Fischer, Arthur: Jugend und Politik, in: Jugend 2000, 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, S. 261-282, hier S. 268.
- Gaschke, Susanne: Die Generation Berlin ist anders, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte, H.11/ 1999, S.1019-1024
- Hurrelmann, Klaus: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 4.Aufl., Weinheim 1995
- Köcher, Renate: Kommen die Grünen aus der Mode? Eine Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr.71 vom 25. März 1998
- Lösche, Peter/ Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 279.
- Machnig, Matthias: Auf dem Weg zur Netzwerkpartei, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte, 2000, Heft 11, S. 654-660.
- Meulemann, Heiner/ Birkelbach, Klaus: Biographische Erfahrungen und politische Einstellungen zwischen Jugend und Lebensmitte. Die Entwicklung von Wertansprüchen an die Politik bei ehemaligen Gymnasiasten im 16., 30. Und 43. Lebensjahr zwischen 1969 und 1997, in: PVS, 42.Jg. (2001), Heft 1, S. 30-50, hier S.34.
- Michal, Wolfgang: Die SPD – staatsfrei und jugendfrei, Hamburg 1988
- Müller, Dirk H.: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894, Berlin 1975
- Nahles, Andrea/ Mikfeld, Benjamin: Generationenumbruch und Netzwerke in der Sozialdemokratie, in: SPW, Heft 120, 4/2001, S.54-56.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/ Petersen, Thomas: Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später, in: APuZ, B29/2001, S.15-21
- Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, Berlin 2001
- Wiesendahl, Elmar: Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien, in: APuZ, B 10/2001, S.7-20
- Walter, Franz: Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus, Berlin 1986

Der Wunsch, im Windschatten der Enkel Karriere zu machen scheint Vorrang vor der Absicht zu haben, diese abzulösen.

Kein Loblied auf Jospin

Entgegnung auf Horst Heimann

Von Raimund Feld

Horst Heimann hat in spw 118 eine Lanze für eine „traditionalistische“ Sozialdemokratie *à la française* gebrochen. „Traditionalistisch“ steht hier für eine bewusste – und ironische – Gegenposition zu Entwicklungen wie der der SPD oder der britischen Labour Party. Deren französische Schwesterpartei hebt sich – so Heimann – von diesen positiv ab, weil sie noch weiß, was „links“ ist und dass sich die Linke von der Rechten unterscheidet – selbst wenn dies nur empirisch, soll heißen mit Verweis auf die Existenz der beiden „Lager“ begründen lässt. Dies habe der französischen Linken ermöglicht, in den 90er Jahren die geistige Hegemonie zurückzugewinnen. Als Beleg für die unterschiedliche programmatische Ausrichtung zieht Heimann in erster Linie eine große Menge von Zitaten des französischen Regierungschefs Lionel Jospin heran, der seit 1997 Premierminister einer Koalitionsregierung aus SozialdemokratInnen, KommunistInnen und Grünen ist, in der erstere die bei weitem größte und damit tonangebende Kraft sind.

Die Gründe für die Rückgewinnung der Hegemonie bleiben aber ebenso dunkel wie die Grundlage, auf die sich diese Aussage stützt. Der Aufbau des Artikels legt jedoch nahe, die Ursache für die Hegemonie der Linken wie auch für deren Erfolge – Horst Heimann verweist darauf, dass die französischen Sozialdemokraten im Gegensatz zu SPD und Labour Party bei den Europawahlen 1999 ihr Wahlergebnis gegenüber den Parlamentswahlen verbessern konnten – darin zu suchen, dass eine konsequent linke Politik betrieben wird, die sich bei den Europawahlen quasi ausgezahlt habe.

Diese Argumentation ist m. E. nicht unproblematisch, selbst wenn außen vor gelassen wird, dass die britischen Wahlen nicht gerade zu einer schmachlichen Niederlage der von

Tony Blair geführten Partei geführt haben (was aber Horst Heimann vermutlich nicht wusste, als er seinen Beitrag verfasste, und auch der Schwäche der konservativen Opposition angelastet werden kann). Mein Unbehagen bezieht sich zum einen auf das methodische Vorgehen und zum anderen auf eine Bewertung der Regierung der „pluralen Linken“ in Frankreich, die von der von Horst Heimann – wie ich meine, aus guten Gründen – abweicht.

Der methodische Rahmen

Was das methodische Vorgehen angeht, so stellen sich m. E. zwei Fragen. Zum einen scheine ich zu denen zu gehören, die – anders als Horst Heimann – nicht wahrnehmen können, „dass die Sozialistische Partei Frankreichs seit 1995 unter Jospin eine theoretisch-programmatische Erneuerung vollzogen hat, die intellektuell anspruchsvoller und tiefgreifender ist als die vorwiegend medial inszenierte Modernisierung von New Labour unter Blair“. Horst Heimann verweist diesbezüglich lediglich auf das nach dem „praktischen Godesberg“ 1983 erfolgte theoretische Abrücken von einem Sozialismuskonzept, das den Sozialismus dem Kapitalismus als Totalalternative gegenüberstellt. Horst Heimann sieht im modernen Sozialismus in Frankreich das Pendant zum „grundwerteorientierten Reformsozialismus des Godesberger Programms (und) dem Berliner Programm von 1989“ und verortet den Kern der politischen Identität im modernen Sozialismus in – auf gesellschaftliche Strukturen bezogenen – Werten wie Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit.

Diese Argumentation wirft mehrere Fragen auf. Auffällig ist zunächst die Ähnlichkeit der von Horst Heimann genannten Grundwerte des „Sozialismus“ mit dem bekannten Motto der französischen Revolution, das seit gut 100 Jahren zum Gemeingut der französischen Politik – und keineswegs nur der Linken – gehört. Problematisch ist m. E. vor allem, dass hier behauptet wird, ein auf Werte gestützter Sozialismus stelle die einzige Alternative zur abgelehnten Totalalternative dar. Faktisch bedeutet dies einen Verzicht auf jedes alternative Projekt. Wohin dies in der Praxis führt, wird weiter unten noch thematisiert.

Zum anderen scheint es mir recht fragwürdig, aus der Wiedergabe von Diskursen – Horst Heimann stützt sich im wesentlichen auf Reden Jospins sowie auf Kommentare von seiner

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Partei angehörenden WissenschaftlerInnen – Schlüsse auf die tatsächlich geführte Politik zu ziehen. Dies umso mehr, als es sich ausnahmslos um Texte Jospins handelt, die der Selbstdarstellung dienen – programmatische Reden etwa zu bestimmten Politikbereichen wurden nicht berücksichtigt. Deren Aussage für bare Münze zu nehmen, ist schon im Grundsatz problematisch, wird es aber erst recht vor dem Hintergrund der Tatsache, dass gerade in der französischen Sozialdemokratie die Kombination linker Diskurse mit einer Praxis, die mit ihnen rein gar nichts zu tun hat, eine lange Tradition hat.

Die Praxis der „pluralen Linken“

Interessant sind in diesem Zusammenhang vor allem die Ergebnisse, zu denen die Politik der Regierungskoalition seit 1997 geführt hat. Dabei soll keineswegs bestritten werden, dass in einigen Bereichen Initiativen ergriffen wurden, die durchaus zu einem Mehr an „Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit“ geführt haben. Die Frage ist aber die, ob sich um eine linke Politik mit Vorbildcharakter handelt – und da scheinen die Ergebnisse zu dürftig.

Da eine detaillierte Darstellung hier nicht möglich ist¹, soll hier zur Verdeutlichung die Reaktion auf die Massenentlassungen bei nach traditionellen Kriterien florierenden Unternehmen herangezogen werden. Dieses Problem wurde – wenn wir die Schließung des Renault-Werks im belgischen Vilvoorde einmal außer Acht lassen – durch die Ankündigung des Reifenherstellers Michelin auf die Tagesordnung gesetzt, trotz schwarzer Zahlen mehrere Tausend Beschäftigte auf die Straße zu setzen. Jospins erste Reaktion: „Der Staat kann sich nicht um alles kümmern“. Als jedoch deutlich wurde, dass weite Teile der Linken ange-

Raimund Feld, Studium Französisch/Sozialkunde in Frankfurt/Main und Straßburg, arbeitet derzeit v. a. als Übersetzer.

sichts dieses Vorgangs nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen mochten, sah die Regierung sehr wohl Handlungsbedarf und kündigte eine gesetzgeberische Initiative an, die – so schien es zumindest – eine Wiederholung wenn nicht unmöglich machen, so doch deutlich erschweren sollte. Was dann vorgeschlagen wurde, beschränkte sich im Wesentlichen auf die Pflicht zur besseren Informierung der Beschäftigten. Insofern ließ es sich im Hinblick auf die Erwartungen ebenso wie das tatsächliche Vorgehen im Fall Renault am ehesten als Begräbnis zweiter Klasse bezeichnen, erst recht, wenn in Rechnung gestellt wird, dass die Bestimmungen, die solchen Kündigungen die größten Steine in den Weg legen, erst in das Gesetz aufgenommen wurden, als der kommunistische Koalitionspartner eine Ablehnung und damit die Möglichkeit eines Scheiterns der Vorlage glaubhaft machte.

Besser als an diesem „Lehrstück“ lassen sich die (selbst gesteckten) Grenzen der gegenwärtigen französischen Sozialdemokratie kaum zeigen: Unbeschadet aller Sonntagsreden über die „Wiederherstellung (sic!) eines neuen Gleichgewichts zwischen Staat und Markt“ bestehen sie in der grundsätzlichen Hinnahme globaler Marktprozesse und einer Beschränkung auf die Gestaltung und ggf. Abmilderung ihrer Folgen im Zeichen von „Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit“. Das ist denn auch der Sinn der Formel „Ja zur Marktwirtschaft, nein zur Marktgesellschaft“. Eine Gestaltung der Globalisierung, die möglicherweise die Einschränkung des Handlungsspielraums ihrer Protagonisten beinhaltet, wird von vornherein ausgeschlossen.

Es mag durchaus zutreffen, dass Jospins griffige Formulierung, die inzwischen auch anderweitig aufgegriffen wurde, einen Widerspruch zum neoliberalen Paradigma zum Ausdruck bringt. Lässt sich aber diese Zielsetzung ohne weiteres als sozialistisch – und sei es im Sinne eines Reformsozialismus – begreifen? Wohl kaum. Eher ist es so, dass die in ihr enthaltene Tabuisierung von Interventionen im Bereich der „Marktwirtschaft“ ein Nachdenken auch über „traditionalistische“ sozialdemokratische Zielvorstellungen wie die Demokratisierung der Wirtschaft ausschließt.

An diesem Punkt wird deutlich, welche Funktion der Abschied von der „Totalalternative“ im sozialde-

mokratischen Diskurs haben kann – wenn er nämlich dazu dient, die Suche nach einer Alternative mit einer Art Denkverbot zu belegen. Bezeichnend ist diesbezüglich auch die Gegenüberstellung des „neoamerikanischen asozialen Kapitalismus“ und des „europäischen Sozialstaatsmodells“. Wer könnte wohl in Bezug auf Letzteres (die Einstufung als Kapitalismus fehlt bezeichnenderweise) etwas anderes wollen als seine Verteidigung?

Vom Kopf auf die Füße...

Zumindest in einem Punkt teile ich Horst Heimann's Analyse: In Frankreich gibt es – wenn auch mit Einschränkungen: anders als Horst Heimann dies anzunehmen scheint, etwa bei den Machteliten ebenso wenig wie in Deutschland und Großbritannien – so etwas wie eine geistige Hegemonie der Linken. Auch darin, dass die Politik der Regierung in Frankreich – im Gegensatz zu Deutschland – „wegen der linken intellektuellen Hegemonie ... unter Druck von links“ (statt von rechts) steht, stimme ich ihm zu. Daraus aber übergangslos zu folgern, dass es sich um eine linke und sozialistische Reformpolitik handelt, die erfolgreich ist, „weil sie sich selbstbewusst zu ihrer linken und sozialistischen Überzeugung bekennt“, dürfte wohl zu weit gehen. Eher ist es wohl so, dass in Anbetracht der angesprochenen Hegemonie der Regierungskoalition – und damit auch der französischen Sozialdemokratie – gar nichts anderes übrig bleibt, als zumindest auf der Ebene ihrer Diskurse ein ganz anderes Image zu pflegen als beispielsweise die SPD. Dass dies wiederum zur Festigung der linken Hegemonie beiträgt, ist unbestritten, sollte aber zwei Dinge nicht aus dem Blick geraten lassen: Zum einen ist der Kausalitätsverlauf hier ein anderer als der, der sich in Horst Heimanns Beitrag andeutet. Zum anderen zeigt eine genauere Analyse, dass es der „linke“ Diskurs der Regierung nur sehr eingeschränkt mit einer entsprechenden Praxis einhergeht. spw

Literatur

- D. Collin/J. Cotta, L'illusion plurielle. Pourquoi la gauche n'est plus la gauche?, Paris 2001 (Lattès)
- R. Feld, Frankreich, Frankreich: Die rosa-rot-grüne Regierung der «pluralen Linken» drei Jahre nach dem Regierungsantritt, in: Utopie Kreativ 121/122 (Nov./Dez. 2000), S. 1118-1132;
- H. Heimann, Von den Franzosen lernen?, spw 118, März/April 2001, S. 54-58

Kritische INTERVENTIONEN 6

Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft

Neuerscheinung: Kritische Interventionen, Band 6

Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft

ISBN 3-930345-29-3, 266 Seiten, 24,80 DM / 12,40 €

Die Autoren des Bandes wollen zur Klärung beitragen, aus welchen Gründen die bürgerliche Gesellschaft nicht nur Gewalt eingrenzend gewirkt, sondern sich bis heute auf den alltäglichen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens durch vielfältige Gewaltformen konstituiert und verändert. Auch die sozialen und politischen Gegenkräfte gegen die bürgerlichen Gewaltverhältnisse im über hundertjährigen Kampf um die Sicherung von neuen Lebensformen in Freiheit und Solidarität vermochten zwar im Zentrum nach schrecklichen Niederlagen die Gewalt äußerlich in demokratische Rechtsformen zu bannen, doch die Peripherie bleibt bislang durchwoben von der zerstörerischen Verstrickung bürgerlich-imperialer Gewalt.

Mit einem aktuellen Beitrag von Oskar Negt zu den Anschlägen vom 11. September: Kriegsspiele. Ist die Zivilgesellschaft am Ende?

- Peter von Oertzen:** Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft
- Jörg Calließ:** Das zivilisatorische Hexagon: Die Ursachen der Gewalt und die Bedingungen von Frieden
- Michael R. Krätke:** Gewalt und Ökonomie. Die Halb- und Unterwelt des Weltmarktes
- Thomas v. d. Vring:** Zur Ökonomie der Gewalt in der Außenpolitik
- Rolf Pohl:** Der Umgang mit der Gewalt in der deutschen Nachkriegsgesellschaft
- Alfred Krovoza:** Die (west-)deutsche Gesellschaft nach dem Gewaltexzess von Zweitem Weltkrieg und Judenvernichtung
- Klaus Ahlheim:** Fremdenfeindlichkeit: die Ethnisierung sozialer Konflikte im vereinten Deutschland
- Wolfram Stender:** Was heißt Ethnisierung?
- Wolfgang Lenk:** Gewalt in den Medien. Ein Forschungsbericht
- Erika v. d. Vring:** Intervention zum Thema: Gewalt in und durch Medien. Eine Replik
- Gisela Notz:** Die Gewaltstrukturen der bürgerlichen Kleinfamilie
- Heiko Geiling:** Gewalt im öffentlichen Raum
- Franz Hector:** Die alltägliche Gewalt
- Michael Buckmiller:** Gewalt und Emanzipation in der Arbeiterbewegung – unerledigte Fragen
- Klaus Meschkat:** Gewalt und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt

Offizin Verlag

Bödekerstraße 75, 30161 Hannover
Tel. 0511 – 807 61 94, Fax 0511 – 62 47 30
eMail info@offizin-verlag.de
www.offizin-verlag.de

Mit Beiträgen von
K. Ahlheim, M. Buckmiller, J. Calließ, H. Geiling,
F. Hector, M.R. Krätke, A. Krovoza, W. Lenk,
K. Meschkat, G. Notz, P. von Oertzen, R. Pohl,
W. Stender, E. v. d. Vring, Th. v. d. Vring

FlugschriftenKritische Wissenschaft
Offizin

Missverständnisse der Kritik

von Mathias Brodkorb

In der letzten Ausgabe der *spw* stritten Michael Krätke und ich über die Bedeutung der Kritik für den Marxismus. Leider war mein Beitrag offenbar nicht so gehalten, um Missverständnisse zu verhindern. Hinzu kamen kleinere redaktionelle Fehler, die ein adäquates Verständnis meines Textes erschwerten. Zur Klarstellung noch einmal ein paar Hinweise.

Michael Krätke konzentrierte sich m.E. in seinem Beitrag darauf, die Bedeutung der Kritik in einer linken Wissenschaftskonzeption hervorzuheben. Ich stimme ihm in vielen Punkten zu. Hingegen lag meine Absicht in etwas anderem: Ich habe nicht die Kritik generell für unsinnig erklärt (das wäre ja selbstwidersprüchlich, weil ich mich, um dies zu leisten, selbst des Mittels der Kritik bedienen müsste), sondern ihre spezifische Gestalt innerhalb des Marxismus. Die sozialistische Linke kommt ja, solange sie die bestehenden Verhältnisse für verbesserungsfähig hält, ohne Kritik gar nicht aus. Meine Kritik bezog sich daher ausdrücklich auf eine Kritik, die sich selbst nicht legitimieren kann. Ich habe nicht gegen die Kritik, sondern für ihre wissenschaftliche Fundierung argumentiert: „Um es daher präzise [ein red. Fehler machte daraus ‚präziser‘, M.B.] zu formulieren, ist es nicht die Kritik (als solche), die den Marxismus politikunfähig macht, sondern eine Kritik, die sich über ihre eigene Legitimität keine Rechenschaft ablegen kann...“ /46/

Meine Kritik bezog sich nicht auf Marx in seiner Gänze. Ich wollte also keinesfalls sagen, dass man Marx völlig vergessen könne, sondern dass er als Basis eines ganzen wissenschaftlichen Paradigmas nicht tauglich sei (siehe das Fazit in meinem Artikel). Das schließt natürlich nicht aus, dass

in eine über Marx hinausgehende linkssozialistische Konzeption wesentliche Erkenntnisse von Marx eingehen können (z.B. Theorie der Basismystifikation, Teile seiner Kritik der pol. Ök., seine Ablehnung des Egalitarismus etc.). Auch die marxistische Linke wird sich aber damit abfinden müssen, dass nicht jeder, der Marx kritisiert, ein Antikommunist ist oder rechts von einem selbst steht. Ich halte es für möglich, Marx von links zu kritisieren.

Michael Krätke hält daran fest, dass es eminent politisch ist, wenn man das Dogma der Globalisierung kritisiert, das Dogma des Neoliberalismus, des homo oeconomicus, der angeblich zu hohen Lohnkosten etc. Ja, das stimmt, auch wenn ich es für keinesfalls selbstverständlich halte, dass man das im Ausgang von Marx tun muss. Mein Punkt war nur: Es ist nicht politisch genug: „Gerade ein nur kritisches Verständnis hilft einer Bewegung, die die Zukunft gestalten will, ... nicht weiter.“ /45/ Es mag daran liegen, dass ich zu jung bin und daher zu wenig Lektüreerfahrung habe, aber ich kann man nicht entsinnen, in den letzten Jahren einen Text aus marxistischer Feder gelesen zu haben, der Möglichkeiten zur Rekonstruktion einer sozialistischen Linken oder machbare, sozialistisch inspirierte gesellschaftspolitische Reformvorschläge inklusive Umsetzungsstrategien entwickelt – auch nicht von Krätke. Es mag außerdem sein, dass ich unter besonderen Bedingungen lebe, aber ich kann mich nicht entsinnen, jemals erlebt zu haben, dass ein Linker seine politische Praxis von Marx abgeleitet hätte. Vielmehr sind wir mit einer marxistisch inspirierten Linken konfrontiert, die auf Tagungen schamanehaft die Wichtigkeit von Marx hervorhebt, ihn in der Praxis aber ignoriert, weil er dafür kaum etwas taugt. Das ist übrigens eine empirische Feststellung.

Meine Kernthese war: Ein Hauptelement des Marxismus ist die Kritik. Kritik aber ist nur möglich, wenn sie auf einer normativen Grundlage ruht. Michael Krätke folgt, wenn ich ihn richtig verstanden habe, dieser Argumentation. Über die normative Grundlage, auf die der Marxismus sich beruft, sagt er aber: „Der Maß-



stab, den Marx gebraucht... wurde im 19. Jahrhundert in den meisten europäischen Ländern ganz selbstverständlich gebraucht... Diesen Maßstab hat sich auch die europäische Arbeiterbewegung zu eigen gemacht.“ /49/ Aber genau das ist ja das Problem: Dieser Maßstab wird nicht wissenschaftlich begründet, sondern als „selbstverständlich“ genommen. Insofern erweist sich der Marxismus an dieser Stelle sogar als *unkritisch*. Und es ist bizarr, dass gerade der Marxismus, der mit den Selbstverständlichkeiten der bürgerlichen Wissenschaft aufräumen und die Grundlagen seiner eigenen Position umfassend wissenschaftlich begründen will, an der wichtigsten Stelle naiv das Selbstverständnis der bürgerlichen Gesellschaft ohne jede Begründung übernimmt. Damit bestätigt Krätke, was ich behauptet habe, nämlich dass der Marxismus keine begründete Basis hat: „Das Dilemma besteht... darin, dass die Moralvorstellung des Marxismus immer implizit vorausgesetzt, nie wissenschaftlich diskutiert und begründet wird...“ /46/ Und man muss durchaus noch darauf hinweisen, dass die Annahme einer normativen Grundlage, sofern sie berechtigt sein soll (wie z.B. die Menschenrechte), für den Marxismus keine Selbstverständlichkeit, ja, sogar *unvereinbar* mit seiner Erkenntnistheorie ist. Mir ist daher nicht klar, wie Krätke dem Marxismus eine normative Grundlage zugestehen kann, ohne Marx gleichzeitig massiv in seiner Erkenntnistheorie und damit der Kritik der politischen Ökonomie zu kritisieren. spw

Mathias Brodkorb ist Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der SPD MV und Student der Philosophie und des Altgriechischen an der Universität Rostock.

„Aktive Solidarität oder repressive „Aktivierung“?“

Unter diesem Titel hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW für Samstag, den 22.09.2001, zu einer sozialpolitischen Tagung nach Dortmund eingeladen. Etwa 55 Interessierte waren der Einladung gefolgt und verfolgten und diskutierten mit Interesse und Sachkenntnis die Referate und die Stellungnahmen der PodiumsteilnehmerInnen und brachten ihre eigenen Erfahrungen und Positionen ein. Im Mittelpunkt stand dabei die kritische Auseinandersetzung mit dem rot-grünen Konzept des „aktivierenden Sozialstaats“ und Projekten seiner Umsetzung unter dem beschönigenden Motto „Fördern und Fordern“, in denen Erwerbslose durch verschärften Druck und Androhung von Leistungsentzug zu bedingungsloser Anpassung an den Arbeitsmarkt gebracht werden sollen. Dieser thematische Schwerpunkt entsprach auch der Zusammensetzung des Publikums aus ganz überwiegend beruflich oder ehrenamtlich in der Arbeitslosen- und Sozialarbeit Engagierten.

Nach der Begrüßung und Vorstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW durch Ralf Krämer und dem Verlesen eines Grußwortes der Kölner PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer, die wegen einer internationalen Konferenz von Attac nicht teilnehmen, hielt Achim Trube, Professor für Sozialpolitik und Sozialverwaltung an der Universität-Gesamthochschule Siegen, ein grundlegendes und sehr kritisches Referat über den „aktivierenden Sozialstaat“ als sozialpolitisches Kernkonzept der rot-grünen „neuen Mitte“. Er kennzeichnete es als ein staatliches Umerziehungsprogramm, das allerdings mit seiner Orientierung auf verstärkten Druck und Zwang psychologische und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse ebenso missachte wie die Tatsache, das bereits bisher im Sozialgesetzbuch massive Sanktionen vorgesehen sind und auch in großem Umfang angewendet werden (z.B. 300.000 verhängte Sperrzeiten bei der Arbeitslosenunterstützung im Jahr). Das Kernproblem sei, dass eine Integration der Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt schlicht unmöglich sei, wenn 6 Millionen Arbeitsplätze fehlen, wie es der Fall ist. Wenn selbst die Existenzsicherung der Menschen und damit des politischen Souveräns an Wohlverhaltensbedingungen geknüpft werde,

werde nicht nur der Sozialstaat, sondern auch die Demokratie grundlegend in Frage gestellt. Außerdem zeigten verschiedene empirische Untersuchungen, dass der Missbrauch von Sozialleistungen, der zur Begründung erhalten muss, nur in geringem Umfang tatsächlich stattfindet und finanziell kaum ins Gewicht fällt – ganz im Unterschied zu Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit. Insoweit wäre eher eine „aktivierende Steuerpolitik“ angesagt. Das Referat wird hoffentlich in einigen Wochen in überarbeiteter Form schriftlich vorliegen.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass in der Praxis von „Fördern“ kaum die Rede sein könne und auch die Rede von den „Vereinbarungen“ zwischen Ämtern und Arbeitslosen mehr als beschönigend sei, weil diese keine Wahl hätten. Stattdessen ginge es um Klassifizierung und Statistikvereinbarung, um Leistungsabbau, um Einschränkungen der Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl durch „Angebot“ von perspektivlosen Maßnahmen und von untertariflich bezahlter und unsicherer Beschäftigung vorzugsweise in Leiharbeitsfirmen, durch deren Expansion dann ehemals reguläre Arbeitsplätze ersetzt und vernichtet würden. Außerdem seien weniger geringe Qualifikation als Alter, gesundheitliche Einschränkungen, familiäre Einschränkungen und selbstverstärkend die Langzeitarbeitslosigkeit die wichtigsten Vermittlungshemmnisse angesichts des Bestrebens der Arbeitgeber, möglichst olympiareife, hochflexible und kostengünstige Belegschaften zu haben. Eine solidarische Alternative könne nur in einer aktiven Beschäftigungspolitik durch öffentliche Investitionsprogramme, Stop der Privatisierung und des Arbeitsplatzabbaus im öffentlichen Dienst, forcierte Arbeitszeitverkürzung und den Aufbau eines dauerhaften öffentlich geförderten Beschäftigungssektors bestehen.

Nach dem Mittagessen fanden Arbeitsgruppen statt, wobei sich $\frac{3}{4}$ der TeilnehmerInnen für die zur Arbeitsmarktpolitik entschieden, $\frac{1}{4}$ für die zur Armutspolitik. In dieser referierten unter der Fragestellung „solidarische Hilfe oder Leistungsabbau und Verdrängung“ zunächst Reiner Mathes, Referent beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband in Essen und dann Erika Biehn von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeeinitiativen. Sie machten deutlich,

dass in den vergangenen Jahren eine Reihe klammheimlicher realer Kürzungen der Sozialhilfe stattgefunden haben, die Sozialhilferegelsätze schon lange nicht mehr den Bedarf decken und mit der zunehmenden Pauschalierung weitere reale Kürzungen durchgesetzt werden. Immer häufiger werden Berechtigten ihre Rechtsansprüche verweigert. Hier wie bei der „Grundsicherung“ werden ursprünglich positiv gemeinte Konzepte ins Gegenteil verkehrt, indem sie dem Primat der Ausgabeneinsparung unterworfen werden. In der Diskussion wurde außerdem das weitgehend unterschätzte Problem angesprochen, dass bei der zunehmenden Übertragung von Aufgaben an Private der Datenschutz in weitem Maße missachtet wird.

In der AG zur Arbeitsmarktpolitik forderte Thomas Münch vom Kölner Arbeitslosenzentrum zunächst von der Politik eine kritische Effektivitätskontrolle der Programme und Modellprojekte und ihrer den öffentlichen Diskurs prägenden Erfolgszahlen. Beispielhaft hierfür sei im ‚Kölner Modell‘ die 30%-Kategorie ‚Vermeidung von Sozialhilfebezug durch Aktivierung von Selbsthilfe-potentialen‘, was schlicht bedeute, dass Anspruchsberechtigte nach Praktikumsangeboten auf Nimmerwiedersehen verschwunden seien. Eindringlich beschrieb er die Wirkung von fallbezogenen ‚Vermittlungsprämien‘ als Einkauf der Trägerlandschaft, was die Herstellung kritischer Öffentlichkeit sehr erschwere. Prof. Dr. Helga Spindler, Sozialrechtlerin an der Universität-Gesamthochschule Essen, betonte die Schwierigkeit, für Musterklagen unter den Betroffenen bewusste Leute mit Durchhaltevermögen zu finden, die eine oft mehrjährige Prozessdauer durchstehen. Übereinstimmend betonten beide die Notwendigkeit qualifizierter trägerunabhängiger Beratungsangebote auf kommunaler Ebene für die Fähigkeit der Betroffenen, ihre Interessen wahrzunehmen und öffentlichen Gegendruck zu entwickeln, zumal gewerkschaftliche Rechtsberatungsangebote nur Mitgliedern zugänglich und mit der Problematik wenig vertraut seien. Heftig von den Betroffenen kritisiert wurde die oft im Widerspruch zu Beschlüssen und Erklärungen der Vorstände stehende Politik gewerkschaftlicher Vertreter in den Beiräten der Arbeitsämter, die auf das ‚traditionelle Arbeitsethos‘ mit der Formel ‚Jede Arbeit ist besser

KNOW-why



Immer das Gelbe

Ein **kostenloses** aktuelles **Probeheft** der führenden politisch-wissenschaftlichen Monatszeitschrift soll an folgende Adresse gehen:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

spw 11 0 1

Bitte absenden an:

Blätter Verlagsgesellschaft
Postfach 2831, 53018 Bonn
e-mail: blaetter@t-online.de
Fax 0 228 / 650 251

Oder rufen Sie an: Tel. 0 228 / 650 133

als keine' zurückzuführen sei, während demgegenüber bei kirchlichen, insbesondere katholischen Träger die Zustimmung zu Zwangsmaßnahmen eher schwinde. Axel Gerntke verwies demgegenüber auf die Langwierigkeit innergewerkschaftlicher Bewusstseinsbildung über die indirekte Betroffenheit auch der Beschäftigten über den Druck auf das allgemeine Lohnniveau. Weiterhin wurden Probleme wie die möglicherweise drohende Privatisierung und Kommunalisierung der Arbeitsämter zum Abbau der Lohnnebenkosten und praktische Alternativen einer gesellschaftlichen Integration wie 'Clubs der Arbeitssuchenden' als Orte solidarischer und selbstbestimmter (Wieder) Aneignung von Fähigkeiten angesprochen.

Die abschließende Podiumsdiskussion war ursprünglich als politische Kontroverse um die „aktivierende Sozialpolitik“ konzipiert, allerdings hatte SPD-MdB Konrad Gilges einige Tage vorher noch abgesagt und SPD-MdL Britta Alenkamp-Nowicki erschien dann auch nicht. Zwischen den verbliebenen PodiumsteilnehmerInnen Axel Gerntke von der IG Metall Abteilung Sozialpolitik, Martin Künkler von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen und der sozialpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Pia Maier bestanden keine grundsätzlichen politischen Differenzen. Die Diskussion drehte sich um Fragen, wie die Auseinandersetzung mit der „aktivierenden Sozialpolitik“ am besten zu führen sei und welche Alternativkonzepte und Forderungen einzubringen seien. Konkret wurden insbesondere das geplante Job-Aktiv-Gesetz zur Reform des SGB III und die Diskussionen um eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe diskutiert. Die Kritik an der „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“ ist oben schon dargestellt, gefordert wurde insbesondere, dass Arbeitslose das Recht haben müssten, untertarifliche Arbeitsverhältnisse abzulehnen, und dass die Leiharbeit stärker beschränkt werden müsse. Bei der drohenden Abschaffung der Arbeitslosenhilfe geht es faktisch nur um eine massive Reduzierung der Ansprüche und Rechtspositionen Langzeitarbeitsloser und Einsparungen des Bundes.

Als allgemeines Problem wurde immer wieder deutlich, dass die ge-

genwärtigen Kräfteverhältnisse die eigentlich notwendigen grundsätzlichen Umorientierungen und Politikalternativen nicht durchsetzbar erscheinen lassen: aktive Beschäftigungspolitik, Ausbau und solidarische Finanzierung des Sozialstaats sowie ein Kurswechsels der Finanzpolitik weg von Senkung der Staatsquote durch Steuersenkungen und überzogene Sparpolitik zugunsten einer Umverteilung von oben nach unten. Die Gewerkschaften haben sich durch ihre Einbindung im Bündnis für Arbeit und Festlegung etwa auf Senkung der Lohnnebenkosten als zentrales Ziel als aktiver Gegenfaktor weitgehend selbst ausgeschaltet (abgesehen von ihrer allgemeinen Defensivposition). Es kommt darauf an, Gegenwehr, Gegenpositionen, politischen Druck und Bewegung für eine andere Politik zu entwickeln und dabei auch die Gewerkschaften aus ihrer Einbindung zu lösen.

Insgesamt waren die Referate und Diskussionen auf der Tagung interessant, offen und fachlich qualifiziert. Bemerkenswert ist, dass insbesondere die Sicht und die Interessen der Betroffenen bzw. Klienten der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und die Erfahrungen damit aktiv befasster Menschen die Diskussionen prägten und damit deutliche Gegenakzente zu der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Stimmungsmache gegen angeblich faule Arbeitslose usw. setzten. Aus den Diskussionen der Tagung ist zu lernen, immer die realen Auswirkungen und die konkrete Ausgestaltung sozialpolitischer Reformen genau zu prüfen und dabei die Frage zu stellen, wem das eigentlich tatsächlich nützt oder schadet. Bei der gegenwärtigen rot-grünen Politik des „aktivierenden Sozialstaats“ stellt sich dann heraus, dass es v.a. um Senkung öffentlicher Ausgaben, mehr Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und Senkung der statistisch erfassten Arbeitslosenzahlen (wenn schon die reale Arbeitslosigkeit nicht sinkt) geht. Damit werden Anforderungen der Kapitalseite und ideologische Prämissen des „dritten Wegs“ umgesetzt sowie den selbst mit angeheizten Stimmungen der Stammtische entsprochen, um die Aussichten bei bevorstehenden Wahlen zu verbessern, aber nicht eine wirksame Politik zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und zur Verbesserung der Lage und Perspektiven der davon Betroffenen entwickelt.

Ralf Krämer (Dortmund)

spw

Arbeit poor

Barbara Ehrenreich, Arbeit poor – Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft (mit einem Nachwort von Horst Afheldt) Verlag Antje Kunstmann 2001

Die deutschen Sozialhilfeempfänger wollen ja gar nicht arbeiten. Nicht erst seit sich auch der Kanzler dieses weitverbreiteten Vorurteils annahm, gewann diese Aussage zunehmend an Anhängern. Wer Sozialhilfe beziehe, müsse jeden Job annehmen, der ihm oder ihr geboten würde. Besonders in der Dienstleistungsbranche lägen, gerade im Vergleich mit den USA, noch viele Tätigkeitsfelder unerschlossen. Wohl häufigstes Beispiel in diesem Zusammenhang ist das vom Tütenpacker im Supermarkt.

In den USA liegt die längstmögliche Bezugszeit für Sozialhilfe mittlerweile bei maximal fünf Jahren – über den Zeitraum des gesamten Lebens. In manchen Staaten werden SozialhilfeempfängerInnen auch sofort nach Bezugsbeginn gezwungen, eine Arbeit, und zwar egal welche, aufzunehmen.

Aber wie sieht die Realität für die Menschen aus, die tagtäglich gezwungen sind, von einem, oder besser: von mehreren dieser Jobs zu leben? Von Menschen, die vielleicht morgens in der Kleidungsabteilung eines Kaufhauses Hemden sortieren, und Nachmittags und Abends auch noch im Restaurant um die Ecke kellnern müssen?

Barbara Ehrenreich, die in den USA zu den führenden linken Publizistinnen zählt, hat sich aufgemacht, diese schöne neue Welt der niedrigbezahlten Dienstleistungsjobs zu erkunden.

Jeweils für einen Monat versuchte Ehrenreich sich in verschiedenen Jobs der Service-Economy in den USA. So arbeitete sie als Kellnerin und Hotelzimmermädchen in Florida, in einer Putzkolonne in Maine, und als Verkäuferin bei Wal-Mart in Minnesota. Ziel an allen Orten war, einen Job und eine Wohnung zu finden, und dann auszuprobieren, ob sie am Ende des Monats auch die Miete für den nächsten Monat würde bezahlen können.

Verarbeitet hat Ehrenreich ihre Erlebnisse nun in einem Buch. Herausgekommen ist ein interessanter, sehr gut lesbarer Erfahrungsbericht aus der Service-Economy in den USA.

Eine soziologische Studie zur Lage der Beschäftigten in diesen Berufen

stellt das Buch nicht dar. Diesen Anspruch erhebt Ehrenreich aber auch nicht. Sie weist zudem darauf hin, das ihre Startbedingungen im Prinzip das „Best-Case“ Szenario darstellen: Sie ist weiß, spricht akzentfreies Englisch, und hätte das jederzeit Experiment abbrechen können.

Viele Millionen Menschen in den USA können das nicht. Ehrenreich zitiert in ihrem Buch eine Studie, nach der im Jahr 1998 etwa 30 % der Beschäftigten in den USA für 8 \$ oder weniger am Tag arbeiten. Einer weiteren Studie zufolge bedurfte es im selben Jahr eines Einkommens von etwa 8,89 \$, um ein Einzimmer Apartment zu mieten. Die Chancen für einen durchschnittlichen Sozialhilfeempfänger, so einen Job zu landen, lägen bei 97:1. (Uwe Wiedenstried nennt in seinem Artikel „USA – Die Fratze hinter dem Make-up des Job-Wunders“ in spw 2/ 99 die Zahl von 222 Bewerbern auf einen Niedriglohnjob).

Ehrenreichs Erlebnisse sind erschreckend, aber sehr aufschlußreich: Wie viele ihrer Kolleginnen nicht eine solide Mahlzeit am Tag zu sich nehmen konnten. Wie Kolleginnen unter starken Schmerzen nach einem Arbeitsunfall weiterarbeiteten, weil sie sich einen Tag ohne Arbeit buchstäblich nicht leisten konnten.

Größtes Problem jedoch, auch für Ehrenreich selbst, war die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung. Während die offizielle Armutsberechnung in den USA immer noch nach dem Anteil der Ausgaben für Lebensmittel am Haushaltseinkommen gemessen wird, sind die Kosten für Mieten explodiert. So leben viele von Ehrenreichs Kolleginnen in Trailern oder in Motels. Teilweise teilen sich mehrere Familienmitglieder auch ein Motelzimmer, in manchen Fällen wird sogar im Auto auf dem Parkplatz genächtigt.

Erniedrigend auch die Einstellungsbedingungen: Die meisten Firmen verlangen von ihren Angestellten einen Drogentest. Die Allmacht des Bosses selbst über in-

timste Vorgänge des Angestellten könnte kaum deutlicher werden.

Daneben verwendeten viele Firmen auch standardisierte Fragebögen, die unter anderem auch die Bereitschaft eines Beschäftigten, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, auskundschaften sollen.

Auch einer weiteren Frage versuchte Ehrenreich bei ihren verschiedenen Stationen nachzugehen: Wie kommt es, das niemand ihrer Kolleginnen gegen Arbeitsbedingungen oder Löhne rebellierte? Die Antworten regen zum Nachdenken an: So beispielsweise die Aussage einer ihrer Kolleginnen bei einer Hausreinigungsfirma in Maine sein. Mit 24 hat sie bereits schwere Rückenprobleme und 8,000 \$ Schulden auf ihrer Kreditkarte. Auf die Frage, was sie eigentlich beim Anblick der properen Häuser, deren Kloschüsseln sie putzt, empfinde, antwortet sie nur: „All I can think of is like, wow, I'd like to have this stuff someday. It motivates me and I don't feel the slightest resentment because, it's my goal to get where they are.“

Für die aktuelle Diskussion nicht nur um die Segnungen eines Niedriglohnsektors für die Bundesrepublik, sondern auch für die Auseinandersetzung mit den Folgen von neuen Modellen des Sozialhilfebezugs ist dieses Buch sehr lesenswert. Ehrenreich beschreibt ihr eigenes Verhalten und Agieren in den jeweiligen Berufen mit leichter Selbstironie, und viel Respekt vor den Menschen, denen sie dort begegnete.

Thilo Scholle (Lünen)

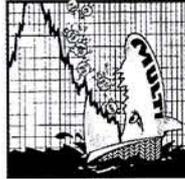
spw

ISW *institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.*
analysen, fakten & argumente

9. isw-forum
Gesundheit – ein Mordgeschäft

ISW REPORT NR. 48
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.

Dokumentation des 9. isw-forums:
 Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe: Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems / Dominik Schirmer: Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung / Steffi Nitschke: Privatisierungsbestrebungen am Beispiel Klinikum Kassel / Prof. Dr. Peter Eckert: Gesundheit unter dem Profitdiktat des Pharmakartells / Prof. Dr. H. Spaar: Das Märchen von der Unbezahlbarkeit der Gesundheitsversorgung / Anhang mit weiteren Fakten
 Mitherausgeber:
 ver.di Landesbezirk Bayern

Nach dem Goldrausch
 Der Absturz des HighTech-Sektors und die Folgen für die Gesellschaft

ISW REPORT NR. 47
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.

isw-report 48
 September 2001
 DM 5,- + Versand

Der Absturz des HighTech-Sektors und die Folgen für die Gesellschaft
isw-report 47 Juni 2001, DM 5,- + Versand

Bestellungen Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
 Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München. fon: 089-130041
 fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de
jetzt auch im internet: <http://www.isw-muenchen.de>

Ulrike Winkler (Hg.)
Stiften gehen
 NS-Zwangsarbeit und
 Entschädigungsdebatte



PapyRossa

① Ulrike Winkler (Hg.); Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte; DM 29,80

② Heiner Ganßmann; Politische Ökonomie des Sozialstaats; 195 S.; DM 29,80



Andreas Klärner

Aufstand der Ressentiments

Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft

PapyRossa

③ Andreas Klärner; Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 166 Seiten; DM 28,-

④ Pierre Bourdieu/Erhard Eppler/ Renate Ohr/Klaus Zwickel u.a.; Neue Wege der Regulierung. Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik ca. 160 Seiten; ca. DM 24,80;



⑤ Alain Lipietz; Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, 192 S.; DM 29,80

⑥ Brigitte Stolz-Willich/Mechthild Veil (Hrsg.) Arbeit & Demokratie. Solidaritätspotenziale im flexibilisierten Kapitalismus ca. 176 Seiten; ca. DM 24,80

